בצלם
B'TSELEM
بتسيلم

The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories

Israels systematische Zerschlagung des kollektiven Lebens der Palästinenser im Westjordanland

B’Tselem · September 2026

The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories

B'Tselem · September 2026

https://www.btselem.org/the_elimination_project/page.php?slug=cover

Das Auslöschungsprojekt

Israels Angriff auf das kollektive Leben der Palästinenser im Westjordanland

Über diesen Bericht

Seit dem Amtsantritt der aktuellen israelischen Regierung Ende 2022 und insbesondere seit Oktober 2023 hat Israel seine Angriffe auf alle Aspekte des palästinensischen Lebens im Westjordanland dramatisch verschärft. Jeden Moment können Palästinenser*innen Gewalt durch Soldaten oder bewaffnete Siedlermilizen ausgesetzt sein, verhaftet und inhaftiert, Misshandlungen und Demütigungen ausgesetzt und manchmal sogar getötet werden.

Das „Elimination Project“ stützt sich auf mehr als 2.000 Zeugenaussagen, die B'Tselem seit Oktober 2023 von Palästinenser*innen gesammelt hat, sowie auf mehr als drei Jahrzehnte der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Apartheidregime im Westjordanland. Der Bericht betrachtet die aktuelle Realität nicht als eine Ansammlung vereinzelter Vorfälle oder spezifischer Übergriffe, sondern als Teil eines umfassenden Mechanismus der Auslöschung, der darauf abzielt, die Voraussetzungen für ein fortbestehendes palästinensisches Leben im Westjordanland zu beseitigen und gleichzeitig die jüdische Kontrolle und Vorherrschaft auf irreversible Weise zu festigen. Eine Untersuchung der aktuellen Realität im Westjordanland zeigt, dass das Auslöschungsprojekt mittlerweile offener, direkter und gewaltsamer als zuvor umgesetzt wird und sich zunehmend auf die Zusammenarbeit zwischen offiziellen staatlichen Behörden und Siedlermilizen stützt, die im Westjordanland mit staatlicher Rückendeckung und Unterstützung operieren.

Einleitung

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts ist ein großangelegter israelischer Angriff im Westjordanland im Gange, der rasch und systematisch alle Grundlagen der palästinensischen Existenz zerstört. Seit der Bildung der aktuellen Regierung Ende 2022 und mit noch größerer Intensität seit Oktober 2023 hat Israel seinen Angriff auf alle Lebensbereiche der Palästinenser im Westjordanland dramatisch eskaliert. Die Möglichkeit, zur Arbeit zu gehen, Kinder zur Schule zu bringen, die Universität zu besuchen, medizinische Versorgung oder kommunale Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sich mit Familie und Bekannten zu treffen, das eigene Land zu bewirtschaften, in den Urlaub zu fahren oder kulturelle Veranstaltungen zu besuchen – all dies sowie Hunderte weiterer alltäglicher Aktivitäten, die das tägliche Leben ausmachen, sind ständigen israelischen Angriffen ausgesetzt und werden manchmal gänzlich verwehrt. Über all dem schwebt eine ständige Bedrohung für Leben und körperliche Unversehrtheit. Zu jedem Zeitpunkt können Palästinenser der Gewalt durch Soldaten oder bewaffnete Siedlermilizen ausgesetzt sein, verhaftet

und inhaftiert, Misshandlungen und Demütigungen ausgesetzt und manchmal sogar getötet werden. Wie der Bericht zeigt, hat dieser kombinierte Angriff, der sich sowohl gegen Palästinenser als Einzelpersonen als auch als Kollektiv richtet, das Leben von rund 3,5 Millionen Menschen in eine ständige Realität der Unterdrückung und Enteignung verwandelt, die vom israelischen Regime auferlegt wird.

Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und der damit verbundene öffentliche Diskurs konzentrieren sich in der Regel auf einzelne Vorfälle konkreten Leids. Dieser Bericht nimmt eine umfassendere Perspektive ein. Er untersucht die Realität im Westjordanland als komplexes System mit einer zugrunde liegenden Logik, das durch unterschiedliche Praktiken einer Reihe israelischer Akteure umgesetzt wird, die gleichzeitig und in Abstimmung miteinander agieren. So betrachtet sind Israels Handlungen im Westjordanland nicht einfach eine Reihe einzelner Verletzungen individueller und kollektiver Rechte. Vielmehr sind sie Teil eines umfassenden Mechanismus der Auslöschung. Auslöschung bedeutet hier die anhaltende Untergrabung der Bedingungen, die es den Palästinensern ermöglichen, als unabhängiges Kollektiv mit Land, Institutionen, Sprache, Kultur, sozialen Bindungen, Führung, gemeinsamem Gedächtnis und gemeinsamer Geschichte sowie einem sozialen und politischen Horizont zu existieren. Israels Projekt der Auslöschung im Westjordanland gestaltet das Gebiet und die dortigen Lebensbedingungen so um, dass die israelische Kontrolle und Präsenz kontinuierlich, institutionalisiert und dauerhaft wird, während die palästinensische Existenz fragmentiert, verwundbar und abhängig wird.

Dieser Bericht zeigt auf, wie Israel diesen Mechanismus der Auslöschung in fünf Hauptbereichen umsetzt: Gewalt und Einschüchterung, Bewegungsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulierung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme.

Diese fünf Bereiche wirken gleichzeitig und verstärken sich gegenseitig. Bewegungsbeschränkungen und wirtschaftliche Strangulierung schaden den Lebensgrundlagen, den sozialen Bindungen sowie der Fähigkeit der Palästinenser, Institutionen aufrechtzuerhalten und am politischen Leben teilzunehmen. Der daraus resultierende politische und soziale Schaden schwächt die Fähigkeit der Palästinenser, ihre Rechte zu verteidigen und ihre Bindungen an das Gebiet und das Land aufrechtzuerhalten. Zusammen erleichtern diese Prozesse die Ausweitung der israelischen Kontrolle über das Westjordanland und die Vertreibung der Palästinenser aus diesem Gebiet. Vertreibung zerreißt Gemeinschaften und schadet Wohnstätten, der Landwirtschaft, dem kollektiven Gedächtnis und der geografischen Kontinuität. Gewalt ist das zentrale Mittel der Nötigung, das das gesamte System erst möglich macht und dessen Funktionieren beschleunigt.

Das Projekt der Auslöschung beschränkt sich nicht auf die Zerschlagung des palästinensischen Lebens. Es umfasst auch Israels fortwährende, offene und explizite Bemühungen, seine Kontrolle über das Westjordanland zu vertiefen und es im Sinne einer dauerhaften israelischen Präsenz neu zu ordnen. Dabei geht es nicht nur um physisches Territorium. Das israelische Regime beansprucht zunehmend auch das ausschließliche Eigentumsrecht an den historischen, religiösen und identitätsbezogenen Narrativen, die das Land zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer prägen.

Israelische Flaggen prägen das Bild im Westjordanland, während palästinensische Flaggen immer wieder aus dem öffentlichen Raum entfernt werden. Israelische Streitkräfte bieten Schutz für organisierte Pogrome durch Siedler und gehen gleichzeitig gewaltsam gegen palästinensische Proteste vor. Siedlungsfarmen und Außenposten dienen als Instrumente zur Übernahme der Kontrolle über weite Landstriche, während palästinensische Bauern den Zugang zu ihren Feldern verlieren und ganze Gemeinschaften entwurzelt werden. Zusammengenommen zeigen diese

Praktiken, wie das israelische Regime das Territorium nach seinem Kernprinzip organisiert: der jüdischen Vorherrschaft.

Um die Realität zu verstehen, die sich derzeit im Westjordanland abzeichnet, ist es notwendig, die ideologischen Wurzeln und Herrschaftsstrukturen zu untersuchen, auf denen dieser israelische Mechanismus der Auslöschung beruht. Wie dieser Bericht zeigt, weist das zionistisch-israelische Projekt klare Merkmale der Siedlerkolonialismus auf: Es hat die jüdisch-israelische Souveränität in einem von einer indigenen palästinensischen Bevölkerung bewohnten Gebiet durch Vertreibung, Ausweisung, Enteignung, Zersplitterung und die Schwächung der palästinensischen Existenz angestrebt.

Seit seiner Gründung hat der Staat Israel sowohl das Territorium als auch die Verteilung von Rechten so strukturiert, dass Juden gegenüber Palästinensern bevorzugt werden. Dies ist die historische Grundlage des in diesem Bericht beschriebenen Apartheidregimes. Die Definition des zionistisch-israelischen Projekts als ein Projekt mit kolonialen Merkmalen leugnet weder die historische, religiöse oder kulturelle Verbindung der Juden zu diesem Land noch die langjährige Präsenz jüdischer Gemeinschaften hier noch die lange Geschichte der Verfolgung, Vertreibung und Gewalt, die Juden erdulden mussten. Die Frage ist nicht, ob eine jüdische Verbundenheit mit dem Land besteht, sondern wie das zionistisch-israelische Projekt versucht hat, eine exklusive jüdisch-israelische Souveränität in einem Land zu etablieren, in dem Palästinenser lebten und noch immer leben.

Diese Geschichte ist entscheidend für das Verständnis der aktuellen Phase des Auslöschungs-projekts. Diese Phase stützt sich auf Mechanismen, die Israel seit Jahrzehnten entwickelt und einsetzt. Doch seit der Bildung der aktuellen Regierung Ende 2022 und insbesondere seit Oktober 2023 hat sich der Einsatz dieser Mechanismen beschleunigt und verschärft. Im Gazastreifen hat die Logik der Auslöschung ihre extremste Form angenommen: den Völkermord, den Israel dort an den Palästinensern begeht. Im Westjordanland nimmt sie eine andere Form an, und zwar durch die fünf in diesem Bericht beschriebenen Bereiche. Die beiden Schauplätze sind nicht voneinander getrennt. Seit Oktober 2023 hat Israel auch im Westjordanland die Grenzen seiner Gewalt verschoben. Praktiken, die dort bisher selten waren und mit dem Krieg im Gazastreifen in Verbindung gebracht werden, sind häufiger geworden. Dazu gehören Luftangriffe, die großflächige Zerstörung von Wohngebieten und Infrastruktur, Massenvertreibungen sowie eine erhebliche Lockerung der Richtlinien für den Einsatz von Schusswaffen.

Der 2017 vom israelischen Finanzminister Bezalel Smotrich veröffentlichte „Entscheidende Plan“ ist entscheidend für das Verständnis der aktuellen Realität im Westjordanland. Das Dokument legt offen die Logik der Auslöschung dar und verknüpft die Ideologie der Siedlerkolonialisierung mit einem politischen Programm. Es stellt die Palästinenser vor drei Optionen: unter jüdischer Vorherrschaft zu leben und ihre nationalen Ansprüche aufzugeben, das Land zu verlassen oder bei Widerstand gewaltsamer Unterdrückung zu begegnen. In den letzten Jahren wurden zentrale Elemente des „Entscheidenden Plans“ und der ihm zugrunde liegenden Logik in Politik, Haushalte, Regierungsbefugnisse und Praktiken vor Ort umgesetzt.

Die in diesem Bericht beschriebenen israelischen Praktiken haben zudem klare rechtliche Konsequenzen. Zwar ist „Auslöschung“ keine eigenständige Rechtskategorie, und das Völkerrecht definiert dieses Vorhaben nicht als einzelnes Delikt, doch identifiziert und verbietet es die verschiedenen Komponenten des Projekts. Die rechtliche Analyse des Berichts kommt zu dem Ergebnis, dass Israel seine militärische Besetzung des Westjordanlands als zentrales Instrument zur Aufrechterhaltung eines Apartheidregimes nutzt. Sie kommt ferner zu dem Ergebnis, dass die unter diesem Regime und zu dessen Aufrechterhaltung begangenen unmenschlichen Handlungen der rechtlichen Definition von Apartheid entsprechen, die ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

darstellt. Die im Bericht beschriebenen Maßnahmen und Praktiken beinhalten zudem weitere schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht, darunter Verstöße gegen das Verbot der Annexion, der Siedlungspolitik, der Deportation und der Zwangsumsiedlung sowie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

B'Tselem dokumentiert seit Jahrzehnten israelische Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser und untersucht die Kontroll- und Unterdrückungsmechanismen des israelischen Regimes. In dieser Funktion beobachtet die Organisation seit Oktober 2023 weiterhin aufmerksam die Entwicklungen im Westjordanland und dokumentiert den Völkermord im Gazastreifen. Der vorliegende Bericht stützt sich auf diesen Wissensbestand, darunter rund 2.000 Zeugenaussagen, die in den letzten Jahren von Palästinensern im Westjordanland gesammelt wurden; laufende Felddokumentationen und Recherchen; die Arbeit anderer Organisationen; sowie die Analyse offizieller Dokumente, Gesetzestexte, Regierungsbeschlüsse und anderer Daten. Er basiert auf der Erkenntnis, dass die Dokumentation jedes einzelnen Vorfalls für sich genommen – so wichtig diese Arbeit auch sein mag – nicht ausreicht. Der Bericht stellt Verbindungen zwischen den verschiedenen Verstößen her, untersucht die Logik, die sie miteinander verknüpft, sowie die Mechanismen, die sie ermöglichen, und zeichnet ein Gesamtbild der Realität, die das israelische Regime im Westjordanland schafft.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die aktuelle Realität im Westjordanland weder eine vorübergehende Krise noch eine Ansammlung zufälliger Menschenrechtsverletzungen ist. Es handelt sich um eine beschleunigte und explizite Phase eines andauernden Auslöschungsprojekts, das im Rahmen des israelischen Apartheidregimes abläuft und von einer kolonialistischen Logik der Enteignung, Vertreibung und der Etablierung jüdisch-israelischer Souveränität angetrieben wird. Gezielte Maßnahmen können den Schaden mindern und bestimmten Personen kurzfristigen Schutz bieten und sind daher wichtig. Sie ändern jedoch nichts an der zugrunde liegenden Struktur, die Gewalt, Enteignung und Unterdrückung hervorbringt. Teilreformen oder eine Rückkehr zu einer „zurückhaltenderen" Form der Kontrolle können ein System, das von Anfang an auf Enteignung, Plünderung und Unterdrückung beruhte, nicht in ein System verwandeln, das die Menschenrechte achtet.

Die politischen und internationalen Implikationen sind dringlich. Die internationale Gemeinschaft sieht sich mit einem Apartheidregime konfrontiert, das im Rahmen eines kolonialistischen Siedlungsprojekts Mechanismen der Auslöschung einsetzt – und dies in immer schnellerem Tempo und mit zunehmender Intensität. Seit Jahrzehnten gewährt die internationale Gemeinschaft dem israelischen Regime de facto Straffreiheit. Anstatt entschlossen einzugreifen, um Israels Verbrechen zu stoppen, wie es das Völkerrecht verlangt, hat sie sich weitgehend damit begnügt, Israel aufzufordern, „zum politischen Prozess zurückzukehren", „Zurückhaltung zu üben" und „einseitige Maßnahmen zu vermeiden". Politische, diplomatische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung für Israel sowie der diplomatische Schutz, den es genießt, verschaffen dem israelischen Regime die Ressourcen, die Legitimität und den Spielraum, weiterhin Verbrechen gegen Palästinenser zu begehen. Der Völkermord im Gazastreifen hat nicht zu dem grundlegenden Wandel in der internationalen Politik geführt, den das Ausmaß der Verbrechen erfordern würde. Dieselbe Straffreiheit ermöglicht es auch, dass die Gewalt, die wirtschaftliche Strangulierung, die soziale und politische Zerstörung sowie die ethnische Säuberung im Westjordanland weitergehen. Der Schutz der Menschenrechte der Palästinenser erfordert die Beendigung der Verbrechen Israels und die Abschaffung seines Apartheidregimes. Eine Zukunft in Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie für alle, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben, setzt voraus, dass die individuellen und kollektiven Rechte der Palästinenser anerkannt werden. Dazu gehören ihr Recht, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen, sowie die Schaffung einer politischen Ordnung, die nicht auf Vorherrschaft, Enteignung und Auslöschung beruht.

Methodik

Dieser Bericht untersucht das Vorgehen des israelischen Regimes im Westjordanland und dessen Bestreben, die Palästinenser als Kollektiv zu beseitigen – ein Prozess, der seit Beginn der israelischen Besatzung im Juni 1967 andauert und sich seit Oktober 2023 erheblich verschärft hat. Unsere Analyse basiert auf der Erkenntnis, dass die über Jahrzehnte hinweg dokumentierten Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern – unter anderem durch B'Tselem – weder isolierte noch sporadische Ereignisse sind, sondern vielmehr Teil eines integrierten Systems, das einer kohärenten Logik folgt. Der Bericht dokumentiert systematisch den Alltag der Palästinenser unter der anhaltenden israelischen Kontrolle und erkennt an, dass die vom israelischen Regime ausgeübte Gewalt nicht allein anhand von Momenten extremer Eskalation verstanden werden kann, da das Regime auch darauf hinarbeitet, die für das Überleben der Palästinenser notwendigen Lebensbedingungen schrittweise zu untergraben: durch die Schürung von Angst und anhaltender Unsicherheit über die Zukunft; die Ausweitung von Kontrollpunkten und Bewegungsbeschränkungen; die Kontrolle über die Lebensgrundlagen; sowie andere alltägliche Maßnahmen, die das Leben zunehmend einschränken und bisweilen unmöglich machen.

Zu den Leitfragen des Berichts gehören:

- Wie lässt sich die übergreifende Logik des israelischen Regimes verstehen, die über Jahrzehnte hinweg die systematische Verletzung von Rechten und die Übergriffe gegen Palästinenser im Westjordanland aufrechterhalten hat?
- Was kennzeichnet das Vorgehen des israelischen Regimes im Westjordanland seit Oktober 2023? Welche Trends zeichnen sich ab, und was sagen sie über die aktuelle politische Lage aus?
- Wie wirken sich Israels Kontroll- und Gewaltmuster auf die Fähigkeit der Palästinenser im Westjordanland aus, sich als Einzelpersonen und als Gemeinschaft zu behaupten?

Diese Fragen werden anhand verschiedener Dimensionen untersucht: das Ausmaß und die Häufigkeit der Schäden; das Verhalten des Militärs, der Polizei, der Zivilverwaltung und bewaffneter Siedler sowie der Grad der Koordination untereinander; die Straffreiheit und institutionelle Unterstützung, die Israelis genießen; und die kumulativen Auswirkungen dieser Praktiken auf die Fähigkeit der Palästinenser, ihr soziales, wirtschaftliches und politisches Leben im Westjordanland aufrechtzuerhalten.

Die Methodik dieses Berichts kombiniert Feldforschung mit der Analyse anderer öffentlich zugänglicher Quellen, darunter Umfragen sowie journalistische und historische Quellen. Die in der Westbank lebenden Feldforscher von B'Tselem sammeln vor Ort systematisch Informationen in ihren eigenen Gemeinschaften. Sie sammeln Zeugenaussagen über israelische Akte physischer und psychischer Gewalt, Hauszerstörungen und die Vertreibung palästinensischer Gemeinschaften. Wann immer möglich, befragen sie die direkt Betroffenen, deren Angehörige und Mitglieder der Gemeinschaft. Außerdem untersuchen sie Ereignisse und umfassendere Phänomene, durch strukturierte, ausführliche Interviews und kontinuierliche Nachverfolgung, während sie quantitative Daten und visuelle Dokumentationen, darunter Videos und Fotos, sammeln.

Die Untersuchung analysiert zudem, wie die verschiedenen Zweige des israelischen Regimes koordiniert zusammenwirken, darunter sowohl offizielle Institutionen als auch zivile Akteure, die unter deren Schirmherrschaft im Westjordanland agieren. Diese Analyse stützt sich auf Beobachtungen vor Ort sowie auf den politischen und öffentlichen Diskurs in Israel, wie er in den Medien und in den sozialen Medien widergespiegelt wird. Sie stützt sich außerdem auf hebräische,

arabische und englischsprachige Berichterstattung, Berichte von Organisationen der Zivilgesellschaft sowie auf die internen Datenbanken von B'Tselem.

Die hier vorgestellten quantitativen Daten stützen sich zudem auf Berichte von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, darunter UN-Organisationen und lokale NGOs, sowie auf Recherchen etablierter Medien, die sich an journalistische Ethik und strenge Faktenprüfung halten. Sie stützen sich ferner auf verfügbare offizielle Dokumente palästinensischer Institutionen, die Zahlen zu Getöteten und Verletzten sowie zu Festnahmen liefern, ebenso wie Daten zu Schäden an Eigentum und Infrastruktur, Beeinträchtigungen der Landwirtschaft, Bewegungsbeschränkungen und mehr. Der Bericht stützt sich zudem auf offizielle israelische Quellen, darunter militärische Befehle, Verwaltungsentscheidungen und Rechtsdokumente, die von Regierungs-, Militär- und Verwaltungsbehörden veröffentlicht wurden.

Durch die Heranziehung dieser vielfältigen Quellen und deren Gegenprüfung ordnet der Bericht einzelne Fälle in umfassendere Muster des Verhaltens des Regimes ein. Er untersucht Menschenrechtsverletzungen in mehreren Schlüsselkategorien: direkte körperliche Gewalt, einschließlich Tötungen und schwerer Gewalt; Maßnahmen, die das tägliche Leben einschränken, wie Bewegungsbeschränkungen und wirtschaftliche Strangulierung; sowie Politiken, die die palästinensische Gesellschaft untergraben, darunter soziale und politische Zerstörung, ethnische Säuberung, Enteignung und Vertreibung. Zusammengenommen bilden diese Praktiken ein integriertes System der Kontrolle, Vertreibung und Auslöschung im Westjordanland. Die Daten dienen sowohl der Dokumentation der Verstöße in ihren rechtlichen, politischen und sozialen Dimensionen als auch der Aufdeckung der Funktionsweise des israelischen Regimes. Ob es sich bei einer Zeugenaussage um eine Straßensperre oder einen Abriss, um Gewalt gegen Hirten, die Festnahme eines Minderjährigen oder die Tötung von Arbeitern handelt, die die Trennmauer überquert haben – der Bericht untersucht sie nicht nur als Schilderung eines bestimmten Ereignisses, sondern auch im Hinblick darauf, was sie über das umfassendere System der Kontrolle, der wirtschaftlichen Strangulierung, der Vertreibung und der Auslöschung offenbart.

Die Tatsache, dass die Feldforscher*innen der Organisation in den Gemeinden leben, in denen sie arbeiten, und dauerhafte Beziehungen zu ihnen pflegen, ist ein weiterer zentraler Bestandteil der Forschungsmethodik. Dieser Ansatz trägt der Erkenntnis Rechnung, dass diejenigen, die die schwierige Alltagsrealität im Westjordanland leben, über Wissen verfügen, das für deren Verständnis unerlässlich ist. Die anhaltende Vertrautheit der Forscher*innen mit den Gemeinden ermöglicht es ihnen, lokale Kontexte zu verstehen, beständige Muster zu erkennen und allmähliche Veränderungen vor Ort im Laufe der Zeit nachzuverfolgen. In diesem Sinne stützt sich der Bericht sowohl auf die Sammlung von Informationen über palästinensische Gemeinschaften im Westjordanland als auch auf die Gewinnung von Erkenntnissen durch direkte, kontinuierliche Zusammenarbeit, was ein Verständnis der Logik des israelischen Regimes im Westjordanland ermöglicht.

Als Menschenrechtsorganisation führt B'Tselem diese Forschung aus einem tiefen Engagement für den Schutz der Menschenrechte im Allgemeinen und der Rechte der unter israelischer Kontrolle lebenden Palästinenser im Besonderen durch.

Diese Forschung wird unter militärischer Kontrolle, anhaltender Gewalt, Angst, Bewegungsbeschränkungen und realer Gefahr für die Bewohner des Westjordanlands durchgeführt. Die sich verschlechternden Bedingungen vor Ort erschweren es, Informationen zu sammeln, die Orte der Vorfälle zu erreichen, Ereignisse zu dokumentieren, Interviews zu führen und Details in Echtzeit zu überprüfen. Diese Einschränkungen ergeben sich direkt aus der im Bericht beschriebenen Realität und waren Teil der Bedingungen, unter denen er erstellt wurde.

Einleitung

Seit der Bildung der aktuellen israelischen Regierung Ende 2022 und insbesondere seit Oktober 2023 hat sich die israelische Gewalt gegen Palästinenser verschärft. Die Mechanismen, die Israel seit Jahrzehnten gegen Palästinenser einsetzt, sind gewalttätiger, offener und fast völlig ungezügelt geworden. Heute richten sich die Übergriffe direkter gegen die Lebensbedingungen der Palästinenser. Schwere Gewalt gegen Zivilisten, Vertreibung, Masseninhaftierungen, Folter, Zerstörung und Plünderung sind im öffentlichen Diskurs Israels weit verbreitet, offen zur Sprache gebracht und normalisiert worden. Darüber hinaus werden Praktiken, die einst geleugnet oder als „rechtmäßig“ und im Einklang mit dem Völkerrecht dargestellt wurden, von israelischen Politikern und den israelischen Medien zunehmend als Mittel der Abschreckung oder Rache und manchmal sogar als erfolgreich umgesetzte Politik präsentiert.

Im Westjordanland hat diese Eskalation eine Realität geschaffen, in der Millionen Palästinenser in ständiger Angst vor israelischer militärischer und ziviler Gewalt leben. Palästinensische Gemeinschaften werden in einem sich beschleunigenden Prozess der ethnischen Säuberung vertrieben, während eine sich ständig ausweitende israelische Präsenz in Form von Siedlungen, Außenposten, landwirtschaftlichen Betrieben und ausschließlich für Israelis bestimmter ziviler Infrastruktur etabliert wird. Der direkte und anhaltende Schaden, der dem Leben, dem Körper, den Häusern, den Lebensgrundlagen, den familiären Bindungen und der Fähigkeit der Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten, zugefügt wird, untergräbt stetig die Voraussetzungen, die die Existenzfähigkeit der Palästinenser als Individuen, Gemeinschaften und Kollektiv auf ihrem Land sichern.

Die israelische Apartheid ist ein Regierungssystem, das darauf ausgelegt ist, die jüdische Vorherrschaft im gesamten von ihr kontrollierten Gebiet zu fördern: Es gewährt israelischen Juden[1] volle Rechte und kontinuierliche Kontrolle über Territorium, Land und politische Macht, während es die Palästinenser in separate Gruppen aufteilt, ihnen die Möglichkeit verweigert, als einheitliches politisches und soziales Kollektiv zu agieren, sie ihres Landes enteignet, sie diskriminierenden Gesetzen unterwirft und sie der Gefahr sowie wiederholten Angriffen durch israelische Streitkräfte und bewaffnete Siedlermilizen aussetzt.

Die Eskalation der letzten Jahre legt eine Denkweise offen, die für Israels Umgang mit den Palästinensern von zentraler Bedeutung ist: die Logik der Auslöschung. Im Westjordanland, dem Schwerpunkt dieses Berichts, wirkt diese Logik mittlerweile in beschleunigtem Tempo und mit besonderer Offenheit. Auslöschung bedeutet in diesem Zusammenhang die anhaltende Untergrabung der Bedingungen, die es den Palästinensern ermöglichen, als Volk mit Land, Institutionen, Sprache, Kultur, sozialen Bindungen, Führung, gemeinsamem Gedächtnis, Geschichte sowie einem sozialen und politischen Horizont zu existieren. Auslöschung ist nicht bloß eine Ansammlung gewalttätiger Praktiken oder einzelner politischer Maßnahmen. Es handelt sich um ein fortlaufendes politisches Projekt, das darauf abzielt, den Raum und die Lebensbedingungen so neu zu ordnen, dass die israelische Präsenz kontinuierlich, institutionalisiert und dauerhaft wird, während die Existenz der Palästinenser zersplittert und sie verwundbar und abhängig gemacht werden.

Selbst inmitten dieser Bemühungen zur Auslöschung gelingt es den Palästinensern weiterhin, ihr Familien- und Gemeinschaftsleben aufrechtzuerhalten, ihre Verbundenheit mit dem Land zu bewahren und für ihre Rechte und ihre Zukunft zu kämpfen.

Die Logik der Auslöschung ist die grundlegende Logik des Siedlerkolonialismus, eines Projekts, das darauf abzielt, dauerhafte Siedlerhoheit über ein Gebiet zu errichten, das bereits von einem indigenen Volk bewohnt wird. Dies wird erreicht, indem man sie vertreibt, enteignet und ihre kollektive Existenz zerschlägt. Im Falle Israels ist die Apartheid die Herrschaftsform, durch die das Auslöschungsprojekt die fortbestehende Präsenz der Palästinenser in dem Gebiet verwaltet, die Lebensmöglichkeiten der Palästinenser einschränkt und ihre Macht als Kollektiv zerschlägt.

Die Ereignisse vom Oktober 2023 beschleunigten bereits laufende Prozesse innerhalb eines Regimes, das die Logik der Auslöschung verkörpert. In Gaza hat diese Logik ihre extremste Form angenommen: den Völkermord, den Israel an den Palästinensern im Gazastreifen begeht, wie B'Tselem in seinem Bericht vom Juli 2025, Our Genocide, analysierte – einschließlich Massenmord, Zerstörung, Vertreibung, Aushungerung und anhaltender Angriffe auf gesamte lebenserhaltende Systeme. Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die heutige Lebensrealität im Westjordanland und untersucht sie im fortdauernden historischen Kontext der israelischen Logik der Auslöschung. Anstatt israelische Praktiken als voneinander unabhängige Maßnahmen zu diskutieren, zeigt der Bericht auf, dass sie Ausdruck eines Mechanismus sind, der darauf abzielt, die für eine kollektive palästinensische Existenz notwendigen Voraussetzungen zu zerstören und an ihrer Stelle territoriale Kontinuität für Israelis sowie israelische Kontrolle zu etablieren.

In diesem Rahmen ist der „Entscheidende Plan", den Bezalel Smotrich 2017 als Mitglied der Knesset veröffentlichte, ein Schlüsseldokument zum Verständnis des israelischen Vorgehens im Westjordanland. Seine Bedeutung liegt darin, dass er die Logik der Auslöschung offen, unverblümt und explizit formuliert und dabei die Ideologie des Siedlerkolonialismus mit einem politischen Aktionsplan verknüpft, der vor Ort umgesetzt wird. Dieser Plan stellt die Palästinenser vor drei Optionen: unter jüdisch-israelischer Vorherrschaft zu leben und dabei ihre nationalen Ansprüche aufzugeben, das Land zu verlassen oder sich der gewaltsamen Unterdrückung durch das israelische Militär auszusetzen. In den letzten Jahren wurden zentrale Elemente dieser Logik in Politik, Haushalte, Behörden und Praktiken umgesetzt, die von verschiedenen Staatsorganen, darunter das Militär, die Zivilverwaltung und Siedlerbewegungen, durchgeführt werden. Der „Entscheidende Plan" verdeutlicht die Logik, die den heutigen Geschehnissen im Westjordanland zugrunde liegt: die Ausweitung der jüdischen Souveränität und der israelischen Kontrolle durch Plünderung, Enteignung, Landübernahme, Vertreibung von Gemeinschaften und die Zerschlagung jeglicher Möglichkeit einer palästinensischen Existenz mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung. All dies zielt darauf ab, die israelische Kontrolle zu festigen und unumkehrbar zu machen, während die palästinensische Präsenz so weit wie möglich reduziert wird.

Die Logik der Auslöschung im Siedlerkolonialismus

Siedlerkolonialismus ist ein politisches Projekt, das darauf abzielt, die dauerhafte Souveränität einer Siedlerbevölkerung über ein Gebiet zu etablieren, das von einer indigenen Gemeinschaft bewohnt wird. Die Existenz einer solchen Gemeinschaft stellt ein grundlegendes Hindernis für das Siedlerkolonialprojekt dar: Sie lebt dort, ist mit dem Land verbunden und erhebt oft einen politischen Anspruch darauf, dort als Volk weiterleben zu dürfen. Siedlerkolonialprojekte zielen darauf ab, den Raum so umzugestalten, dass die Präsenz der Siedler dauerhaft, natürlich und legitim erscheint, während die Verbindung der indigenen Bevölkerung zu diesem Raum an den Rand gedrängt, geleugnet und zerschlagen wird.

Der Begriff „Logik der Auslöschung" wurde vom australischen Historiker Patrick Wolfe geprägt. Er beschreibt, wie Siedlerkolonialprojekte darauf abzielen, die indigene Existenz als Gemeinschaft mit einer Verbindung zum Land zu verringern, zu zerschlagen und zu beseitigen. Eliminierung kann sich

in Bemühungen äußern, die indigene Präsenz im Territorium durch verschiedene Mittel zu verringern, darunter Tötung, Vertreibung und die Beschränkung auf kleinere, fragmentierte Gebiete. Sie kann auch im Laufe der Zeit durch rechtliche, planerische, wirtschaftliche und räumliche Mechanismen wirken, wie etwa die Verhinderung der Rückkehr von Flüchtlingen, die Enteignung von Land, die Zersplitterung von Gemeinschaften, die Kontrolle der Bewegungsfreiheit und Angriffe auf soziale und politische Institutionen. Allen diesen Erscheinungsformen ist gemeinsam, dass sie die Lebensbedingungen beeinträchtigen, die ein Volk benötigt, um als Kollektiv auf seinem Land zu existieren.

Die koloniale Auslöschung erfolgt durch zwei sich ergänzende Prozesse. Der eine vertreibt die indigene Bevölkerung von ihrem Land, verweigert ihr ihre Rechte, zerstört Strukturen und Institutionen, die ihre dauerhafte Präsenz auf dem Territorium zum Ausdruck bringen, und entzieht ihr die politische Macht.[2] Der andere, parallele Prozess etabliert eine neue Ordnung, die darauf abzielt, das zuvor von der indigenen Bevölkerung bewohnte Land mit Siedlern zu besiedeln und die Vorherrschaft der Siedler auf dem Territorium zu sichern, aus dem die indigene Bevölkerung vertrieben wurde. Der Bau neuer Siedlungen, die Schaffung von Infrastruktur, öffentlichen Institutionen und Rechtssystemen sowie das Verfassen und Verankern einer neuen Geschichte sind allesamt Teil des Prozesses, durch den die Kontrolle stabil und selbstverständlich wird. Sie verleihen der Präsenz der Siedlergesellschaft einen dauerhaften und legitimen Charakter, während die Existenz der indigenen Bevölkerung als vorübergehend, fremd, bedrohlich oder marginal dargestellt wird.

Eine weitere zentrale Dimension der Auslöschung ist die Schaffung einer „indigenen Abwesenheit“. Dies beinhaltet die Reduzierung einer indigenen Gruppe auf den Status einer lokalen Bevölkerung, einer kulturellen Gemeinschaft oder einer Ansammlung von Individuen, die zu Bedingungen, die vom souveränen Siedler festgelegt werden, verwaltet, umgesiedelt, aufgeteilt oder eingegliedert werden können. Zu diesem Zweck stellen siedlerkoloniale Projekte die indigene Gruppe oft so dar, als sei sie kein „Volk“, als sei sie eine Gruppe ohne einzigartige Verbindungen zum Land oder als gehörten diese Menschen woanders hin. Mitglieder der indigenen Gruppe mögen weiterhin dort leben und arbeiten sowie verwaltet und regiert werden. Innerhalb der neuen Ordnung werden sie jedoch eher als Verwaltungs- oder Sicherheitsproblem behandelt denn als ein Volk mit einer gemeinsamen Vergangenheit, einer Verbindung zum Land und Rechten, die sich aus dieser Verbindung ergeben. Gleichzeitig wird das Land als „terra nullius“ dargestellt, als Land, das niemandem gehört und das die Siedler durch ihre Ansiedlung und Bewirtschaftung für sich beanspruchen können. Wenn die indigene Gruppe nicht vollständig aus dem Gebiet vertrieben wird, können Kontrolle und Abgrenzung als Mittel zur Auslöschung dienen, da sie es ermöglichen, die Mitglieder der Gruppe als separate Bevölkerungsgruppen zu verwalten, sie vom Land zu verdrängen, ihnen die politische Macht zu entziehen und ihre Fähigkeit, als Volk zu agieren, zu zerschlagen.

Im Falle Israels beruhte der zionistische Anspruch auf Souveränität auf historischen, religiösen und kulturellen Bindungen an das Land, auf der fortbestehenden Existenz jüdischer Gemeinschaften dort sowie auf einer langen Geschichte der Verfolgung, Vertreibung und Gewalt, vor allem in Europa, die im Holocaust gipfelte. Die Einordnung des zionistisch-israelischen Projekts als Siedlerkolonialprojekt leugnet weder die jüdische Verbindung zum Land noch ignoriert sie diese Geschichte. Die zentrale Frage hinsichtlich des zionistisch-israelischen Projekts als Siedlerkolonialprojekt betrifft weder die Existenz einer jüdischen Verbindung zu dem Land noch die Not und Verfolgung, unter denen jüdische Gemeinschaften in anderen Teilen der Welt litten, sondern die Methoden, die von der politischen zionistischen Bewegung angewandt wurden, um eine exklusive jüdisch-israelische Souveränität über ein Gebiet zu errichten, in dem Palästinenser lebten und weiterhin leben.

Historisch gesehen wurde der zionistische Anspruch durch organisierte Einwanderung verwirklicht, die ab dem Ersten Weltkrieg von Großbritannien, der Kolonialmacht, die Palästina beherrschte, unterstützt wurde, sowie durch die Einrichtung separater nationaler Institutionen, den Kauf und später die Beschlagnahmung von Land, die Schaffung einer jüdischen Mehrheit, die Vertreibung von Palästinensern, die Verhinderung der Rückkehr der Palästinenser, die Übertragung von Land unter die Kontrolle zionistischer Institutionen, die Anwendung von Gewalt, einschließlich Tötungen, sowie die Zersplitterung der Palästinenser in unterschiedliche Rechtsstellungen und getrennte Lebensräume. In diesem Sinne trägt das zionistisch-israelische Projekt die Kennzeichen des Siedlerkolonialismus – die Etablierung der Souveränität der Siedler durch die Vertreibung, Enteignung, Zersplitterung und Schwächung der indigenen palästinensischen Bevölkerung sowie die Beseitigung ihrer Präsenz aus dem Gebiet.

Ausprägungen der Auslöschung unter dem israelischen Regime

In ihrer extremsten Ausprägung äußert sich die Logik der Auslöschung in Form von Tötung, Vertreibung und weitreichender Zerstörung. Die Nakba, die 1947 begann, und der Völkermord, den Israel im Gazastreifen verübt, sind Beispiele dafür. Doch Ausprägungen der Auslöschung der Palästinenser waren ein ständiges Merkmal in der gesamten Geschichte des zionistischen Projekts und des israelischen Regimes. Die Auslöschung vollzieht sich innerhalb einer Regimestruktur, die darauf ausgelegt ist, die jüdische Vorherrschaft zu etablieren und zu bewahren. Einer der grundlegenden Mechanismen dieser Struktur ist die Zersplitterung der Palästinenser in verschiedene rechtliche und räumliche Gruppen: Palästinenser, die nach 1948 im Staat Israel verblieben sind und die israelische Staatsbürgerschaft erhielten, Einwohner von Ostjerusalem, Einwohner des Westjordanlands, Einwohner des Gazastreifens und palästinensische Flüchtlinge im Exil. Diese Zersplitterung ermöglicht es Israel, jede Gruppe unter unterschiedlichen Status, Gesetzen und Rechten zu verwalten, wodurch die Fähigkeit der Palästinenser, als ein einziges politisches Kollektiv zu agieren, untergraben wird. Zudem ermöglicht sie es Israel, Land und Ressourcen zuzuteilen sowie die Bewegungsfreiheit zu regeln, wodurch die Enteignung und Vertreibung der Palästinenser vorangetrieben und die israelische Präsenz ausgeweitet wird.

Die Existenz der Palästinenser als Hindernis für die jüdische Souveränität

Die Bedingungen, aus denen sich die Logik der Auslöschung entwickelte, lassen sich bereits vor der Gründung des Staates Israel im zionistischen Projekt ausmachen. Sobald das Projekt darauf abzielte, eine ausschließliche jüdische Souveränität über ein Gebiet zu errichten, das von einer indigenen palästinensischen Bevölkerung bewohnt war, wurde die Existenz der Palästinenser als Volk mit Bindungen an das Land und einem politischen Anspruch auf das Gebiet als demografisches, territoriales, sicherheitspolitisches und politisches Hindernis angesehen: Es war ein demografisches Hindernis, weil die Errichtung eines jüdischen Staates eine jüdische Mehrheit erforderte, um unter anderem sein Ethos als „Demokratie“ aufrechtzuerhalten; es war ein territoriales Hindernis, weil Palästinenser auf dem Land lebten, über das das zionistische Projekt die Souveränität erlangen wollte; es war ein sicherheitspolitisches Hindernis, weil Palästinenser als ständige Bedrohung für die jüdische Bevölkerung und als potenzielle „fünfte Kolonne“ innerhalb des jüdischen Staates wahrgenommen wurden; und es war ein politisches Hindernis, weil Palästinenser einen Anspruch auf Selbstbestimmung geltend machten.

Das zionistisch-israelische Projekt reagiert zudem auf das durch die Existenz der Palästinenser aufgeworfene Problem, indem es die Indigenität der Palästinenser leugnet: den Palästinensern die Anerkennung als Volk mit einer früheren und einzigartigen Verbindung zu dem Land sowie den aus dieser Verbindung folgenden Rechten zu verweigern. Im zionistisch-israelischen Diskurs wurden Palästinenser wiederholt als eine Bevölkerung dargestellt, die kein Volk ist, als eine Gruppe ohne ursprüngliches Recht auf das Land oder deren Ursprünge und rechtmäßiger Platz in anderen arabischen Ländern liegen. Formulierungen wie „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land", „es gibt kein palästinensisches Volk" und „sie haben andere Länder" dienen als politische Instrumente, um die Palästinenser als eine Bevölkerung darzustellen, die versetzt, zersplittert, verwaltet oder aus der politischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden kann. Auf diese Weise bemüht sich Israel, die Anerkennung der Palästinenser als indigene Bevölkerung mit Rechten, einer gemeinsamen Geschichte, einer historischen Verbindung zum Land und einem legitimen Anspruch auf Selbstbestimmung zu unterbinden.

1948: Die Nakba, Verhinderung der Rückkehr und Enteignung

Die Nakba war der erste Fall, in dem die Logik der Auslöschung in großem Maßstab umgesetzt wurde. Zwischen 1947 und 1949 wurden Hunderttausende Palästinenser aus ihren Häusern vertrieben oder flohen. Nach allgemein anerkannten Schätzungen wurden etwa 750.000 Menschen zu Flüchtlingen und daran gehindert, in ihre Heimat zurückzukehren.

Hunderte palästinensischer Gemeinden wurden zerstört und entvölkert; einige wurden von der Landkarte getilgt. Ganze Gebiete, die durch Generationen palästinensischen Lebens geprägt waren, gerieten unter israelische Kontrolle, und in einem von einer indigenen palästinensischen Bevölkerung bewohnten Gebiet wurde eine jüdische Mehrheit etabliert. [4] Israel bemühte sich daraufhin, die Landschaft umzugestalten, um die Rückkehr der Flüchtlinge zu behindern und Spuren der palästinensischen Präsenz zu verwischen, die bereits vor der Staatsgründung bestanden: Der Staat errichtete jüdische Gemeinden auf dem Land palästinensischer Dörfer, benannte Orte um, pflanzte Wälder, zerstörte die Überreste palästinensischer Gemeinden und brachte das Land unter die Kontrolle staatlicher und jüdischer Institutionen. Vertreibung und Verhinderung der Rückkehr dienten somit nicht nur der Umsetzung einer demografischen Politik, sondern auch der Neugestaltung des Raums selbst.

Die dauerhafte und anhaltende Verweigerung des Rechts palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat ist einer der Mechanismen, durch die die Entwurzelung und Vertreibung der Palästinenser fortgesetzt wird, wodurch die Nakba zu einem fortdauernden Prozess der Auslöschung wird. Das Rückkehrgesetz von 1950 ermöglicht es jedem Juden weltweit, nach Israel einzuwandern und die Staatsbürgerschaft zu erlangen, während palästinensische Flüchtlinge, von denen viele in dem Land geboren wurden und dort lebten, bis sie vertrieben oder verdrängt wurden, nicht zurückkehren dürfen. Die Enteignung und Aneignung von Flüchtlingsvermögen wurde im Gesetz über das Vermögen Abwesender von 1950 verankert, das die Kontrolle über das Vermögen von Flüchtlingen und Vertriebenen auf den Staat oder in seinem Namen handelnde Stellen übertrug. Das Landenteignungsgesetz von 1953 formalisierte zusammen mit anderen Gesetzen und Mechanismen rückwirkend die Übertragung palästinensischen Landes unter israelische Kontrolle.

Diese Auslöschung hatte auch narrative und institutionelle Dimensionen. Im israelischen Diskurs wird der Krieg von 1948 in erster Linie als „Unabhängigkeitskrieg" beschrieben – eine nationale Erzählung von Staatsbildung, Überleben und Sieg. Dieser Erzählung zufolge werden die Vertreibung, die Zerstörung und die an den Palästinensern begangenen Verbrechen meist als Begleiterscheinungen eines unvermeidbaren Krieges dargestellt, als Folgen, die sich die Palästinenser selbst zuzuschreiben hätten, weil sie sich dem Teilungsplan der Vereinten Nationen

und der Gründung des jüdischen Staates widersetzt hätten, oder als Ergebnis ihrer Flucht – und nicht als Teil eines umfassenderen Prozesses der Vertreibung, der Verhinderung der Rückkehr und der demografischen Manipulation. Auf diese Weise wird auch die Geschichte der Auslöschung selbst ausgelöscht: Die palästinensische Katastrophe wird aus der israelischen Erzählung verdrängt, und die Staatsgründung wird so dargestellt, dass die Rolle verschleiert wird, die die Vertreibung der Palästinenser, die Verhinderung der Rückkehr und die Aneignung palästinensischen Landes bei der Errichtung der neuen, auf jüdischer Vorherrschaft basierenden Staatsordnung gespielt haben.[5]

Innerhalb der Grenzen von 1948: Formelle Staatsbürgerschaft, Kontrolle und Enteignung

Palästinenser, die nach 1948 innerhalb der Grenzen des israelischen Staates verblieben, waren anderen Mechanismen der Auslöschung ausgesetzt. Obwohl sie die israelische Staatsbürgerschaft erhielten, lebten etwa 85 % von ihnen bis 1966 unter Militärherrschaft, die die Bewegungsfreiheit einschränkte, politische Aktivitäten überwachte, Proteste unterdrückte und große Landflächen enteignete.

Die Land- und Planungspolitik, die den palästinensischen Lebensraum innerhalb Israels einschränkte, bestand auch nach dem Ende der Militärherrschaft fort. Der Staat gründete neue jüdisch-israelische Gemeinden auf Land, das unter seine Kontrolle überging, während keine neuen palästinensischen Gemeinden entstanden – mit Ausnahme einiger weniger, die darauf abzielten, die Beduinenbevölkerung im Naqab/Negev auf begrenzte Landflächen zu konzentrieren. Heute erstrecken sich die Zuständigkeiten palästinensischer Kommunalbehörden und Gemeinden innerhalb Israels auf weniger als 3 % des gesamten Staatsgebiets und unterliegen strengen Planungs- und Bebauungsbeschränkungen. Gleichzeitig äußern sich diese Land- und Planungspolitiken auch in groß angelegten Hausabrissen, insbesondere in nicht anerkannten Beduinengemeinden im Naqab/Negev, sowie in einer anhaltenden Bedrohung der Existenz ganzer Gemeinden.

Diese Politik ging zudem mit einer strengen Kontrolle über das Bildungssystem für Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft einher, einschließlich der Lehrpläne und Inhalte. Das Bildungssystem wurde genutzt, um eine untergeordnete staatsbürgerliche Identität zu formen, während palästinensische Geschichte, Kultur, Erinnerung und Erbe an den Rand gedrängt und die Verbindung zwischen den in Israel verbliebenen Palästinensern und dem palästinensischen Volk als Ganzes verschleiert wurden. Dort, wo Staatsbürgerschaft gewährt wurde, verschwand die Ausgrenzung nicht; sie nahm andere Formen an.

Nach 1967: Besatzung, Siedlungspolitik und anhaltende Zersplitterung

Die Besetzung des Westjordanlands, Ostjerusalems und des Gazastreifens führte zur Vertreibung weiterer 200.000–300.000 Palästinenser aus diesen Gebieten. Zwischen 1967 und 1994 entzog Israel etwa 140.000 Palästinensern im Westjordanland den Aufenthaltsstatus. Dies geschah, indem man sie aus dem von Israel kontrollierten Melderegister strich und ihnen so die Rückkehr in ihre Heimat verwehrte. Die Besatzung erweiterte das unter israelischer Kontrolle stehende Gebiet drastisch und führte eine direkte Militärherrschaft über Millionen von Palästinensern ein, während ihnen politische Rechte verwehrt wurden. In Ostjerusalem, das Israel einseitig annektierte, erhielten die meisten palästinensischen Einwohner einen Aufenthaltsstatus anstelle der Staatsbürgerschaft. Gleichzeitig begann Israel im gesamten Westjordanland, Bewegungsbeschränkungen zu verhängen und ein Genehmigungssystem aufzubauen. Dieses System verwandelte die Bewegungsfreiheit der Palästinenser von einem Grundrecht in etwas, das von der israelischen Zustimmung abhängig war: Sie konnte widerrufen, eingeschränkt oder ausgesetzt werden.

Die in den 1967 besetzten Gebieten angewandten Mechanismen entstanden nicht aus dem Nichts; sie stützten sich auf frühere Erfahrungen mit der militärischen Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung. Die bis 1966 über die Palästinenser innerhalb Israels verhängte Militärherrschaft diente als Vorbild für die Überwachung und Verwaltung einer Bevölkerung durch die Auferlegung von Bewegungsbeschränkungen, die Einführung eines Genehmigungssystems, politische Unterdrückung und andere Mittel. Nach 1967 wurden einige dieser Instrumente auf die besetzten Gebiete übertragen, wo sie im Rahmen der Besatzung und der direkten Militärherrschaft über Millionen von Palästinensern ohne politische Rechte ausgeweitet und verfeinert wurden.

Nach 1967 verfolgte Israel neben seiner militärischen Kontrolle über die besetzten Gebiete eine Siedlungslogik, die sich in der Errichtung von Siedlungen, der Landenteignung und der Kontrolle über Planung und Bauvorhaben in den besetzten Gebieten äußerte. Im Gegensatz zu dem bereits innerhalb der Staatsgrenzen angewandten Siedlungsmuster, das mit einer raschen, groß angelegten Vertreibung der Art von 1948 einherging, etablierte Israel in der Westbank, in Ostjerusalem und im Gazastreifen eine israelische zivile Präsenz in Form von Siedlungen, Infrastruktur, Straßen und Institutionen sowie eines Militär- und Sicherheitsapparats, der darauf ausgelegt war, diese zivile Präsenz zu schützen und ihre Ausweitung zu erleichtern. Die Besiedlung war nicht nur eine Folge der Besatzung; sie war ein Instrument zur Neugestaltung des Raums, zur Ausweitung der territorialen Kontinuität Israels, zur Zersplitterung des palästinensischen Raums, zur Vertreibung von Gemeinschaften und zur Festigung der israelischen Kontrolle in einer Weise, die es erschwert, diese in Frage zu stellen. Dadurch entstand ein einheitlicher Raum unter israelischer Kontrolle, insbesondere im Westjordanland und in Ostjerusalem, in dem israelische Siedler Bewegungsfreiheit genießen, dem israelischen Zivilrecht unterliegen und Zugang zu staatlich bereitgestellten Ressourcen und Dienstleistungen haben, während die im selben Raum lebenden Palästinenser der Militärherrschaft unterliegen und auf Genehmigungssysteme angewiesen sind, um ihre Rechte und ihre Bewegungsfreiheit auszuüben.

Jahrzehntelang trieb Israel die oben beschriebene rechtlich-räumliche Zersplitterung der Palästinenser weiter voran. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz über Staatsangehörigkeit und Einreise nach Israel (Vorläufige Verordnung), das erstmals 2003 erlassen und im Laufe der Jahre wiederholt verlängert wurde. Das Gesetz schränkt die Möglichkeit von Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen, auf der Grundlage familiärer Bindungen zu israelischen Staatsbürgern oder Einwohnern Jerusalems einen Status in Israel zu erlangen, nahezu vollständig ein. Auf diese Weise wurde die Zerrissenheit palästinensischer Familien über verschiedene Grenzen, Rechte und Status hinweg gesetzlich zementiert.

Oslo: Palästinensische Verwaltung ohne Souveränität

Die Osloer Abkommen der 1990er Jahre vertieften die Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung und verliehen ihr eine neue institutionelle und administrative Form. Die Abkommen wurden als Schritt in einem Prozess hin zu einer dauerhaften Statusregelung dargestellt. Im Rahmen dieser Abkommen wurde die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als halbautonome palästinensische Regierungsinstanz gegründet. Sie erhielt begrenzte Befugnisse zur Verwaltung einiger Aspekte des zivilen Lebens bestimmter Teile der palästinensischen Bevölkerung, während Israel die Kontrolle über die grundlegenden Bereiche des Lebens in dem Gebiet behielt: Grenzen, Bewegungsfreiheit, Sicherheit, Melderegister, Land, Raumordnung, Wasser und Ressourcen.

Das Ergebnis war eine teilweise palästinensische Autonomie ohne echte Souveränität oder Kontrolle über die Bedingungen, die eine unabhängige politische, territoriale und wirtschaftliche Existenz ermöglichen; viele Befugnisse der PA waren Israel untergeordnet. Die Aufteilung des Westjordanlands in die Zonen A, B und C, die als vorübergehende Regelung gedacht war, wurde zu einer fast dauerhaften Struktur. Sie konzentrierte die palästinensische Verwaltung auf fragmentierte

Enklaven, während Israel umfassende Kontrolle über das dazwischenliegende Gebiet behielt. Letztendlich behielt Israel die militärische Kontrolle über das gesamte Westjordan-land und in Zone C, die etwa 60 % des Westjordanlands ausmacht, die administrative Kontrolle, einschließlich der Kontrolle über Planung und Bauwesen, Land und Ressourcen.

Diese Struktur ermöglichte es Israel, ein Straßen- und Infrastrukturnetz aufzubauen, das die Siedlungen untereinander und mit Israel verband, wodurch für jüdische Israelis die Unterscheidung zwischen dem Westjordanland und dem übrigen unter israelischer Kontrolle stehenden Gebiet verwischt wurde. Zudem vertiefte sie die Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung, trennte Gemeinschaften und Lebensbereiche voneinander und festigte die Verwaltung der palästinensischen Bevölkerung in Enklaven. Die Oslo-Abkommen, die eigentlich fünf Jahre lang bis zum Abschluss eines dauerhaften Abkommens in Kraft bleiben sollten, wurden zu einem zentralen Instrument zur Erhaltung eines zusammenhängenden israelischen Raums und zur Festigung der israelischen Kontrolle darüber, während sie gleichzeitig die Palästinenser zersplitterten und die palästinensische Bevölkerung in Enklaven verwalteten.

Doch trotz dieser Mechanismen der Auslöschung besteht die kollektive Existenz der Palästinenser fort, ebenso wie ihre Ansprüche auf Rechte, Rückkehr, Souveränität und Selbstbestimmung. Während all dieser Zeiträume lehnten sich die Palästinenser weiterhin gegen ihre Zersplitterung und Vertreibung auf und beharrten auf ihrem Recht, auf ihrem Land zu bleiben und dort zu leben, familiäre, soziale und politische Bindungen über getrennte Räume hinweg aufrechtzuerhalten, Institutionen aufzubauen, politische Kämpfe zu führen und die Anerkennung ihrer Rechte als Volk einzufordern.

Wechselnde Formen, ein sich entwickelndes System, eine Logik

Die Nakba, die Militärherrschaft, die Aneignung des Eigentums von Vertriebenen und Flüchtlingen, die Landenteignung, die militärische Besatzung und die Siedlungen im Westjordanland, in Jerusalem und im Gazastreifen, die Osloer Abkommen sowie die rechtlich-räumliche Zersplitterung sind keine eigenständigen, isolierten Erscheinungsformen. Im Laufe der Jahre haben sich die Instrumente, mit denen das israelische Siedlerkolonialprojekt vorangetrieben und eine exklusive jüdische Souveränität über das Gebiet etabliert wird, verändert und vervielfacht, doch die Logik, die ihrem Funktionieren als staatliche Mechanismen zugrunde liegt, ist dieselbe geblieben: die Schaffung eines zusammenhängenden Raums unter israelischer Kontrolle bei gleichzeitiger Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land, der Verweigerung von Schutz und der Möglichkeit, ihre Rechte auszuüben, sowie der Verhinderung, dass sie als politisches Kollektiv agieren. Vor diesem historischen Hintergrund muss man die Verschärfung der letzten Jahre verstehen und die Art und Weise, wie langjährige Mechanismen der Kontrolle, Fragmentierung und Enteignung nun mit größerer Härte und offener angewendet werden.

Die letzten Jahre: Verschärfung, Beschleunigung und Aufdeckung der israelischen Logik der Auslöschung

Seit der Bildung der aktuellen israelischen Regierung Ende 2022 und insbesondere seit Oktober 2023 ist Israel in eine neue Phase eingetreten, in der die Mechanismen der Auslöschung in beschleunigtem Tempo und offener denn je angewendet werden. Die oben beschriebenen Mechanismen werden intensiver eingesetzt, wobei eine engere Koordination und Zusammenarbeit zwischen den Staatsorganen und rechtsextremen Siedlergruppen stattfindet und eine breitere öffentliche und politische Legitimation vorliegt. Gewalt, die einst als vorübergehend, als

sicherheitspolitische Notwendigkeit oder als Abweichung von der Politik dargestellt wurde, wird nun als integraler Bestandteil des Kontrollmechanismus des Regimes präsentiert.

Der Angriff auf die Lebensgrundlagen der Palästinenser ist direkt, systematisch und hemmungslos geworden. Die Auslöschung der palästinensischen Existenz als politisches, soziales und territoriales Kollektiv erfolgt durch tägliche Übergriffe auf Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften, ermöglicht durch die tiefgreifende Entmenschlichung der Palästinenser. Die verschiedenen Formen der gegen Palästinenser gerichteten Gewalt untergraben deren Fähigkeit, die grundlegendsten Elemente des täglichen Lebens aufrechtzuerhalten: ein Zuhause zu haben, den Lebensunterhalt zu verdienen, sich frei zu bewegen, zu studieren, für ihre Kinder zu sorgen, familiäre und gemeinschaftliche Bindungen zu pflegen und ein Leben zu führen, ohne angesichts von Gewalt, die jeden Moment ausbrechen kann, schutzlos und wehrlos zurückgelassen zu werden.

Die Logik der Auslöschung hat in der israelischen Gesetzgebung, Politik und politischen Sprache expliziten Ausdruck gefunden. So legte beispielsweise das Nation-State-Gesetz von 2018 fest, dass das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ausschließlich dem jüdischen Volk zusteht, womit der jüdischen Vorherrschaft, die das Regime bereits zuvor untermauerte, quasi-verfassungsrechtlicher Ausdruck verliehen wurde. Die Leitprinzipien der derzeitigen Regierung brachten diese Logik ausdrücklich zum Ausdruck und erklärten, dass „das jüdische Volk ein ausschließliches und unbestreitbares Recht auf alle Teile des Landes Israel hat“.

Institutionelle Veränderungen in den Machtzentren und Machtmechanismen

Als die derzeitige Regierung Ende 2022 gebildet wurde, verankerten ihre Leitprinzipien und Koalitionsvereinbarungen eine explizite Agenda zur Ausweitung der Siedlungen, zur Legalisierung von Außenposten und zur Vertiefung der israelischen Kontrolle über das Westjordanland und setzten diese Agenda in eine Umstrukturierung der Kontrollmechanismen um. In den Leitprinzipien hieß es, das jüdische Volk habe ein ausschließliches Recht auf alle Teile des Landes Israel, und die Koalitionsvereinbarungen setzten diesen Grundsatz in konkrete Veränderungen der Regierungsstruktur um: Befugnisse wurden vom Militärkommandanten auf die politische Ebene übertragen, Befehlsketten und Ernennungsmechanismen wurden überarbeitet, ein unabhängiger Regierungsmechanismus zur Förderung von Siedlungen wurde eingerichtet, die Unabhängigkeit der Rechtsberater wurde geschwächt und die Möglichkeit einer selektiven Anwendung der israelischen Gesetzgebung auf Siedler im Westjordanland wurde ausgeweitet. Die politische Agenda wurde somit in eine fortlaufende institutionelle Aktivität zur Förderung von Siedlungen, zur Legalisierung von Außenposten und zur Vertiefung der israelischen Kontrolle über das Gebiet umgesetzt.

Die Regierung vertraute diese Mechanismen Persönlichkeiten aus dem religiösen Siedler-Rechtsflügel an, allen voran Bezalel Smotrich, Itamar Ben Gvir und Orit Strock. Smotrich wurde zum zusätzlichen Minister im Verteidigungsministerium ernannt und erhielt weitreichende Befugnisse über zivile Angelegenheiten im Westjordanland, darunter Planung, Bau, Durchsetzung, Landfragen und die Legalisierung von Außenposten. Im Rahmen dieser Regelung wurde die Siedlungsverwaltung innerhalb des Verteidigungsministeriums eingerichtet, um Angelegenheiten im Zusammenhang mit der zivilen Tätigkeit Israels im Westjordanland zu zentralisieren. Gleichzeitig wurde dem Ministerium für Siedlungen und nationale Missionen unter der Leitung von Strock eine zentrale Rolle bei der Zuweisung von Budgets und Ressourcen an Siedlungen, Außenposten und landwirtschaftliche Betriebe zugewiesen, während Ben Gvir die Kontrolle über wichtige Zwangsorgane erhielt, darunter die Polizei und das Strafvollzugssystem.

Diese Entwicklung ist Teil der offenen Ziviltät der israelischen Kontrolle über das Westjordanland. Das bedeutet nicht, dass das Militärsystem, das zuvor das Westjordanland verwaltete, neutral oder vom Siedlungsprojekt getrennt war; es diente diesem Projekt jahrzehntelang. Was nun anders ist: Ein Teil der militärischen, sicherheitspolitischen und rechtlichen Fassade, durch die die Kontrolle als vorübergehende militärische Situation und nicht als dauerhafte Ausübung israelischer Souveränität dargestellt wurde, ist weggefallen. Einsatzgebiete, die formal vom Militär verwaltet wurden, sind nun in einen zivil-staatlichen Rahmen unter der Führung von Siedlern und deren Vertretern übergegangen und werden offen dazu genutzt, Siedlungen auszuweiten, die de-facto-Annexion von Gebieten voranzutreiben und Palästinenser zu vertreiben.

Oktober 2023 als Wendepunkt

Am 7. Oktober 2023 verübten die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Organisationen den tödlichsten Anschlag, der jemals gegen israelische Zivilisten verübt wurde. Es handelte sich um einen kriminellen Angriff von beispielloser Intensität, der sich in erster Linie gegen Zivilisten richtete und Massenmord, schwere Gewalt, sexuelle Gewalt, die Entführung von Zivilisten sowie andere äußerst schwere Verbrechen umfasste. Insgesamt wurden 1.218 Menschen getötet – entweder infolge des Angriffs in Gebieten in der Nähe des Gazastreifens (dem „Gaza-Umland“) oder während ihrer Gefangenschaft. Unter den Getöteten befanden sich 882 Zivilisten und Mitglieder lokaler Sicherheitskräfte. Unter den getöteten Zivilisten befanden sich 280 Frauen und 40 Kinder. Insgesamt wurden 252 Menschen – die meisten davon lebend, andere bereits tot – in den Gazastreifen entführt; die überwiegende Mehrheit von ihnen waren Zivilisten, darunter Frauen, ältere Menschen und Kinder. In den folgenden Jahren wurden die lebenden Geiseln und die Leichen der Geiseln nach Israel zurückgebracht, einige davon nach monatelanger Gefangenschaft, in einigen Fällen sogar nach mehr als zwei Jahren. Die am 7. Oktober begangenen Taten sind Kriegsverbrechen und wahrscheinlich auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Angriff vom 7. Oktober und seine Folgen erschütterten die israelische Gesellschaft zutiefst und markierten einen Wendepunkt innerhalb eines Systems, das bereits die Logik der Auslöschung in sich trug.

Das Trauma, die Angst und der Wunsch nach Rache, die die israelische Öffentlichkeit erlebte, wurden von rechtsextremen Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen der israelischen Regierung ausgenutzt und verstärkt, die bereits offen eine Vision von eskalierender Gewalt, Vertreibung und ethnischer Säuberung der Palästinenser vertreten hatten. Das kollektive Trauma sowie die politische Ausnutzung sowohl dieses Traumas als auch des Rachebedürfnisses in der israelischen Öffentlichkeit schufen Bedingungen, unter denen weite Teile der israelischen Öffentlichkeit groß angelegte Gewalt gegen Palästinenser als eine legitime, notwendige und sogar wünschenswerte Reaktion betrachteten.

Der öffentliche und politische Diskurs erweiterte die Kategorie des Feindes, sodass sie das gesamte palästinensische Kollektiv umfasste. Der Sicherheitsdiskurs spielte dabei eine entscheidende Rolle. Er stellte die palästinensische Existenz an sich – einschließlich der Präsenz im Gebiet, der politischen Organisation, des Widerstands, der Bewegungsfreiheit, des Aufbaus, der Bildung oder der Bewahrung des Gedächtnisses – als Bedrohung für die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung in Israel dar. Als solche wurden Handlungen, die die individuelle, soziale und politische Existenz der Palästinenser zum Ausdruck brachten, wiederholt als Gefahr, Aufwiegelung oder Terrorismus dargestellt. Der Sicherheitsdiskurs rechtfertigte nicht nur Gewalt; indem er palästinensische Rechte, Leben und Präsenz als Sicherheitsbedrohungen umdeutete, wurde er selbst Teil des Mechanismus der Auslöschung.

In ähnlicher Weise beschränkte sich die israelische Reaktion in Gaza, die sich zu einem Völkermord entwickelte, nicht auf diejenigen, die die Verbrechen begangen hatten, oder auf die bewaffneten Organisationen. Vielmehr wurde sie von Anfang an als Offensive dargestellt, die darauf abzielte, der

palästinensischen Gemeinschaft in Gaza und den dortigen Lebensbedingungen erheblichen Schaden zuzufügen. Das Massenmorden, einschließlich des Massenmordens an Kindern, die Zerstörung, die Vertreibung, der Hunger und der Angriff auf ganze lebenswichtige Systeme im Gazastreifen erhielten breite öffentliche Legitimation. Diese Verschiebung schlug Wellen im Westjordanland und in allen von Israel kontrollierten Gebieten: Sie vertiefte die Entmenschlichung der Palästinenser, erweiterte das Spektrum der als legitim wahrgenommenen Handlungen und bot offenere Unterstützung für Gewalt, Vertreibung und Aushöhlung.

Ein Grund dafür war, dass im Mainstream-Diskurs der jüdischen Öffentlichkeit in Israel der Angriff vom 7. Oktober allgemein als ein Ereignis interpretiert wurde, das losgelöst von der ihm vorausgehenden Geschichte war, als ob er stattgefunden hätte, nachdem Israel seine Siedlungen geräumt und „den Gazastreifen verlassen" hatte im Jahr 2005, und nicht im Rahmen einer andauernden Beziehung, in der Israel weiterhin zentrale Aspekte des palästinensischen Lebens im Gazastreifen kontrollierte, dessen Bewohner seit 2007 unter Blockade hielt und sie wiederholter militärischer Gewalt aussetzte. Der Kontext der anhaltenden Kontrolle, Abriegelung, Unterdrückung und Gewalt wurde somit aus dem Bewusstsein der israelischen Öffentlichkeit ausgelöscht. Nichts davon kann die schweren Verbrechen rechtfertigen, die am 7. Oktober begangen wurden, doch dieser Kontext ist unerlässlich, um die Umstände zu verstehen, unter denen diese Verbrechen stattfanden.

Im Westjordanland spiegelt sich die Eskalation der Gewalt gegen Palästinenser in der immer engeren Beziehung zwischen Militär, staatlichen Institutionen und Siedlern wider. Die Gewalt der Siedler ist nicht mehr lediglich als private Gewalt oder als Verstoß gegen die öffentliche Ordnung zu betrachten, sondern als Teil eines umfassenderen Kontrollsystems: Sie wird mitunter gemeinsam mit Soldaten und mit Rückendeckung der Sicherheitskräfte ausgeübt, unter Einsatz von staatlich bereitgestellten Waffen, Ausrüstung und Infrastruktur sowie bei nahezu völliger Straffreiheit. Somit verschwimmt die Grenze zwischen militärischer Gewalt, staatlicher Gewalt und ziviler Siedlergewalt. Siedlermilizen, landwirtschaftliche Betriebe und Außenposten, Sicherheitstrupps der Siedlungen, regionale Verteidigungseinheiten (Hagmar) und andere bewaffnete Siedlergruppen fungieren als Mechanismus der kolonialen Siedlermacht, der darauf abzielt, Palästinenser zu vertreiben: Sie schüchtern die Bewohner ein, schränken die Bewegungsfreiheit und den Zugang zu Land ein und beschleunigen die Vertreibung palästinensischer Gemeinschaften.

Die Entlarvung des legalen Deckmantels und der Wandel hin zur offenen Rechtfertigung von Gewalt

Im Laufe der Jahre setzte Israel rechtliche, bürokratische und öffentliche Mechanismen ein, die als Kontrollinstanzen für die Anwendung von Gewalt gegen Palästinenser dargestellt wurden und in begrenztem Umfang auch so funktionierten. Zu diesen Mechanismen gehörten das militärische und zivile Justizsystem, Rechtsberater, der Oberste Gerichtshof, interne Überprüfungen und Ermittlungen, ein offizieller Diskurs über die Einhaltung des Völkerrechts sowie Sensibilität gegenüber öffentlicher und medialer Kritik und gegenüber internationalem Druck seitens westlicher Staaten und internationaler Institutionen.

Diese Mechanismen hinderten Israel zwar nicht daran, das Apartheidregime und die Besatzung aufrechtzuerhalten, die Siedlungen auszubauen und die Rechte der Palästinenser systematisch zu verletzen, doch ihre bloße Existenz verpflichtete Israel, zumindest offiziell, sich mit dem Recht, den Beweisen, den Verfahren, den Untersuchungen und den Grenzen der Gewaltanwendung auseinanderzusetzen. Selbst wenn diese Auseinandersetzung dazu genutzt wurde, die Gewalt zu rechtfertigen oder zu vertuschen, schuf sie die Notwendigkeit, Erklärungen abzugeben, Dinge zu leugnen, Überprüfungen durchzuführen oder eine Maßnahme als Ausnahmefall, vorübergehend, verhältnismäßig oder notwendig darzustellen. In einigen Fällen erlegte dies dem staatlichen

Handeln sogar praktische Einschränkungen auf. Gleichzeitig verliehen Elemente der „Rechtsstaatlichkeit“ staatlicher Gewalt den Anschein von Rechtmäßigkeit, Professionalität und Zurückhaltung und trugen so dazu bei, sie öffentlich, rechtlich und international zu legitimieren.

In den letzten Jahren und insbesondere seit Oktober 2023 ist sogar dieser Anstrich bröckelt. Im innenpolitischen und öffentlichen Diskurs wird von Israel selten verlangt, seine Handlungen so darzustellen, als entsprächen sie dem Völkerrecht. Rechtliche Überlegungen werden beiseite-geschoben und als nebensächlich oder irrelevant dargestellt; rechtliche und öffentliche Kritik wird als Verrat gebrandmarkt; interne Ermittlungen werden, selbst wenn sie stattfinden, als Verfolgung von Soldaten dargestellt; und internationale Institutionen werden als antisemitisch oder illegitim bezeichnet. Handlungen, die einst eine Zurückweisung, Erklärung oder rechtliche Rechtfertigung erforderten, werden nun als legitime Politik präsentiert. Einer der deutlichsten Ausdrucksformen dieses Wandels ist die fast vollständige Straffreiheit, die Israelis genießen, die Palästinensern Schaden zufügen. Soldaten, Polizeibeamte und Siedler, die Palästinensern Schaden zugefügt haben, genießen seit Jahren weitgehende Straffreiheit vor Ermittlungen und Strafverfolgung, doch in den letzten Jahren hat sich diese Straffreiheit weiter ausgeweitet und ist offen und explizit geworden. Sie spiegelt sich in der ausbleibenden Bestrafung im Nachhinein, der Unterstützung im Vorfeld sowie einem breiten institutionellen und öffentlichen Verständnis wider, dass das Zufügen von Schaden an Palästinensern keine Konsequenzen nach sich zieht und manchmal sogar belohnt werden kann.

Ein ähnlicher Prozess zeigt sich in Israels Umgang mit dem Völkerrecht. Israel verstößt seit Jahren gegen das Völkerrecht in den besetzten Gebieten. Diese Verstöße haben sich jedoch in den letzten Jahren ausgeweitet und gingen einher mit einer offeneren Ablehnung der Regeln und Institutionen, die den Einsatz von Gewalt gegen Palästinenser einschränken sollen, mit Angriffen auf internationale Institutionen sowie mit der Ablehnung des Grundgedankens des Schutzes von Menschen nach dem Völkerrecht.[7]

In den Gefängnissen drückt sich diese Radikalisierung darin aus, dass die totale Kontrolle über palästinensische Körper zu einem Schauplatz von Gewalt, Demütigung und Folter gemacht wird. Jahrzehntelang diente das Gefängnissystem als Mechanismus politischer Unterdrückung und sozialer Zerschlagung, durch den Israel palästinensischen Widerstand, politische Aktivität und soziale Organisation kriminalisierte. Seit Ben Gvir im Januar 2023 zum Minister für Nationale Sicherheit mit Zuständigkeit für das Gefängnissystem ernannt wurde – und noch verstärkt seit Oktober 2023 – ist das Gefängnissystem zu einem der extremsten Schauplätze von Gewalt und Misshandlung gegen Palästinenser geworden, geprägt von routinemäßiger körperlicher und psychischer Gewalt, Aushungerung, Verweigerung medizinischer Versorgung, sexuellem Missbrauch, Demütigung, Folter und Tod. Ben Gvir und andere nutzten die öffentliche Stimmung aus und verankerten eine Logik der Rache im Strafvollzugssystem. Der Missbrauch palästinensischer Gefangener und Häftlinge wurde zur offiziellen Politik, ohne dass die israelische Öffentlichkeit, die Justiz oder die Medien nennenswerte Versuche unternahmen, dies einzudämmen. Die Bezeichnung palästinensischer Gefangener und Häftlinge im öffentlichen Diskurs Israels als bewaffnete Kräfte der Hamas oder „Nukhbas“ – manchmal wahllos und unabhängig von ihrem rechtlichen Status, ihren Handlungen oder den Umständen ihrer Inhaftierung – trug weiter zu ihrer Entmenschlichung bei und half dabei, das ihnen zugefügte Leid zu rechtfertigen. Die Tatsache, dass inhaftierte Palästinenser unter vollständiger staatlicher Kontrolle stehen, offenbart das Ausmaß ihrer Entmenschlichung: Selbst wenn sie vollständig vom Staat abhängig sind, werden sie nicht als Menschen betrachtet, deren Rechte der Staat zu schützen verpflichtet ist, sondern als Feinde, denen man Schaden zufügen darf und bei denen dies sogar wünschenswert ist. Vor diesem Hintergrund gewinnt Smotrichs „Entscheidender Plan“ besondere Bedeutung. Er ist eine der deutlichsten Formulierungen der Logik der Auslöschung und verdeutlicht den Zusammenhang zwischen der Ideologie der Siedlerkolonialismus, der Politik und dem Handeln vor Ort.

Der entscheidende Plan: Ein ideologischer und operativer Rahmen zur Umsetzung der Logik der Auslöschung

Der entscheidende Plan wird offiziell mit Bezalel Smotrich in Verbindung gebracht, der ihn 2017 in der Zeitschrift „Hashiloach“ veröffentlichte, die der religiösen Rechten Israels nahesteht. Die Prämisse des Plans lautet, dass es im Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer nur Platz für einen einzigen legitimen nationalen Anspruch gibt, nämlich den zionistischen Anspruch auf vollständige jüdische Souveränität. Er zielt daher darauf ab, die Möglichkeit auszuschließen, dass Palästinenser als politischer Akteur mit einem nationalen Anspruch auf das Gebiet existieren.

Im Hebräischen bezeichnet der im Titel des Plans verwendete Begriff „hakhra’ah“ die einseitige und endgültige Lösung einer umstrittenen Angelegenheit. Hier bezieht er sich auf das Bestreben, den politischen Anspruch der Palästinenser einseitig zu beenden, indem deren Fähigkeit, weiterhin als politische Kraft zu bestehen, zunichte gemacht wird. Er bedient sich einer Sprache der Nötigung, des absoluten Sieges, der Ausschaltung jeglicher Widerstandsmöglichkeit und der Verhinderung der politischen Zukunft der besiegten Seite. In diesem Sinne spiegelt der „Entscheidende Plan“ den Wunsch wider, die Palästinenser als politisches Kollektiv zu besiegen.

Der Plan, der eine breite ideologische Strömung innerhalb der israelischen Siedler-Rechten repräsentiert, treibt die Durchsetzung der ausschließlichen israelischen Souveränität über das Westjordanland durch die Annexion des Gebiets an Israel, die „Förderung der Auswanderung“ und die gewaltsame Unterdrückung des palästinensischen Widerstands voran. In seiner Prämisse und den vorgeschlagenen praktischen Maßnahmen ist der Plan einer der deutlichsten operativen politischen Ausdrucksformen der Logik der Auslöschung. Obwohl er von der Regierung nicht offiziell verabschiedet wurde, wurden zentrale Elemente seiner Logik in den letzten Jahren in Politik, Haushaltszuweisungen und vor Ort umgesetzte Praktiken umgesetzt.

Analyse des „Decisive Plan“

A. Die dem Plan zugrunde liegende Regimestruktur: Apartheid als Mechanismus der politischen Auslöschung

Der Plan basiert offen auf einer Ideologie ethnisch-nationaler Hierarchie. Er zielt darauf ab, ein Regime zu errichten, in dem Juden die volle Souveränität und die Macht besitzen, die Lebensbedingungen im gesamten Gebiet zu bestimmen, indem sie Land und Ressourcen, Bewegungsfreiheit und Grenzübergänge sowie den institutionellen Einsatz von Gewalt kontrollieren.

Der Plan unterscheidet zwischen begrenzten individuellen Rechten einerseits und politischen sowie nationalen Rechten andererseits. Er stellt die Verweigerung kollektiver Rechte als eine Regelung dar, die den Palästinensern bestimmte Rechte gewähren würde, sofern sie im Gebiet verbleiben. In der Praxis sind diese Rechte an die Unterordnung unter die israelische Souveränität geknüpft. Es würde ihnen gestattet sein, unter israelischer Herrschaft zu leben, jedoch ohne das Recht zu wählen oder die Regierung zu bestimmen, die ihr Leben kontrolliert, ohne jede reale Möglichkeit, Einfluss auf die Verteilung von Ressourcen zu nehmen, und ohne die Möglichkeit, ihre kollektive politische Zukunft und damit auch ihre individuelle Zukunft mitzugestalten. Ihnen wird somit der politische Status und jeglicher Anspruch auf Souveränität, Vertretung, Selbstbestimmung oder eine Zukunft als Kollektiv verwehrt.

Dies ist die formale Struktur der Apartheid: Eine Gruppe übt die volle souveräne Kontrolle über das Gebiet aus, während eine andere Gruppe nicht als politisches Kollektiv anerkannt wird und nur teilweise und bedingte Rechte gewährt bekommt. Der Plan verdeutlicht somit den Zusammenhang zwischen Apartheid und Auslöschung: Palästinenser dürfen zwar im Gebiet verbleiben, jedoch nur in einem untergeordneten und abhängigen Status, ohne politische Gleichberechtigung und ohne Mitbestimmung bei der Gestaltung der Regierung, die über ihr Leben entscheidet.

B. Das zentrale Instrument: „Sieg durch Siedlung", Enteignung, Plünderung und Besiedlung

Im Zentrum des Plans steht die Auffassung, dass der palästinensische Anspruch auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung nur durch eine Veränderung der Realität vor Ort zunichte gemacht werden kann. In diesem Rahmen ist die Errichtung von Siedlungen nicht bloß die Verwirklichung eines israelischen Rechts auf Ansiedlung in dem Gebiet, sondern ein politisches Instrument, das darauf abzielt, die jüdische Souveränität zu einer dauerhaften und unumkehrbaren Tatsache zu machen. Dem Plan zufolge schwindet die Möglichkeit einer zusammenhängenden, unabhängigen palästinensischen Existenz mit politischer Zukunft umso mehr, je umfassender und institutionalisierter die jüdische Präsenz im Westjordanland durch den Ausbau von Siedlungen und die Entwicklung von Infrastruktur, Straßen und Institutionen wird.

Dies ist ein klarer Ausdruck der Logik des Siedlerkolonialismus: Die Auslöschung erfolgt nicht nur durch Zerstörung, Vertreibung oder direkte Gewalt, sondern auch durch Planung, Bau, Ressourcenverteilung und die Neugestaltung des Raums. Nach dieser Logik sind die Aneignung von Land und die Ausweitung der Siedlungen keine Nebenprodukte der israelischen Kontrolle, sondern wesentliche Instrumente zur Erreichung dieses Sieges.

C. Die Optionen, die der Plan den Palästinensern bietet: politische Auslöschung, Weggang oder gewaltsame Unterdrückung

Der Plan stellt die Palästinenser vor drei Optionen, von denen jede eine andere Form der Auslöschung verkörpert. Diese Optionen betreffen nicht nur den politischen Status der Palästinenser als Volk; sie bestimmen auch, was mit ihnen als Einzelpersonen geschehen wird: unter welchen Bedingungen sie in ihrer Heimat verbleiben dürfen, ob sie zur Ausreise gedrängt werden und welche Art von Gewalt gegen sie angewendet wird, falls sie Widerstand leisten.

Die erste Option besteht darin, im Gebiet zu verbleiben. Dies ist an die Bedingung geknüpft, die politische Auslöschung zu akzeptieren, was die Aufgabe palästinensischer nationaler Ansprüche bedeutet. Sie könnten zwar einige Aspekte ihres täglichen Lebens über regionale oder kommunale Verwaltungen regeln, jedoch nicht als Volk. Der Plan bezieht sich ausdrücklich auf Verwaltungen „ohne nationale Merkmale" und erklärt, dass eine solche Aufteilung in getrennte Verwaltungen das palästinensische nationale Kollektiv zerschlagen würde. Mit anderen Worten: Der Verbleib im Gebiet ist an die Bedingung geknüpft, die jüdische Vorherrschaft als Leitprinzip für die Gestaltung des Lebens zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer zu akzeptieren. Von den Palästinensern wird nicht nur verlangt, ihre nationalen Ansprüche aufzugeben, sondern auch einen untergeordneten und abhängigen Status innerhalb eines Regimes zu akzeptieren, in dem politische Macht, Land, Ressourcen und die Kontrolle über die Anwendung von Gewalt ausschließlich bei den Israelis liegen.

Die zweite Option ist das Verlassen des Gebiets. Für diejenigen, die ihre nationalen Bestrebungen nicht aufgeben wollen, schlägt der Plan eine „Auswanderung" vor und bietet zu diesem Zweck finanzielle und logistische Unterstützung an. Doch unter einem Regime der Kontrolle, Enteignung, Vertreibung und der Abwesenheit einer politischen Zukunft ist eine solche „Auswanderung" keine freie Entscheidung. Vielmehr ist sie das vorhersehbare Ergebnis davon, dass das Leben der

Palästinenser in diesem Gebiet unmöglich gemacht und einer Zukunft beraubt wird. In der Praxis stellt dies einen Mechanismus der Zwangsumsiedlung oder Vertreibung dar.

Die dritte Option ist die Anwendung von Gewalt. Diejenigen, die sich weigern, das von Israel angestrebte Ergebnis zu akzeptieren und den gewaltsamen Kampf fortsetzen, oder diejenigen, die als gewaltsame Untergräber der israelischen Herrschaft definiert werden, werden als Feinde eingestuft, die das israelische Militär mit Gewalt unterdrücken muss. Der Plan bezeichnet dies als „militärischen Sieg" und erklärt, es sei notwendig, „diejenigen zu töten, die getötet werden müssen", und Waffen „bis zur letzten Kugel" einzusammeln. So verwehrt der Plan den Palästinensern nicht nur die Möglichkeit, als politisches Kollektiv zu agieren, sondern fördert auch den fortgesetzten Einsatz von Gewalt gegen diejenigen, die das von Israel angestrebte Ergebnis nicht akzeptieren und dagegen kämpfen – im Namen der Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung.

Die drei Optionen des Plans umreißen die Vorgehensweise gegenüber den Palästinensern als Untertanen unter israelischer Herrschaft: unter Bedingungen politischer Auslöschung zu verbleiben, die Heimat zu verlassen oder – falls sie weiterhin Widerstand leisten – mit Gewalt besiegt zu werden. Alle drei führen zum gleichen Ziel: der Beseitigung des palästinensischen Anspruchs auf Souveränität, Selbstbestimmung und eine gemeinsame palästinensische politische Zukunft in dem Gebiet.

Umsetzung von Elementen des Plans in der Politik und vor Ort

Der „Entscheidende Plan" wurde weder vollständig als Regierungsbeschluss verabschiedet noch gesetzlich verankert. Doch wie oben beschrieben, bekleiden seit der Regierungsbildung Ende 2022 Persönlichkeiten, die mit dieser Konzeption in Verbindung stehen, Schlüsselpositionen im Kontrollsystem über das Westjordanland. Befugnisse, die zuvor durch den Militärapparat ausgeübt wurden, wurden Smotrich in seiner Rolle als Minister im Verteidigungsministerium, zuständig für die Siedlungsverwaltung, sowie Mitgliedern seiner Partei „Religiöser Zionismus" anvertraut.

Diese Schritte setzen den im Plan als „Sieg durch Besiedlung" bezeichneten Aspekt um: die Schaffung einer räumlichen Realität, in der die Souveränität der jüdischen Israelis dauerhaft, offensichtlicher und schwerer anzufechten wird. Vor Ort wird dieselbe Logik zudem rasch durch Mittel umgesetzt, die flexibler sind als formelle politische und planerische Verfahren, darunter die Errichtung von Außenposten und Farmen, der Straßenbau und die Entwicklung der Infrastruktur für Siedlungen.

Gewalt, die in Israel als „Gewalt durch Siedler" dargestellt wird, ist Teil desselben Systems: Sie macht das Leben der Palästinenser in bestimmten Gebieten unmöglich, beschleunigt die Vertreibung von Gemeinschaften und treibt das Ergebnis voran, das der Plan in politischer Hinsicht formuliert.

Dies zeigt sich auch in der verschärften Durchsetzung gegen palästinensische Bautätigkeit und dem Abriss von Häusern und Infrastruktur. Diese Maßnahmen treiben die Logik des „Entscheidenden Plans" voran: de-facto-Annexion, Vertreibung der Palästinenser, Schaffung israelischer territorialer Kontinuität und die Zerschlagung der Möglichkeit einer unabhängigen, organisierten palästinensischen Existenz mit politischer Zukunft im Westjordanland. Dieselbe Logik wirkt in Ostjerusalem durch die bereits im israelischen Recht verankerte Annexion sowie durch spezifische Mechanismen der Planung, des Baus, des Aufenthaltsrechts und der räumlichen Verdrängung.[8]

Wir wenden uns nun der Untersuchung zu, wie die in dem Plan formulierte Logik durch die wichtigsten Handlungsfelder Israels im Westjordanland – dem Schwerpunkt dieses Berichts – umgesetzt wird.

Der Mechanismus der Auslöschung im Westjordanland

Israels Auslöschungsprojekt im Westjordanland wird unter dem Apartheidregime durch ein integriertes System aus fünf Handlungsbereichen umgesetzt: Gewalt und Einschüchterung, Bewegungsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulierung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme. Die Unterscheidung zwischen diesen Handlungsfeldern hilft zu verdeutlichen, wie sie funktionieren, doch vor Ort sind sie zu einem einzigen Mechanismus verwoben, der die lokale und zeitgenössische Ausprägung von Israels Projekt der Kontrolle, Vertreibung und Auslöschung darstellt: den Mechanismus der Auslöschung im Westjordanland. Es handelt sich hierbei nicht um eine Reihe separater Menschenrechtsverletzungen, sondern um ein Herrschaftssystem, das diese hervorbringt. Die fünf Handlungsbereiche wirken gleichzeitig und verstärken sich gegenseitig. Gemeinsam schränken sie die Fähigkeit ein, die Grundlagen des täglichen Lebens aufrechtzuerhalten – sich sicher zu bewegen, in einem Zuhause zu leben, den Lebensunterhalt zu verdienen, das Familien- und Gemeinschaftsleben zu pflegen, zu studieren, medizinische Versorgung zu erhalten und eine Verbindung zum Land aufrechtzuerhalten – und untergraben die Bedingungen, die es der palästinensischen Gesellschaft ermöglichen, als politische, soziale und territoriale Einheit mit Institutionen, kollektiven Rechten und einer gemeinsamen Zukunft zu existieren.

Das Kapitel „Der Eliminierungsmechanismus im Westjordanland“ in diesem Bericht beschreibt detailliert die konkreten Ausprägungen jeder Achse, die Daten, die ihre Verschärfung belegen, sowie die Art und Weise, wie sie zusammenwirken. Hier werden sie innerhalb eines organisatorischen Rahmens als ein einziger Wirkmechanismus mit einer gemeinsamen Leitlogik und einem gemeinsamen Zweck dargestellt.

Gewalt und Einschüchterung

Gewalt im Westjordanland fungiert als zentraler Mechanismus der Kontrolle, Vertreibung und Zerschlagung. Ihre Auswirkungen beschränken sich nicht auf die direkt Betroffenen – Getötete, Verletzte, Inhaftierte, Geschlagene oder aus ihren Häusern Vertriebene –, sondern erstrecken sich durch Einschüchterung auf einen weitaus größeren Teil der Bevölkerung. Sie schränkt den Handlungsspielraum aller Palästinenser im Westjordanland ein und prägt die täglichen Entscheidungen von Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften. In diesem Sinne ist Angst kein Nebenprodukt der Gewalt, sondern Teil ihrer Funktionsweise als Zwangsmittel.

Die Gewalt wird von verschiedenen staatlichen Stellen ausgeübt – dem israelischen Militär, seinen Reservisten, regionalen Verteidigungseinheiten, der Polizei und dem Shin Bet – sowie von Sicherheitskoordinatoren der Siedlungen, Sicherheitstrupps der Siedlungen und Siedlermilizen. Einige agieren als offizielle staatliche Organe; andere sind israelische Zivilisten, die mit staatlicher Unterstützung oder unter staatlichem Schutz oder in einem Umfeld nahezu vollständiger Straffreiheit operieren. Oft fungieren sie als Teil eines einzigen Systems. Bewaffnete Siedlermilizen greifen täglich Dörfer, Hirtengemeinschaften, Ackerland und Weideflächen an mit Waffen, die sie vom Staat erhalten haben; das Militär ist vor Ort, verhindert die Gewalt jedoch nicht und beteiligt sich sogar aktiv daran: Es sperrt Zufahrtsstraßen, feuert Tränengas oder scharfe Munition auf Palästinenser ab, die versuchen, sich zu verteidigen oder einen Angriff abzuwehren. Bemerkenswert ist, dass Soldaten, die in Siedlungen leben, regelmäßig an dieser routinemäßigen Gewalt gegen nahegelegene palästinensische Gemeinden teilnehmen.

Israel stellt einen Großteil seiner offiziellen militärischen Gewalt als Sicherheitsmaßnahme gegen Angriffe, Bedrohungen oder gewaltsamen Widerstand von Palästinensern und palästinensischen

bewaffneten Organisationen dar. In der Praxis geht die militärische Gewalt im Westjordanland jedoch weit über die Schädigung derjenigen hinaus, die gewalttätige Handlungen begehen oder bewaffneten Gruppen angehören. Sie betrifft die palästinensische Gesellschaft als Ganzes und die Lebensbedingungen: Häuser, Straßen, Flüchtlingslager, Ackerland, Weideflächen, öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und Arbeitsplätze.

Diese Gewalt dient der Einschüchterung und schafft unter anderem gezielt ständige Unsicherheit. In jedem Moment können Soldaten in ein Haus eindringen, Siedler auf einer Weide auftauchen, ein Kontrollpunkt ohne Erklärung geschlossen werden, bei einem Hinterhalt oder einer Razzia Schüsse fallen, ein Kind festgehalten, eine Person verhaftet oder geschlagen werden, ein Haus, eine Straße oder ein Teil der Infrastruktur zerstört werden oder der Zugang zu medizinischer Versorgung, Arbeit oder Schule blockiert werden.

Unter solchen Bedingungen erfordert jede alltägliche Handlung eine Risikoabwägung.

Seit Oktober 2023 haben sich die in Gaza angewandten Vorgehensweisen auch auf das Westjordanland ausgeweitet: verstärkter Einsatz tödlicher Gewalt, Luftangriffe, Zerstörung der Infrastruktur in Flüchtlingslagern, Vorstöße in dicht besiedelte Gebiete, Angriffe auf medizinische Teams und zivile Einrichtungen sowie systematische Inhaftierungen und Misshandlungen.

Die Gewalt im Westjordanland spiegelt die Logik der kolonialen Gewalt im Allgemeinen und der Siedlerkolonialprojekte im Besonderen wider. Diese Gewalt wird zwar gegen Einzelpersonen ausgeübt, hat aber weitreichende Auswirkungen: Sie prägt das Verhalten der unterworfenen Bevölkerung, bricht Widerstand, schürt Angst, vertreibt Gemeinschaften aus ihren Wohngebieten und macht immer wieder deutlich, wer die Macht innehat. Deshalb schaffen selbst scheinbar isolierte Praktiken wie die Zurschaustellung militärischer Präsenz, Hausdurchsuchungen, willkürliche Festnahmen, Durchsuchungen, Drohungen, Demütigungen, der Einsatz von Tränengas und die Verweigerung des Zugangs zu Land eine Routine, in der Palästinenser keinen sicheren Raum haben.

Palästinenser widersetzen sich der israelischen Kontrolle auf vielfältige Weise: durch Dokumentation, rechtliche Schritte, politische Aktivitäten, Proteste, Wiederaufbau, Gemeinschaftsorganisation und bewaffneten Widerstand. Daneben ist der palästinensische „Sumud“ (was so viel bedeutet wie Standhaftigkeit, Festhalten am Land) ein politischer Begriff, der das Verbleiben, die Kontinuität und die Verwurzelung der Palästinenser trotz der anhaltenden Bemühungen, sie zu vertreiben und zu enteignen, beschreibt. Sumud drückt sich durch eine breite Palette von Praktiken im Alltag und in kollektiven Aktionen aus.

In den letzten Jahren und insbesondere seit Oktober 2023 ist der Raum für palästinensischen Widerstand zunehmender Unterdrückung und Druck ausgesetzt, während die israelische Gewalt ausgeweitet und verschärft wurde. Israel seinerseits macht den palästinensischen Widerstand selbst – oder die Möglichkeit, dass sich ein solcher Widerstand entwickeln könnte – immer wieder zur Rechtfertigung für die Ausweitung der Gewalt gegen Stadtviertel, Flüchtlingslager, Dörfer, Gemeinschaften, Familien und zivile Räume. Manchmal geschieht dies als Reaktion auf einen gewalttätigen Akt gegen Israelis oder auf die Behauptung einer Sicherheitsbedrohung; zu anderen Zeiten wird israelische Gewalt präventiv eingesetzt – auf der Grundlage von Verdächtigungen, zur Abschreckung, Bestrafung oder um „Reibungen zu erzeugen“ – oder auf der Grundlage von Behauptungen, für die öffentlich keine Beweise vorliegen. So macht Israel den palästinensischen Widerstand zum Vorwand für weitreichende Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen der Palästinenser als Kollektiv, selbst wenn dieser Widerstand begrenzt oder lokal ist und selbst wenn er gänzlich gewaltfrei ist.

Bewegungsbeschränkungen

Die Möglichkeit, sich räumlich zu bewegen, ist eine Voraussetzung für das soziale, wirtschaftliche, familiäre und politische Leben. Wenn eine Person ihr Land, ein Krankenhaus, ihren Arbeitsplatz, ihre Schule oder die nächstgelegene Stadt nicht erreichen kann, verlieren Landbesitz oder die Existenz sozialer Einrichtungen und Dienstleistungen einen Teil ihrer praktischen Bedeutung.

Israels System zur Kontrolle der Bewegungsfreiheit der Palästinenser stützt sich auf eine seit Langem bestehende Infrastruktur: die Aufhebung der allgemeinen Einreisegenehmigung Anfang der 1990er Jahre, die es Palästinensern seit 1967 ermöglicht hatte, nach Israel und Ostjerusalem einzureisen, die allgemeine Abriegelung des Westjordanlands und des Gazastreifens, die Aufteilung des Westjordanlands in die Zonen A, B und C sowie die Trennmauer, deren Teile tief ins Westjordanland hineinreichen. Auf dieser Infrastruktur basieren Kontrollpunkte zwischen dem Westjordanland und Israel, Ostjerusalem und Jordanien; interne Kontrollpunkte innerhalb des Westjordanlands; Umgehungsstraßen; Straßen, die für den palästinensischen Verkehr verboten oder eingeschränkt sind; ein Genehmigungssystem; militärische Anordnungen; sowie verschiedene Arten physischer Hindernisse, darunter Tore, Erdwälle, Betonblöcke, Nagelstreifen, Militärjeeps und mobile Kontrollpunkte.

Zusammen haben diese verschiedenen Vorrichtungen und Maßnahmen einen fragmentierten und unzusammenhängenden palästinensischen Raum geschaffen, in dem die Bewegungsfreiheit der Palästinenser von Genehmigungen und von Entscheidungen durch Soldaten, Beamte und manchmal auch durch israelische Zivilisten abhängt, die in Siedlungen und Außenposten leben.

In den letzten Jahren und insbesondere seit Oktober 2023 nutzt Israel diese Infrastruktur auf intensivere, willkürliche und gewalttätigere Weise. Einreiseerlaubnisse nach Israel wurden widerrufen oder ausgesetzt, Zufahrten zu Dörfern und Städten wurden gesperrt, neue Straßensperren wurden errichtet, die Zahl der internen Kontrollpunkte hat sich vervielfacht, Tore werden ohne Vorankündigung geöffnet und geschlossen, und die tägliche Bewegungsfreiheit ist noch schwieriger, langsamer und unvorhersehbarer geworden als zuvor. Oft ist es sogar unmöglich zu wissen, ob eine Sperre aufgrund eines Befehls, einer militärischen Entscheidung, einer Initiative von Soldaten vor Ort, Forderungen von Siedlern oder einer Initiative der Siedler selbst errichtet wurde.

Kontrolle wird somit durch die Aufrechterhaltung und Verschärfung eines Gefühls der Unsicherheit ausgeübt. Palästinenser, die ihr Zuhause verlassen wollen, wissen nicht, wie lange die Reise dauern wird, welche Route sie nehmen müssen, ob sie ihr Ziel erreichen werden und ob sie zurückkehren können. Diese Ungewissheit beeinträchtigt die Fähigkeit der Palästinenser, ihr Leben und ihren Alltag zu planen – sei es den Arbeitstag, medizinische Behandlungen, das Studium, Familienbesuche, die Ernte, den Zugang zu einem Grundstück oder die Teilnahme an politischen Aktivitäten. Auf diese Weise werden Bewegungsbeschränkungen zu einem umfassenden Mechanismus der Kontrolle über Zeit, Raum und die Lebensmöglichkeiten einer ganzen Gesellschaft.

Die Kontrolle über die Bewegungsfreiheit wirkt in zwei sich ergänzende Richtungen. Einerseits zerteilt sie den palästinensischen Raum in Enklaven und isoliert Gemeinschaften, die von Zugängen, Toren, Genehmigungen und Ausweichstraßen abhängig sind. Gleichzeitig schafft sie israelische territoriale Kontinuität durch Straßen, Infrastruktur, Zugang zu Siedlungen und die Trennung zwischen den von Israelis und Palästinensern genutzten Routen. Auf diese Weise werden Bewegungsbeschränkungen für Palästinenser zu einem Instrument zur Schaffung eines anderen politischen Raums, in dem die israelische Präsenz zusammenhängender und zugänglicher wird, während die palästinensische Präsenz fragmentiert, an Bedingungen geknüpft und verwundbar wird.

Bewegungsbeschränkungen stehen in direktem Zusammenhang mit Enteignung. Wenn Bauern ihr Land nicht erreichen können, Hirten ihre Weideflächen nicht erreichen können, Arbeiter ihre Arbeitsplätze nicht erreichen können und Schüler, Lehrer oder medizinische Teams ihre Ziele nicht erreichen können, schaden Bewegungsbeschränkungen auch den Lebensgrundlagen, der Gesundheit, der Bildung, den sozialen Bindungen und der Möglichkeit, auf dem Land zu bleiben. Oft schafft die Verweigerung des Zugangs zu Land oder Weideland – sei es durch militärische Anordnungen, Straßensperren oder Gewalt durch Siedler – die Voraussetzungen für eine Übernahme dieses Landes durch Israel. Eine gesperrte Straße oder ein geschlossenes Tor ist daher nicht bloß eine Bewegungsbeschränkung; sie wird zu einem Mittel der Enteignung.

Die Beteiligung von Siedlermilizen verschärft den Schaden. Straßensperren, Drohungen gegen Autofahrer, Angriffe auf Straßen, unerlaubte Behinderungen, Forderungen und Druck auf das Militär, palästinensische Verkehrswege zu sperren, sowie die Verhinderung der Fortbewegung von Palästinensern auf Straßen machen Bewegungsbeschränkungen zu einem weiteren Schauplatz, an dem die Unterscheidung zwischen dem Staat und der Siedlerbevölkerung verschwimmt. Siedler und Siedlermilizen stehen nicht außerhalb des Systems der Bewegungsbeschränkungen, sondern sind Teil des Mechanismus der Kontrolle und Ausgrenzung.

Wirtschaftliche Strangulierung

Die wirtschaftliche Strangulierung der Palästinenser im Westjordanland beeinträchtigt die materiellen Lebensbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ein Zuhause zu unterhalten, Land zu bewirtschaften, sich frei zu bewegen, zu studieren, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen und für die Zukunft zu planen. Sie äußert sich in Armut, Arbeitslosigkeit und einem erheblichen Rückgang des Lebensstandards. Sie fungiert aber auch als Mechanismus der Kontrolle und des anhaltenden Drucks, der die Abhängigkeit der palästinensischen Gesellschaft von der israelischen Herrschaft verstärkt. Israels Kontrolle über Lebensgrundlagen, Bewegungsfreiheit, Grenzübergänge, Land, Wasser, Raumplanung und Infrastruktur sowie seine Kontrolle über den Haushalt der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die Steuereinnahmen, die es im Auftrag der Palästinensischen Autonomiebehörde einzieht, machen das Leben der Palästinenser instabiler, unsicherer und weniger nachhaltig.

Die wirtschaftliche Strangulierung im Westjordanland beruht auf einer über Jahrzehnte gewachsenen Abhängigkeit. Seit 1967 hat Israel die unabhängige palästinensische Wirtschaftsentwicklung eingeschränkt, die palästinensischen Arbeitskräfte in den israelischen Arbeitsmarkt kanalisiert, Ressourcen und Grenzübergänge kontrolliert und den eigenständigen Aufbau von Infrastruktur, Industrie, Landwirtschaft und Handel verhindert. Die Osloer Abkommen und das Pariser Protokoll haben diese Abhängigkeit nicht beseitigt, sondern dazu beigetragen, sie zu verfestigen. Israel behielt die Kontrolle über Grenzübergänge, das Handelssystem, die Währung und die Steuereinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde.

In den letzten Jahren hat Israel diese Abhängigkeit zunehmend als Mittel zur wirtschaftlichen Strangulierung genutzt. Es hob fast alle Arbeitserlaubnisse für Palästinenser zur Beschäftigung in Israel auf oder setzte sie aus und schnitt damit Zehntausende palästinensischer Arbeiter und ihre Familien von einer wichtigen Einkommensquelle ab. Gleichzeitig verschärfte es die Verzögerungen und Abzüge bei den Steuereinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde und beeinträchtigte deren Fähigkeit, Gehälter zu zahlen und grundlegende Dienstleistungen bereitzustellen; Israel drohte zudem, das palästinensische Bankensystem von den israelischen Banken abzukoppeln, über die es auch mit dem internationalen Bankensystem verbunden ist. Israel hat damit die finanzielle Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft zu einem weiteren Instrument für anhaltenden Druck gemacht.

Wirtschaftlicher Schaden wird auch durch die anderen Teile des Mechanismus der Ausgrenzung verursacht. So hindern beispielsweise Bewegungsbeschränkungen, das Genehmigungssystem, militärische Anordnungen und Straßensperren die Menschen daran, ihre Arbeitsplätze und Märkte zu erreichen, über die Allenby-Brücke ins Ausland zu reisen, ihr Ackerland zu erreichen und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten. Die Aneignung von Raum verhindert die palästinensische Entwicklung und erweitert israelische Industriegebiete. Gewalt durch das Militär und Siedlermilizen verhindert den Zugang zu Ackerland und Weideflächen. Die Kontrolle über Wasser, Energie und Infrastruktur untergräbt die Fähigkeit, Landwirtschaft, Industrie und das tägliche Leben aufrechtzuerhalten.

Der Schaden für Landwirtschaft und Viehzucht veranschaulicht dies gut. Für viele Familien im Westjordanland sind Ackerland, Olivenbäume, Weinberge, Gewächshäuser und Herden nicht nur eine Einkommensquelle, sondern auch ein wirtschaftliches Sicherheitsnetz, das eine generationsübergreifende Verbindung zum Land verkörpert und eine Grundlage für das Gemeinschaftsleben bildet. Wenn Bauern ihr Land nicht erreichen können, Olivenbäume gefällt, Gewächshäuser zerstört, Hirten von Weideflächen und Wasserquellen vertrieben und Herden gestohlen werden, schadet dies unmittelbar dem Einkommen, der Nahrungsversorgung, dem Eigentum und der Fähigkeit, einen Haushalt zu führen. Der Schaden reicht jedoch tiefer: Ein wirtschaftliches Sicherheitsnetz geht verloren; die Weitergabe landwirtschaftlichen Wissens über Generationen hinweg wird unterbrochen; Menschen werden von ihrem Land abgeschnitten und ihre Fähigkeit, dort weiterzuleben, wird eingeschränkt. Die Zerstörung eines Olivenhains, eines Gewächshauses oder einer Herde wirkt sich nicht nur auf eine einzige Anbausaison aus; sie kann die Grundlagen einer über Generationen hinweg aufgebauten Lebensweise zerstören, und der Wiederaufbau dieser Grundlagen erfordert Zeit, Geld und Bedingungen, die inmitten von Gewalt, Bewegungsbeschränkungen und Enteignung nicht gegeben sind.

Die wirtschaftliche Strangulierung erstreckt sich von den Haushalten bis hin zu den Institutionen und Dienstleistungen, die die Gesellschaft am Laufen halten. Wenn Familien ihre Miete nicht bezahlen, keine Lebensmittel kaufen, ihre Schulden nicht zurückzahlen, kein Land bewirtschaften oder ihre Kinder nicht zur Schule schicken können, wird ihre Fähigkeit, die Grundlagen des täglichen Lebens aufrechtzuerhalten, untergraben. Wenn die Palästinensische Autonomiebehörde Lehrern, Ärzten, Beamten und Dienstleistern nicht ihre vollen Gehälter zahlen kann, wenn das Bildungssystem auf Teil- oder Fernunterricht umstellt, wenn das Gesundheitssystem unter Mangel an Finanzmitteln, Ausrüstung und Medikamenten leidet und der Zugang zu medizinischer Versorgung stark beeinträchtigt ist, wird die Fähigkeit der palästinensischen Gesellschaft, institutionelle Kontinuität und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten sowie Perspektiven für die nächste Generation zu bewahren, eingeschränkt.

Wirtschaftliche Strangulierung führt zu Abhängigkeit und Verletzlichkeit. Sie stellt Familien, Gemeinschaften und Institutionen vor erzwungene Entscheidungen: ohne Lebensgrundlage bleiben, woanders hinziehen, Vermögenswerte verkaufen, auf Bildung verzichten, ihre Herden verkleinern, Land aufgeben oder auf Hilfe von außen angewiesen sein. Obwohl die Aufgabe von Land, das Wegziehen und die Auflösung von Lebensformen, Lebensgrundlagen und Gemeinschaften das Ergebnis anhaltenden strukturellen wirtschaftlichen Drucks sind, werden sie fast nie als Vertreibung dargestellt. Auf diese Weise verleiht die wirtschaftliche Erstickung der Logik der Auslöschung materielle Gestalt: Bleiben bedeutet, in Abhängigkeit und Verletzlichkeit ohne Perspektiven zu leben, während das Weggehen zur einzigen verbleibenden Option werden kann.

Soziale und politische Zerstörung

Israel greift die Infrastruktur an, die es der palästinensischen Gesellschaft ermöglicht, als soziales und politisches Gebilde zu existieren. Es untergräbt die Voraussetzungen für den Erhalt von

Institutionen, Führung, gemeinsamem Gedächtnis und gemeinsamer Erzählung, Kultur, Bildung, Journalismus, Organisierungsräumen und einem politischen Horizont.

Palästinensische Bewohner*innen des Westjordanlands leben als Subjekte ohne Staatsbürgerschaft unter einem System, das die meisten Aspekte ihres Lebens bestimmt, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, an den Entscheidungen mitzuwirken, die dieses Leben prägen. Israel bestimmt ihre grundlegenden Lebensbedingungen und legt die Grenzen dessen fest, was es als legitime Ausdrucksformen palästinensischer nationaler Identität und politischer Aktivität ansieht. Politische, gemeinschaftliche, berufliche, kulturelle und bildungsbezogene Organisation ist eine der wichtigsten Methoden, mit denen die palästinensische Gesellschaft versucht, ihre Fähigkeit zum kollektiven Handeln zu bewahren – weshalb Israel solche Organisation als Bedrohung ansieht.

Seit 1967 hat Israel eine Reihe von Notstandsverordnungen und militärischen Anordnungen eingesetzt, um nahezu jede Form palästinensischer politischer Aktivität unter Strafe zu stellen. Die israelische Gesetzgebung und die auf ihrer Grundlage erlassenen Erklärungen, darunter das Anti-Terror-Gesetz, haben diesen Rahmen der Kriminalisierung erweitert und es Israel ermöglicht, politische Parteien, Jugendbewegungen, Volkskomitees, zivilgesellschaftliche Organisationen, Studentengruppen, Journalisten, soziale Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger als „Anstifter", „terroristische Akteure" oder Mitglieder „rechtswidriger Vereinigungen" darzustellen. Dabei verwischt Israel bewusst die Grenze zwischen bewaffnetem Kampf und gewaltfreier politischer Aktivität. Dokumentationsarbeit, Protest, Rechtsbeistand, landwirtschaftliche Arbeit in der Gemeinde oder Aufklärung über die palästinensische Identität – all dies unterliegt demselben System aus Verhaftungen, Razzien, Abriegelungen, Beschlagnahmungen, Drohungen, Verhören und Inhaftierungen.

Eines der wichtigsten Instrumente zur Umsetzung dieses Rahmens der Kriminalisierung ist die Masseninhaftierung. Seit Jahrzehnten verhaftet und inhaftiert Israel Hunderttausende Palästinenser, darunter politische Führer, Gemeindevorsteher, Abgeordnete, Aktivisten, Studierende, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger. Seit Oktober 2023 haben Massenverhaftungen, Verwaltungshaft, das Verschwinden von Häftlingen innerhalb des Gefängnissystems und systematische Misshandlungen noch weiter zugenommen.

Bezeichnenderweise schadet die Inhaftierung nicht nur der festgenommenen Person selbst. Sie reißt Menschen aus ihren Familien, Gemeinschaften und politischen Handlungsräumen heraus und vermittelt eine weitreichendere Botschaft: Die Teilnahme an öffentlichen oder politischen Aktivitäten kann mit Gewalt, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und Folter geahndet werden.

Über die Inhaftierung hinaus schränkt Israel den palästinensischen öffentlichen Raum durch die Unterdrückung von Demonstrationen, Razzien in Institutionen, Eingriffe in Mobiltelefone, Verfolgung in sozialen Medien und Drohungen gegen Aktivisten ein. Gemeinschaften, in denen Menschen versuchen, sich politisch zu organisieren, werden kollektiv bestraft. Eine Demonstration, die Dokumentation von Gewalt, ein Beitrag in sozialen Medien, journalistische Berichterstattung, studentisches Engagement oder die Mitarbeit in einem lokalen Ausschuss können allesamt als Grund für eine Festnahme oder Schikanen dienen. Die Folge sind Selbstzensur, Angst vor politischer Organisation und Rückzug aus dem öffentlichen Leben.

Der Angriff auf politische und soziale Infrastrukturen umfasst auch einen Angriff auf die palästinensische Presse, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsorganisationen. Im Jahr2021stufte Israel sechs palästinensische Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen als terroristische Organisationen ein. Dies war kein isolierter Schritt, sondern Teil einer umfassenderen Strategie, die darauf abzielt, die Möglichkeiten der Palästinenser einzuschränken, die kriminelle Realität, in der sie leben, zu dokumentieren, sich zu organisieren, sich selbst zu

vertreten, sich an rechtliche und internationale Instanzen zu wenden, kollektives Wissen zu bewahren und als politisches Kollektiv zu agieren. Wenn bereits die Forderung nach dem Schutz von Rechten und nach rechtlichem Beistand als Terrorismus gebrandmarkt wird, wird einer der wichtigsten Wege untergraben, auf denen die palästinensische Gesellschaft kämpfen und die Anerkennung ihrer Rechte einfordern kann.

Hinzu kommen Angriffe auf die palästinensische Identität, das Gedächtnis und die Geschichtsdeutung. Israel geht gegen nationale Symbole wie die palästinensische Flagge vor, gegen kulturelle, bildungsbezogene und religiöse Einrichtungen, gegen das Gedenken an die Nakba und den Status der palästinensischen Flüchtlinge, gegen Archive, Kulturerbestätten und Orte, an denen das historische Gedächtnis bewahrt wird; sowie gegen Räume, in denen Wissen, Erinnerung und Zugehörigkeit zwischen den Generationen weitergegeben werden. Israels langjährige Kampagne gegen die UNRWA, die sich in den letzten Jahren verschärft hat, ist Teil dieses Prozesses.

Im Oktober 2024 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das der UNRWA die Tätigkeit in dem Gebiet verbietet, das Israel als hoheitsgebiet definiert, und israelischen staatlichen Behörden untersagt, Kontakt mit der Organisation zu pflegen. Im Mai 2025 setzte Israel Schließungsverfügungen gegen UNRWA-Schulen in Ostjerusalem durch und zwang die Organisation, alle sechs Schulen zu räumen, die sie in der Stadt betreibt und die von fast 800 Kindern besucht wurden.

Die UNRWA versorgt Millionen palästinensischer Flüchtlinge mit Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Beschäftigungs- und Gemeinschaftsdiensten, doch Angriffe auf sie wirken sich nicht nur auf das humanitäre Hilfssystem aus: Die UNRWA ist ein wichtiger institutioneller Rahmen, der palästinensische Flüchtlinge weiterhin als Kollektiv mit einer Geschichte, Rechten und einem ungelösten politischen Anspruch anerkennt – einen Anspruch, den Israel auszulöschen versucht. Der Angriff auf die UNRWA, gepaart mit Razzien in Gemeindezentren, Buchhandlungen, Theatern, religiösen Räumen, Universitäten und Schulen, zielt auf jene Orte ab, durch die eine Gesellschaft ihre Kontinuität, Sprache, Kultur und ihr politisches Bewusstsein aufrechterhält.

Der Status der Palästinensischen Autonomiebehörde verdeutlicht das Ausmaß dieses politischen Abbaus.

Die Palästinensische Autonomiebehörde wird als Rahmen für die palästinensische Selbstverwaltung dargestellt, agiert in der Praxis jedoch innerhalb einer Struktur, in der Israel die Grenzen, die Bewegungsfreiheit, das Melderegister, Land, Ressourcen, Sicherheit und den wirtschaftlichen Bereich kontrolliert. Selbst dort, wo palästinensische Institutionen existieren, agieren sie somit ohne Souveränität und in tiefer Abhängigkeit vom israelischen Kontrollsystem. Israel nutzt diese Struktur, um die palästinensische Bevölkerung zu verwalten, ohne ihr politische Rechte zu gewähren, und schwächt dabei stetig die Fähigkeit der Palästinenser zu echter Selbstverwaltung.

Selbst unter diesen Bedingungen geht das Leben der Palästinenser weiter. Unter ständiger Bedrohung durch Inhaftierung, Gewalt und den Abbau ihrer sozialen Strukturen und Institutionen organisieren sich die im Westjordanland lebenden Palästinenser weiterhin, organisieren, dokumentieren, unterrichten, schreiben, gehen rechtliche Schritte ein, bewahren Erinnerungen, verteidigen ihr Land, erhalten Institutionen und bauen Gemeinschaftsräume wieder auf.

Ethnische Säuberung und territoriale Aneignung

Die Art und Weise, wie Israel Raum an sich reißt, und die zunehmenden Erscheinungsformen ethnischer Säuberung im Westjordanland sind die deutlichsten Ausdrucksformen der beiden Dimensionen kolonialer Auslöschung: einerseits die Zerschlagung der Lebensgrundlagen der Palästinenser in diesem Gebiet, andererseits die Schaffung eines zusammenhängenden und

institutionalisierten israelischen Raums. Dies geschieht durch Enteignung, Zerstörung, Verhinderung von Entwicklung, Vertreibung und Umsiedlung palästinensischer Gemeinschaften sowie durch die Errichtung von Siedlungen, Außenposten und Farmen, den Straßenbau, den Ausbau der Infrastruktur, die Ausweitung von Zuständigkeitsbereichen und den Aufbau eines Militärapparats, der der israelischen Präsenz dient.

Die Kontrolle über Land ist nicht bloß die Kontrolle über Territorium. Land ist eine Lebensvoraussetzung: Heimat, Lebensunterhalt, Landwirtschaft, Bewegungsfreiheit, Wasser, Bildung, soziale Bindungen, kollektives Gedächtnis und politischer Horizont. Somit wirkt sich die Enteignung von Land über den wirtschaftlichen Schaden hinaus auch auf das Lebensgefüge und die Fähigkeit der Palästinenser aus, als Kollektiv mit territorialer, sozialer und politischer Kontinuität zu existieren.

Die Instrumente, mit denen Israel Land im Westjordanland an sich reißt, gibt es schon seit Jahrzehnten. Seit Jahrzehnten erklärt Israel Gebiete zu „Staatsland", „gesperrten Militärzonen", „Schießplätzen", „Naturschutzgebieten" und archäologischen Stätten; verhindert palästinensische Planungs- und Bautätigkeiten; reißt Häuser und Infrastruktur ab; sperrt Gebiete für Palästinenser; und weist Land, Mittel und Infrastruktur den Siedlungen zu. Vornämlich werden diese Maßnahmen mit verschiedenen Gründen gerechtfertigt: Sicherheits-, Planungs-, Umwelt- und archäologische Erwägungen. In der Praxis schränken sie jedoch den Lebensraum der Palästinenser ein und erweitern den jüdischen Raum.

In den letzten Jahren hat sich diese systematische Vorgehensweise beschleunigt und ist offener geworden. Die Übertragung ziviler Befugnisse im Westjordanland an politische Akteure, die mit dem Siedlungsprojekt identifiziert werden, die Einrichtung der Siedlungsverwaltung im Verteidigungsministerium, die Ausweitung der Befugnisse in den Bereichen Planung, Bauwesen, Land und Rechtsdurchsetzung sowie die Förderung der Grundbuchregistrierung in Gebiet C sind keine neutralen Verwaltungsmaßnahmen. Sie verlagern die Landverwaltung im Westjordanland von einem militärischen Rahmen in einen zivil-staatlichen israelischen Rahmen, der offen die Ausweitung der Siedlungen, die de facto-Annexion und die Vertreibung der Palästinenser aus dem Gebiet fördert.

Dies ist eine der direktesten Umsetzungen dessen, was der „Entscheidende Plan" als „Sieg durch Besiedlung" bezeichnet: die jüdisch-israelische Souveränität „vom Fluss bis zum Meer" in eine „vollendete Tatsache" zu verwandeln, „eine Tatsache, die weder zur Diskussion noch zur Verhandlung steht". Mit anderen Worten: Die Siedlungspolitik zielt darauf ab, das Gebiet so umzugestalten, dass ein palästinensischer Staat, palästinensische Souveränität und die territoriale Kontinuität Palästinas unmöglich werden.

Siedlerfarmen gehören zu den wirksamsten Instrumenten zur Umsetzung dieser Logik der Auslöschung. Eine Farm kann schnell die effektive Kontrolle über ausgedehnte Weideflächen erlangen. Eine kleine Anzahl von Siedlern, eine Herde, ein Geländewagen, Waffen, militärische oder polizeiliche Unterstützung sowie finanzielle oder infrastrukturelle Hilfe reichen aus, um das Kräfteverhältnis in einem gesamten Gebiet zu verändern. Sobald ein Bauernhof in der Nähe einer palästinensischen Gemeinde errichtet wurde, wiederholt sich dasselbe Muster: Der Zugang wird blockiert, Bewohner werden bedroht und angegriffen, Eigentum wird beschädigt, Herden werden geschädigt, und staatliche Kräfte werden gegen die Bewohner eingesetzt, bis die Palästinenser zum Wegzug gezwungen sind. Die Farmen erhalten Finanzmittel, Infrastruktur, Weidelandzuteilungen, militärischen Schutz, Ausrüstung und Waffen sowie mitunter direkte Abstimmung mit dem Militär. Siedlermilizen im Westjordanland sind daher keine eigenmächtige externe Kraft oder eine Ausnahme vom staatlichen System, sondern ein operativer Arm des Mechanismus der territorialen Kontrolle. Offizielle staatliche Stellen müssen nicht jede Gemeinde selbst vertreiben. Sie schaffen

Bedingungen, unter denen bewaffnete Siedler mit staatlicher Rückendeckung das Leben der Palästinenser unmöglich machen.

Farmen und Außenposten erweitern nicht nur das Gebiet unter israelischer Kontrolle; sie verursachen auch direkte, alltägliche Reibungen innerhalb palästinensischer Lebensräume. Im Gegensatz zu Mechanismen der Trennung und Fernverwaltung beinhaltet dies eine enge und kontinuierliche israelische Präsenz: bewaffnete Siedler in Weidegebieten, Straßen, die dicht an Wohnhäusern vorbeiführen, Soldaten, die wiederholt in den Gemeinden und Gebieten auftauchen, in denen Palästinenser leben. Die physische Nähe selbst wird so zu einer Form der Kontrolle, die eine ständige Bedrohung schafft, den Alltag stört und gewöhnliche Aktivitäten zu potenziellen Schauplätzen gewaltsamer Auseinandersetzungen macht.

Die Ausweisung von Staatsland, die Verweigerung von Baugenehmigungen, Abrissmaßnahmen, die Zuteilung von Weideland, die Errichtung von Farmen und Außenposten sowie die Aktionen von Siedlermilizen sind allesamt Bestandteile eines einzigen Systems. Wenn eine palästinensische Gemeinschaft gezwungen ist, das Gebiet zu verlassen – sei es aufgrund von Gewalt, der Verweigerung des Zugangs zu Weideland, Abrissmaßnahmen, der Sperrung des Wasserzugangs, Bewegungsbeschränkungen oder des Verlusts der Lebensgrundlage –, wird dieser Weggang manchmal als freie Entscheidung dargestellt. In der Praxis handelt es sich jedoch um eine erzwungene Vertreibung, woraufhin die geräumten Gebiete rasch unter die Kontrolle der Siedler übergehen. Siedler bauen Zufahrtsstraßen, stellen Wohnwagen auf, errichten weitere Farmen und zäunen Land ein, wodurch die frühere palästinensische Präsenz aus der Landschaft ausgelöscht wird. Die Palästinenser bleiben vertrieben, manchmal nur unweit ihres Landes, jedoch ohne echte Möglichkeit, zu den dort bestehenden Lebensformen, Lebensgrundlagen und Gemeinschaften zurückzukehren.

Die territoriale Übernahme zielt nicht nur darauf ab, die Gründung eines palästinensischen Staates in der Zukunft zu verhindern. Sie drängt die Palästinenser in überfüllte, isolierte und von Genehmigungen abhängige Enklaven, während sich der israelische Raum ausdehnt, besser vernetzt und institutionalisiert. Dies ist ein klarer Mechanismus der Auslöschung: Er erfordert nicht das sofortige Verschwinden aller Palästinenser aus dem Gebiet, sondern macht ihre Präsenz lückenhaft und ungeschützt und setzt sie weiterer Vertreibung aus.

Fazit

Im Westjordanland wirken die fünf Bereiche des israelischen Vorgehens gegen die Palästinenser – Gewalt und Einschüchterung, Bewegungsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulierung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme – gemeinsam als integrierter Mechanismus der Auslöschung. Sie beeinträchtigen das tägliche Leben der Palästinenser als Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften und verwehren ihnen die notwendigen Voraussetzungen, um als politische, soziale und territoriale Einheit zu existieren.

Israel setzt dieses System mithilfe staatlicher Institutionen, Gesetzgebung, Haushalten, Sicherheitskräften, Raumplanung, Infrastruktur, Genehmigungssystemen und dem Siedlungsapparat um, der aus Siedlungen, Außenposten, landwirtschaftlichen Betrieben und bewaffneten Siedlermilizen besteht. Manche Maßnahmen werden nach wie vor mit Sicherheitserfordernissen, Planung oder Strafverfolgung begründet. Doch je offener, koordinierter und expliziter diese Praktiken werden, desto deutlicher wird ihr übergeordneter politischer Zweck: den palästinensischen Lebensraum zu verkleinern, die palästinensische Kontinuität zu zerstören,

Institutionen und Vertretung zu schwächen, Gemeinschaften zu vertreiben und den Palästinensern eine unabhängige politische Zukunft zu verwehren.

Der „Entscheidende Plan“ formuliert dieses Ziel offen und liefert eine explizite politische Sprache für das, was die Mechanismen der Auslöschung umsetzen. Er stellt die Niederlage der Palästinenser als eine von drei Formen dar: unter Bedingungen der Kapitulation und Abhängigkeit zu verbleiben, das Land zu verlassen oder gewaltsamer Unterdrückung ausgesetzt zu sein.

Dies hat auch politische und internationale Auswirkungen. Die internationale Gemeinschaft sieht sich einem israelischen Apartheidregime gegenüber, das im Rahmen eines Siedlerkolonialprojekts Mechanismen der Auslöschung in beschleunigtem Tempo einsetzt. Die Sprache des „Konfliktmanagements“ oder einer „Rückkehr zum politischen Prozess“ ist mit der vorliegenden Realität unvereinbar; sie trägt dazu bei, das Wesen des Systems zu verschleiern: ein Regime, das den Raum auf der Grundlage jüdischer Vorherrschaft organisiert und Systeme der Kontrolle, Nötigung und Unterdrückung gegen die Palästinenser einsetzt, um diese Vorherrschaft zu bewahren und ihnen eine freie und gleichberechtigte politische Zukunft zu verweigern.

Die internationale Gemeinschaft darf die Realität im Westjordanland nicht länger als vorübergehende Krise betrachten, als Ergebnis vereinzelter Gewalttaten von Siedlern oder als Abweichung, die durch Aufrufe zur Zurückhaltung und eine Rückkehr zum politischen Prozess korrigiert werden kann. Die Straffreiheit, die Israel genießt und die durch umfassende politische, diplomatische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung untermauert wird, ermöglicht es, dass das Auslöschungsprojekt voranschreitet. Der Völkermord im Gazastreifen hat nicht zu dem Wandel in der internationalen Politik geführt, den das Ausmaß der Verbrechen erfordern würde, und dieselbe Straffreiheit ermöglicht nun die Fortsetzung von Gewalt, Vertreibung, Enteignung, wirtschaftlicher Strangulierung sowie sozialer und politischer Zerschlagung im Westjordanland. Die Anerkennung der hier beschriebenen Realität erfordert dringende und unmissverständliche Maßnahmen, um das Leid zu beenden und die individuellen und kollektiven Rechte der Palästinenser zu schützen.

Einleitung

Dieses Kapitel untersucht den Mechanismus der Auslöschung anhand der Gewalt, die Israel den Palästinensern im Westjordanland antut. Es berücksichtigt das gesamte Spektrum der beteiligten Akteure, darunter offizielle Stellen wie das Militär, die Polizei, Sicherheitstrupps der Siedlungen und regionale Verteidigungsbataillone (bekannt unter dem hebräischen Akronym „Hagmar“). Es zeichnet den Wandel von sporadischen Militäreinsätzen hin zu anhaltenden und zunehmend zerstörerischen Mustern nach, den Ausweitung des Einsatzes tödlicher Gewalt und die Lockerung der Schusswaffenrichtlinien sowie die wachsende Rolle bewaffneter Siedlermilizen, die in Abstimmung und Zusammenarbeit mit offiziellen Kräften operieren. Das Kapitel untersucht zudem Formen der Einschüchterung, die nicht unbedingt mit tödlicher Gewalt einhergehen, darunter invasive Überwachungs- und Kontrollsysteme; die nahezu ständige Präsenz von Soldaten und bewaffneten Siedlern auf Straßen und in Dörfern; nächtliche Hausdurchsuchungen; Drohungen und Erpressung; Festnahmen, Misshandlung und Folter; sexuelle Gewalt; sowie die Schändung von Leichen.

Das Kapitel zeigt, wie die israelische Gewalt als integriertes, kontinuierliches System funktioniert, durch das Israel seine Kontrolle über das Westjordanland ausweitet und die Fähigkeit der Palästinenser einschränkt, sowohl als Individuen als auch als Gesellschaft weiter zu existieren.

Die Auswirkungen dieser anhaltenden Gewalt reichen weit über einzelne Vorfälle hinaus, insbesondere seit Oktober 2023. Sie schafft eine beständige Realität aus Angst, Unsicherheit und Verletzlichkeit, in der selbst alltägliche Aktivitäten wie der Weg zur Arbeit oder zur Schule, die Bewirtschaftung von Land, das Weiden von Vieh, Fahrten zur medizinischen Versorgung oder der Aufenthalt zu Hause mit der Angst verbunden sind, Gewalt ausgesetzt zu sein. In diesem Sinne ist Einschüchterung kein Nebenprodukt der anhaltenden Gewalt, sondern eines ihrer zentralen Ziele: Sie schränkt die Handlungsfähigkeit von Einzelpersonen und Gemeinschaften ein, beeinflusst ihre Entscheidungen, zwingt sie in ihre Häuser und festigt Israels Kontrolle über die Palästinenser.

Der in diesem Kapitel beschriebene Wandel in der Art der Gewalt seit Oktober 2023 markiert einen Übergang von einer zunehmenden Abhängigkeit von bürokratischem Missbrauch unter Einsatz rechtlicher, planerischer und administrativer Instrumente – gepaart mit sporadischer Gewalt – hin zu einem umfassenden System direkter körperlicher Gewalt durch offizielle Vertreter des Regimes sowie durch zivile Akteure, die als ergänzende Kraft zu den offiziellen staatlichen Stellen agieren. Die hier beschriebene Gewalt lässt sich nicht nur an der Zahl der Getöteten, Verletzten, Festgenommenen und Inhaftierten messen, sondern auch an ihrer kumulativen Wirkung, ihrer Fähigkeit, alltägliche Entscheidungen in eine ständige Risiko-Nutzen-Abwägung zu verwandeln. Diese von Angst geprägte Realität zwingt die Bewohner des Westjordanlands zu ständiger Wachsamkeit, stört das tägliche Leben und schwächt die Widerstandsfähigkeit des Einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft. All dies dient der Logik der Auslöschung, die darauf abzielt, die Bewohner des Westjordanlands zu vertreiben und die Strukturen zu zerstören, die sie als nationales Kollektiv zusammenhalten.

Seit Jahrzehnten stellt Israel seinen Einsatz von Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland als Reaktion auf „Sicherheitsvorfälle“ dar und lenkt den öffentlichen Diskurs in Israel bewusst auf einzelne Militäroperationen und -aktionen sowie auf Eskalationsphasen, die auf einen bestimmten Zeitpunkt und Ort beschränkt sind. Doch diese Vorfälle spielen sich vor dem Hintergrund einer anderen alltäglichen Realität ab: anhaltender Gewalt, die selbst in Ermangelung jeglichen tatsächlichen palästinensischen Widerstands angewendet wird und jeden Aspekt des Lebens im Westjordanland durchdringt. Diese Realität beruht auf einer ständigen, massiven militärischen Präsenz im Herzen der Zivilbevölkerung. Israelische Streitkräfte führen routinemäßig Razzien in Städten, Ortschaften, Dörfern und Flüchtlingslagern durch; dringen in Häuser ein; führen Festnahmen und Durchsuchungen durch; betreiben permanente und temporäre Kontrollpunkte, die die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränken; und unterziehen sie verschiedenen Formen der Überwachung. Widerstand gegen diese Maßnahmen – und mitunter schon die bloße Anwesenheit von Palästinensern in dem betreffenden Raum – wird oft mit Gewalt beantwortet, einschließlich Schüssen mit scharfer Munition, Festnahmen und wiederholten Misshandlungen.

Die Gewalt durch Siedler entwickelte sich bereits im ersten Jahrzehnt der Besatzung, mit der Errichtung der ersten Siedlungen im Westjordanland, zu einem integralen Bestandteil der staatlichen Gewalt. Im Laufe der Zeit breitete sie sich in palästinensische Wohngebiete und Häuser aus, unterstützt von israelischen Streitkräften und geschützt durch verschiedene staatliche Mechanismen. Im Laufe der Jahre hat B’Tselem wiederholt dokumentiert, wie Siedler Palästinenser angreifen, deren Eigentum beschädigen und versuchen, sie von ihrem Land zu vertreiben, während die Reaktion des Staates von Wegschauen bis hin zu aktiver Unterstützung reicht. Seit nunmehr drei Jahrzehnten dokumentiert B’Tselem, wie israelische Streitkräfte immer wieder angreifende Siedler eskortieren, die Angriffe ermöglichen und sich daran beteiligen; unterdessen haben Soldaten beschrieben, wie Siedlungsbewohner an militärischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und die Militärpolitik im Westjordanland beeinflussen. In einigen Fällen befehligen sie Soldaten vor Ort faktisch. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Gewalttätern sind verschwommen, da Militär, Polizei und Siedler enger zusammenarbeiten und als sich ergänzende Teile eines einzigen Kontrollmechanismus agieren.

Gewalt im Westjordanland inmitten des Völkermords im Gazastreifen

Während Israel seit Oktober 2023 den Gazastreifen weiterhin verwüstet, haben hochrangige Regierungsvertreter wiederholt ihre Absicht bekundet, das „Gaza-Modell“ auch auf das Westjordanland anzuwenden. Verteidigungsminister Israel Katz beispielsweise forderte ausdrücklich, dass die Militäroperationen im Westjordanland dem Vorgehen in Gaza entsprechen sollten, während Finanzminister Bezalel Smotrich, der auch als Minister im Verteidigungsministerium für die Siedlungsverwaltung zuständig ist, den Bewohnern des Westjordanlands drohte, dass ihnen dasselbe Schicksal wie den Bewohnern von Gaza blühen würde, sollten sie weiterhin „den Terrorismus unterstützen“: „Tulkarm und Jenin werden wie Jabalya und Shuja’iya aussehen; Nablus und Ramallah werden wie Rafah und Khan Yunis aussehen. Auch sie werden zu unbewohnbaren Trümmerhaufen werden, und ihre Bewohner werden gezwungen sein, umher-u-irren und anderswo ein neues Leben zu suchen.“

Unterdessen wurden mehrere im Westjordanland lebende Siedler in wichtige Positionen in den höchsten Rängen des Militärs berufen, darunter vor allem Avi Bluth, der in der Siedlung Neve Tzuf aufgewachsen war und die vormilitärische Akademie „Bnei David“ in Eli besucht hatte – ein Bildungsprogramm für Abiturienten mit rechtsextremen Tendenzen. Bei seinem Amtsantritt als Befehlshaber des Zentralkommandos im Juli 2024 erklärte Bluth seine Absicht, einen „offensiven“ und proaktiven Ansatz zu verfolgen. Später zeigte er, dass dies auch kollektive Bestrafung ganzer palästinensischer Gemeinden bedeutete. Die Auswirkungen dieses Vorgehens zeigten sich am deutlichsten während der Operation „Eiserne Mauer“ in den Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlands im Januar 2025: Es handelte sich nicht nur um gewaltsame Razzien, wie sie bereits in der Vergangenheit durchgeführt wurden, sondern um die weitreichende Zerstörung ziviler Gebäude und Infrastruktur durch Luftangriffe und den Einsatz schwerer Maschinen in dicht besiedelten Wohngebieten – nach Mustern, die an die seit Oktober 2023 im Gazastreifen angewandten Methoden erinnerten. Israel verwandelte Wohngebäude und lebenswichtige Infrastruktur im nördlichen Westjordanland in Schutt und Asche.

Das israelische Militär hat zudem seine Schussrichtlinien im gesamten Westjordanland erheblich gelockert, was sich in dem starken Anstieg der Zahl der getöteten und verletzten Palästinenser seit Oktober 2023 widerspiegelt. Im Mai 2026 skizzierte der Befehlshaber des Zentralkommandos Avi Bluth die Tötungspolitik des Militärs im Westjordanland mit den Worten: „Wir töten so, wie wir seit 1967 nicht mehr getötet haben.“ Bluth behauptete zudem, dass „von den 1.500 Menschen, die in den letzten drei Jahren getötet wurden, nur 4 % unbeteiligt waren“. Zahlen von B’Tselem zeigen, dass dies jeglicher Grundlage entbehrt. Von den 1.037 Palästinensern, die zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 30. Juni 2026 vom israelischen Militär im Westjordanland getötet wurden, waren etwa ein Viertel – 237 Menschen – Minderjährige und etwa 21 waren Frauen. Die Umstände, unter denen sie getötet wurden – detailliert aufgeführt in der Todesfall-Datenbank von B’Tselem – zeigen, wie Israel systematisch nachträgliche Rechtfertigungen für die Tötung von Palästinensern konstruiert: zunächst, indem es sie als Bedrohung abstempelt, und dann, indem es die konkreten Umstände ausblendet, die zu ihrer Tötung führten – selbst wenn es sich bei den Getöteten um Zivilisten, darunter auch Kinder, handelte, die für niemanden eine Gefahr darstellten.

Seit Oktober 2023 wurden Tausende von Siedlern, die im Westjordanland leben, in den Gebieten, in denen sie wohnen, zum Reservedienst einberufen. Einige wurden in Sicherheitstrupps der Siedlungen integriert, die aufgestockt und schwer bewaffnet wurden, während andere in regionalen Verteidigungsbataillonen in verschiedenen Gebieten des Westjordanlands eingesetzt wurden.

Darüber hinaus förderten und ermutigten Amtsträger die Massenbewaffnung von Siedlern, einschließlich derer, die nicht zum aktiven Dienst einberufen worden waren.

Die Verbreitung von Schusswaffen unter Israelis, verbunden mit der zunehmenden Entmenschlichung der Palästinenser und der weit verbreiteten öffentlichen Forderung nach Rache für den von der Hamas angeführten Angriff vom Oktober 2023 – insbesondere im rechtsextremen Lager –, hat dazu geführt, dass die Gewalt der Siedler organisierter, tödlicher, allgegenwärtiger und direkter geworden ist als zuvor. Zahlreiche geplante, koordinierte Angriffe von Siedlern, die mit Militärkleidung, Schusswaffen und Ausrüstung ausgestattet waren, wurden dokumentiert, während die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Gewalttätern schwieriger geworden ist. Unterdessen hat die Ermutigung seitens der obersten Befehlsebene an die Soldaten, einen „offensiven“ und „proaktiven“ Ansatz zu verfolgen, zu den allgemeinen Entmenschlichungsprozessen beigetragen und einen fruchtbaren Boden für den gezielten Missbrauch palästinensischer Einwohner geschaffen, wobei Soldaten und Siedler mitunter gemeinsam handeln.

Das israelische Militär: Von sporadischen Razzien zur dauerhaften Zerstörung

Seit Jahrzehnten führt das israelische Militär sporadische Razzien in Flüchtlingslagern und anderen Wohngebieten im gesamten Westjordanland durch. Diese Razzien folgen einem weitgehend einheitlichen Muster: Dutzende oder Hunderte von Soldaten, manchmal zusammen mit Polizeikräften oder Mitarbeitern des Shin Bet, dringen in eine Stadt, einen Ort, ein Dorf oder ein Flüchtlingslager ein. Stundenlang, manchmal sogar tagelang, setzen die Streitkräfte im Herzen von Wohnvierteln schweren Waffenbeschuss ein, dringen in Gebäude ein und führen Durchsuchungen und Festnahmen durch. Insbesondere Flüchtlingslager im Norden des Westjordanlands sind besonders häufigen und tödlichen Razzien ausgesetzt, bei denen es unter anderem zu zahlreichen Tötungen von Zivilisten sowie zur Beschädigung und Zerstörung von Häusern, Gebäuden und Infrastruktur kommt. Im Laufe der Jahre haben Militärvertreter, der Shin Bet und israelische Medien diese Gebiete als Zentren militanter Aktivitäten beschrieben, wodurch die Lager und ihre Bewohner als legitime Ziele für den massiven Einsatz militärischer Gewalt dargestellt und die gesamte Bevölkerung anhaltendem Leid und kollektiver Bestrafung ausgesetzt wurden.

Diese Darstellung verschleiert die Tatsache, dass es sich um Flüchtlingslager mit dicht besiedelten Wohngebieten handelt, in denen Zivilisten – darunter Kinder, ältere Menschen und Familien – einfach nur versuchen, ihr Leben zu leben. Bei Razzien riegelt das Militär das Gebiet in der Regel ab, sperrt Straßen und schränkt die Bewegungsfreiheit sowie den Zugang zu medizinischer Versorgung ein, wodurch das Leben der Bewohner mitunter gefährdet wird. Diese Abriegelungen können tagelang andauern und das tägliche Leben vollständig zum Erliegen bringen: Schulen schließen, Geschäfte stellen den Betrieb ein, und die Bewohner können nicht zur Arbeit gelangen.

Militärvertreter behaupten häufig, dass bewaffnete palästinensische Organisationen die Flüchtlingslager – die zu den am dichtesten besiedelten zivilen Gebieten im Westjordanland gehören – als Stützpunkte zum Verstecken und für ihre Operationen nutzen und deren Bewohner als menschliche Schutzschilde einsetzen. Doch die Methoden des Militärs und die von ihm verursachten Verwüstungen deuten darauf hin, dass es sich nicht um gezielte Angriffe auf bewaffnete Personen handelt, sondern um ein weitreichendes Muster der Schädigung der Zivilbevölkerung und ihrer Lebensbedingungen durch kollektive Bestrafung und Einschüchterung.

Im Juli 2023 führte das israelische Militär im Rahmen einer Offensive namens Operation „Home and Garden“ einen Überfall auf das Flüchtlingslager Jenin im Norden des Westjordanlands durch. Während zweier Tage, geprägt von Luftangriffen, Panzerbeschuss, Abrissarbeiten durch Bulldozer und einer Bodenoffensive von etwa 1.000 bewaffneten Soldaten, verursachte das Militär massive Zerstörungen an Gebäuden und der Infrastruktur des Lagers, in dem etwa 23.600 Menschen leben. Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtete, dass die Streitkräfte während des Überfalls durch Löcher, die sie in Außenwände gebohrt hatten, von Haus zu Haus vorgingen, einige Häuser für längere Zeit besetzten und umfangreiche Sachschäden verursachten. Das Militär sperrte den Zugang zum Lager für Fahrzeuge und Fußgänger und hinderte Krankenwagen daran, das Lager zu betreten, um die Verwundeten zu versorgen. Außerdem feuerte es scharfe Munition ab und warf Blendgranaten und Tränengas in Richtung mehrerer Krankenhäuser im Lager. Zwölf Menschen wurden während der Operation getötet, darunter vier Kinder. Mehr als 120 Menschen wurden verletzt, und 3.500 wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Seit Oktober 2023 und insbesondere seit Beginn der Operation „Eiserne Mauer“ im Januar 2025 sind die israelischen Militäreinsätze in Flüchtlingslagern und anderen Wohngebieten im gesamten Westjordanland in eine neue Phase eingetreten – sie sind umfangreicher, intensiver und aggressiver als zuvor. Im Rahmen der Operation „Eiserne Mauer“, die im Flüchtlingslager Jenin begann und sich auf die Lager Tulkarm, Nur Shams und al-Far’ah ausweitete, führte die vorübergehende Einnahme der Lager im Norden des Westjordanlands zu einer massiven Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur sowie zur Vertreibung von Zehntausenden Bewohnern. Im Verlauf der Operation vertrieb das Militär etwa 33.000 Bewohner der Flüchtlingslager aus ihren Häusern und erklärte, es werde die Lager vorerst unter seiner Kontrolle halten.

Bis Ende Juni 2026 hat es das Ende der Operation noch nicht erklärt und die meisten Bewohner an der Rückkehr gehindert. Nach Angaben von B’Tselem töteten die Streitkräfte vom Beginn der Operation bis Ende Juni 2025 in Städten und Lagern im nördlichen Westjordanland 83 Menschen durch Schusswaffen und Luftangriffe, darunter drei Frauen und 14 Minderjährige. Die Streitkräfte zerstörten zudem Gebäude und Infrastruktur in beispiellosem Ausmaß durch kontrollierte Sprengungen und den umfangreichen Einsatz von Bulldozern und verursachten weitere Schäden und Zerstörungen an Häusern, Autos und öffentlichem Eigentum, indem sie mit Panzern und gepanzerten Mannschaftstransportern in dicht besiedelte Wohngebiete eindrangen.

Eines der deutlichsten Anzeichen sowohl für die Eskalation der Gewalt als auch für die Wiederholung von Kriegstaktiken, wie sie im Gazastreifen angewendet wurden, ist die Rückkehr zu Luftangriffen auf dicht besiedelte Wohngebiete im Westjordanland – zum ersten Mal seit der Zweiten Intifada. Nach den Aufzeichnungen von B’Tselem wurden zwischen dem 21. Juni 2023 – dem Tag des ersten israelischen Luftangriffs im Westjordanland seit der Zweiten Intifada – und dem 23. Mai 2026 im Westjordanland 269 Palästinenser durch Luftangriffe getötet. Unter den Getöteten befanden sich 45 Minderjährige. Mindestens 128 der Opfer waren zum Zeitpunkt des Angriffs nicht an Kampfhandlungen beteiligt. Zum Vergleich: In einem Zeitraum von mehr als 18 Jahren, von 2005 bis Anfang Oktober 2023, tötete das Militär bei Luftangriffen im Westjordanland 14 Menschen. Bewohner der Lager, die nach Oktober 2023 gegenüber B’Tselem aussagten, beschrieben, was sie nach den Angriffen in den Lagern sahen: massive Zerstörung von Wohngebäuden, unter Trümmern begrabene Leichen und Leichenteile, darunter auch solche von Kindern, die auf Straßen, in Häusern, in einem Café und auf einem Spielplatz verstreut lagen.

Während der Kampfhandlungen mit dem Iran im Juni 2025 und erneut zwischen Februar und März 2026 dokumentierte B’Tselem ein systematisches, großangelegtes und wiederkehrendes Muster bei Militärrazzien in Wohngebieten in den Bezirken Nablus, Jenin, Ramallah und Hebron: Soldaten besetzten Privathäuser und wandelten sie in Militärstellungen, Verhörzentren und Schlafquartiere

um. Im Juni 2025 beschlagnahmte das Militär auf diese Weise mindestens 60 Gebäude. Zwischen Februar und März 2026 wurden mindestens 130 Häuser beschlagnahmt. Während der Beschlagnahmungen befahlen Soldaten den Bewohnern, ihre Häuser zu verlassen, oder sperrten sie in einen einzigen Raum ein, wobei sie manchmal Männer, Frauen und Kinder voneinander trennten. Sie durchsuchten die Häuser über einen Zeitraum von wenigen Minuten bis zu mehreren Stunden. Als die Soldaten Stunden, manchmal sogar Tage später das Haus verließen und die Bewohner zurückkehren durften, stellten sie fest, dass die Soldaten Geld und Ausrüstung geplündert, ihre Lebensmittel verzehrt, in ihren Betten geschlafen und zerbrochene Möbel, Müll, Zigarettenkippen und in einigen Fällen Fäkalien zurückgelassen hatten. Einige Bewohner berichteten B'Tselem, sie hätten Angst, nach Hause zurückzukehren, aus Furcht, ihre Häuser könnten erneut besetzt werden oder zu militärischen Zielen werden.

Diese Art der Besetzung ist nicht neu. Im Militärjargon war sie früher als „Straw-Widow"-Verfahren bekannt. Zeugenaussagen von B'Tselem belegen jedoch eine zunehmende Anwendung dieser Praxis.

Die eskalierende Gewalt spiegelt sich auch in dem seit Oktober 2023 gemeldeten Anstieg wider, bei dem israelische Streitkräfte palästinensische Bewohner als menschliche Schutzschilde bei Razzien in Wohngebieten oder Hausdurchsuchungen einsetzen, oft auf Befehl hochrangiger Militärkommandanten. Palästinenser, darunter Kinder und Jugendliche, werden – oft mit vorgehaltener Waffe – gezwungen, militärische Aufgaben zu übernehmen, die ihr Leben ernsthaft gefährden. Sie werden unter anderem angewiesen, verdächtige Gegenstände von Straßen zu entfernen, Menschen aufzufordern, ihre Häuser zu verlassen, damit das Militär sie festnehmen kann (das „Nachbarverfahren"), oder sich vor Soldaten zu stellen, während diese hinter ihnen schießen.

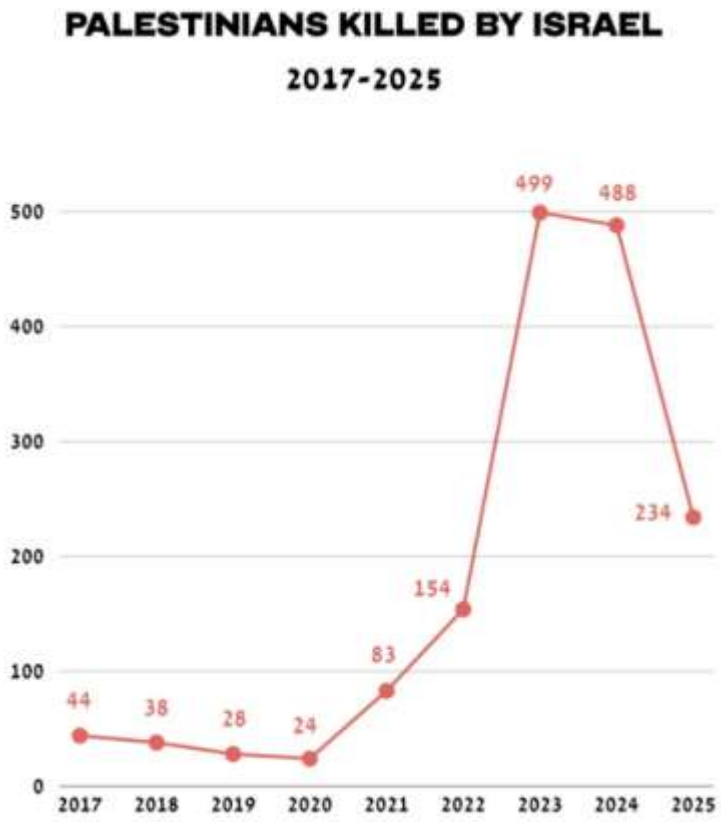
Regelungen zum Einsatz von Schusswaffen

Hintergrund: Die Schusswaffenrichtlinien des israelischen Militärs

Die Schusswaffenrichtlinien des israelischen Militärs sind nicht öffentlich zugänglich. Aussagen, die im Laufe der Jahre von Soldaten gegenüber der Organisation „Breaking the Silence" gemacht wurden, deuten darauf hin, dass Soldaten in der überwiegenden Mehrheit der Fälle mündlich über die wichtigsten Regeln unterrichtet werden, anstatt die Vorschriften in einer formellen schriftlichen Fassung zu erhalten. Viele Soldaten sagten aus, dass sich die Vorschriften je nach dem von dem jeweiligen Kommandanten vor Ort vorgegebenen Ton ändern und ausweiten. Verschiedenen Berichten sowie Aussagen von Staatsvertretern in Gerichtsverfahren zufolge argumentierte Israel, die Vorschriften seien angeblich so formuliert worden, dass sie dem israelischen und internationalen Recht zur Anwendung tödlicher Gewalt entsprechen. In der Praxis dienen sie jedoch aufgrund ihrer Undurchsichtigkeit dem Militär und den Soldaten im Einsatz dazu, sich der Rechenschaftspflicht für die Schädigung von Palästinensern zu entziehen, anstatt den Einsatz von Gewalt einzuschränken oder zu begrenzen. Ein Vergleich öffentlich zugänglicher Informationen mit den Aussagen von Soldaten zeigt, dass die Vorschriften zwar tödlichen Schusswaffengebrauch nur in Fällen einer „tatsächlichen und unmittelbaren" Lebensgefahr zulassen, jedoch keine klaren Kriterien festlegen, wann diese Schwelle erreicht ist, sodass die Entscheidung den Soldaten vor Ort überlassen bleibt. Ihr subjektives Gefahrenempfinden wird dann dazu genutzt, unverhältnismäßige Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Im Laufe der Jahre ist Israels Schusswaffenrichtlinie immer freizügiger geworden, zeitweise inmitten von Forderungen öffentlicher Amtsträger, sie zu lockern, damit Soldaten sich selbst schützen können – selbst auf Kosten der massenhaften Tötung von Palästinensern.

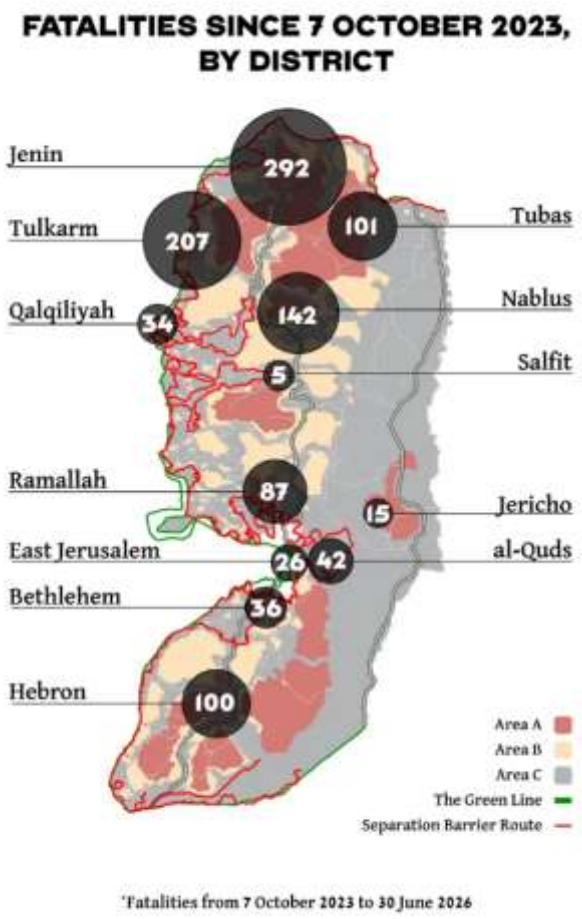
Vom Beginn der Zweiten Intifada (September 2000) bis zum 6. Oktober 2023 töteten israelische Streitkräfte 2.657 Menschen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem. Von den Getöteten waren 519 Kinder und 83 Frauen. In diesen Jahren wurden 83 palästinensische Bewohner des Westjordanlands von israelischen Zivilisten getötet, und 15 wurden von Israelis getötet, deren Status als Zivilisten oder Angehörige der Sicherheitskräfte unbekannt ist. Zehntausende weitere wurden verletzt, darunter durch lebensverändernde Verletzungen, die zu körperlichen oder psychosozialen Behinderungen führten. Vom 7. Oktober 2023 bis zum 30. Juni 2026 tötete Israel 1.087 Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem. Unter den Getöteten waren 242 Kinder und 21 Frauen. Von der Gesamtzahl wurden 35 von israelischen Zivilisten und 15 von Israelis getötet, deren Status als Zivilisten oder Angehörige der Sicherheitskräfte unbekannt ist. Die übrigen wurden von israelischen Streitkräften getötet.

Die meisten der in diesen Jahren getöteten und verletzten Palästinenser waren zum Zeitpunkt der Schüsse weder an gewalttätigen Handlungen noch an Feuergefechten mit Streitkräften beteiligt, noch waren sie gezielt zur Tötung oder Ermordung ausgewählt worden. Einige waren zur Festnahme ausgeschrieben und stellten keine Gefahr für die Einsatzkräfte dar. Andere befanden sich in der Nähe von Personen, die als gesucht galten, wurden fälschlicherweise als gesucht identifiziert oder gerieten einfach zufällig in eine Gasse oder auf eine Straße, in der Soldaten militärische Hinterhalte eingerichtet hatten. Einige wurden erschossen, als sie die Trennmauer erklommen, um nach Jerusalem zu gelangen, oder die Grüne Linie überquerten, um ihre Arbeitsstätten zu erreichen.



Ab Oktober 2023

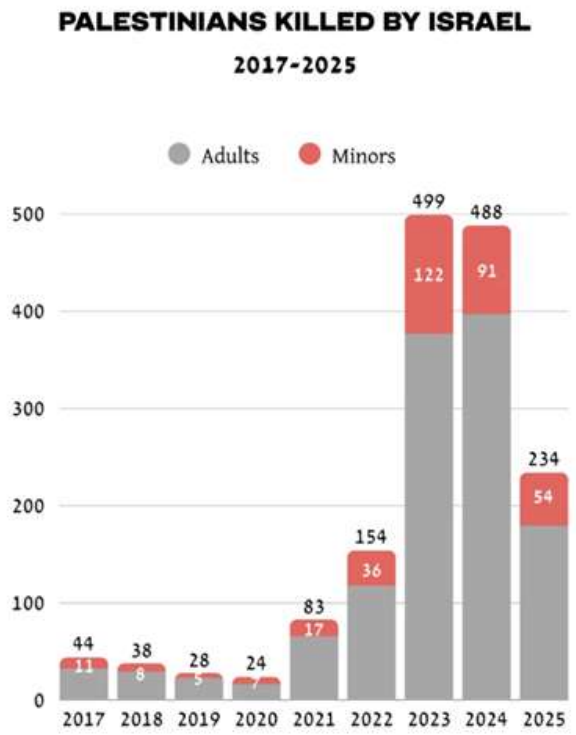
Die Veränderung in den Vorgehensweisen des israelischen Militärs seit Oktober 2023 zeigt sich am deutlichsten in der beispiellosen Ausweitung der Umstände, unter denen Soldaten im Gazastreifen und im Westjordanland das Feuer eröffnen dürfen, einschließlich Situationen, in denen die Einsatzkräfte vor Ort keiner lebensbedrohlichen oder sonstigen Gefahr ausgesetzt sind.



Mehrere Fälle, darunter die Tötung von Angehörigen der Familie Bani ‘Odeh in Tammun im März 2026 und des sieben Monate alten Sam Abu Haikal in Hebron im Juni 2026, erregten in Israel öffentliche Aufmerksamkeit und lösten eine Diskussion in den Medien aus. In beiden Fällen stellte das Militär die Schüsse als Reaktion der Soldaten auf eine „wahrgenommene Gefahr“ dar, behauptete, die Fahrzeuge, in denen sich die Opfer befanden, hätten „auf sie zugeschleunigt“, und präsentierte die Vorfälle als Ausnahmefälle

Quelle: B’Tselem

Angesichts der von B’Tselem seit Oktober 2023 dokumentierten ähnlichen Fälle waren die Tötungen der Bani-‘Odeh-Kinder und des Säuglings Sam Abu Haikal in keiner der beiden Hinsicht tatsächlich außergewöhnlich: Bei den Opfern handelte es sich um Kinder und Jugendliche, und sie wurden zusammen mit Familienangehörigen oder vor den Augen ihrer Eltern erschossen. Bevor die Kinder aus Bani ‘Odeh und der Säugling Sam im Jahr 2026 getötet wurden, hatten israelische Streitkräfte im Jahr 2025 bereits 54 Kinder im Westjordanland getötet. Zu ihnen gehörte der zehnjährige Sadam Rajab, der im Januar 2025 von Soldaten in den Rücken geschossen wurde, als er vor seinem Haus in Tulkarm trat, um mit seiner Mutter zu telefonieren, und zehn Tage später an seinen Verletzungen starb; den 13-jährigen ‘Amru Qabha, den Soldaten erschossen, als er im Juli 2025 in seiner Heimatstadt Ya’bad im Bezirk Jenin eine Straße entlangging. Als ‘Amrus Vater nach der Schießerei eintraf, griffen die Soldaten ihn an, legten ihm Handschellen an und zwangen ihn, sich neben seinen sterbenden Sohn zu setzen; etwa eine halbe Stunde lang hinderten sie einen vor Ort eingetroffenen Krankenwagen daran, den Jungen zu bergen; Der 14-jährige Islam Majarmah, den Soldaten im September 2025 erschossen, nachdem er und seine Familie die Ruinen ihrer Häuser besucht hatten, die vom Militär im Flüchtlingslager Jenin zerstört worden waren; und der 14-jährige Muhammad Masqalah, der am selben Tag von Soldaten erschossen wurde, während er und andere Jugendliche beobachteten, wie Bewohner des Lagers versuchten, in ihre Häuser zurückzukehren.



Nach Angaben von B'Tselem war die Zahl der im Westjordanland getöteten Kinder und Jugendlichen bereits 2022 im Aufwärtstrend und stieg auf 34, verglichen mit 16 im Vorjahr. Seit Oktober 2023 hat diese Zahl einen beispiellosen Höchststand erreicht: In jenem Jahr tötete Israel 120 Kinder und Jugendliche, 80 davon in weniger als drei Monaten zwischen dem 7. Oktober und dem Ende des Jahres. Im Jahr 2024 tötete Israel 89 Kinder und Jugendliche, im Jahr 2025 waren es 54. Von Anfang 2026 bis Ende Juni tötete Israel in der gesamten Westbank 15 Kinder und Jugendliche.

Der starke Anstieg der Tötungen von Kindern und Jugendlichen im Westjordanland kann nicht losgelöst von den mehr als 21.000 palästinensischen Kindern betrachtet werden, die Israel im Rahmen seines völkermörderischen Angriffs im Gazastreifen seit Oktober 2023 getötet hat. Diese unvorstellbare Zahl hat keine öffentliche Forderung nach einem Ende der Tötungen ausgelöst. Das Fehlen von Widerstand in Israel spiegelt unter anderem wider, in welchem Ausmaß Palästinenser entmenschlicht wurden – ein Prozess, der, selbst durch Schweigen, eine Realität aufrechterhält, in der das Töten von Kindern und Jugendlichen als Routine behandelt wird.

Allgemeiner betrachtet haben seit Oktober 2023 die Berichte über Soldaten, die im Westjordanland tödliche Schüsse gegen Palästinenser jeden Alters abgeben, stark zugenommen.

Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 30. Juni 2026 tötete Israel 1.087 Palästinenser im gesamten Westjordanland. Etwa ein Viertel davon, nämlich 242, waren Kinder, und 21 waren Frauen. Davon wurden 35 von einem israelischen Zivilagenten getötet und 15 von einem israelischen Akteur, von dem nicht bekannt ist, ob es sich um einen Zivilisten oder einen Militärangehörigen handelte.

Am 10. Januar 2026 fuhr der 58-jährige Shaker Ja'bari mit seiner Tochter Raslan Ja'bari und deren vier kleinen Kindern durch Hebron. Als er eine Gruppe von Soldaten sah, die vor ihm die Straße entlanggingen, verlangsamte er seine Fahrt. Daraufhin feuerte einer der Soldaten drei Schüsse in seine Richtung ab. Eine Kugel durchschlug die Windschutzscheibe und traf Ja'bari an der Stirn. Er starb kurz darauf. Zwei von Ja'baris Enkelkindern, der 11-jährige Juri und der 9-jährige Muhammad, stiegen aus dem Auto und rannten schreiend und weinend davon. Ein Anwohner, der den Vorfall beobachtet hatte, half Ja'baris Tochter, mit ihren beiden anderen Kindern – der zweijährigen Julia und dem fünfjährigen Rayan – aus dem Auto zu fliehen, und brachte sie ohne ihre älteren Geschwister in das Haus von Verwandten in der Nähe. Von dort aus versuchte die Familie, einen Krankenwagen zu rufen. Nach Angaben des Roten Halbmonds und eines Rettungssanitäters, der mit B'Tselem sprach, versuchten zwei Krankenwagen, den Ort des Vorfalls aus verschiedenen Richtungen zu erreichen, doch das Militär hinderte sie daran, sich dem Ort zu nähern. Kurz darauf holten Soldaten Ja'baris Leiche aus dem Auto und luden sie in ein Militärfahrzeug. In den folgenden Stunden verhängte das Militär eine Absperrung über das Gebiet. Soldaten gingen in der Nachbarschaft von Haus zu Haus und von Geschäft zu Geschäft, überprüften Überwachungskameras und beschlagnahmten das Filmmaterial des Vorfalls von der Kamera eines Geschäfts. Später am selben Tag gab der Sprecher der IDF eine Erklärung ab, in der er das Opfer ohne Vorlage von Beweisen als Terroristen bezeichnete und behauptete: „In dem Gebiet im Einsatz befindliche

IDF-Truppen eröffneten das Feuer auf einen Terroristen, der versuchte, sie zu überfahren; der Terrorist wurde unschädlich gemacht.“ Am nächsten Morgen übergab das Militär Ja’baris Leiche an seine Familie. Später am selben Tag relativierte das Militär seine ursprüngliche Darstellung und erklärte: „Eine erste Untersuchung ergab, dass eine in dem Gebiet im Einsatz befindliche IDF-Einheit aus Sorge vor einer unmittelbaren Bedrohung mit Schüssen auf ein Fahrzeug reagierte, das auf sie zusteuerte. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine eindeutigen Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass es sich um einen vorsätzlichen Angriff handelte. Der Vorfall wird weiterhin untersucht.“ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts befindet sich das Material der Überwachungskameras noch immer im Besitz des Militärs, das sich weigert, es freizugeben.

Mehrere Tötungsfälle, die seit Oktober 2023 von B’Tselem und anderen Organisationen untersucht wurden, stellen Hinrichtungen dar. Im Juni 2025 gingen die Brüder Nidal und Khaled ‘Amirah während einer Militärrazzia durch die Gassen der Altstadt von Nablus, um einer Familie bei der Evakuierung zu helfen. Soldaten nahmen sie fest, schlugen sie und erschossen sie schließlich. Das Militär behauptete daraufhin, sie seien „Terroristen“ gewesen. Eine forensische Analyse des Videomaterials, das im Dezember 2025 von B’Tselem und Index veröffentlicht wurde, zeigte, dass die Brüder für niemanden eine Gefahr dargestellt hatten: Khaled wurde mit einem Schuss aus nächster Nähe in den Kopf hingerichtet, während er am Boden festgehalten und von bewaffneten Soldaten umzingelt war, und Nidal wurde aus nächster Nähe in den Rücken geschossen, als er keine Fluchtmöglichkeit mehr hatte. Nachdem sie erschossen worden waren, wurde Nidal dort liegen gelassen, wo er lag, und verblutete; Soldaten hinderten Sanitäter daran, sich ihm zu nähern.

Monate später, im November 2025, wurden israelische Streitkräfte dabei gefilmt, wie sie den 39-jährigen Yusef ‘Asa’sah und den 26-jährigen al-Muntaser bel-lah ‘Abdallah bei einer Razzia in Jenin aus nächster Nähe erschossen.

Wie das Filmmaterial zeigt, traten die beiden Palästinenser, die vom Militär als gesucht eingestuft worden waren, mit erhobenen Händen aus einem Gebäude und ergaben sich den Beamten der Grenzpolizei, nachdem ein Militärbagger begonnen hatte, das Gebäude, in dem sie sich aufgehalten hatten, abzureißen. Die Beamten der Grenzpolizei befahlen ihnen daraufhin, zurück ins Gebäude zu gehen und sich auf den Boden zu setzen, bevor sie sie hinrichteten.

Zahlreiche Berichte und Aufzeichnungen, die in diesem Zeitraum veröffentlicht oder von B’Tselem beschafft wurden, dokumentierten Fälle, in denen Soldaten ihren Opfern medizinische Hilfe verweigerten und sie am Ort der Schießerei sterben ließen. Bei 13 der 54 Vorfälle, bei denen das Militär im Jahr 2025 Kinder und Jugendliche tötete, verzögerten Soldaten den Zugang von medizinischen Teams oder Anwohnern, die versuchten, medizinische Versorgung zu leisten oder die Verwundeten zu evakuieren, oder verhinderten ihn gänzlich. In mindestens neun Fällen feuerten Soldaten scharfe Munition in die Luft oder in Richtung von Anwohnern und medizinischen Teams ab, um diese daran zu hindern, sich den Verwundeten zu nähern, sie zu versorgen und in Krankenhäuser zu evakuieren. Wenn Soldaten die Verwundeten selbst vom Tatort entfernten, wurde palästinensischen Anwohnern und medizinischen Teams jeglicher Zugang verwehrt. Es ist nicht bekannt, ob die Soldaten den Verwundeten medizinische Versorgung zukommen ließen, bevor sie für tot erklärt wurden, oder ob überhaupt versucht wurde, ihr Leben zu retten.

Im November 2025 wurde eine große Gruppe von Soldaten beobachtet, die sich in einer Gasse im Flüchtlingslager al-Far’ah im Bezirk Tubas um den etwa 14-jährigen Jadallah Jadallah versammelt hatte, der nach einem Schuss auf dem Rücken lag. Ein Video, das am Tatort aufgenommen wurde, zeigt, wie Jadallah die Hände nach den Soldaten ausstreckt und um sein Leben fleht. Seine Eltern und Geschwister sahen von ihrem nahegelegenen Haus aus zu. „Ich eilte in den zweiten Stock, wo es ein Fenster mit Blick auf den Eingang zur Gasse gibt“, sagte sein Vater, Jihad Jadallah, in einer Aussage gegenüber B’Tselem. „Meine Frau kam hinter mir her, und dann sahen wir unseren Sohn –

wir erkannten seine Kleidung –, wie er auf dem Boden lag, sich bewegte und wand, umgeben von vielen Soldaten. Wir standen alle unter Schock. Auch die Kinder kamen herbei und sahen ihren Bruder auf dem Boden liegen, umringt von Soldaten. Keiner von uns konnte etwas tun oder näher herankommen.“ Nachdem sie ihn vom zweiten Stock aus beobachtet hatte, beschloss Jadallahs Mutter, zu den Soldaten zu gehen und um das Leben ihres Sohnes zu flehen. Daraufhin schossen die Soldaten auf sie. Sie ließen Jadallah mindestens 45 Minuten lang verbluten und trugen dann seinen Leichnam fort. „Sie haben uns doppelt verletzt: als sie ihn töteten und indem sie seinen Leichnam festhielten“, sagte sein Vater später gegenüber Haaretz. „Ich komme am Friedhof vorbei und denke mir: Ich wünschte, mein Sohn wäre hier. Das ist alles.“

Änderungen der Schussrichtlinien bei Militäroperationen

Als im Januar 2025 die Operation „Eiserne Mauer“ begann und der Waffenstillstand im Gazastreifen in Kraft trat, beschloss die israelische Regierung Berichten zufolge, „verstärkte Offensivmaßnahmen“ im Westjordanland in ihre offiziellen „Kriegsziele“ aufzunehmen. Von Haaretz befragte Soldaten gaben an, dass der Kommandeur der Division Judäa und Samaria während der Operation den Truppen gestattet habe, mit scharfer Munition auf jedes Fahrzeug zu schießen, das sich aus einer „Kampfzone“ einem Armeekontrollpunkt näherte, um den Fahrer zu zwingen, anzuhalten, bevor er den Kontrollpunkt erreichte. Es wurde zudem berichtet, dass der Befehlshaber des Zentralkommandos, Avi Bluth, seinen Truppen gestattet habe, jeden zu erschießen, der „am Boden herumhantiert“. Dieser unverhältnismäßige Befehl wurde mit „Sicherheitsgründen“ gerechtfertigt, mit der Behauptung, dass eine Person, die dabei beobachtet wird, „am Boden herumzuwühlen“, möglicherweise einen Sprengsatz verlegt.

Bereits in den ersten Tagen der Operation „Eiserne Mauer“ im Januar 2025 tauchten Berichte über weit verbreitete Tötungen von Zivilisten in den von Militärrazzien betroffenen Gebieten im Norden des Westjordanlands auf. Am ersten Tag der Operation kursierte online ein Video, das eine Familie zeigte, die mit dem Auto versuchte, dem militärischen Beschuss zu entkommen, bis der Fahrer, der Vater, vor den Augen seiner Familie erschossen wurde. Am vierten Tag der Operation erschossen Soldaten die zweijährige Layla al-Khatib, während sie mit ihrer Familie in ihrem Haus in einem Dorf in der Nähe von Jenin zu Abend aß. In einer Stellungnahme gegenüber Haaretz erklärte das Militär, Soldaten hätten auf ein Haus geschossen, „in dem sich nach Geheimdienstangaben ein gesuchter Terrorist verschanzt hatte“, und dass „die Truppen, unmittelbar nachdem sie bemerkten, dass sie ein Mädchen getroffen hatten, den Roten Halbmond alarmierten und auch ihre schwangere Mutter evakuierten“. Später wurde erklärt, dass „die Truppen am Gebäude eintrafen und begannen, den Vorfall schrittweise zu bewältigen, unter anderem durch mehrere Durchsagen über einen Lautsprecher, in denen die Bewohner aufgefordert wurden, herauszukommen. Nachdem niemand aus dem Haus kam, setzten die Truppen das Vorgehen fort und eröffneten das Feuer.“ Eine Untersuchung von B’Tselem ergab jedoch, dass die Familie keine an ihr Haus gerichtete Durchsage gehört hatte, dass Layla zur Behandlung in einem privaten Fahrzeug evakuiert wurde und dass ihre Tante und ihre Mutter, die nicht schwanger war, in einem von einem Verwandten gerufenen Krankenwagen evakuiert wurden. Niemand hatte sich in ihrer Wohnung verschanzt. Der einzige Mann, der sich an diesem Abend in der Wohnung befand, war Laylas Großvater, Bassam ‘As’ous, und die Streitkräfte nahmen ihn nicht fest. Die Familie sowie ein „Haaretz“-Reporter, der den Tatort besuchte, berichteten, dass das Gebäude und die umliegenden Häuser durch wahlloses Feuer mit Einschusslöchern übersät waren.

Die oben beschriebenen Vorschriften zum Schusswaffengebrauch veranschaulichen die „Gaza-fizierung“ der Methoden des israelischen Militärs im Westjordanland: Die bloße Anwesenheit in einem Gebiet oder die Ausübung alltäglicher Aktivitäten wird als ausreichender Grund für den Einsatz tödlicher Gewalt angesehen, selbst ohne konkrete Anzeichen einer unmittelbaren Bedrohung. Die Regel, die das Schießen auf Fahrzeuge erlaubt, die eine „Kampfzone“ verlassen,

erinnert an die im Gazastreifen dokumentierten „Todeszonen“: Gebiete mit willkürlichen Grenzen, die manchmal selbst den Soldaten unklar waren, in denen Truppen das Feuer auf jeden eröffnen durften, der darin gesehen wurde. Die Erlaubnis, auf jeden zu schießen, der „am Boden herumhantiert“, spiegelt dieselbe Logik wider: feindliche Absichten werden auf der Grundlage eines allgemeinen, unbestätigten Verdachts unterstellt, und tödliche Gewalt wird auch dann zugelassen, wenn die Person keine tatsächliche Gefahr für die Streitkräfte darstellt. Wie bei den seit Oktober 2023 im Gazastreifen dokumentierten Mustern ist auch hier die Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten sowie zwischen Verdacht und tatsächlicher Bedrohung verschwommen, während die Schwelle für tödliche Gewalt weiter sinkt.

Diese freizügige Richtlinie zum Einsatz von Schusswaffen führte unter anderem zur Tötung von Sundus Shalabi, einer 20-jährigen Frau aus dem Flüchtlingslager Nur Shams, die im achten Monat schwanger war. Einige Wochen nach Beginn der Operation „Eiserne Mauer“ beschlossen einige Bewohner von Nur Shams, die von den Militärrazzien in den Flüchtlingslagern Tulkarm und Jenin gehört hatten, zu fliehen, bevor die Streitkräfte sie vertreiben würden. Unter ihnen war Sundus Shalabi, die ihr Zuhause einige Stunden nach Beginn des Einsatzes, um 3:30 Uhr morgens, zusammen mit ihrem Ehemann Yazan und dessen Bruder Bilal verließ. Die drei stiegen in ihr Auto und trafen kurz nach der Abfahrt auf eine Gruppe von Soldaten. Yazan, der am Steuer saß, versuchte, zurückzusetzen, doch die Soldaten schossen auf das Auto und trafen ihn am Kopf. Er verlor die Kontrolle über das Fahrzeug, das einen Abhang hinunterrollte, bis es zum Stillstand kam. Nachdem das Auto zum Stehen gekommen war, stiegen Sundus und Bilal aus. Innerhalb weniger Augenblicke näherten sich Soldaten ihnen, nahmen Bilal fest und brachten ihn zu der Stelle, an der die anderen Soldaten standen. Das war das letzte Mal, dass Sundus Shalabi lebend gesehen wurde. Laut Bilal war sie unverletzt, als die Soldaten sie voneinander trennten. Haaretz berichtete, dass Sundus laut einer ersten militärischen Untersuchung aus dem Auto steigen konnte und dann in die Brust geschossen wurde, nachdem Soldaten sie verdächtigt hatten, weil sie „verdächtig auf den Boden geschaut“ habe; ein Krankenhausbericht besagt jedoch, dass sie in den Rücken geschossen wurde. Aufgrund militärischer Aktivitäten im Lager erreichten palästinensische Rettungskräfte den Ort des Geschehens erst mehrere Stunden später und fanden Sundus tot vor. Zu diesem Zeitpunkt konnte ihr Fötus nicht mehr gerettet werden.

Änderungen der Schusswaffenrichtlinien bei routinemäßigen militärischen Einsätzen

Entsprechend dem im Gazastreifen angewandten Ansatz, wonach jeder Teil des Gazastreifens ohne formelle operative Begründung als Kampfzone ausgewiesen werden kann, verschwimmt auch im Westjordanland allmählich die zuvor getroffene Unterscheidung zwischen Strafverfolgungs- und Kampfhandlungen. Insgesamt deuten die Schussmuster des Militärs und die Aussagen der obersten Befehlsebene darauf hin, dass seit Oktober 2023 mehr denn je zuvor scharfe Munition als legitimes Mittel bei routinemäßigen Strafverfolgungsmaßnahmen eingesetzt wird.

Dies spiegelt sich in dem steilen Anstieg der Zahl der bei militärischen Festnahmeaktionen Getöteten wider. Nach Angaben von B’Tselem wurden in einem Zeitraum von etwa zweieinhalb Jahren, vom 7. Oktober 2023 bis zum 30. Juni 2026, mindestens 271 Menschen bei israelischen militärischen Festnahmeaktionen im Westjordanland getötet, darunter 5 Frauen und 44 Minderjährige. Etwa 74 % von ihnen, also mindestens 200 Menschen, waren überhaupt nicht das Ziel der Festnahmeaktion. Zum Vergleich: In einem Zeitraum von rund zwei Jahrzehnten, vom Beginn der Ersten Intifada im September 2000 bis zum 6. Oktober 2023, wurden bei Festnahmeaktionen mindestens 577 Menschen getötet, darunter 5 Frauen und 73 Minderjährige. Von ihnen waren 314 das Ziel der Festnahmeaktionen, während 263 – mehr als 45 % der Getöteten – dies nicht waren.

Die seit Oktober 2023 zunehmend freizügige Handhabung des Einsatzes scharfer Munition zeigt sich auch in der Zunahme von Tötungen bei routinemäßigen Hinterhalten durch israelische Streitkräfte im gesamten Westjordanland. Militär- oder Grenzpolizeikräfte nehmen routinemäßig versteckte Positionen an strategischen Punkten entlang von Hauptstraßen, an Kreuzungen oder innerhalb von Wohngebieten ein, in denen Palästinenser leben, und feuern scharfe Munition auf vorbeikommende Anwohner ab. In den meisten Fällen stellt die beschossene Person keine unmittelbare Bedrohung dar, und die Streitkräfte unternehmen keinen Versuch, sie festzunehmen. Die Schüsse werden oft abgefeuert, ohne dass versucht wird, die Identität der Person zu überprüfen; folglich gefährdet allein die Anwesenheit in einem Gebiet, in dem ein Hinterhalt angelegt wurde, das Leben der palästinensischen Bewohner.

In einer Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb der 11-jährige Khaled Bani 'Odeh, der mit seiner Familie in der Stadt Tammun im Bezirk Tubas lebt, wie er sich am Ende des Ramadan im März 2026 wieder mit seinem Vater vereinte. Sein Vater, der in den letzten Jahren in Israel gearbeitet hatte, kehrte für kurze Zeit in das Familienhaus zurück.

„In den letzten drei Monaten war er wegen der Arbeit nicht gekommen, aber er rief uns jeden Tag an, um sich zu vergewissern, dass es uns allen gut ging. Gegen Ende des Ramadan riefen wir ihn an, und er sagte uns, er würde in ein oder zwei Tagen kommen. Am Freitagabend, dem 13. März 2026, gegen 20:00 Uhr, nach dem Iftar-Mahl, kam er endlich nach Hause. Wir waren sehr glücklich und aufgeregt. Meine Brüder, meine Mutter und ich warteten vor dem Haus, um ihn kommen zu sehen, denn wir hatten ihn seit Monaten nicht gesehen. Wir warteten auf ihn, um gemeinsam die Einkäufe für die Feiertage zu erledigen und die letzte Woche der Feiertage zusammen zu verbringen.

Als wir ihn sahen, war das ein sehr glücklicher Moment. Wir umarmten ihn, und dann gingen wir alle hinein. Auch meine Großeltern warteten auf ihn, denn sie liebten ihn sehr, und er kümmerte sich immer um sie und sorgte für alles, was sie brauchten. Wir verbrachten den Freitag und den Samstag gemeinsam, und das waren zwei glückliche Tage. Meine Mutter bereitete das Iftar-Essen zu, und wir aßen gemeinsam."

Einige Tage nach der Rückkehr des Vaters, in der Nacht des 14. März 2026, fuhr die Familie gemeinsam nach Nablus, um dort einen Ausflug zum Ende des Ramadan und zum bevorstehenden Eid al-Fitr zu unternehmen.

„Als wir [gegen Mitternacht] in Nablus ankamen, gingen wir zur City Mall, einem neuen Einkaufszentrum, das dort eröffnet wurde. Wir verbrachten dort einige Zeit, aßen etwas und fuhren durch die Stadt. Wir wollten auch Kleidung kaufen, aber gegen 1:00 Uhr morgens beschlossen wir, nach Hause zu fahren, weil es schon spät war. Ich vereinbarte mit meinem Vater, dass wir am nächsten Tag zurückkommen würden, um mir neue Kleidung zu kaufen. Ich wollte ihm keine Last auferlegen, vor allem, weil er weit weg von uns, in Israel, arbeitete.

Wir verließen Nablus und machten uns auf den Weg nach Hause nach Tammun. Die gemeinsame Fahrt machte Spaß. Wir unterhielten uns alle und lachten zusammen. Gegen 1:30 Uhr morgens fuhren wir über den südwestlichen Eingang nach Tammun hinein und setzten die Fahrt nach Hause fort. Wir hatten nichts Ungewöhnliches gehört und wussten nicht, dass sich Soldaten in der Gegend aufhielten.

Ich saß hinter dem Sitz meines Vaters, mein Bruder Mustafa saß hinter dem Sitz meiner Mutter, mein Bruder Muhammad saß in der Mitte, und meine Mutter hielt meinen Bruder ‚Othman, der blind ist und besondere Bedürfnisse hat, auf dem Vordersitz fest."

Als sie die Stadt erreichten, eröffneten verdeckte israelische Kräfte in einem Fahrzeug mit palästinensischen Kennzeichen direktes heftiges Feuer auf das Auto der Familie.

„Ich habe nicht gehört, dass ein Soldat meinen Vater aufgefordert hätte anzuhalten, bevor sie zu schießen begannen. Die Autofenster waren offen, und wir hörten nichts außer den Schüssen.

Sie feuerten Dutzende von Kugeln auf uns ab. Ich dachte, ich wäre der Einzige, der im Auto noch am Leben war. Meine Mutter war blutüberströmt. Sie schrie und verstummte dann, und mir wurde klar, dass sie tot war. Mein Vater lag im Auto im Sterben und sprach die ‚Shahadatein' [das Glaubensbekenntnis, das üblicherweise vor dem Tod gesprochen wird], und meine Brüder rührten sich überhaupt nicht. Ich dachte, ich wäre der Einzige, der noch am Leben war, denn als die Schüsse begannen, duckte ich mich hinter meinen Vater."

Khaleds Vater, der 38-jährige 'Ali Bani 'Odeh, seine Mutter, die 36-jährige Widad, sowie zwei seiner Brüder – der sechsjährige, blinde 'Uthman und der fünfjährige Muhammad – wurden bei der Schießerei getötet. Khaled und sein jüngerer Bruder, der achtjährige Mustafa, überlebten. Sekunden nach der Schießerei näherten sich die Soldaten dem Auto und öffneten die Tür.

„Sie packten mich an den Haaren und zerrten mich heraus. Mein Bruder Mustafa stieg von selbst aus dem Auto und legte die Hände auf den Kopf. Die Soldaten zogen mich ein paar Meter weiter und fragten mich, wer im Auto gewesen sei. Ich antwortete: mein Vater, meine Mutter und meine Brüder. Dann schlug mich einer von ihnen und sagte, ich würde lügen. Er fragte, wer sonst noch im Auto gewesen sei. Ich sagte ihnen, es sei nur meine Familie gewesen."

Nachdem er aus dem Auto geholt worden war, unterzogen die Soldaten Khaled einem gewaltsamen Verhör, ohrfeigten ihn und schlugen ihn mit ihren Gewehrkolben, während sie darauf bestanden, dass er Yamen Bani 'Odeh sei, ein 15-jähriger Junge, nach dem sie zu diesem Zeitpunkt suchten.

„Sie warfen mich zu Boden und schlugen mir auf den Rücken. Sie drohten mir, dass sie mich töten würden, wenn sie noch jemanden im Auto fänden. Dann sagten sie: ‚Du bist Yamen. Du lügst.' Zuerst verstand ich gar nicht, wer Yamen war. Später wurde mir klar, dass sie nach einem Jungen namens Yamen suchten, der etwa 15 Jahre alt ist. Sie zwangen Mustafa und mich, uns neben ein Eisentor zu setzen, und öffneten die Autotüren, sodass wir die Leichen unserer ganzen Familie sehen konnten – unseren Vater, unsere Mutter und unsere Brüder, die blutüberströmt waren." | Vollständige Aussage

Nach der Schießerei erklärten Militär und Polizei gegenüber Haaretz, das Auto der Familie Bani 'Odeh sei auf die Einsatzkräfte zugerast und die Soldaten hätten geschossen, weil sie sich „bedroht gefühlt" hätten. Ein Verwandter der Opfer, Majdi Bani 'Odeh, sagte gegenüber Haaretz: „Die Darstellung des Militärs, er [der Vater] sei beschleunigt, klingt völlig absurd. Ein Vater mit einer Mutter und vier Kindern – auf wen sollte er denn zurasen?" Bis Juli 2026, als dieser Bericht verfasst wurde, hatten die israelischen Behörden keine Ermittlungen gegen die Schützen eingeleitet. Etwa drei Monate vor dem Vorfall, im November 2025, wurden Beamte derselben verdeckten Einheit der Grenzpolizei gefilmt, wie sie zwei Einwohner von Jenin aus nächster Nähe tödlich erschossen, nachdem diese sich ergeben hatten. Die Schützen dieses Vorfalls wurden von der Abteilung für polizeiliche Ermittlungen befragt, doch zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts war noch keine endgültige Entscheidung über eine Strafverfolgung öffentlich bekannt gegeben worden.

Seit 2021 ist es Soldaten offiziell gestattet, flüchtende Palästinenser zu erschießen, selbst wenn diese keine echte und unmittelbare Gefahr für die Streitkräfte darstellten, sofern sie zuvor Steine oder Molotowcocktails geworfen hatten. Im Mai 2026 prahlte Avi Bluth, dass „wir [die Streitkräfte] im Jahr 2025 42 Steinewerfer auf Straßen getötet haben". Auf die Frage nach Fällen, in denen

jüdische Israelis im Westjordanland Steine werfen, stellte Bluth klar, dass die Streitkräfte angewiesen seien, gegen sie Maßnahmen zur Kontrolle von Menschenmengen und das Verfahren zur Festnahme von Verdächtigen anzuwenden. In Bezug auf Vorfälle, bei denen jüdische Steinewerfer von Streitkräften erschossen wurden, nachdem sie fälschlicherweise für Palästinenser gehalten worden waren, erklärte er: „Jeder solche Vorfall hat sehr schwerwiegende soziologische Auswirkungen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir so weit gehen müssen. Wir müssen nicht auf Schüsse zurückgreifen, und ja, es gibt eine gewisse Diskriminierung."

Im Jahr 2022 erhielten Soldaten die Erlaubnis, auf die unteren Körperteile von Palästinensern zu schießen, die die Trennmauer überquerten oder versuchten, sie zu sabotieren. Wie weiter unten im Kapitel über die wirtschaftliche Strangulierung ausführlich beschrieben wird, stieg nach der umfassenden Aufhebung israelischer Arbeitserlaubnisse und der sich verschärfenden Wirtschaftskrise im Westjordanland nach Oktober 2023 die Zahl der palästinensischen Arbeiter, die ohne Erlaubnis nach Israel einreisten, sprunghaft an, woraufhin Israel die Vorschriften für den Schusswaffengebrauch weiter lockerte.

Der Befehlshaber des Zentralkommandos, Avi Bluth, schrieb sich die Lockerung der Vorschriften für den Schusswaffengebrauch gegenüber Palästinensern, die die Trennmauer überqueren, als Verdienst zu und prahlte: „Es gibt heute in palästinensischen Dörfern viele ‚hinkende Denkmäler' – Menschen, die versucht haben, einzudringen, und getroffen wurden; sie zahlen also einen Preis." Vom 7. Oktober 2023 bis Mitte Juli 2026 dokumentierte B'Tselem 21 Fälle, in denen das israelische Militär Palästinenser tötete, die versuchten, die Barriere zu überqueren; einer von ihnen war minderjährig.

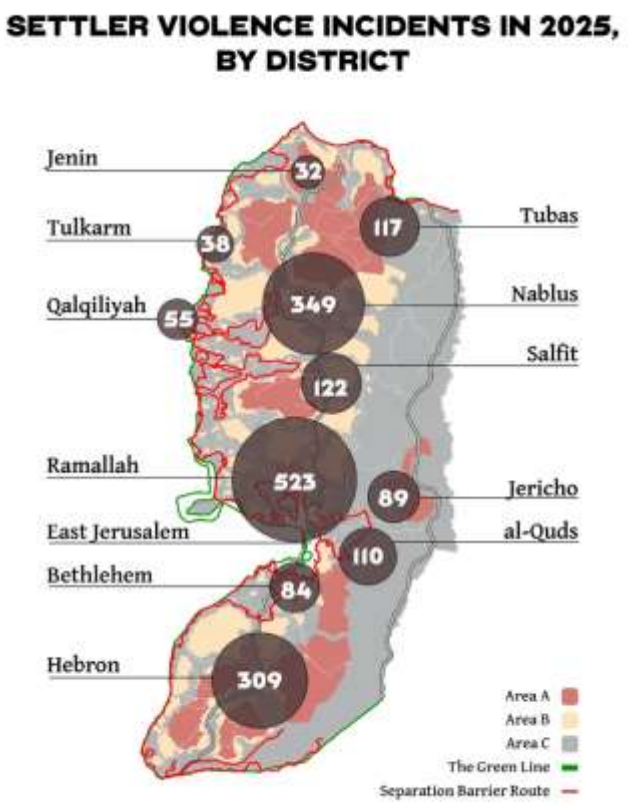
Ein System: Zusammenarbeit zwischen Militär und Siedlern

Ab 2022: Die Ära der Pogrome

Im Laufe des Jahres 2022 nahm die Gewalt von Siedlern gegen Palästinenser im Westjordanland sowohl hinsichtlich ihres Ausmaßes als auch ihrer Intensität erheblich zu. OCHA verzeichnete im Jahr 2022 856 Vorfälle, bei denen Palästinenser durch Gewalt von Siedlern verletzt oder deren Eigentum beschädigt wurde – das entspricht durchschnittlich zwei Angriffen pro Tag. Dies war die höchste Zahl an Vorfällen seit 2005, als OCHA begann, Daten über Gewalt durch Siedler zu erheben, und entspricht einem Anstieg von 58 % gegenüber dem Vorjahr (2021). Bei diesen Vorfällen blockierten Siedler Zufahrtswege und belästigten palästinensische Anwohner in deren Autos; sie drangen in Wohngebiete und Häuser ein, plünderten und verwüsteten Eigentum, verletzten und töteten Anwohner mit zunehmender Häufigkeit; sie vertrieben Anwohner gewaltsam und mit vorgehaltener Waffe von Acker- und Weideland, brannten Obstgärten nieder, beschädigten und stahlen Ernteerträge und landwirtschaftliche Geräte, stahlen, misshandelten und töteten Nutztiere.

Diese Angriffe reichen von vereinzelten Taten Einzelner bis hin zu geplanten und koordinierten Pogromen, die von Gruppen von Dutzenden oder Hunderten von Siedlern verübt werden. Sie folgen einem gemeinsamen Muster: Gruppen von Siedlern dringen in eine abgelegene palästinensische Gemeinde, ein Dorf oder eine Stadt ein, oft in Begleitung israelischer Streitkräfte oder in deren Anwesenheit. Einige der Eindringlinge sind maskiert und oft mit Schusswaffen bewaffnet; andere tragen Knüppel, Äxte, Steine, Molotowcocktails, Pfefferspray und andere Gewaltinstrumente bei sich. Sobald die Siedlermilizen die Häuser erreichen, beginnen sie, Steine zu werfen oder Bewohner zu schlagen, oft ohne zwischen Männern, Frauen und Kindern zu unterscheiden, und schießen manchmal mit scharfer Munition. In vielen Fällen richten die Angreifer erheblichen Schaden an

privatem Eigentum, Geschäften und Gemeinschafts-gebäuden an und setzen Gebäude in Brand, manchmal mit Menschen darin. Soldaten, die bei diesen Angriffen anwesend sind, nutzen oft ihre Befugnisse, um diese zu erleichtern und den Angreifern zu helfen, unter anderem indem sie Tränengas gegen Palästinenser abfeuern, die versuchen, sich und ihr Eigentum zu schützen, oder indem sie Opfer auf Verlangen der Angreifer festnehmen. Zahlen des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) für das Jahr 2025



Ein prominentes Beispiel für dieses Muster ist das Pogrom, das Siedler im Februar 2023 in der Ortschaft Huwarah verübten. Auslöser war eine Schießerei, bei der ein bewaffneter Palästinenser die Brüder Hallel und Yagel Yaniv, Bewohner der Siedlung Har Bracha, auf der durch Huwarah führenden Straße erschoss. Einige Stunden später schrieb Davidi Ben Zion, stellvertretender Vorsitzender des Regionalrats von Samaria, auf seinem privaten Account: „Das Dorf Huwarah muss noch heute ausgelöscht werden." Minister Bezalel Smotrich schloss sich dieser Aussage an und erklärte: „Das Dorf Huwarah muss ausgelöscht werden [...] der Staat ist derjenige, der Huwarah auslöschen sollte." Wenige Stunden, nachdem Ben Zion die Nachricht gepostet hatte, drangen Hunderte von Siedlern in Begleitung von Soldaten in mehrere Stadtteile von Huwarah sowie in die Dörfer Za'tara, Burin und 'Asirah al-Qibliyah ein. Etwa fünf Stunden lang schossen die Angreifer mit scharfer Munition auf die Bewohner, töteten den 36-jährigen Sameh Aqtash, zündeten Hauseingänge an und sperrten so Familien im Inneren ein, brannten vier Häuser bis auf die Grundmauern nieder, steckten Dutzende Autos in Brand und verursachten umfangreiche Sach- und Geschäftsschäden. Als Bewohner aus ihren Häusern kamen und versuchten, sich zu verteidigen, griffen Soldaten sie mit Tränengas an; 240 Menschen wurden durch das Einatmen von Tränengas verletzt.

Der 36-jährige Ammar Dmeidi, Vater von vier Kindern, hörte von den Schüssen auf die Brüder Yaniv und verließ seinen Arbeitsplatz in Nablus, um nach Huwarah zurückzukehren, da er befürchtete, das Militär könnte die Zufahrten zur Stadt sperren, bevor er seine Familie erreichen könnte. Sein Bruder und sein Vater saßen mit ihm im Auto. Unterwegs hielten Soldaten sie an einer provisorischen Kontrollstelle an, die sie auf der Straße errichtet hatten. 'Ammar und sein Bruder 'Udai stiegen aus und machten sich zu Fuß auf den Weg nach Hause. Ihr Vater, dem ein Bein amputiert wurde, fuhr weiter, in der Hoffnung, über einen anderen Zugang in die Stadt zu gelangen. Dmeidi berichtete B'Tselem:

„Als ich näher kam, sah ich mehr als zehn Siedler, die Steine auf das Haus warfen. In der gesamten Gegend befanden sich etwa 200 Siedler. Ich wusste nicht, wie ich ins Haus gelangen sollte, ohne an den Siedlern vorbeizukommen und verletzt zu werden. Ich ging um das Haus herum und klopfte an die Hintertür, aber niemand öffnete mir, wahrscheinlich aus Angst. Ich hörte, wie meine Frau die Tür öffnete, und ging zu ihr. Meine Kinder waren völlig außer sich. Sie weinten und hatten große Angst. Auch meine Frau weinte. Ich versuchte, sie zu beruhigen, und ging dann mit ‚Udai' rüber zum

Haus meiner Eltern, um nach meiner Mutter Jamileh (60) und meiner Großmutter Fatimah (90) zu sehen. Meine Großmutter hatte gerade einen epileptischen Anfall. Sie lag auf dem Boden und hatte Krämpfe, und meine Mutter war sehr verwirrt und verstand nicht, was um sie herum vor sich ging. In der Zwischenzeit kehrten die Siedler zurück und warfen erneut Steine. Etwa 25 Siedler drangen in den Hof ein. Ich sah Rauch aus dem Freizeitraum im Hof aufsteigen. Ich rief den Soldaten in den Jeeps zu, dass das Haus in Flammen stehe, und einer von ihnen befahl mir, hineinzugehen. Ich sagte zu ihm: „Schau doch, was die Siedler tun." Er sagte zu mir: „Geh rein, oder ich schieße auf dich." Er richtete eine Waffe auf mich. Wir stehen immer noch unter Schock wegen dem, was hier passiert ist. Meine Frau und meine Kinder sind zum Haus ihrer Eltern in Nablus gegangen, und das ist nun schon eine Woche her. Sie haben zweimal versucht, zurückzukommen, aber jedes Mal weigerte sich meine fünfjährige Tochter Larin, in ihrem Zimmer zu schlafen, und sagte mir, sie wolle nicht sterben." | *Vollständige Aussage*

In den Wochen nach dem Vorfall wurde das Pogrom von Huwarah von Amtsträgern aus dem gesamten politischen Spektrum und sogar von hochrangigen Sicherheitsbeamten verurteilt. Die Kritik konzentrierte sich hauptsächlich auf die Tatsache, dass Zivilisten den Angriff verübt hatten, und nicht so sehr auf das, was den Bewohnern von Huwarah angetan worden war. Ministerpräsident Netanjahu und Präsident Herzog verurteilten den Angriff und forderten die Siedler auf, „das Gesetz nicht in die eigene Hand zu nehmen". Netanjahu und Herzog verurteilten – wie viele andere, die sich zu dem Pogrom äußerten – nicht die Tatsache, dass die Bewohner von Huwarah brutal angegriffen wurden, dass Häuser mit Menschen darin in Brand gesetzt wurden, dass Eigentum zerstört wurde oder dass ein palästinensischer Bewohner getötet wurde. Sie ignorierten auch die Tatsache, dass Soldaten während des gesamten Vorfalls anwesend waren, das Pogrom nicht stoppten und in vielen Fällen den Siedlern halfen und sich an Angriffen auf palästinensische Bewohner beteiligten.

In seiner Ansprache an die Siedler fügte Netanjahu hinzu, dass „sie [die Soldaten] in den letzten Wochen Dutzende von Terroristen eliminiert haben", wobei er sich auf die tödlichen Razzien bezog, die das Militär in den vorangegangenen Wochen in Jenin und Nablus durchgeführt hatte. Bei diesen Razzien wurden mindestens 25 Menschen getötet, darunter mindestens fünf Kinder, und mehr als 120 weitere wurden verletzt. Einige von ihnen waren unbewaffnete Zivilisten und stellten keine Bedrohung für die israelischen Streitkräfte dar. Laut einer Untersuchung von B'Tselem erschossen Soldaten während der Invasion von Jenin am 26. Januar 2023 einen Mann, der in der Nähe von Steinewerfern stand, einen Passanten auf einem Motorrad sowie eine 60-jährige Frau, die nach Beendigung ihres Morgengebets das Fenster ihres Hauses öffnete; sie wurde vor den Augen ihrer Töchter, die neben ihr standen, in den Nacken geschossen.

Bereits 2022, Monate vor dem Pogrom von Huwarah, waren organisierte Angriffe auf die Bewohner von Huwarah besonders häufig und brutal geworden. Die meisten der in diesem Zeitraum dokumentierten Angriffe wurden von Siedlern und Soldaten gemeinsam verübt. In den Wochen nach dem Pogrom im Februar 2023, als die öffentliche Aufmerksamkeit nachließ, blieb diese Gewalt für die Bewohner von Huwarah weiterhin Teil des Alltags. Nur wenige Tage nach dem Pogrom drangen vier Siedler, von denen einige maskiert und mit einer Axt bewaffnet waren, in die Stadt ein. Sie griffen einen Supermarkt und ein in der Nähe stehendes Auto an, in dem sich eine Familie mit einem zweijährigen Mädchen befand, zerschlugen die Autofenster, sprühten Pfefferspray ins Innere und verletzten den Großvater des Mädchens mit Steinen am Kopf. Als es der Familie gelang zu fliehen, verfolgte ein israelischer Zivilist sie mit dem Auto und schoss auf sie. Drei Wochen später, nachdem Palästinenser aus einem vorbeifahrenden Auto auf Soldaten geschossen hatten, die an einem Militärposten in der Gegend stationiert waren, drangen Dutzende von Siedlern, begleitet von Soldaten, in die Stadt ein; einige waren maskiert und mit Handfeuerwaffen, M-16-Gewehren und Knüppeln bewaffnet. Über eine Stunde lang griffen sie Fußgänger und Autofahrer an, verwüsteten Geschäfte und besprühten Anwohner mit Pfefferspray. Zwei Monate später, im Juni

2023, drangen erneut Dutzende Siedler und Soldaten in die Stadt ein, griffen Häuser an und steckten ein Auto in Brand. Als Anwohner herauskamen, um das Feuer zu löschen, feuerten Soldaten Tränengasgranaten auf sie ab. Einige Anwohner wurden durch das Einatmen von Tränengas verletzt. Die Soldaten feuerten anschließend Tränengasgranaten auf einen Krankenwagen ab, der zur Hilfe für die Verletzten eingetroffen war, wodurch dieser in Brand geriet.

In vielerlei Hinsicht war das Pogrom von Huwarah eine Fortsetzung eines bereits bestehenden Gewaltmusters. Die Aussagen der Anwohner deuten jedoch darauf hin, dass es eine neue Ebene organisatorischer Komplexität, Koordination und Arbeitsteilung markierte, sowohl zwischen den Siedlermilizen und ihrer Führung als auch zwischen den Siedlern und offiziellen staatlichen Stellen. ‘Udai Dmeidi beschrieb dies in einem Interview mit Local Call: „Die Siedler teilten die Arbeit unter sich auf: eine Gruppe für die Zerstörung, eine andere für das Anzünden von Bränden. Niemand griff ein.“ Wie Dmeidis Schilderung nahelegt, agierten organisierte Siedlergruppen bei ähnlichen Angriffen nach dem Pogrom von Huwarah unter einer paramilitärischen Befehlshierarchie. In öffentlichen WhatsApp- und Telegram-Gruppen wie „Anash News“ und „Hilltop News“ begannen große Gruppen von Siedlern, Massenangriffe im Voraus zu planen und zu organisieren. In „Hilltop News“ beispielsweise wurde im Februar und März 2023 ein Aufruf, „Huwarah jetzt auszulöschen“, verbreitet, woraufhin massive Pogrome gegen die Dorfbewohner folgten.

Ab Oktober 2023: Die Verwischung der Grenze zwischen den Akteuren der Gewalt

Das Schüren von Spannungen als Strategie

Im März 2026 veröffentlichte ein israelischer Podcast ein Interview mit Elisha Yered, einem Bewohner der Siedlungsaußenstelle Ramat Migron und einem der prominentesten Sprecher der „Hilltop Youth“ sowie der Siedlungsaußenstellenbewegung im Westjordanland, der im August 2023 selbst als Verdächtiger im Zusammenhang mit der Tötung eines Palästinensers im Dorf Burqah festgenommen wurde, letztendlich jedoch nicht wegen Beteiligung an dem Vorfall angeklagt wurde. In dem Interview legte Yered seine strategische Vision für die israelische Übernahme von Land im Westjordanland durch das „Schüren von Spannungen“ mit palästinensischen Bewohnern dar: „Wir schüren ganz bewusst Spannungen, und wir sind stolz darauf. Auch die IDF schürt jetzt wieder Spannungen, nachdem sie dies jahrelang unterlassen hat. Wenn man letztendlich die Kontrolle über Land übernimmt, auf das ein Araber nationalistische Ansprüche erhebt … wird er dies in den meisten Fällen nicht widerstandslos hinnehmen. Angesichts der historischen Entwicklungen, die sich hier abspielen, akzeptieren sie es jedoch sehr unterwürfig.“

Etwa zwei Monate später schloss sich der Befehlshaber des Zentralkommandos, Avi Bluth, Yereds Worten an: „Was ist mein Vorteil? Dass ich ihn [den Palästinenser] ständig bedränge, dass ich die Dörfer ständig zu Schauplätzen der Konfrontation mache. Wir haben in drei Jahren 1.500 Terroristen getötet. Wie kommt es also, dass es keine Intifada gibt? Warum gehen sie nicht auf die Straße, warum ist die palästinensische Öffentlichkeit apathisch? Warum gibt es keine Unruhen? Weil 96 % der 1.500 Getöteten in den Terrorismus verwickelt waren […] Wir töten so, wie wir seit 1967 nicht mehr getötet haben.“

An anderer Stelle im Interview wies Yered die Vorstellung zurück, dass die Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland von einer kleinen Gruppe der „Hilltop Youth“ ausgeübt werde. Um seinen Standpunkt zu verdeutlichen, verwies er auf die „Vergeltungsmaßnahmen“ der Siedler gegen Palästinenser nach der Tötung von Binyamin Ahimeir, einem 14-jährigen Bewohner des

Außenpostens Malachei Hashalom, durch einen jungen Palästinenser im April 2024: „[Nachdem sie seine Leiche gefunden hatten] drangen fast tausend Menschen sowohl in das Dorf Duma als auch in das Dorf al-Mughayir – ein weiteres Dorf von Mördern in der Nähe – ein und steckten diese Dörfer in Brand. […] Nicht die ‚Hilltop Youth' […] sondern Erwachsene, Menschen mit Familien, Kampfsoldaten, die im Krieg ihren Reservedienst geleistet hatten."

Medienberichten zufolge verfasste Yered am Morgen, als diese „Vergeltungsaktionen" begannen, eine Nachricht, die in verschiedenen Siedlergruppen verbreitet wurde. Darin wurden die Siedler aufgefordert, palästinensische Dörfer in der Gegend zu umzingeln, „Haus-zu-Haus-Durchsuchungen" durchzuführen und „kollektive Strafen gegen die mörderische arabische Bevölkerung" zu verhängen; außerdem enthielt die Nachricht eine Liste mit Treffpunkten. Einige Stunden später kursierte eine ähnliche Nachricht in denselben Gruppen, diesmal mit einem Feuer-Emoji neben jedem Treffpunkt. Gruppenmitglieder reagierten mit Aufrufen, „die Tiere zu vernichten" und „Duma niederzubrennen". Stunden später und über zwei volle Tage hinweg drangen Hunderte von Siedlern und israelischen Soldaten in Dörfer der Gegend ein, steckten Häuser in Brand, schossen in alle Richtungen, töteten den 25-jährigen Jihad Abu 'Alia und verletzten viele weitere Menschen. Etwa 80 Olivenbäume wurden gefällt. Der 36-jährige Nidal Abu 'Alia aus al-Mughayir schilderte B'Tselem den Vorfall:

„Die Siedler griffen uns aus vier Richtungen mit Steinen und scharfer Munition an. Wir versuchten, sie mit Steinen abzuwehren und suchten Schutz hinter dem Geländer des Daches. Die Kugeln und Steine trafen die Fenster und Wände. Menschen, die bei uns waren, wurden nach und nach verletzt. Rasmi Abu 'Alia (55) war der Erste – er wurde von einem Geschosssplitter an der Hand und von einem Stein am Kopf getroffen. Dann wurde Muamen (20), der Sohn von 'Abd a-Latif, von einem Stein am Kopf getroffen. Der Angriff war so brutal und gewalttätig, dass es schwer zu beschreiben ist. Wir wussten nicht, ob wir lebend davonkommen würden. Wir riefen immer wieder alle an, die wir konnten, um Hilfe zu holen, aber niemand konnte kommen, weil die Armee das Gebiet umzingelt und den Zugang blockiert hatte." | *Vollständige Aussage*

„Springen wir sechs Monate vor", sagt Yered zum Interviewer und wendet sich einem „sehr ähnlichen Vorfall" zu:

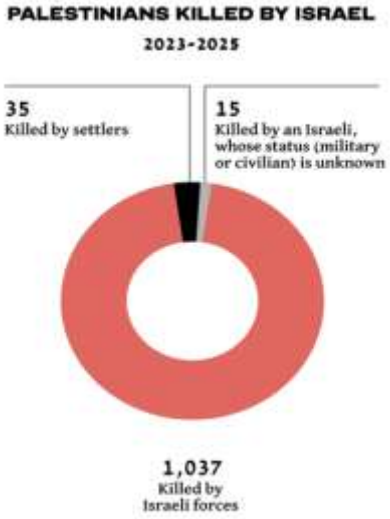
„Ein Terrorist kommt, diesmal nicht aus Duma, sondern aus al-Mughayir […]. Der Vorfall endet wie durch ein Wunder, hat aber das Potenzial, Erinnerungen an den Vorfall um Binyamin Ahimeir wachzurufen. Und was erwartet man in einem solchen Moment? Dass sie [die Siedler] wieder herkommen und sagen: ‚Das lassen wir uns nicht gefallen', denn ihr Blut kochte […]. Und was genau in diesem Moment, buchstäblich innerhalb einer Stunde, geschah, war, dass auf Betreiben des Ratsvorsitzenden, des Verteidigungsministers und des Befehlshabers der Streitkräfte allen in der Befehlskette klar wurde, dass etwas getan werden musste. Sie drangen in das Dorf al-Mughayir ein, und in einer beispiellosen Aktion waren dort drei Tage lang D-9-Bulldozer, Radlader und Bagger im Einsatz. Zunächst rodeten sie 3.500 Olivenbäume […] – zum Teil, um eine Gefahr zu beseitigen, aber in gewisser Weise auch … Bluth sagte es selbst: ‚Gestaltungsmaßnahmen.' Das ist ein staatlicher ‚Price Tag', ein militärischer ‚Price Tag'. Genau das ist es. Sie stellten das Dorf auf den Kopf, gingen von Haus zu Haus, verhafteten Dutzende, Hunderte von Menschen und nahmen den Dorfvorsteher fest. Sie haben ihren Job gemacht, okay? Was getan werden musste. […] Sie haben das Dorf auf den Kopf gestellt und gesagt: ‚al-Mughayir wird das Vorbild sein.' […] Sogar der Letzte der ‚Hilltop Youth' saß da und applaudierte Bluth. Es wurde kein einziger Stein geworfen, und kein einziges Fahrzeug wurde von Zivilisten in Brand gesetzt. Warum? Weil die Menschen das Gefühl hatten: Wow, da ist jemand, der sich um ihre Sicherheit kümmert."

Bei dem von Yered beschriebenen Vorfall im August 2025 stürmten Hunderte von Soldaten das Dorf al-Mughayir im Bezirk Ramallah, gingen von Haus zu Haus, richteten erhebliche Zerstörungen an

und plünderten Geld und Schmuck, bewarfen Autos mit Steinen, warfen Blendgranaten und führten Massenverhaftungen durch. Soldaten sprühten Davidsterne auf die Häuser mehrerer Bewohner. Über das Dorf wurde eine Ausgangssperre von etwa 70 Stunden verhängt, und während eines Teils dieser Zeit war es den Bewohnern sogar verboten, ihre Häuser zu verlassen. Auf Befehl des Kommandanten des Zentralkommandos, Avi Bluth, wurden Tausende von Bäumen, eine wichtige Lebensgrundlage für einige Dorfbewohner, entwurzelt – die meisten davon durch Siedler mit privaten Bulldozern, einige durch Militärbulldozer. Bluth traf daraufhin am Ort des Geschehens ein und erklärte: „Wir gehen jetzt gegen dieses Dorf vor [...], damit alle abgeschreckt werden. Und übrigens nicht nur gegen dieses Dorf, sondern gegen jedes Dorf, das versucht, die Hand gegen einen der Bewohner zu erheben."

Im Laufe des Jahres 2025 dokumentierte OCHA mehr als 40 Angriffe von Siedlern auf al-Mughayir. Von Anfang 2026 bis Mai desselben Jahres dokumentierte die Organisation 17 Angriffe auf das Dorf, durchschnittlich etwa fünf pro Monat. Diese Angriffe führten zu zahlreichen körperlichen und psychischen Verletzungen sowie zu erheblichen Sach- und Landschäden, darunter das Anzünden und Verwüsten von Ackerland, das Entwurzeln von Olivenbäumen und das Töten von Vieh. Nach Angaben von B'Tselem wurden von Anfang 2025 bis Ende Mai 2026 fünf Dorfbewohner von Soldaten und Siedlern tödlich erschossen.

Das in al-Mughayir beschriebene Gewaltmuster wiederholt sich, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, in Wohngebieten im gesamten Westjordanland. Seit Beginn des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Oktober 2023 bis Ende 2023 dokumentierte OCHA 370 Vorfälle, bei denen palästinensische Bewohner des Westjordanlands durch Gewalt von Siedlern verletzt oder deren Eigentum beschädigt wurde. Diese Zahl – die wahrscheinlich deutlich zu niedrig angesetzt ist, da es unmöglich ist, jeden einzelnen Fall von Schikanen, Drohungen, Misshandlungen und Angriffen zu erfassen, die täglich im gesamten Westjordanland stattfinden – macht fast ein Drittel aller Vorfälle von Gewalt durch Siedler aus, die die Organisation im Jahr 2023 im Westjordanland dokumentiert hat. Im Jahr 2024 dokumentierte die Organisation die höchste Anzahl an Angriffen seit Beginn ihrer Erfassung von Gewalt durch Siedler vor etwa zwei Jahrzehnten: mehr als 1.400 Vorfälle, was einem Durchschnitt von etwa vier Angriffen pro Tag entspricht. Im Jahr 2025 weitete sich die Gewalt weiter aus: OCHA dokumentierte mehr als 1.800 Vorfälle von Gewalt durch Siedler, bei denen Palästinenser in mehr als 280 Dörfern und Städten im gesamten Westjordanland körperliche Verletzungen erlitten oder Sachschäden davongetragen haben – das entspricht durchschnittlich etwa fünf Angriffen pro Tag. In der ersten Hälfte des Jahres 2026 kam es zu einer weiteren Eskalation: Von Januar bis Ende Juni dokumentierte OCHA mehr als 1.200 Angriffe in über 240 Dörfern und Städten – durchschnittlich etwa sechs Angriffe pro Tag.



Mit der steigenden Zahl der Angriffe stieg auch die Zahl der Verletzten. Im ersten Quartal 2026 wurden etwa 360 Palästinenser bei Angriffen von Siedlern verletzt – fast vier Menschen pro Tag und etwa so viele wie im gesamten Jahr 2023 und 2024. Allein im März 2026 wurden im Westjordanland etwa 170 Palästinenser verletzt. Nach Angaben von B'Tselem wurden vom 7. Oktober 2023 bis Ende März 2026 30 Palästinenser im Westjordanland von israelischen Zivilisten getötet. Weitere 14 wurden von Israelis getötet, bei denen B'Tselem im Rahmen seiner Ermittlungen nicht mit Sicherheit feststellen konnte, ob es sich um Soldaten oder Zivilisten handelte. Vier der Getöteten waren Kinder und Jugendliche

.

Regionale Verteidigungsbataillone

Seit Oktober 2023 hat das israelische Militär Tausende von Siedlern in regionale Verteidigungs-bataillone rekrutiert, um in den Gebieten, in denen sie leben, Dienst zu leisten; einige von ihnen haben eine lange Geschichte krimineller Gewalt gegen lokale Palästinenser. Palästinensische Bewohner erkennen diese Siedler-Soldaten daher bei Angriffen oft, selbst wenn sie Uniform tragen. Unzählige Zeugenaussagen haben seitdem detailliert beschrieben, wie Personen in Uniform an Angriffen auf Palästinenser beteiligt waren. Allein in den ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober dokumentierte OCHA mehr als 700 Angriffe von Siedlern, wobei bei fast der Hälfte davon Angreifer in Uniform beteiligt waren.

In diesem Zeitraum dokumentierte B'Tselem, dass Siedler zunehmend „militärische" Befugnisse übernahmen: Sie hielten palästinensische Einwohner an und verlangten Ausweispapiere, rissen Gebäude ab, verhängten Ausgangssperren über Dörfer und drangen ungehindert in palästinensische Häuser ein. In vielen Fällen erteilten Siedler den Streitkräften faktisch Anweisungen, ordneten Festnahmen und sogar den Einsatz scharfer Munition an.

So drangen beispielsweise am 25. Juni 2025 Dutzende maskierter Siedler in Kafr Malik ein, die meisten mit Knüppeln bewaffnet, einer mit einer Handfeuerwaffe. Sie griffen Bewohner mit Steinen an, steckten Häuser und Fahrzeuge in Brand und sprühten Hassparolen an die Wände. Drei Soldaten, die zusammen mit den Siedlern auf einer Straße südlich des Dorfes standen, begannen, Tränengasgranaten und scharfe Munition abzufeuern, zunächst in die Luft und dann auf junge Männer aus dem Dorf. Die Siedler warfen weiterhin Steine auf die jungen Männer, die ebenfalls Steine zurückwarfen. Etwa zwei Minuten später traf ein Fahrzeug ein, aus dem drei weitere Soldaten ausstiegen. Sie teilten sich in zwei Gruppen auf, zu einer davon gesellte sich ein Zivilist, und verfolgten die jungen Männer, während sie auf sie schossen, bis diese die Häuser des Dorfes erreichten. Drei junge Palästinenser wurden durch die Schüsse getötet. Ein Zeuge, der anonym bleiben wollte, berichtete einem B'Tselem-Feldforscher:

„Die Siedler nutzten die Tatsache aus, dass die Soldaten Tränengas auf uns abfeuerten, um langsam wieder in Richtung Dorf vorzudringen. Die jungen Männer stellten sich ihnen entgegen und versuchten, sie am Wiedereintritt zu hindern, woraufhin die Soldaten begannen, mit scharfer Munition auf die Jugendlichen zu schießen und den 18-jährigen Lutfi Tarshan verwundeten, der sich in den Olivenhainen befand und dem Militärfahrzeug gegenüberstand, das die Soldaten abgesetzt hatte. Die drei Soldaten, die aus dem Fahrzeug ausgestiegen waren, eröffneten heftiges Feuer mit scharfer Munition auf alles, was sich vor ihnen bewegte [...]. Als die Soldaten und der Siedler das Haus von Rami Hamayel in der Nähe von Khaldiyahs Haus erreichten, sah ich, wie der Siedler ihnen Personen zeigte. Die beiden Soldaten schossen auf jeden, auf den der Siedler zeigte. Es wurde in der Gegend so heftig geschossen, dass ich hinter das Haus von Murshid Hamayel floh. [Ich] fand Murshid mit dem Gesicht nach unten auf dem Boden liegend, in einer Blutlache. Ich fing an zu schreien und drehte ihn auf den Rücken. Ich sah keine Lebenszeichen. Ich fing an, laut zu schreien. Dann schickte ich eine Nachricht an die Dorfbewohnergruppe, dass Murshid verwundet worden sei. In diesem Moment kamen zwei Soldaten von Westen her auf mich zu. Sie richteten ihre Gewehre auf mich und schrien auf Hebräisch. Sie standen etwa drei oder vier Minuten lang über mir und hielten mir die ganze Zeit ihre Gewehre an den Kopf, während ich neben Murshid saß." | *Vollständige Aussage*

Zusätzlich zur Rekrutierung von Siedlern für die Regionalverteidigungsbataillone haben sich seit Oktober 2023 Tausende weitere Siedler den Sicherheitstrupps der Siedlungen in Siedlungen und Außenposten angeschlossen. Diese Trupps werden vom israelischen Militär ausgebildet und ausgerüstet, und viele Mitglieder wurden zudem zum Reservedienst einberufen und sind berechtigt, in dieser Funktion Uniformen zu tragen. Sicherheitskoordinatoren der Siedlungen, die

die Sicherheitstrupps befehligen, sind vom Staat offiziell mit Befugnissen ausgestattet, die denen von Polizeibeamten entsprechen, sodass sie Palästinenser anhalten, durchsuchen und sogar festnehmen dürfen. Formal sind diese Befugnisse auf die Siedlung und ihre unmittelbare Umgebung beschränkt, doch in vielen Fällen üben Sicherheitskoordinatoren sie auch außerhalb dieser Gebiete aus. Die Sicherheitskoordinatoren der Siedlungen sind zudem für die Ausgabe von Militärwaffen an die Bewohner ihrer Siedlungen zuständig, einschließlich derjenigen, die keine Mitglieder der Sicherheitstrupps sind. Diese Grauzone verstärkt die Unklarheit, sodass die Bewohner des Westjordanlands nicht feststellen können, ob bewaffnete Siedler im Auftrag der Behörden und in offizieller Funktion handeln. Wie Soldaten der Regionalen Verteidigungsbataillone haben auch einige Mitglieder der Sicherheitstrupps eine Vergangenheit der Gewalt gegen palästinensische Bewohner des Westjordanlands.

Im Rahmen einer vorläufigen Verordnung, die nach Oktober 2023 erlassen wurde, senkte die Regierung die Hürden für das Tragen von Schusswaffen, und Regierungsvertreter ermutigten öffentlich alle israelischen Bürger, einschließlich derjenigen, die im Westjordanland leben, sich massenhaft zu bewaffnen. Das Ministerium für Nationale Sicherheit unter der Leitung von Minister Itamar Ben Gvir verteilte daraufhin Tausende von Schusswaffen an Mitglieder von Sicherheitstrupps in den Siedlungen sowie an andere Siedler, die in Siedlungen und Außenposten im gesamten Westjordanland leben. Hunderte weiterer Schusswaffen wurden von Regionalräten gekauft und verteilt, darunter auch Scharfschützengewehre. Laut einem Bericht des „Armed Conflict Location and Event Data Project“ (ACLED), einer in den USA ansässigen Nichtregierungsorganisation, die gewalttätige Konflikte dokumentiert, hat sich die Zahl der gewalttätigen Vorfälle, an denen bewaffnete Siedler beteiligt waren, die keine gemeldete oder sichtbare Verbindung zum Militär oder zu den Sicherheitstruppen der Siedlungen hatten, im letzten Quartal des Jahres 2023 mehr als versiebenfacht. Zusätzlich zu den Schusswaffen stellte der Staat Mittel für „Sicherheitskomponenten“ bereit, darunter Geländefahrzeuge, Kameras und elektrische Tore für Außenposten und landwirtschaftliche Außenposten. Gleichzeitig begann das Ministerium für Siedlungen und nationale Missionen mit der Verteilung einer großen Anzahl von Drohnen an Siedler. Seitdem wurde dokumentiert, dass Siedler Drohnen über Obstgärten und Weideflächen fliegen lassen, um die Bewegungen palästinensischer Bauern und Hirten zu überwachen, sie zu bedrohen und einzuschüchtern. Diese Ausrüstung ermöglicht es den Siedlern, ihre Kontrolle über das Gebiet zu verstärken, und erleichtert die Vertreibung dieser Bauern von ihrem Land.

In vielen Fällen spielen Kinder und Jugendliche aus den Siedlungen eine führende Rolle bei der Vertreibung palästinensischer Gemeinschaften. Seit Oktober 2023 wurde dokumentiert, dass diese jungen Siedler palästinensisches Privatland pflügen, die Wasser- und Strominfrastruktur zerstören, Privateigentum plündern und zerstören, Häuser betreten, Bewohner schlagen und belästigen – teilweise dabei mit Messern oder anderen Klingenwaffen bewaffnet. In anderen Fällen werden sie von erwachsenen Siedlern begleitet. Dabei zeigt sich eine wiederkehrende Arbeitsteilung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche werden entsandt, um die Gemeinschaften nach und nach zu zermürben, woraufhin bewaffnete Erwachsene eintreffen, um „die Arbeit zu Ende zu bringen“ und die endgültige Vertreibung der Gemeinschaft herbeizuführen.

Angriffe vor den Augen der Kameras

Ein Merkmal der israelischen Gewalt im Westjordanland nach Oktober 2023 ist eine Verlagerung von bürokratischer Gewalt – also Gewalt, die mit Leugnung und Vertuschung einhergeht – hin zu Gewalt, die offen und vor den Augen der Kameras ausgeübt wird. Im Juli 2026 wurde ein israelischer Polizist gefilmt, wie er im Flüchtlingslager Qalandia eine Blendgranate in ein palästinensisches

Fahrzeug warf und sich gegen die Autotür lehnte, um die Insassen daran zu hindern, auszusteigen, bis die Granate explodierte. Ebenso wird Gewalt durch Soldaten und Siedler häufig dokumentiert, und die Täter selbst zeichnen ihre Handlungen oft auf, veröffentlichen das Material in den sozialen Medien und prahlen in Echtzeit damit. Diese Aufnahmen markieren eine neue Stufe der Straffreiheit für israelische Angreifer im Westjordanland: Selbst wenn ungerechtfertigte tödliche Gewalt durch Soldaten oder Siedler in Echtzeit dokumentiert und veröffentlicht wird und selbst wenn die Identität der Täter allen bekannt ist, versäumt es das israelische Strafverfolgungssystem nicht nur, sie für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen, sondern gewährt ihnen offen Straffreiheit, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, dies zu verbergen (mehr zu den rechtlichen Auswirkungen der offenen Straffreiheit und der Normalisierung von Gewalt seit Oktober 2023 siehe Kapitel „Rechtliche Auswirkungen des Auslöschungsprojekts im Westjordanland“).

Ein markantes Beispiel ereignete sich am 28. Juli 2025, als Siedler auf einem Grundstück neben dem Dorf Um al-Kheir in den südlichen Hebron-Hügeln Erdarbeiten durchführten, um den Boden für einen neuen Außenposten vorzubereiten. Unter ihnen befand sich Yinon Levi, ein Bauunternehmer für Erdarbeiten, der den Außenposten „Meitarim Farm“ in der Nähe der Gemeinde Kh. Zanutah in Masafer Yatta gegründet hatte und eine zentrale Rolle bei der Vertreibung dieser Gemeinde im Jahr 2023 spielte. Am Nachmittag, nachdem die meisten Siedler das Gebiet verlassen hatten, fuhr der Baggerfahrer, der an den Arbeiten teilgenommen hatte, durch einen eingezäunten Olivenhain, der den Dorfbewohnern gehörte, zurück in Richtung der Siedlung und beschädigte dabei die Bäume sowie den Zaun um den Hain. Mehrere junge Dorfbewohner versammelten sich in der Nähe, um ihm den Weg zu versperren, und warfen Steine auf den Bagger. Daraufhin traf der Fahrer einen der jungen Männer, den 29-jährigen Ahmad al-Hathaleen, mit der Baggerschaufel am Kopf. Er stürzte zu Boden und verlor das Bewusstsein.

Unmittelbar danach traf Yinon Levi ein und begann, mit seiner Pistole in Richtung der jungen Männer zu fuchteln. Der Dorfbewohner Awdah al-Hathaleen, ein Menschenrechtsaktivist und ehrenamtlicher Mitarbeiter von B’Tselem, stand am Dorfgemeinschaftszentrum, etwa 40 Meter von Levi entfernt, und filmte das Geschehen. In dem von Awdah aufgenommenen Videomaterial, das in den sozialen Medien und in Medien rund um die Welt weit verbreitet wurde, ist zu sehen, wie Levi seine Waffe auf Awdah richtet und auf ihn schießt. Awdah wurde noch am Tatort getötet. Seine Mutter, die 74-jährige Khadrah al-Hathaleen, sagte in ihrer Aussage gegenüber B’Tselem:

„Ich fand Awdah in einer Blutlache liegend vor, wie er sich vor Schmerzen krümmte. […] Die jungen Männer trugen Awdah etwa 60 Meter zu Fuß zum Tor der Siedlung. […] Die Soldaten griffen uns an, stießen uns und schlugen auf uns ein. Als ich den Siedler, der auf Awdah geschossen hatte [Yinon Levy], anschrie: ‚Warum hast du meinen Sohn getötet?‘, schlug er mich zweimal und stieß mich zu Boden. […] Nachdem der Krankenwagen [der israelische Krankenwagen, der Awdah abtransportierte] weggefahren war, drängten die Soldaten mich und die anderen Bewohner gewaltsam in unseren Hof, wo sich etwa 30 Kinder im Alter von wenigen Monaten bis zu 13 Jahren aufhielten.
Die Soldaten warfen zwei Blendgranaten in den Hof. […] Wir sammelten die Kinder ein und brachten sie in einen Raum, um sie zu schützen. Dann schloss ein Soldat sie dort ein. Die Soldaten steckten mich und mehrere andere Frauen in einen anderen Raum und schlossen uns ein. Ich stand am Fenster und schrie die Soldaten an, woraufhin einer von ihnen es mit Ziegelsteinen vermauerte. […] Es herrschte Chaos: Die eingesperrten Kinder schrien und weinten, und Frauen und Männer, die von den Soldaten im Hof angegriffen wurden, schrien ebenfalls. Nachdem wir etwa zwei Stunden lang in dem Raum eingesperrt waren, verließen die Soldaten das Haus und nahmen die Schlüssel mit. Es gelang uns, durch ein Hinterfenster zu entkommen. Wir brachen die Tür des Raums auf, in dem sich die Kinder befanden. Sie weinten und zitterten vor Angst, waren schweißgebadet. […] Gegen 20:00 Uhr wurde uns mitgeteilt, dass Awdah im Soroka-Krankenhaus in Be’er Sheva seinen Verletzungen erlegen war. Die Siedler und der Baggerfahrer zogen ab, doch die Soldaten blieben im Dorf. Ich brach zusammen.“ | *Vollständige Zeugenaussage*

Nach der Schießerei nahmen israelische Streitkräfte fünf Mitglieder der Familie al-Hathaleen fest. In der Woche nach der Tötung drangen Militär- und Polizeikräfte weiterhin jede Nacht in das Dorf ein und nahmen 14 weitere Bewohner fest. Gleichzeitig weigerte sich die Polizei, al-Hathaleens Leichnam zur Bestattung an seine Familie zurückzugeben, solange diese nicht Einschränkungen bei der Beerdigung zustimmte. Awdahs Leichnam wurde erst etwa eineinhalb Wochen nach seiner Tötung zurückgegeben.

Levi selbst wurde am Abend des Vorfalls festgenommen, über Nacht festgehalten und am nächsten Tag unter der Begründung unzureichender Beweise freigelassen und unter Hausarrest gestellt, nachdem ein israelisches Gericht seine Behauptung der Notwehr akzeptiert hatte. Später in derselben Woche wurde er auch aus dem Hausarrest entlassen, und in den folgenden Tagen wurde er bereits dabei gesehen, wie er in der Nähe der Häuser der Familie al-Hathaleen in Um al-Kheir Erdarbeiten durchführte. Anfang August 2026, ein Jahr nach der dokumentierten Tötung, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Levi wegen fahrlässiger Tötung, Hausfriedensbruchs unter Mitführung einer Waffe und böswilliger Sachbeschädigung. Die Anklage gegen Levi ist äußerst außergewöhnlich angesichts der Tausenden dokumentierten Übergriffe, bei denen keiner der Beteiligten strafrechtlich verfolgt wurde.

Eine Routine der Einschüchterung

Zwischen Razzien in palästinensischen Gemeinden, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sorgen verschiedene Akteure der Gewalt für eine ständige Präsenz in den Lebensräumen der Palästinenser. Zu jeder Zeit bewegen sich Streitkräfte durch die Straßen von Dörfern, Städten und Ortschaften im gesamten Westjordanland, dringen in Geschäfte, Gemeinschafts- und Bildungseinrichtungen ein, behindern die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bewohner und führen Übungen in der Nähe palästinensischer Dörfer oder zwischen den Häusern der Bewohner durch. Auch Siedler, die mitunter bewaffnet sind, bewegen sich durch Wohngebiete und dringen sogar in Häuser ein, um ihre Präsenz vor Ort zu demonstrieren und die Bewohner einzuschüchtern.

Militärische Präsenz

In Zentral-Hebron beispielsweise leben etwa 900 Siedler inmitten von Hunderttausenden Palästinensern. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt sind mehr als 1.000 Soldaten und Beamte der Grenzpolizei dort stationiert, wo sich die beiden Bevölkerungsgruppen begegnen, um die Systeme der Segregation und der militärischen Kontrolle aufrechtzuerhalten. Zusätzlich zu den täglichen Schikanen durch die unter ihnen lebende Siedlerminderheit sind die palästinensischen Einwohner von Hebron unaufhörlicher Gewalt und Demütigung durch Soldaten und Polizeibeamte ausgesetzt, die ständig an Dutzenden von befestigten Kontrollpunkten, Straßensperren sowie permanenten und temporären Wachposten in der ganzen Stadt präsent sind. In der Stadt stationierte Soldaten betreiben zudem das, was im Militärjargon als „unsere Präsenz zeigen“ bezeichnet wird – eine Praxis, die darauf abzielt, durch die allgegenwärtige Präsenz bewaffneter Soldaten Angst in der Bevölkerung zu schüren. Ein Soldat, der gegenüber „Breaking the Silence“ aussagte, beschrieb dies folgendermaßen:

„In ganz Hebron geht es darum, unsere Präsenz spürbar zu machen. […] Es soll das tägliche Leben stören und jeden dort daran erinnern, dass man da ist, dass die Armee da ist, dass die Armee überall ist. […] Es ist, als würde man das Rote Meer teilen, nur mit Menschen – alles, um den Bewohnern immer wieder einzuhämmern, dass man hinausgehen kann, um eine Gurke zu kaufen, und die Armee einen aufhalten, den Ausweis sehen will oder sich einfach in das eigene Leben einmischt. Die Menschen dort leben nicht.“

Die Präsenzdemonstration in Hebron ist eine spezifische Ausprägung einer Praxis, die das israelische Militär im gesamten Westjordanland anwendet. Zusätzlich zur ständigen Präsenz bewaffneter israelischer Streitkräfte an Kontrollpunkten und bei „Patrouillen“ entlang von Straßen und Wegen macht das israelische Militär seine Präsenz routinemäßig durch das Eindringen in Privathäuser deutlich, meist nachts oder vor Tagesanbruch. Soldaten, meist in großen Gruppen und manchmal maskiert, hämmern gegen Türen, um die schlafende Familie zu wecken, oder brechen in die Wohnung ein und verursachen dabei erheblichen Sachschaden. Bei einigen dieser Razzien werden die Bewohner mit vorgehaltener Waffe festgehalten, manchmal stundenlang.

Da das Ausmaß der israelischen Gewalt zugenommen hat, ist die Zahl der militärischen Übergriffe auf die Wohnungen von Bewohnern des Westjordanlands in den letzten Jahren stetig gestiegen. Nach Angaben von OCHA führten israelische Streitkräfte zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 18. März 2024 durchschnittlich 670 „Durchsuchungs- und Festnahme“- sowie andere Operationen pro Monat durch – fast doppelt so viele wie der monatliche Durchschnitt in den ersten neun Monaten des Jahres 2023, der bei 340 lag.

Siedler zeigen ihre Präsenz

Siedler, die oft bewaffnet sind, bewegen sich zudem routinemäßig frei durch palästinensische Wohngebiete und schüchtern die Bewohner durch Provokationen, Schikanen, Drohungen und in vielen Fällen durch gewalttätige Angriffe ein. Seit Oktober 2023 wurden ganze Gemeinschaften vertrieben, ohne dass es auch nur zu einem einzigen „entscheidenden“ gewalttätigen Vorfall gekommen wäre – eine Folge der Verinnerlichung der ständigen Gefahr für Leben, Eigentum und persönliche Sicherheit, die von der Anwesenheit der Siedler ausgeht, sowie der Belastung, inmitten einer anhaltenden Realität von Gewalt oder der Androhung von Gewalt leben zu müssen. Aussagen der Bewohner deuten darauf hin, dass die Schikanen und Angriffe auch nach der Vertreibung einer Gemeinschaft weitergehen. Wie im Kapitel über ethnische Säuberung und territoriale Übernahme in diesem Bericht ausführlich beschrieben, verfolgen Siedler und offizielle staatliche Stellen vertriebene Familien oft bis an ihre neuen Wohnorte, um ihnen das Leben weiterhin unerträglich zu machen und sie erneut zu vertreiben.

Überwachung, Drohungen und Erpressung

Israels System zur Kontrolle von Bewegungsfreiheit und Zugang im Westjordanland umfasst ein Genehmigungssystem, das dem Land auch dazu dient, Informationen über palästinensische Einwohner zu sammeln. Seit 2005 muss jeder Palästinenser, der Israel aus welchem Grund auch immer betritt, eine Magnetkarte mit sich führen, die biometrische Merkmale wie Gesichtsmerkmale, Fingerabdrücke und Handflächenabdrücke enthält. In den letzten Jahren hat Israel zudem ein Netzwerk aus Überwachungskameras und anderen Überwachungs- und Kontrollsystemen betrieben, insbesondere in Hebron und Ostjerusalem, um biometrische Daten und persönliche Informationen über die gesamte palästinensische Bevölkerung zu sammeln, einschließlich Personen, gegen die keinerlei Verdacht besteht. Im Jahr 2021 berichtete „Haaretz“, dass das Militär Soldaten Anreize bietet, so viele Palästinenser wie möglich zu fotografieren, um das System zu füttern, und dass Sicherheitskoordinatoren in den Siedlungen Zugang zu einem ähnlichen System haben, um Palästinenser zu identifizieren, die zur Arbeit in die Siedlungen kommen. Der Bericht beschrieb zudem, wie routinemäßige Festnahmen, Schikanen und Verhaftungen palästinensischer Einwohner an Kontrollpunkten und auf den Straßen oft auf Informationen aus diesen Systemen beruhen, auf die Soldaten über dafür vorgesehene Mobiltelefone zugreifen.

Im Laufe der Jahre hat sich die israelische Überwachung der Palästinenser auf eine groß angelegte Überwachung sozialer Medien und die Ortung von Mobiltelefonen sowie auf den verstärkten Einsatz

von Drohnen durch das Militär zur Informationsbeschaffung ausgeweitet. Seit 2020 wurde dokumentiert, dass das Militär Drohnen einsetzt, die mit Lautsprechern ausgestattet sind und Drohungen über den Köpfen der Bewohner ausstrahlen, unter anderem bei Demonstrationen im Westjordanland. Im selben Jahr wurde berichtet, dass der Staat Drohnen, elektronische Überwachungsgeräte und Luftbildaufnahmen für Siedlungsbewohner finanzieren würde, angeblich zur „Überwachung palästinensischer Bautätigkeiten".

Israel nutzt die gesammelten personenbezogenen Daten regelmäßig zusammen mit der starken Abhängigkeit der Bewohner des Westjordanlands von israelischen Systemen, um Druck auf die Bewohner und ihre Familien auszuüben, unter anderem durch die Androhung, Grundrechte zu verweigern oder persönliche Informationen offenzulegen. So zeigte beispielsweise ein Bericht von „Physicians for Human Rights Israel" aus dem Jahr 2008, wie der Shin Bet von Dutzenden palästinensischer Patienten verlangte, Informationen preiszugeben oder zu vollwertigen Kollaborateuren zu werden – als Bedingung für die Erteilung von Genehmigungen, den Gazastreifen zur medizinischen Behandlung zu verlassen. Im Jahr 2018 brachte der Shin Bet im Dorf Beit Ummar im Bezirk Hebron Drohschreiben an Häusern und Geschäften an. Die in arabischer Sprache verfassten und von einem als „Captain Amar" bekannten Shin-Bet-Agenten unterzeichneten Mitteilungen drohten damit, Familien, deren Kinder im Verdacht standen, Steine geworfen zu haben, die Arbeitserlaubnis zu entziehen.

Während der Ereignisse im Mai 2021 und der Operation „Guardian of the Walls" leitete der Shin Bet Informationen über palästinensische Familien aus Ostjerusalem an das Nationale Versicherungsinstitut weiter, das daraufhin deren Anspruch auf staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung aussetzte. Bei fast allen Familien wurde der Versicherungsschutz nach Einleitung rechtlicher Schritte wiederhergestellt. Das Nationale Versicherungsinstitut gab keine genauen Gründe für die Aussetzung des Versicherungsschutzes an, räumte jedoch in Beantwortung eines Antrags auf Auskunftserteilung ein, Informationen vom Shin Bet über im nationalen Versicherungssystem registrierte Palästinenser erhalten zu haben. Etwa zur gleichen Zeit nutzte der Shin Bet ein System zur Verfolgung des Mobilfunkverkehrs, um bedrohliche SMS an Hunderte palästinensischer Staatsbürger Israels und Einwohner Ost-Jerusalems zu senden, die keiner gewalttätigen Aktivität verdächtigt wurden. In den Nachrichten hieß es: „Du wurdest als jemand identifiziert, der an gewalttätigen Handlungen an der al-Aqsa-Moschee beteiligt war. Wir werden die Rechnung begleichen."

In den letzten Jahren berichteten Bewohner des Westjordanlands, dass sie bedrohliche Anrufe von Shin-Bet-Mitarbeitern erhalten hätten, die darauf abzielten, sie von der Teilnahme an politischen Aktivitäten abzuhalten. Auch ehemalige Häftlinge schilderten, wie Shin-Bet-Mitarbeiter sie vor und nach ihrer Entlassung häufig bedrohten. So wurde beispielsweise im November 2023 der 18-jährige Muhammad Nazzal aus Qabatiyah nach drei Monaten in israelischen Haftanstalten vor seiner Freilassung ins Ofer-Gefängnis gebracht. Während seiner monatelangen Haft war Nazzal schweren Misshandlungen durch Soldaten und Gefängniswärter ausgesetzt: Sie zogen ihn nackt aus, fotografierten ihn, traten ihn und schlugen ihn mit Metallstöcken. Im Ofer-Gefängnis warnte ihn ein Shin-Bet-Beamter vor seiner Freilassung, nach seiner Entlassung keine Feierlichkeiten abzuhalten und nicht mit den Medien zu sprechen: „Er sagte, ich solle stillhalten, und drohte mir, dass sie mich erneut verhaften würden, wenn ich diese Bedingungen nicht einhalte."

Israelische Streitkräfte rufen oft Anwohner an, um ihnen mitzuteilen, dass ein Familienmitglied vom Militär getötet oder verletzt wurde. Diese Anrufe enthalten in der Regel eine Reihe von Drohungen, die die Familie davon abhalten sollen, öffentlich ihre Trauer über den Tod ihres Angehörigen zum Ausdruck zu bringen, Trauerrituale abzuhalten, ein Trauerzelt aufzustellen oder Gemeindemitglieder zur Beerdigung zusammenkommen zu lassen. Im Februar 2025 beispielsweise verließ der 12-jährige Ayman al-Haymuni zusammen mit seinem 10-jährigen Bruder

das Haus seines Großvaters und machte sich auf den Weg zum benachbarten Haus ihres Onkels in Hebron. Nach den Ermittlungen von B'Tselem wurde al-Haymuni, nachdem die beiden Soldaten in der Gegend bemerkt hatten und umkehrten, um zum Haus ihres Großvaters zurückzukehren, in den Rücken geschossen und fiel zu Boden. Sein Onkel versuchte, ihn in Sicherheit zu bringen, doch Soldaten, die sich näherten, schossen auf ihn und zwangen ihn zum Rückzug. Einige Minuten später, nachdem die Soldaten abgezogen waren, brachte die Familie Ayman mit dem Auto ins Krankenhaus, wo er für tot erklärt wurde.

Aymans Vater, Nassar al-Haymuni, 39, Vater von vier Kindern, der zum Zeitpunkt des Vorfalls nicht in der Stadt war, wurde auf dem Rückweg an einem Kontrollpunkt in der Stadt festgehalten. Beamte der Grenzpolizei befahlen ihm, aus dem Auto auszusteigen, und zwangen ihn unter Waffengewalt, sich auszuziehen. Nachdem sie seinen Ausweis überprüft hatten, fragte einer der Beamten, in welcher Beziehung er zu „dem Jungen, den wir getötet haben" stehe. Als er antwortete, der Junge sei sein Sohn, sagte der Beamte zu ihm: „Wir werden dich zu ihm schicken, so Gott will." Al-Haymuni wurde daraufhin in einen Raum geführt. In seiner Aussage gegenüber B'Tselem berichtete er, dass ein anderer Beamter ihm ein Telefon ans Ohr hielt und ein Mann, der sich als Shin-Bet-Beamter vorstellte, mit ihm sprach:

„[Er] sagte zu mir: ‚Möge Gott dich für deine Geduld belohnen', und fügte hinzu: ‚Er war ein Kind, und es tut uns leid; er wurde versehentlich getötet.' Dann fragte er: ‚Warum kehrst du jetzt nach Hebron zurück?' Ich antwortete: ‚Um mein Kind zu sehen und es zu begraben', und der Beamte sagte: ‚Wir behalten dich im Auge, und wenn du etwas Unrechtes tust, werde ich kommen und dich bei dir zu Hause verhaften.' Ich sagte zu ihm: ‚Warum das dort? Verhafte mich doch gleich hier', und er antwortete: ‚Nein, jetzt geh und begrabe deinen Sohn, und wenn du etwas anstellst, werde ich dich verhaften.' | *Vollständige Aussage*

Misshandlung und Entmenschlichung

Misshandlung und Folter

In den Monaten nach Oktober 2023 führte Israel in den von ihm kontrollierten Gebieten wahllose Massenverhaftungen von Palästinensern durch. Neben Tausenden von Einwohnern des Gazastreifens, die sich zu diesem Zeitpunkt mit Aufenthaltsgenehmigungen in Israel aufhielten und anschließend wegen illegalem Aufenthalt festgenommen wurden, nachdem Israel diese Genehmigungen ohne weiteres widerrufen hatte, waren bis Februar 2024 laut Angaben des Palästinensischen Gefangenenclubs und anderer Organisationen auch mehr als 7.000 Einwohner des Westjordanlands festgenommen worden. Diese Festnahmen gingen oft mit Gewalt gegen die von den israelischen Streitkräften Festgenommenen und ihre Familien einher und führten mitunter zur umfassenden Zerstörung ihrer Häuser sowie zum Diebstahl von Eigentum. Viele wurden in Verwaltungshaft gehalten, ohne Gerichtsverfahren und ohne die Möglichkeit, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen.

Informationen, Daten und Hunderte von Zeugenaussagen, die B'Tselem seit Oktober 2023 gesammelt hat, zeigen, wie israelische Haftanstalten zu einem Netzwerk von Folter-Lagern geworden sind. Wiederholte Berichte beschreiben eine zunehmend extreme Realität, geprägt von häufiger, schwerer und willkürlicher Gewalt, Demütigung und Erniedrigung, absichtlicher Aushungerung, erzwungenen unhygienischen Bedingungen, Schlafentzug und Verweigerung medizinischer Versorgung. Die Beobachtungen von B'Tselem haben ergeben, dass zwischen Oktober 2023 und dem 30. Juni 2026 mindestens 32 Inhaftierte und Gefangene aus dem Westjordanland infolge von Gewalt, systematischer Vernachlässigung und Verweigerung

medizinischer Versorgung in israelischen Gefängnissen und Haftanstalten starben, ebenso wie etwa 52 Palästinenser aus dem Gazastreifen und etwa sechs palästinensische Staatsbürger Israels – insgesamt etwa 90 Menschen.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 2023 wurde Ashraf al-Muhtaseb, 53, Vater von fünf Kindern, im Haus seiner Familie in Hebron festgenommen. Nach seiner Festnahme wurde er von einer Haftanstalt oder einem Gefängnis in die nächste verlegt, wobei er extremer Gewalt ausgesetzt war. In seiner Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb al-Muhtaseb, was in der Haftanstalt Etzion geschah, als andere Häftlinge dort eingeliefert wurden:

„Sie wurden vor unseren Augen auf den Hof gebracht, und wir sahen durch das Fenster zu, wie sie geschlagen wurden. Dort waren zehn Soldaten. Sie spielten laute Musik auf dem Hof und schlugen brutal auf die Häftlinge ein, die mit Handschellen gefesselt und mit verbundenen Augen waren. Sie versetzten ihnen Schläge, schlugen mit Gewehrkolben auf sie ein und traten sie. Einer der jungen Männer wurde so schwer geschlagen, dass sein Gesicht und sein Mund bluteten. Es war beängstigend. Ich dachte, sie würden sie direkt dort auf dem Hof umbringen. Das dauerte eine halbe Stunde. So etwas habe ich im Gefängnis noch nie gesehen. Man kann sich gar nicht vorstellen, welche Schläge diese Männer einstecken mussten."

Irgendwann kam al-Muhtaseb im Negev-Gefängnis (Ketziot) an*: „Sie führten mich etwa 500 Meter weit, schlugen mich dabei heftig, bis ich hinfiel, und traten mich dann an verschiedenen Stellen meines Körpers. Während des Angriffs zogen sie mir alle Kleider aus, einschließlich meiner Unterwäsche. Ich hörte, wie sie zueinander sagten: ‚Der hier ist krank', aber sie schlugen trotzdem weiter auf mich ein. Ich hatte das Gefühl, ohnmächtig zu werden. Schließlich befahlen sie mir, mich anzuziehen. Ich konnte meine Kleidung kaum überziehen, und die ganze Zeit über traten sie mich weiter. Meine Taille tat wirklich weh, und ich konnte kaum atmen. Ich konnte mich nicht bewegen, geschweige denn gehen. Ich blieb auf dem Boden liegen, bis drei von ihnen mich an den Armen packten und hinter sich herzerrten. Es war schrecklich, unbeschreiblich. Ich fühlte mich dem Tod nahe. Während sie mich hinter sich herzerrten, sah ich das Blut anderer Häftlinge auf dem Boden."* | *Vollständige Aussage*

Die Misshandlungen beschränken sich nicht auf Gefängnisse. Sie sind auch auf den Straßen palästinensischer Städte und Dörfer im Westjordanland an der Tagesordnung. In Hebron beispielsweise, einer Stadt, in der Palästinenser seit langem unter Misshandlungen und Schikanen leiden, haben sich die Übergriffe verschärft, wie aus 25 Zeugenaussagen hervorgeht, die B'Tselem-Feldforscher von Palästinensern gesammelt haben, die zwischen Mai und August 2024 im Stadtzentrum von Soldaten angegriffen wurden. Die Zeugenaussagen beschreiben Gewalttaten, Demütigungen und Misshandlungen gegen Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder. Die meisten wurden völlig willkürlich festgenommen, während sie auf dem Weg zur Arbeit oder zum Lebensmittelgeschäft Kontrollpunkte passierten oder in ihrem eigenen Garten Kaffee tranken. In den meisten Fällen brachten die Soldaten die Opfer zu Militärposten, wo der Großteil der Misshandlungen stattfand; in einigen Fällen filmten die Angreifer die Misshandlungen und teilten das Material stolz in den sozialen Medien. Die Opfer standen unter keinem Verdacht, eine Straftat begangen zu haben, und wurden unmittelbar nach dem Übergriff freigelassen, wobei viele von ihnen ärztliche Hilfe benötigten.

Aussagen, die B'Tselem in den folgenden Monaten vorlagen, deuten darauf hin, dass sich dieser Trend fortgesetzt hat. Soldaten in Hebron nehmen nach wie vor regelmäßig Einwohner fest, durchsuchen ihre Handys, schleppen sie zu Militärposten in der Stadt und misshandeln sie dort, manchmal stundenlang, bevor sie sie ohne Anklage wieder freilassen. Einwohner, die solche Misshandlungen erlebt haben, lehnen es oft ab, gegenüber B'Tselem, anderen Menschenrechts-organisationen oder den Medien auszusagen, aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen durch ihre

Angreifer. Zu diesen Vergeltungsmaßnahmen können weitere Misshandlungen oder Schikanen gehören, die sich gegen sie und ihre Familien auf Straßen und an Kontrollpunkten richten.

Folter bei Verhören durch den Shin Bet

Im Jahr 1999 entschied der Oberste Gerichtshof, dass Verhörbeamte des Shin Bet nicht befugt sind, von den üblichen polizeilichen Verhörmethoden abzuweichen. Doch Informationen und Zeugenaussagen, die B'Tselem in den letzten Jahren gesammelt hat, deuten darauf hin, dass es bei Verhören durch den Shin Bet nach wie vor routinemäßig zu psychischer und körperlicher Misshandlung kommt, wozu oft extreme Gewalt, harte Haftbedingungen und das Fesseln in Stresspositionen gehören, um physischen und psychischen Druck auszuüben. Nach Angaben des Öffentlichen Komitees gegen Folter in Israel stieg die jährliche Zahl der Beschwerden, die bei der für die Untersuchung mutmaßlichen Fehlverhaltens des Shin Bet zuständigen Stelle eingereicht wurden – in den 20 Jahren vor Oktober 2023 lag der Durchschnitt bei etwa 66 –, in einem einzigen Jahr (2023–2024) auf 119 Beschwerden. Nach von „Haaretz" veröffentlichten Zahlen starben zwischen Oktober 2023 und August 2025 mindestens sechs Palästinenser während Verhören durch den Shin Bet.

Sexuelle Gewalt

Sexuelle Gewalt gehört zu den Misshandlungsmethoden, die israelische Gefängniswärter und Soldaten gegen palästinensische Gefangene anwenden. Seit Oktober 2023 sind diese Misshandlungen gewalttätiger und häufiger geworden. In Zeugenaussagen gegenüber B'Tselem wird von Leibesvisitationen, Schlägen auf die Genitalien und Genitalverstümmelung unter Verwendung von Gegenständen, Hunden, Schlagstöcken und scharfen Instrumenten berichtet. Im September 2025 veröffentlichte Save the Children eine Umfrage unter Kindern im Alter von 12 bis 17 Jahren, die nach Oktober 2023 in israelischer Haft waren; mehr als die Hälfte gab an, sexuelle Gewalt erlebt oder miterlebt zu haben. Save the Children schätzte, dass die tatsächliche Zahl noch höher liege, da es für Überlebende sehr schwer ist, über ihre Erfahrungen zu sprechen, und da sexueller Missbrauch mit einem sozialen Stigma behaftet ist.

In einem Bericht, den die UN-Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete im März 2025 dem UN-Menschenrechtsrat vorlegte, stellte die Kommission fest, dass sexuelle Gewalt zu einer der „Standardvorgehensweisen" Israels und zu einem „wesentlichen Element der Misshandlung von Palästinensern" geworden sei. Nach Angaben der Kommission haben sich Art und Häufigkeit dieser Übergriffe seit Oktober 2023 verschärft. Sie stellte fest, dass Israel routinemäßig Schikanen an Kontrollpunkten, die Offenlegung von Informationen über das sexuelle Verhalten oder die sexuelle Orientierung von Personen, die Veröffentlichung intimer Bilder sowie Online-Drohungen gegen Palästinenser einsetzt, um palästinensische Frauen, Männer und Jungen unter Druck zu setzen, zu unterdrücken und einzuschüchtern. Andere Berichte beschrieben, wie Soldaten an Kontrollpunkten im gesamten Westjordanland Fotos von palästinensischen Frauen machen, erniedrigende Bemerkungen über ihr Aussehen abgeben, sie beschimpfen und mit Obszönitäten überhäufen und ihnen gelegentlich ihre Genitalien entblößen.

Der Bericht der UN-Untersuchungskommission beschreibt zusammen mit den von den B'Tselem-Feldforschern gesammelten Zeugenaussagen und den im Berichtszeitraum veröffentlichten Nachrichtenberichten, wie Soldaten und Siedler in der gesamten Westbank sexuelle Gewalt – darunter das erzwungene Entkleiden, das Fotografieren von Menschen in nacktem Zustand, Vergewaltigungsdrohungen und Angriffe auf die Genitalien – einsetzen, um palästinensische Bewohner zu bestrafen, einzuschüchtern und zu vertreiben.

So drangen beispielsweise am 13. März 2026 gegen 1:00 Uhr morgens Dutzende Siedler, von denen die meisten maskiert waren, in die Wohnräume der Bewohner von Khirbet Humsah im Jordantal ein. Sie weckten die Bewohner, fesselten Frauen und Kinder, trieben sie in das Zelt, warfen sie zu Boden, übergossen sie mit Wasser und schlugen auf sie ein, unter anderem mit Stöcken und Knüppeln. Später wurde berichtet, dass Siedler während des Angriffs einem der Männer vor den Augen anwesender ausländischer Solidaritätsaktivisten alle Kleider vom Leib rissen, ihm eine Handschelle um den Penis legten und ihn nackt etwa 100 Meter weit in das Zelt zerrten, in dem sich alle versammelt hatten – darunter die Frauen und Kinder sowie die ausländischen Aktivisten, die ebenfalls angegriffen wurden. Eine Frau aus der Gemeinde berichtete Haaretz, dass, während sie mit Handschellen gefesselt war, *„der Siedler drohte, sie würden morgen zurückkommen und meine Töchter mitnehmen, und dass diese dann bei ihnen, bei den Siedlern, leben würden. Dann packte er meine älteste Tochter, die 14 ist, und fing an, sie zu ohrfeigen. Ich konnte nichts tun, um sie zu beschützen, während ich gefesselt und nach vorne gebeugt war.“*

Schändung von Leichen

Im Laufe von zweieinhalb Jahren des Völkermords im Gazastreifen wurde umfassend dokumentiert, wie israelische Streitkräfte die Leichen von Palästinensern schändeten: unter anderem, indem sie sie mit Militärfahrzeugen überfuhren, sie mit Bulldozern aufschaufelten und im Boden vergruben. Dieses Phänomen ist auch im Westjordanland zur Regel geworden.

Bei einem Überfall auf das Flüchtlingslager Tulkarm im Juli 2024 wurden fünf Lagerbewohner getötet. Ein Militärbulldozer schaufelte die Leichen von drei von ihnen in seine Schaufel und transportierte sie ab – bedeckt mit Schmutz und Trümmerteilen. Zwei Monate später, im September 2024, zeigte ein in den sozialen Medien veröffentlichtes Video eine Gruppe von Soldaten, die die Leichen von vier Palästinensern von einem Dach warfen. Sie waren bei einem Feuergefecht mit Militärkräften ums Leben gekommen, die in die Stadt Qabatiyah im Bezirk Jenin eingedrungen waren. Ein weiteres Video zeigte, wie ein Militärbulldozer die Leichen vom Tatort in seine Schaufel schaufelte. Im Mai 2026, etwa eine Stunde nach der Beerdigung eines Bewohners des Dorfes al-’Asa’asah, versuchten Siedler, das Grab aufzureißen und die frisch beigesetzten sterblichen Überreste zu entfernen. Die Angehörigen des Verstorbenen hörten die Siedler schreien, sie müssten „die Leiche verdammt noch mal aus dem Grab holen“. Dorfbewohner, die zum Tatort eilten, wurden gezwungen, die Leiche selbst zu bergen und sie unter den wachsamen Augen von Siedlern und Soldaten zur Beisetzung in ein nahegelegenes Dorf zu bringen.

Die Schändung und Verstümmelung palästinensischer Leichen verschärft Israels langjährige Politik, die Leichen getöteter Palästinenser zu beschlagnahmen und zurückzuhalten, manchmal um sie als Verhandlungsmasse für die Zukunft zu nutzen. Diese Praxis verstößt schwerwiegend gegen den Grundsatz der Achtung vor den Toten und verweigert den Familien ihr Grundrecht, ihren Angehörigen die letzte Ehre zu erweisen und ihnen ein angemessenes, würdiges Begräbnis zu gewähren. Seit Oktober 2023 hat B’Tselem Dutzende Vorfälle untersucht und dokumentiert, bei denen israelische Soldaten die Bergung von Leichen zur Bestattung verhinderten, Leichen – darunter auch die von Kindern – beschlagnahmten oder Familien den Zugang zu den Leichen ihrer Angehörigen verwehrten, meist im Rahmen der häufigen Razzien des Militärs in Flüchtlingslagern und Städten im Norden des Westjordanlands. Nach Angaben des Jerusalem Legal Aid and Human Rights Center (JLAC), die B’Tselem vorliegen, befanden sich Ende Juni 2026 die Leichen von 794 Palästinensern aus dem Westjordanland, Ostjerusalem oder Israel in israelischer Obhut, darunter 82 Kinder und Jugendliche sowie zehn Frauen. Eltern von Kindern, die von Soldaten erschossen wurden, haben B’Tselem wiederholt geschildert, dass sie den Tod ihres Kindes nicht verarbeiten können, weil ihnen der Zugang zur Leiche verwehrt wird.

Misshandlungen durch das Militär und Siedler setzen sich oft auch nach der Rückgabe der Leiche fort, etwa durch Beschränkungen der Teilnehmerzahl bei Beerdigungen und sogar durch Angriffe auf Zivilisten während der Beerdigungen selbst. Am 11. Oktober 2023 beispielsweise erschossen maskierte Siedler drei Palästinenser im Dorf Qusrah; ein vierter wurde am selben Abend durch Schüsse von Soldaten getötet. Laut einem Bericht von „Haaretz“ forderte am nächsten Morgen eine Gruppe von Siedlern, darunter der Vorsitzende des Regionalrats von Samaria, Yossi Dagan, dazu auf, die Krankenwagen mit den Leichen daran zu hindern, die Beerdigungen zu erreichen. Dutzende Siedler folgten diesem Aufruf, begaben sich zum Eingang des Dorfes a-Sawiyah, durch den die Krankenwagen fuhren, und schossen vor den Augen von Militär- und Polizeikräften auf sie. Zwei Palästinenser, ein Vater und sein Sohn, wurden getötet.

Die Auswirkungen von Gewalt: Posttraumatische Belastungsstörung und andere Formen psychischer Belastung

Für viele palästinensische Gemeinden im Westjordanland hat die eskalierende Gewalt durch Militärrazzien das Leben in einen Albtraum verwandelt, dessen Ende nicht abzusehen ist. Im März 2025 beschrieb „Ärzte ohne Grenzen“, wie Zehntausende Vertriebene aus Städten und Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlands – von denen einige die Bombardierungen, die massenhaften Tötungen und die immense Zerstörung durch das Militär in ihren Wohngebieten miterlebt hatten – nach wie vor ohne angemessene Unterkunft, grundlegende Versorgung oder Zugang zu medizinischer Versorgung sind. Nach den von der Organisation gesammelten Informationen leiden die meisten unter anhaltendem Stress und zeigen ausgeprägte Symptome von Angstzuständen und Depressionen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch aus den Schilderungen von Anwohnern, die in den Gebieten geblieben sind, in denen die Razzien stattfanden, und die in einem Bericht enthalten sind, der im Juni 2026 von der Unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete veröffentlicht wurde. So berichtete beispielsweise der Bruder des 23-jährigen Adam Bsharat, der im Januar 2025 bei einem israelischen Drohnenangriff während eines Einsatzes in der Stadt Tammun zusammen mit zwei seiner Cousins, dem 10-jährigen Hamzah und dem 8-jährigen Rida, getötet wurde, der Kommission, dass seine Familie jeden Tag durch den Hof neben ihrem Haus gehen muss, auf dem die Kinder früher spielten und wo Adam, Hamzah und Rida jeden Tag getötet wurden. Adams Bruder berichtete der Kommission, dass sie sich seit dem Vorfall nicht mehr sicher fühlen, draußen zu spielen.

„Atef Jamil Hanani, 56, Vater von vier Kindern, und sein 17-jähriger Sohn Jamil aus Beit Furik im Bezirk Nablus beschlossen nach einer langen Zeit der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not, in Israel zu arbeiten, obwohl sie keine erforderlichen Genehmigungen von den israelischen Behörden erhalten hatten. An ihrem zweiten Tag in Tira führte die Polizei eine Razzia in der Wohnung durch, in der sie schliefen, und nahm sie fest. Jamil wurde 25 Tage lang inhaftiert und ‘Atef zwei Monate lang. Als ‘Atef freigelassen wurde, erzählte ihm seine Frau, dass Jamil stark an Gewicht verloren hatte. „Später erzählte er mir, dass sie ihn geschlagen hätten und dass man sie in der Jugendabteilung des Hadarim-Gefängnisses während des Appells dazu gezwungen habe, sich auf den Boden zu legen und zu heulen. An dem Tag, an dem er aus dem Gefängnis entlassen wurde, schlugen sie ihn und besprühten ihn mit Pfefferspray. Seine Mutter erzählte mir, dass er sehr dünn war, als er aus der Haft kam“, sagte ‘Atef in einer Aussage gegenüber B’Tselem.

Im November 2025, nachdem ‘Atef und Jamil freigelassen worden waren, führte eine Gruppe von Soldaten eine Razzia in Beit Furik durch. Ein Soldat stieg aus einem der Jeeps aus, warf eine Blendgranate in Richtung junger Menschen, die Steine warfen, drehte sich dann um und schoss auf

Jamil und seine Freunde, die an der Straßenecke standen. Jamil wurde am Bauch verletzt. Nachdem ein Krankenwagen ihn in eine Klinik auf der anderen Straßenseite gebracht hatte, stürmten Soldaten die Klinik. Wenige Minuten nachdem sie gegangen waren, wurde Jamil in ein Krankenhaus in Nablus gebracht, wo er an seinen Verletzungen starb.

In seiner Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb Atef das Leben nach der Tötung seines Sohnes:

„[Die Soldaten] haben nur eine kurze Patrouille durch die Straßen der Stadt unternommen, die mit der Tötung eines unschuldigen Kindes endete, und sind dann sofort wieder abgezogen. Es ist, als würden sie auf die Jagd gehen, nur dass sie Menschen jagen. Für sie sind wir nichts. […] Seit seinem Tod hat sich unser Leben verändert.
Jedes Mal, wenn ich ins Kinderzimmer schaue, habe ich das Gefühl, dass etwas fehlt. Wo ist Jamil? Wie konnte er uns, seinen Geschwistern, entrissen werden? […] Meine Kinder weinen die ganze Zeit, und wenn sie ihre Mutter weinen sehen, verlassen sie das Haus, besonders sein Bruder Muhammad, 16, der altersmäßig nah bei ihm war; sie waren gute Freunde und verbrachten viel Zeit miteinander. Inzwischen sind der Ramadan und das ‚Eid al-Fitr' ohne ihn vergangen, und das war sehr schwer. Jedes Mal, wenn ich an Jamil denke und daran, wie er uns verlassen hat, verliere ich fast den Verstand, und wenn ich sein leeres Bett sehe, während seine Brüder in ihren Betten schlafen, umklammert mich der Schmerz. Wir besuchen ihn fast jeden Tag auf dem Friedhof. Ich kann nicht weit von ihm weg sein, und ich habe das Gefühl, meine Beine tragen mich dorthin, ohne dass ich darüber nachdenke.
[…] Ich frage mich immer wieder: Warum sind unsere Kinder nicht wie die anderen Kinder auf der Welt? Warum müssen sie diese schweren Erfahrungen durchmachen? Warum werden sie gezwungen, Militärkontrollpunkte zu passieren und überall, auf den Straßen, in den Gassen und in den Stadtvierteln, Misshandlungen ausgesetzt zu sein? Und selbst in ihren eigenen vier Wänden sind sie nicht sicher. Jeden Moment könnte ein Soldat deine Haustür aufbrechen, dich und deine Kinder aus dem Bett zerren und euch misshandeln. Man fühlt sich nirgendwo sicher; stattdessen ist man ständiger Bedrohung ausgesetzt und fühlt sich hilflos, unfähig, seine Kinder zu beschützen." | *Vollständige Aussage*

Die Tortur der Festnahme, der Misshandlung und Folter in Haftanstalten fordert nicht nur bei den Inhaftierten und Gefangenen selbst, sondern auch bei ihren Familien und den ihnen am nächsten stehenden Menschen einen hohen psychischen Tribut. Das Muster willkürlicher Festnahmen, oft bei nächtlichen Razzien in Familienhäusern, ist in der Regel nur der Anfang einer langen Tortur aus Angst und Ungewissheit. Wochen, Monate und manchmal Jahre nach der Festnahme wissen die Familienangehörigen nichts darüber, was mit ihren Angehörigen geschehen ist, ob sie verletzt wurden, wo sie festgehalten werden oder wann sie zurückkehren werden. Oft stellen Familienangehörige bei der Freilassung ihrer Angehörigen fest, dass diese an Gewicht verloren haben, dass sich ihre Gesundheit und Vitalität verschlechtert haben und dass sie unterbleibenden körperlichen und psychischen Schäden leiden. In vielen Fällen lastet die Verantwortung für Pflege und Rehabilitation auf der Familie, obwohl diese selbst weiterhin unter dem Druck von Razzien durch Militär und Siedler, Festnahmen und Gewalt lebt – und manchmal zusätzlich unter der Angst vor Schikanen aufgrund der Festnahme ihres Familienmitglieds.

Die ständige Angst vor gemeinsamen Angriffen von Siedlern und Militär ist zudem für viele Bewohner des Westjordanlands, insbesondere in Gebiet C und in ländlichen palästinensischen Gemeinden, zu einem untrennbaren Bestandteil des Alltags geworden. Im August 2024 meldete „Ärzte ohne Grenzen" (MSF), einer der wichtigsten Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen im Westjordanland, einen Anstieg der Zahl der Einwohner des Bezirks Hebron, die im Monat nach Oktober 2023 psychologische Ersthilfe benötigten, um 91 % im Vergleich zum Vormonat. Dieser sprunghafte Anstieg wurde auf die drastische Zunahme der Gewalt durch Siedler und das Militär in der Region zurückgeführt. MSF beschrieb zudem, wie kleine Kinder, die kaum begreifen können,

was um sie herum geschieht, wenn Soldaten und Siedler in ihre Häuser eindringen, und die mit ansehen müssen, wie ihre Eltern hilflos zusehen, während die Grenzen ihres Zuhauses und ihr Sicherheitsgefühl verletzt werden, zu den Hauptopfern werden.

Die psychologischen Auswirkungen dieser Realität waren bereits vor Oktober 2023 gut dokumentiert. Einige Monate nach der Vertreibung der Gemeinde ‘Ein Samia im Mai 2023 berichteten deren Bewohner gegenüber „Physicians for Human Rights Israel“, wie die Angst vor wiederholten nächtlichen Angriffen durch Siedler sie in einem Zustand ständiger Wachsamkeit gehalten und ihren Schlafrhythmus vollständig gestört habe. Eltern, die mit der Unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete sprachen, berichteten, dass ihre Kinder, nachdem sie von Angriffen von Siedlern und Militär in ihrer Gegend gehört, einen Angriff miterlebt oder selbst einen erlebt hatten, zu viel Angst hatten, das Haus zu verlassen, unter wiederkehrenden Albträumen litten, sich weigerten, an Militärkontrollpunkten und Siedlungen vorbeizugehen, um zur Schule zu gelangen, und entweder aggressiv oder in sich gekehrt wurden. Ein Vater, dessen zwei Kinder – beide unter fünf Jahren – von bewaffneten Siedlern aus ihrem Haus entführt und an einen Baum gefesselt worden waren, berichtete der Kommission, dass seine Kinder seit dem Vorfall nicht mehr zum Spielen nach draußen gingen und unter wiederkehrenden Albträumen litten, und dass auch ihre Cousins, die den Vorfall miterlebt hatten, sich seitdem nicht mehr aus ihren Häusern trauten.

Die Realität, die diese Eltern beschreiben, geht über die traumatischen Auswirkungen eines einzelnen Vorfalls hinaus: Es ist das kumulative Ergebnis eines Lebens in unerbittlicher, ununterbrochener Angst vor Gewalt. Für palästinensische Männer, Frauen und Kinder im Westjordanland sind Angst, Unsicherheit und Verlust untrennbar mit ihrem Alltag verflochten. Zusätzlich zu ihren eigenen Erfahrungen tragen sie die Folgen der Traumata mit sich, die ihre Eltern und andere Familienmitglieder unter der Besatzung erlebt haben. Aussagen gegenüber B’Tselem und anderen Organisationen deuten darauf hin, dass palästinensische Eltern oft Schwierigkeiten haben, ihre Kinder vor dieser psychischen Belastung zu schützen, unter anderem weil sie selbst mit ähnlichen Belastungen zu kämpfen haben.

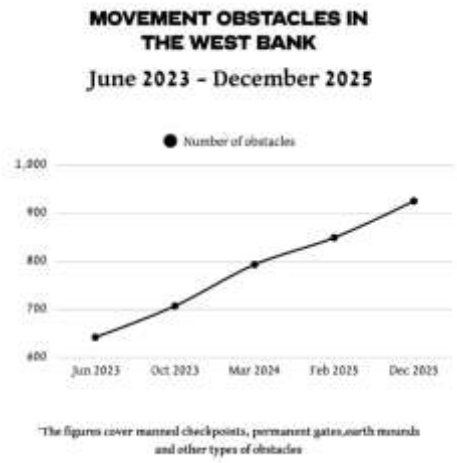
Einleitung

Im Laufe der Jahre hat das israelische Regime ein umfassendes System von Bewegungsbeschränkungen im gesamten Westjordanland aufgebaut, das es ihm ermöglicht, die Bewegungsfreiheit und das tägliche Leben der Palästinenser von einem Moment auf den anderen lahmzulegen. Ein Palästinenser, der sein Zuhause verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zu einem Familientreffen, zu einem Arzttermin oder aus einem anderen Grund zu gehen, kann nicht wissen, wie lange die Fahrt dauern wird oder ob er sein Ziel überhaupt erreichen wird. Die schiere Anzahl und Vielfalt der Straßensperren sowie die willkürliche Öffnung und Schließung von Straßen führen zu einem permanenten Chaos, das Millionen von Palästinensern die grundlegende Möglichkeit nimmt, ihren Tag zu planen. Über die Grenzkontrollpunkte hinaus, die das Westjordanland von Gebieten innerhalb der Grünen Linie, Ostjerusalem und Jordanien trennen, ist das Westjordanland selbst von zahlreichen Kontrollpunkten und Hindernissen durchzogen, die den ungehinderten Verkehr für Palästinenser verhindern: Eisenbarrieren, Erdwälle, Felsbrocken, Betonblöcke, Beobachtungstürme, „Flying Checkpoints“ (vorübergehende Militärkontrollpunkte), Tore und Stachelstreifen. Zusammen bilden sie ein bürokratisches System, das die Palästinenser Israel unterwirft, indem es den Raum fragmentiert und die Bewegung darin kontrolliert.

Seit Oktober 2023 nutzt Israel diese Infrastruktur, um seine Kontrolle über das tägliche Leben der Palästinenser zu verschärfen. Es hat mehr als 200 Kontrollpunkte eingerichtet, wodurch Dutzenden

palästinensischen Gemeinden der Zugang zu Hauptstraßen versperrt wird, und alle Genehmigungen widerrufen, die es Palästinensern ermöglichten, nach Israel einzureisen. Die Beteiligung von Siedlern an Straßenblockaden dient als paralleler Mechanismus der direkten Kontrolle über die Bewegungsfreiheit. Die zunehmende Gewalt von Siedlermilizen und deren Präsenz rund um und innerhalb palästinensischer Dörfer im gesamten Westjordanland verschärft die militärischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser. Die Beteiligung der Siedler erfolgt in zwei Hauptformen: Sie kann „organisiert" sein, durch die Reservekräfte und die Regionalen Verteidigungsbataillone, die in der Westbank lebende Siedler in die offiziellen Streitkräfte Israels integrieren, oder „spontan", durchgeführt von Einzelpersonen oder Gruppen von Siedlermilizen, die aus eigener Initiative Straßen blockieren und dabei oft Gewalt anwenden. Die Kombination aus offizieller Bürokratie und spontaner Gewalt verstärkt die Unsicherheit und Willkür, die dem System der Bewegungsbeschränkungen zugrunde liegen.

Daten, die im April 2026 vom Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) veröffentlicht wurden, veranschaulichen das Ausmaß dieser Beschränkungen: bis Ende 2025 hatte OCHA 925 Bewegungshindernisse im gesamten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem und Hebron, dokumentiert. In dieser Zahl sind Kontrollpunkte, die den Verkehr aus dem Westjordanland heraus kontrollieren, oder Absperrungen, die für ganze Gebiete verhängt wurden, nicht enthalten. Schranken und Kontrollpunkte auf Straßen machten 60 % der von OCHA erfassten Hindernisse aus und bildeten damit die größte Kategorie. Die Ende 2025 dokumentierte Zahl lag um 43 % über dem Jahresdurchschnitt der vorangegangenen 20 Jahre. Nach Angaben von OCHA gab es im Oktober 2023 im gesamten Westjordanland etwa 700 Bewegungshindernisse, und bis Ende 2025 waren etwa 220 weitere hinzugekommen. Die Zählung von B'Tselem ergab 203 seit Oktober 2023 hinzugekommene Kontrollpunkte und Straßensperren, die alle von B'Tselem-Feldforschern dokumentiert und überprüft wurden. Der Unterschied zwischen den Zahlen ergibt sich daraus, dass B'Tselem nur bestimmte Arten von Hindernissen dokumentieren und zählen kann, wie in den auf unserer Website veröffentlichten Daten erläutert wird. Eine ähnliche Erhebung der palästinensischen Kommission für Widerstand gegen Besiedlung und die Mauer im Juli 2025 verzeichnete 911 Straßensperren und Hindernisse, darunter 80, die seit Anfang 2025 errichtet worden waren.



Quelle: Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA)

Die geringen Abweichungen zwischen den Zahlen der verschiedenen Organisationen spiegeln mehr als nur methodische Unterschiede wider. Sie resultieren auch aus der schieren Anzahl der Sperrungen, ihrer weiten Verbreitung und ihrem chaotischen Charakter sowie aus der Tatsache, dass sich die Gesamtzahl von einem Tag auf den anderen ändern kann. Jeder Versuch, die verschiedenen Einschränkungen aufzuschlüsseln oder zu katalogisieren, wird zwangsläufig einer Realität nicht gerecht, die von Unsicherheit, Willkür und Verletzlichkeit geprägt ist. Die Hindernisse sind zahlreich und vielfältig und können unter anderem aus Toren bestehen, die verschlossen bleiben oder nur zeitweise geöffnet und geschlossen werden; aus Kontrollpunkten, die rund um die Uhr oder nur zu bestimmten Zeiten besetzt sind; aus ferngesteuerten Kontrollpunkten; aus Betonblöcken und Erdwällen; sowie aus Gräben oder Stacheldrahtzäunen, die vom Militär oder manchmal auch informell von Siedlern errichtet und dann auf unbestimmte Zeit an Ort und Stelle belassen werden. Die Ungewissheit darüber, ob die Durchquerung eines bestimmten Gebiets möglich sein wird, ermöglicht es Israel, die Bevölkerung, die es seiner Herrschaft unterworfen hat, zu kontrollieren und das Leben der Palästinenser zu lenken.

Historische Grundlagen der Bewegungsbeschränkungen

Bis 1991 ermöglichte eine allgemeine Einreisegenehmigung den Palästinensern aus dem Westjordanland die Einreise in Gebiete innerhalb der Grünen Linie. Diese Genehmigung wurde allen Einwohnern erteilt, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe, die von Israel als „Sicherheitsrisiko" eingestuft wurde. Die Genehmigungspolitik diente Israels Bedürfnis, palästinensische Arbeiter als billige und leicht verfügbare Arbeitskräfte für das Wachstum seiner Wirtschaft auszubeuten, wodurch die Palästinenser stark von der israelischen Wirtschaft abhängig gemacht wurden (für eine weitere Erörterung siehe das Kapitel „Wirtschaftliche Strangulierung" in diesem Bericht). Gleichzeitig schränkte Israel die Auslandsreisen von Einwohnern des Westjordanlands ein.

Im Januar 1991, während des Golfkriegs und vor dem Hintergrund der Ersten Intifada, hob Israel die allgemeine Einreisegenehmigung auf. Von da an musste jeder palästinensische Einwohner des Westjordanlands eine individuelle Einreisegenehmigung einholen, um Gebiete innerhalb der Grünen Linie, den Gazastreifen oder Ostjerusalem zu betreten. Im Laufe der Zeit entwickelte sich Israels Genehmigungssystem zu einer komplexen, schwerfälligen und undurchsichtigen Bürokratie, auf die jeder Palästinenser angewiesen ist, um sich zwischen den unter israelischer Kontrolle stehenden Gebieten zu bewegen und Zugang zu Arbeit, medizinischer Versorgung und anderen Grundbedürfnissen zu erhalten. Dabei liegt die Befugnis, eine Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern, oft bei einem einzelnen Soldaten und kann willkürlich ausgeübt werden. Israel nutzt das System zudem, um Informationen über Palästinenser zu sammeln und Kollaborateure zu rekrutieren. Seit 2005 muss beispielsweise jeder Palästinenser, der nach Israel einreist, einen biometrischen Ausweis mit sich führen, der alle Identitätsdaten des Inhabers enthält. Diese Vorschrift ermöglicht es dem israelischen Regime, die personenbezogene Datenbank, die es zur Ausweitung und Vertiefung seiner Kontrolle nutzt, stetig zu erweitern.

Im März 1993, etwa zwei Jahre nach Einführung der Genehmigungspolitik, verhängte Israel eine „allgemeine Abriegelung" über das Westjordanland und den Gazastreifen, die es aus Sicherheitsgründen für notwendig erklärte und die bis heute nicht aufgehoben wurde. Die Abriegelung führte zum Bau von Kontrollpunkten innerhalb des Westjordanlands, zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem sowie zwischen dem Westjordanland und der Grünen Linie. Sie verschärfte nicht nur das Einreisegenehmigungssystem – wobei Genehmigungen im Rahmen einer „vollständigen Abriegelung" mitunter gänzlich widerrufen wurden –, sondern teilte auch den palästinensischen Raum in vier separate und voneinander isolierte Gebiete auf: das Westjordanland, den Gazastreifen, Ostjerusalem und Gebiete innerhalb der Grünen Linie. Indem Israel den Palästinensern die Bewegungsfreiheit zwischen diesen Gebieten verwehrte, unterbrach es die territoriale Kontinuität, die die Zentren des palästinensischen Lebens miteinander verband.

Im Rahmen des Oslo-II-Abkommens von 1995 wurde das Westjordanland zu Verwaltungszwecken in drei separate Gebiete unterteilt. Hebron bildete eine Ausnahme: Die Unterteilung in H1 und H2 wurde erst im Hebron-Abkommen von 1997 festgelegt. Diese als vorübergehende, auf fünf Jahre angelegte Regelung gedachte Unterteilung basierte auf demografischen Überlegungen, die weder den geografischen Gegebenheiten noch dem räumlichen und sozialen Gefüge der palästinensischen Bevölkerung entsprachen und deren zukünftige Bedürfnisse nicht berücksichtigten. Dicht besiedelte palästinensische Gebiete wurden als Gebiete A und B ausgewiesen und formell unter die vollständige oder teilweise Verwaltungs- und Polizeikontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde gestellt. Anstatt ein zusammenhängendes Gebiet zu bilden, wurden diese Gebiete in 165 „Inseln" aufgeteilt, die über das Westjordanland verstreut sind. Die verbleibenden etwa 60 %, die alle Siedlungen sowie fast alle palästinensischen Landreserven

und landwirtschaftlichen Flächen umfassen, wurden als Gebiet C ausgewiesen und blieben unter vollständiger israelischer Kontrolle.

Seit den Osloer Abkommen schränkt Israel die Bewegungsfreiheit der Palästinenser auf den Straßen in Gebiet C durch ein Netz aus Straßensperren und Kontrollpunkten ein. Es hat Palästinensern den Zugang zu einigen Straßen gänzlich verwehrt und damit ihre Bewegungsfreiheit beeinträchtigt. Mit der Errichtung weiterer Siedlungen in Gebiet C verschärften sich die geografische Zersplitterung des palästinensischen Raums und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zwischen den Enklaven. Die Sperrung von Gebieten unter Siedlungshoheit für Palästinenser und der Bau von Umgehungsstraßen um die Siedlungen herum sowie zwischen diesen und Israel trennten palästinensische Dörfer voneinander, von ihrem Ackerland und von den großen palästinensischen Städten.

Mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 verhängte Israel weitere, strengere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser innerhalb des Westjordanlands. Es errichtete Dutzende von Kontrollpunkten und Hunderte von physischen Hindernissen, darunter Erdwälle, Betonblöcke und Gräben. Gleichzeitig verschärfte Israel die aus „administrativen" Gründen verhängten Bewegungsbeschränkungen erheblich, darunter Einschränkungen bei der Straßennutzung, altersabhängige Beschränkungen und ein strengereres Genehmigungssystem. Diese Maßnahmen verstärkten die bereits bestehenden Einschränkungen.

Im Jahr 2002 begann Israel mit dem Bau der Trennmauer. 85 Prozent des Verlaufs der Mauer befanden sich auf palästinensischem Land im Westjordanland, wo sie palästinensische Gemeinden zerschnitt; gleichzeitig trennte sie Jerusalem vom Rest des Westjordanlands und verwehrte den Zugang zu den Gebieten jenseits der Grünen Linie. Der größte Teil der Mauer besteht aus einem elektronischen Zaun, der von „Sicherheitsstraßen", Stacheldrahtzäunen und Gräben flankiert wird. Der größte Teil ihres Verlaufs verläuft innerhalb des Westjordanlands und nicht entlang der Grünen Linie, wodurch weiteres palästinensisches Land enteignet und eine „Nahtzone" geschaffen wurde, die besonders strengen Bewegungsbeschränkungen unterliegt, einschließlich einer besonderen Einreisegenehmigungspflicht. Die Sperranlage festigte die Zersplitterung des palästinensischen Lebensraums weiter und trennte das Westjordanland von Jerusalem und Gebieten innerhalb der Grünen Linie. Sie spaltete Familien und trennte Landbesitzer von ihrem Land, vertiefte die Segregation und erweiterte Israels Möglichkeiten, Palästinenser zu überwachen und zu kontrollieren.

Die Verschärfung der Bewegungsbeschränkungen seit Oktober 2023 ist daher Teil eines längerfristigen Prozesses der Zersplitterung und schrittweisen Verringerung des für das Leben der Palästinenser verfügbaren Raums. Da sich dieser Prozess schrittweise vollzogen hat, ist es schwierig, eine klare Grenze zwischen „vorher" und „nachher" zu ziehen. In den folgenden Abschnitten wird die seit 2023 zu beobachtende Verschärfung vor dem Hintergrund der Infrastruktur untersucht, die diese erst ermöglicht hat.

Bewegungsbeschränkungen: Die aktuelle Lage

Zugang zu Gebieten innerhalb der Grünen Linie und „Grenzübergänge"

Die Beobachtungen und Dokumentationen von B'Tselem zeigen, dass sich zwischen dem Westjordanland und den Gebieten innerhalb der Grünen Linie sowie Ostjerusalem etwa 40 Kontrollpunkte befinden; 28 davon sind permanent besetzt. Obwohl sie als letzter Kontrollpunkt vor dem Zugang zu Gebieten innerhalb der Grünen Linie oder nach Ostjerusalem dienen, befinden sich

die meisten mehrere Kilometer innerhalb des Westjordanlands und nicht an der Grünen Linie. Ihre Lage verstärkt die Aneignung palästinensischen Landes und verdeutlicht, wie Bewegungsbeschränkungen und Abriegelungen Hand in Hand mit Vertreibung und Enteignung gehen.

Die Trennmauer

Im Jahr 2002 errichtete Israel die Trennmauer. Ein entscheidender Faktor bei der Festlegung des Verlaufs der Trennmauer war die Lage der Siedlungen und das Bestreben, diese „innerhalb Israels" einzubeziehen. Israel errichtete die Mauer nicht entlang der Grünen Linie oder innerhalb seines Hoheitsgebiets, sondern größtenteils tief im Inneren des Westjordanlands und schuf damit die Grundlage für eine de facto-Annexion der meisten Siedlungen und ihrer Landreserven für deren zukünftige Expansion. Die Mauer schnitt Ostjerusalem effektiv vom Rest des Westjordanlands ab, trennte etwa 150 palästinensische Gemeinden von ihrem Land, unterbrach die palästinensische städtische und landwirtschaftliche Kontinuität, kappte Verbindungen zwischen Gemeinden und spaltete Familien. Tausende Palästinenser hatten keinen Zugang mehr zu ihrem Land und konnten es weder bewirtschaften noch nutzen.

Die tief im Westjordanland verlaufende Trennmauer schuf eine zersplitterte Landschaft aus palästinensischen Enklaven, getrennte Dörfer und schnitt Stadtviertel von den städtischen Zentren ab, von denen sie abhängig sind. Die Mauer unterwarf zudem Palästinenser, die vom Westjordanland in die Gebiete jenseits der Grünen Linie reisten, Kontrollpunkten und Genehmigungspflichten. In Ostjerusalem wich die gewählte Trasse von der Stadtgrenze ab und ließ mehrere palästinensische Dörfer und Stadtteile außerhalb liegen, d. h. östlich der Mauer, obwohl die in diesen Gebieten lebenden Palästinenser einen ständigen Wohnsitz besitzen. Diese Bewohner zahlen Steuern an die Stadtverwaltung von Jerusalem, erhalten jedoch kaum entsprechende Dienstleistungen. Seit dem Bau der Mauer haben die israelischen Behörden in diesen Gebieten, deren Bewohner unter anhaltender Vernachlässigung leiden, fast keine grundlegenden Dienstleistungen bereitgestellt. Das Dorf a-Nu'man beispielsweise ist seit dem Bau der Sperranlage im Jahr 2003 und der Einrichtung des Kontrollpunkts Mazmuriya im Jahr 2006 sowohl von Jerusalem als auch vom Westjordanland abgeschnitten, wodurch seine Bewohner in fast vollständiger geografischer Isolation leben.

Darüber hinaus schränkt der Verlauf der Sperranlage im Raum Jerusalem die Bewegungsfreiheit der östlich davon lebenden Bewohner ein, von denen viele in Jerusalem studieren oder arbeiten und für grundlegende Dienstleistungen sowie medizinische Versorgung auf die Stadt angewiesen sind. Obwohl sie im Gegensatz zu ihren Verwandten im Westjordanland keine Einreisegenehmigungen für Israel benötigen, verbringen sie dennoch Stunden im Stau, um die Kontrollpunkte zu passieren. Bewohner von Kafr 'Aqab, die beispielsweise zur medizinischen Versorgung nach Jerusalem reisen, müssen unter Umständen stundenlang an den Kontrollpunkten Qalandia und Hizma warten, wobei sie manchmal ihr Leben riskieren.

Muhammad al-Ju'beh, ein 39-jähriger Vater von fünf Kindern aus Kafr 'Aqab im Norden Jerusalems, passiert täglich den Kontrollpunkt Qalandia, um nach Jerusalem zu gelangen. Er beschrieb die zermürbende Routine und die willkürliche Misshandlung, die damit einhergehen:

„Am Kontrollpunkt Qalandia steht immer eine lange Schlange von Autos. Es dauert zwischen 30 Minuten und einer Stunde, bis man den Kontrollpunkt erreicht und den Kontrollpunkt in Richtung eines von einem Soldaten bewachten elektrischen Tors verlässt. Der Soldat wartet, bis fünf Autos die Kontrolle durchlaufen haben, bevor er den Kontrollpunkt öffnet und sie in Richtung Jerusalem durchlässt.

Deshalb fahre ich lieber über den Kontrollpunkt Jaba', auch wenn dieser zu bestimmten Zeiten geschlossen wird, um Siedlern, die aus Siedlungen im zentralen und nördlichen Westjordanland nach Jerusalem fahren, einen reibungsloseren Durchgang zu ermöglichen. Erst nachdem alle Siedler durchgelassen wurden, dürfen wir vom Adam-Kreisverkehr weiter zum Kontrollpunkt Hizma und nach Jerusalem fahren. [...] Die Soldaten schließen den Kontrollpunkt mindestens zweimal täglich, morgens zwischen 5:00 Uhr und 9:00 Uhr sowie nachmittags zwischen 16:00 Uhr und 19:00 Uhr, manchmal auch von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr." | *Vollständige Zeugenaussage*

Die Aussage von Muhammad al-Ju'beh zeigt, wie das Bewegungsregime im Westjordanland jüdische Israelis systematisch gegenüber Palästinensern bevorzugt. Der Kontrollpunkt Jaba' wird während der entscheidenden Morgen- und Nachmittagsstunden geschlossen, wenn die Bewohner zur Arbeit oder zur Schule aufbrechen oder nach Hause zurückkehren, um den Siedlern den Weg freizumachen und ihnen Staus zu ersparen. Für Palästinenser bedeutet die Schließung einen längeren Weg, mehr Wartezeit und die Unmöglichkeit, ihren Tag zu planen; für Siedler gewährleistet sie eine schnellere und ungehinderte Fortbewegung. Diese Hierarchie ist kein zufälliges Merkmal des Betriebs eines einzelnen Kontrollpunkts, sondern Ausdruck einer erklärten Politik. Im August 2023 sagte der Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir: „Mein Recht, das Recht meiner Frau und meiner Kinder, sich in Judäa und Samaria frei zu bewegen, ist wichtiger als die Bewegungsfreiheit der Araber. Mein Recht auf Leben hat Vorrang vor der Bewegungsfreiheit." Die Zeugenaussage zeigt, wie diese Sichtweise im Alltag umgesetzt wird: Derselbe Raum und dieselben Straßen unterliegen zwei unterschiedlichen Rechtsebenen, die durch die nationale Identität derjenigen bestimmt werden, die sie nutzen.

Zwischen der Grünen Linie und der Trennmauer: Die „Seam Zone"

Der gewundene Verlauf der Trennmauer, von der 85 % innerhalb des Westjordanlands liegen und die mehr als doppelt so lang ist wie die Grüne Linie, hat palästinensische Enklaven geschaffen, die als „Seam Zone" bekannt sind: landwirtschaftliche Flächen und Dörfer, die zwischen der Mauer und der Grünen Linie eingeschlossen sind. Laut Kerem Navot umfasst dieses Gebiet fast 140.000 Dunam [1 Dunam = 0,1 Hektar], fast ein Zehntel des Westjordanlands. Seit Oktober 2023 hat Israel den palästinensischen Bauern die Zugangsgenehmigungen zu ihrem Land in der Seam Zone entzogen. Im März 2025 erklärte Israel als Antwort auf eine Petition von HaMoked: Zentrum zur Verteidigung des Einzelnen, dass es nicht beabsichtige, diese Genehmigungen zu verlängern. Auf der Website der Koordinierungsstelle für Regierungsaktivitäten in den Gebieten sind acht separate Verfahrensunterlagen veröffentlicht, die die Einreisegenehmigungen für die Seam-Zone für landwirtschaftliche, gewerbliche, bildungsbezogene, medizinische und sonstige Zwecke regeln. Zusammen bilden diese Verfahren Teil eines Genehmigungssystems, das Palästinenser dazu zwingt, immer wieder Genehmigungen zu beantragen, nur um die grundlegendsten Alltagsabläufe in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten.

Nach Angaben von OCHA lebten im Jahr 2026 über 14.000 Palästinenser ohne israelische Staatsbürgerschaft in der Seam Zone. Sie haben so gut wie keine Möglichkeit, dieses Gebiet zu betreten oder zu verlassen, und sind allein schon für das Leben in ihren eigenen Häusern auf das Genehmigungssystem angewiesen. Palästinensischen Gemeinden außerhalb der Seam Zone wird ebenfalls der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen verwehrt, die sie innerhalb dieses Gebiets besitzen.

Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zerstören jedoch nicht nur die Lebensgrundlagen; sie vertreiben die Palästinenser auch von ihrem Land und erleichtern die Enteignung. Nach Angaben von Kerem Navot, einer israelischen Nichtregierungsorganisation, die den Siedlungsbau im Westjordanland beobachtet, wurden etwa 1.000 Dunam, die dem palästinensischen Dorf Nuba nördlich von Hebron, östlich der Trennmauer liegen, und den Bewohnern wurde der Zugang dazu

verwehrt, seit deren Bau abgeschlossen wurde. In den palästinensischen Dörfern al-Mutilla und Jalbun in der Nähe des Gilboa-Berges und des Beit-She'an-Tals erleichtern israelische Bewegungsbeschränkungen ebenfalls die Landenteignung. Große Teile des Dorflandes liegen in der Seam-Zone jenseits der Trennmauer und werden nun zur Weide für israelisches Vieh genutzt. Da ihnen der Zugang verwehrt ist, waren die palästinensischen Eigentümer gezwungen, den Großteil ihrer Herden zu verkaufen.

Das Genehmigungssystem, das den Palästinensern die Ein- und Ausreise in das bzw. aus dem Westjordanland nahezu unmöglich macht, und der Verlauf der Trennmauer schaffen gemeinsam unerträgliche Lebensbedingungen für die Bewohner der Seam Zone. Sie dürfen die Mauer zwar überqueren, um ins Westjordanland zu gelangen, benötigen jedoch eine Einreisegenehmigung, um nach Hause zurückzukehren – obwohl ihre Häuser im Westjordanland liegen. Sie können nicht nach Israel einreisen, ohne eine Festnahme wegen „illegalen Aufenthalts" zu riskieren. Israelis und Touristen hingegen benötigen überhaupt keine Genehmigung, um die Nahtzone zu betreten.

Ein besonders krasses Beispiel ist das palästinensische Dorf Barta'ah, das durch die Trennmauer geteilt wird. Die Bewohner von Barta'ah, die westlich der Trennmauer leben, besitzen israelische Personalausweise und haben daher Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen in Israel sowie Bewegungsfreiheit innerhalb seines Hoheitsgebiets. Die Bewohner von Barta'ah a-Sharqiyah hingegen, die östlich der Grünen Linie leben und die palästinensische Staatsangehörigkeit besitzen, sind in einer Enklave eingeschlossen, die sie von anderen Gemeinden im Westjordanland abschneidet, darunter dem Bezirk Jenin sowie den Städten Ya'bad im Osten und Qaffin im Süden. Im Oktober 2023 führte das Militär in diesem Gebiet die Genehmigungspflicht ein. Die Bewohner des westlichen Teils von Barta'ah besitzen die israelische Staatsangehörigkeit und genießen daher Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie Bewegungsfreiheit innerhalb Israels. Diejenigen jedoch, die im östlichen Teil von Barta'ah leben und Bewohner des Westjordanlands sind, sind auf die Enklave beschränkt und werden ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt. Krankenwagen, die vom östlichen Teil von Barta'ah zu einem Krankenhaus in Jenin fahren, müssen eine Genehmigung vom israelischen Bezirkskoordinationsbüro einholen und häufig stundenlang am Kontrollpunkt warten, selbst in lebensbedrohlichen Situationen.

Im September 2025 erklärte der Befehlshaber des Zentralkommandos, Avi Bluth, 20.000 Dunam nördlich von Jerusalem zum Teil der Seam-Zone. Das Gebiet umfasst die palästinensischen Dörfer Beit Iksa, a-Nabi Samwil und al-Khalayleh, die sich bereits auf der „israelischen" Seite der Trennmauer befanden. Bis dahin hatten ihre Bewohner jedoch von einer relativ großzügigen Regelung auf der Grundlage von Dorfbewohnerlisten „profitiert" und konnten die Barriere überqueren. Verwandte, Freunde und Dienstleister mussten nach wie vor für jeden Zutritt zu den Enklavendörfern eine Genehmigung und eine besondere Koordinierung einholen. Die Erklärung verschärfte die Beschränkungen für die Anwohner drastisch. Sie müssen nun individuelle Genehmigungsanträge stellen, zahlreiche Dokumente vorlegen und eine Reihe drakonischer Auflagen erfüllen, nur um ihre eigenen Häuser zu erreichen.

Allenby-Übergang

Israel kontrolliert alle Grenzübergänge in das Westjordanland und aus diesem heraus und hindert Palästinenser daran, über seine internationalen Flughäfen und Seehäfen ins Ausland zu reisen. Für Millionen von Bewohnern des Westjordanlands ist der einzige offene Weg ins Ausland daher der Allenby-Übergang, etwa fünf Kilometer von Jericho entfernt, der das Westjordanland mit Jordanien verbindet. Seine Öffnungszeiten ändern sich häufig, was die Willkür und Unsicherheit darüber, ob eine Durchreise möglich sein wird, noch verstärkt.

Täglich passieren Tausende Palästinenser den Allenby-Grenzübergang, ebenso wie große Mengen an Gütern, die für das Westjordanland oder den Gazastreifen bestimmt sind, sowie Exportgüter. Jedes Jahr verweigert Israel Tausenden Palästinensern die Ausreise ins Ausland, manchmal über Jahre hinweg und oft ohne Erklärung oder vorherige Ankündigung. Viele verstehen, wie das System funktioniert, und verzichten ganz auf Reisen. Im Jahr 2021 wurde 10.000 Palästinensern die Ausreise untersagt. Von den eingereichten Einsprüchen wurden 50 % anschließend genehmigt. Diese Zahl verdeutlicht unter anderem die Willkür von Ausreiseverbotsentscheidungen, die mitunter durch einen kalten, automatisierten bürokratischen Prozess zustande kommen. In anderen Fällen mussten Palästinenser, denen ohne Vorankündigung, Erklärung oder Anhörung die Ausreise untersagt wurde, ein Formular zur „Verpflichtung zum Verzicht auf Terrorismus“ unterzeichnen, um die Erlaubnis zur Ausreise aus dem Westjordanland zu erhalten. Personen, die von Israel als „sicherheitsrelevant“ eingestuft werden, haben überhaupt keinen Anspruch auf Ausreisegenehmigungen.

Im September 2025, nachdem ein jordanischer Staatsbürger am Allenby-Übergang zwei Soldaten erschossen hatte, schlossen die israelischen Behörden den Übergang unverzüglich bis auf Weiteres für den gesamten Personen- und Güterverkehr in die und aus dem Westjordanland. Durch die vollständige Schließung hatten palästinensische Reisende keine Möglichkeit mehr, das Westjordanland zu verlassen. Etwa eine Woche später wurde der Grenzübergang für Passagiere wieder geöffnet, blieb jedoch für den Güterverkehr bis Dezember 2025 geschlossen; erst dann wurde er nach einer Petition der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel wieder freigegeben. Die Einschränkung und Unterbrechung des Betriebs am Allenby-Grenzübergang schadet der Wirtschaft des Westjordanlands und dem Wohlergehen der Bewohner und gefährdet in einigen Fällen schwerkranke Patienten, die außerhalb des Westjordanlands eine lebensrettende Behandlung benötigen (für eine weitere Erörterung siehe das Kapitel „Wirtschaftliche Strangulierung“).

Das Apartheid-Straßensystem

Seit Jahrzehnten schränkt Israel die Nutzung verschiedener Straßen im Westjordanland durch palästinensische Fahrzeuge ein oder verbietet sie gänzlich. Palästinenser haben im Allgemeinen keinen Zugang zu den Hauptverkehrsadern durch Gebiet C, was auch ihren Zugang zu Straßen innerhalb der Enklaven der Gebiete A und B einschränkt. Die ungehinderte Nutzung dieser Straßen ist ausschließlich israelischen Staatsbürgern vorbehalten. Der Zugang für Palästinenser wird hauptsächlich durch Hindernisse auf den Zufahrtsstraßen eingeschränkt, die eine ungehinderte Nutzung verhindern. Laut OCHA blockierten oder verzögerten im Jahr 2026 mindestens die Hälfte aller Bewegungshindernisse im Westjordanland – insgesamt 459 – den Verkehr zwischen palästinensischen Städten und Dörfern sowie den Hauptstraßen. Diese Hindernisse leiten den palästinensischen Verkehr auf ein längeres, weniger bequemes Nebenstraßennetz um, das oft aus schmalen, holprigen Feldwegen besteht, die das Reisen noch weiter erschweren.

So blockieren oder beschränken beispielsweise etwa 26 % der von OCHA dokumentierten Bewegungshindernisse, insgesamt 121, den Zugang zwischen palästinensischen Städten und Dörfern und der Route 60, der wichtigsten Nord-Süd-Verkehrsader durch das Westjordanland, blockieren oder einschränken. Weitere OCHA-Daten für das Jahr 2024 zeigen 61 Kontrollpunkte für Palästinenser entlang der 57 Kilometer langen Route 505, die das Westjordanland von Ost nach West durchquert und das Jordantal mit dem nördlichen Westjordanland verbindet.

Einige Straßen sind für Palästinenser gesperrt, bleiben aber für in der Nähe lebende Siedler offen. Die Route 367 beispielsweise verbindet die Siedlungen Alon Shvut und Bat Ayin mit der Grünen Linie und ist zu einer Straße geworden, die Israelis vorbehalten ist. Ebenso werden Palästinenser faktisch daran gehindert, verschiedene Abschnitte der Route 443 zu befahren, obwohl diese teilweise auf

Land gebaut wurde, das ihnen enteignet wurde. Diese Straße führte einst den größten Teil des Verkehrs zwischen Ramallah und den umliegenden Dörfern. Im Jahr 1988 enteignete Israel Land aus nahegelegenen Dörfern, um die Straße zu verbreitern; seit 2002 ist es Palästinensern untersagt, sie zu benutzen, sodass die Straße ausschließlich Israelis vorbehalten ist. Ein Urteil aus dem Jahr 2009 in einer anschließenden Klage vor dem Obersten Gerichtshof besagte, dass Palästinensern die Nutzung des durch das Westjordanland verlaufenden Abschnitts gestattet werden muss. Doch die Umsetzung des Urteils durch das Militär führt weiterhin zu strengen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser und verfestigt diese. Das gleiche Muster zeigt sich auf der Route 60, deren Ausbau im Jahr 2021 die Enteignung von 11 Dunam aus dem palästinensischen Dorf al-Khader und der Stadt Beit Jala beinhaltete. Diese Politik wurde seitdem mit zahlreichen Anordnungen und Verfügungen fortgesetzt, durch die Hunderte weiterer Dunam palästinensischen Landes zur Erweiterung der Straße enteignet wurden.

Im März 2025 genehmigte die israelische Regierung eine Apartheid-Straße zwischen Ma'ale Adumim und Jerusalem. Die Zivilverwaltung nennt sie die „Fabric of Life Road"; Naftali Bennett, der zum Zeitpunkt der Planung der Straße Verteidigungsminister war, bezeichnete sie als „Sovereignty Road". Der Plan sieht getrennte Straßensysteme für Israelis und Palästinenser vor und schafft einen „Ring" um Ma'ale Adumim. Durch den Bau sollen voraussichtlich 3 % des Westjordanlands für Palästinenser unzugänglich werden. Das Straßensystem, das als Mittel zur Gewährleistung der „Verkehrskontinuität" präsentiert wird, wird die territoriale Kontinuität der Palästinenser zwischen dem nördlichen und dem südlichen Westjordanland unterbrechen. Der Verkehr zwischen den beiden Gebieten in der Nähe von Ma'ale Adumim würde auf eine ausschließlich für Palästinenser gebaute Straße umgeleitet werden. Diese Straßen sind ein zentraler Bestandteil des E1-Bauplans, der sich über etwa 12 Quadratkilometer zwischen Jerusalem und Ma'ale Adumim erstreckt. Bei der Unterzeichnungszeremonie des Plans sagte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu: „Es wird kein palästinensischer Staat gegründet werden", und erklärte, dass der Bau in E1 voraussichtlich die territoriale Kontinuität der Palästinenser zwischen dem südlichen und dem nördlichen Westjordanland unterbrechen werde.

Der Bau der Straße wird den Gemeinden entlang der geplanten Trasse schaden. Er wird Wadi al-Jamil und Jabal al-Baba, in denen Hunderte von Palästinensern leben, von ihrer Umgebung abschneiden, und es ist unklar, wie die Bewohner die Straße überqueren sollen, um ihre Häuser zu erreichen. Die Trasse soll zudem durch Wohnhäuser in Wadi al-Jamil in Gebiet B verlaufen, die dafür abgerissen würden. In der Praxis könnte dies laut OCHA zur Vertreibung der 18 in diesem Gebiet lebenden palästinensischen Gemeinden führen.

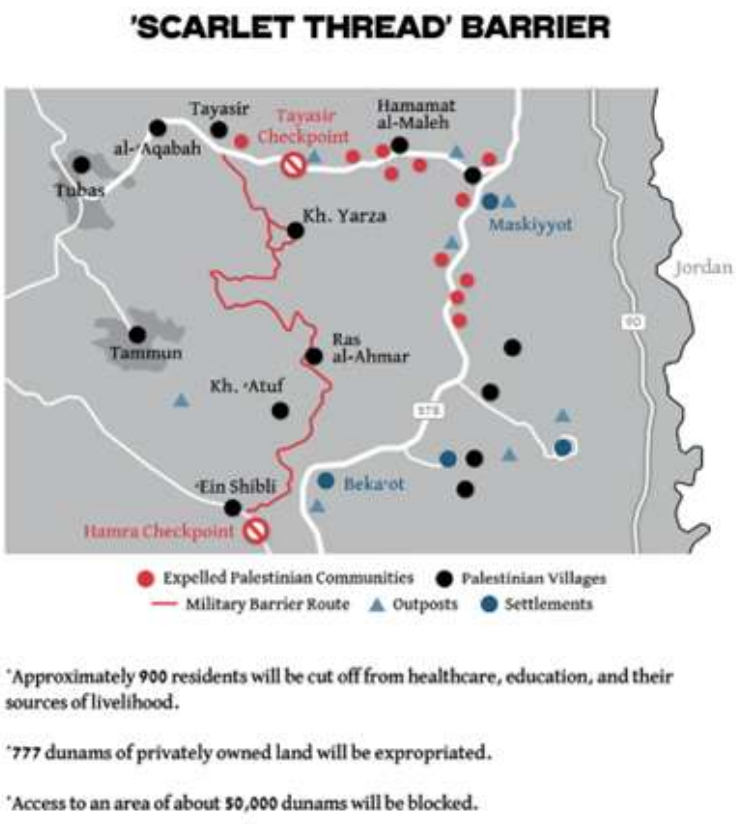
Eine neue militärische Trennmauer im nördlichen Jordantal

Ende August 2025 unterzeichnete der Kommandeur des Zentralkommandos, Avi Bluth, neun Enteignungsbescheide für eine neue 22 Kilometer lange militärische Trennmauer im nördlichen Jordantal. Das Militär bezeichnet das Projekt als „Scarlet Thread". Im Rahmen des Plans wird erwartet, dass Israel zahlreiche Häuser, Viehställe, Infrastruktur und landwirtschaftliche Flächen abrissen, die das Militär als „operative Schwachstelle" bezeichnet. Die Trasse beginnt am Ortseingang von ‚Ein Shibli, wo das Militär Anfang Februar 2026 den Kontrollpunkt Hamra verlegt hat. Sie soll das Gebiet von Khirbet ‚Atuf und Khirbet a-Ras al-Ahmar durchqueren, weiter durch Khirbet Yarza führen und im Norden an den Kontrollpunkt Tayasir anschließen. Sie verläuft durch palästinensisches landwirtschaftliches Privatland mit Obstgärten, Feldfrüchten, Gewächshäusern und Wasserbrunnen, die über viele Jahre hinweg bewirtschaftet wurden. Quelle: Kerem Navot

Nach der Veröffentlichung des Plans hatten Landbesitzer und Anwohner nur eine Woche Zeit, Einspruch einzulegen. Sie beantragten beim Obersten Gerichtshof die Aussetzung der Arbeiten, und das Gericht ordnete die Einstellung der Bauarbeiten an. Es schränkte die Anordnung jedoch

ein, indem es die Fortsetzung der Arbeiten dort zuließ, wo das Militär einen „dringenden Sicherheitsbedarf“ geltend machte. Anfang März 2026 berief sich das Militär auf einen solchen Bedarf, um den Abschnitt östlich von Khirbet 'Atuf auszuheben, und begann dort mit den Arbeiten. Im Juli 2026 entschied das Oberste Gericht, dass die Sperranlage entlang der geplanten Trasse errichtet werden könne. Es stoppte jedoch vorübergehend den Abriss mehrerer Häuser und wies das Militär an, für zwei Abschnitte Alternativen zu finden: einen in der Nähe von Khirbet a-Ras al-Ahmar und einen weiteren rund um Khirbet Yarza.

Während die Bauarbeiten voranschreiten, haben sich die Angriffe von Siedlern auf palästinensische Gemeinden entlang der geplanten Trasse seit dem Sommer 2025 verschärft. Mindestens fünf ganze Gemeinden und mehrere Familien, die östlich von Khirbet 'Atuf und rund um Khirbet a-Ras al-Ahmar lebten, wurden unter dem Druck der Gewalt durch Siedler aus ihren Häusern vertrieben. Israel hat zudem ausgedehnte landwirtschaftliche Flächen und Infrastruktur entlang der Trasse zerstört, darunter Wasserleitungen und Gewächshäuser, wodurch die Möglichkeit der Palästinenser, in dem Gebiet zu verbleiben, erheblich beeinträchtigt wurde. Eine vollständige Umsetzung des Plans würde die Bewohner von Tausenden von Dunam Ackerland, das ihnen gehört, abschneiden und Hunderte von Menschen aus palästinensischen Gemeinden in dem Gebiet vertreiben. Außerdem würde dies die Übernahme des Landes durch Siedler erleichtern und den verbleibenden Bewohnern und Landwirten weiteren Schaden zufügen.



Im Juni 2026 beschrieb der in der Region lebende B’Tselem-Feldforscher 'Aref Daraghmeh die Aushubar-beiten für die Sperranlage in der Nähe von Khirbet 'Atuf und Khirbet a-Ras al-Ahmar wie folgt:

„Seit drei Monaten in Folge führen Militärbulldozer in dem Gebiet Aushubarbeiten durch, ebnen das Gelände und graben Gräben – gemäß der Entscheidung des Militärs, einen Zaun und eine Militärstraße zu errichten. Laut den den Anwohnern zugestellten Bescheiden wird sich der Zaun über Tausende von Dunam erstrecken, wobei es sich größtenteils um Ackerland mit Gewächshäusern und Anbauflächen handelt. Am Morgen des 18. Juni 2026 zerstörten Militärbulldozer große Felder mit Zwiebeln und Heilpflanzen.

Außerdem entwurzelten sie etwa 20 ausgewachsene Olivenbäume, die einer Familie gehörten, und zerstörten Metallwasserleitungen und Bewässerungsleitungen. Die Bauern haben begonnen, funktionierende Gewächshäuser selbst abzubauen, aus Angst, das Militär könnte sie zerstören und ihnen damit schwere Verluste zufügen.“

Israel stellt die neue Barriere als Reaktion auf ein Sicherheitsbedürfnis dar. In der Praxis zielt sie jedoch darauf ab, die räumliche Zersplitterung des Westjordanlands zu vertiefen, die Kontrolle über die Bewegungsfreiheit der Palästinenser zu verschärfen und eine stärkere israelische Kontrolle

über das Gebiet zu ermöglichen. Mehrere palästinensische Gemeinden wurden in den letzten Jahren bereits aus dem Gebiet vertrieben. In dieser Hinsicht wird die Abtrennung der wenigen verbliebenen Gemeinden vom Rest des Westjordanlands höchstwahrscheinlich zu ihrer gewaltsamen Vertreibung führen.

Willkür, mobile Kontrollpunkte und Dorfabriegelungen

Im Februar 2025 reichten mehrere israelische Menschenrechtsorganisationen eine Petition beim Obersten Gerichtshof ein und forderten, dass das Militär und die Zivilverwaltung regelmäßig Anordnungen veröffentlichen, die Bewegungsbeschränkungen für Palästinenser im Westjordanland auferlegen. Eine solche Veröffentlichung würde es den Bewohnern ermöglichen zu erfahren, wie lange die Beschränkungen in Kraft bleiben, wo sie gelten, wen sie betreffen und auf welcher Rechtsgrundlage oder mit welcher Begründung sie verhängt wurden. Der Staat antwortete, er bestreite zwar nicht seine Pflicht zur Veröffentlichung der Anordnungen, habe aber nicht die Absicht, dies zu tun. Stattdessen schlug er Alternativen vor, wie beispielsweise die Aushang an Polizeistationen innerhalb von Siedlungen – Orte, zu denen Palästinensern der Zutritt untersagt ist, unter anderem aufgrund eben jener in den Anordnungen festgelegten Einschränkungen. Infolge der Einreichung der Petition warnte der Rechtsberater des israelischen Regimes für das Westjordanland, dass Bewegungsbeschränkungen willkürlich und entgegen militärischen Anordnungen verhängt würden. Die Weigerung der israelischen Behörden, diese zu veröffentlichen, spiegelt die Logik dieser unterdrückerischen Beschränkungen wider: Die Verletzung der Rechte der palästinensischen Bevölkerung ist kein „Fehler“ im System, sondern dessen Zweck.

Mobile Militärkontrollpunkte sind eine weitere Methode, um die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland zu stören und zu unterbinden. An diesen temporären Straßensperren halten Soldaten den Verkehr zwischen Dörfern oder an Dorfeingängen an, kontrollieren die Ausweise der Reisenden und fotografieren sie manchmal.

In anderen Fällen werden Kontrollpunkte nicht an Hauptstraßen oder Kreuzungen, sondern an den Eingängen zu palästinensischen Dörfern eingerichtet, wodurch die Bewohner potenziell im Dorf eingeschlossen und daran gehindert werden, mit dem Auto das Dorf zu verlassen. So verhindert beispielsweise eine Steinbarriere am Eingang von Khirbet Sarra, südlich von Nablus zwischen den Siedlungen Shilo und Shvut Rachel, dass die Bewohner mit dem Auto hinausfahren können. Selbst das Verlassen des Dorfes zu Fuß erfordert eine Genehmigung der benachbarten Siedlung. „Sie sagten uns, wenn wir zu Fuß gehen, ohne sie zu informieren, würden sie uns Schwierigkeiten machen“, sagte Mahmoud, ein Bewohner von Khirbet Sarra, das aus allen Richtungen abgeschnitten ist. Das Leben im Dorf zeigt, wie die Bewegungsfreiheit der Palästinenser durch eine Kombination aus permanenten physischen Hindernissen, ausgeklügelten bürokratischen Mechanismen, Angst und Drohungen durch Siedler eingeschränkt wird. Zusammen schränken diese Mechanismen die Bewohner selbst dort ein, wo keine physische Barriere existiert, schüren Verzweiflung und führen dazu, dass die Menschen ihre Reisepläne gänzlich aufgeben.

Das gleiche Muster zeigt sich in Um Safa, nördlich von Ramallah. Unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 wurde das Dorf aus allen Richtungen für den Verkehr gesperrt. An einer Seite des Dorfes, das 700 Einwohner zählt, wurden drei Absperrungen errichtet. Wer am Dorfeingang aussteigt, kann jenseits der Absperrungen kein anderes Fahrzeug besteigen und muss stattdessen Hunderte von Metern zu Fuß zurücklegen. Diese Sperrungen gehen einher mit schwerer, systematischer Gewalt von Siedlern gegen die Bewohner, die seit Jahren mit Unterstützung von Soldaten ausgeübt wird.

Über die bemannten Kontrollpunkte hinaus, darunter auch mobile Militärkontrollpunkte, ist das Westjordanland von dauerhaften, unbemannten Hindernissen übersät: Betonblöcke, Eisentore, Erdwälle, große Felsbrocken, Eisenstangen und entlang der Straßen ausgehobene Gräben. Die

meisten bleiben an Ort und Stelle und blockieren asphaltierte oder unbefestigte Straßen auf unbestimmte Zeit – oder bis das Militär plötzlich beschließt, sie zu entfernen. Gelbe und orangefarbene Eisentore an den Zufahrten zu Hunderten von Städten und Dörfern im Westjordanland werden zeitweise, willkürlich und ohne Vorwarnung geöffnet und geschlossen.

Laut OCHA hat Israel in den ersten beiden Septemberwochen 2025 18 neue Eisentore und neun weitere Hindernisse im gesamten Westjordanland errichtet. Diese Infrastruktur ermöglicht es, wichtige Verkehrsadern auf Befehl und mit minimalem Personalaufwand schnell zu sperren, was das tägliche Leben der Palästinenser beeinträchtigt. Aufgrund dieser Politik ist jede Fahrt für einen in der Westbank lebenden Palästinenser mit Ungewissheit verbunden. Ein Tor, das auf der Hinfahrt offen ist, kann auf der Rückfahrt geschlossen sein; es kann sich ohne Vorwarnung öffnen oder schließen; und es kann von Soldaten bewacht sein oder auch nicht. Die daraus resultierende Ungewissheit macht das Reisen durch die Westbank willkürlich und unvorhersehbar und nimmt den Palästinensern die Möglichkeit, ihre Fahrten zu planen oder deren Dauer abzuschätzen.

Yusef Kashur, 34, ein Vater von sechs Kindern aus der Stadt Dura südlich von Hebron, beschrieb, wie die Sperrungen seine Arbeit als Fahrer zu einem täglichen Albtraum gemacht haben:

„Seit den Ereignissen vom 7. Oktober und dem Beginn des Krieges im Gazastreifen hat das israelische Militär Dutzende von Toren an Straßen installiert, die von Soldaten kontrolliert werden, welche sie nach Belieben öffnen und schließen. Zu den Toren und Kontrollpunkten, die mir meine tägliche Arbeit erschweren, gehören: das a-Dhahiriyah-Tor, das seit dem 7. Oktober geschlossen ist; das Tor, das das Militär am Ortseingang von Dura errichtet hat und das ebenfalls seit dem 7. Oktober geschlossen war, aber vor etwa einem Monat wieder geöffnet wurde; der a-Nashash-Kontrollpunkt in der Stadt Bethlehem, der jeden Tag um 19:00 Uhr schließt, und das Beit-Sahur-Tor („Ush al-Ghurab“), das ebenfalls jeden Tag um 19:00 Uhr schließt. Seit diese Tore errichtet wurden, ist meine Arbeit zur Qual geworden, weil ich ständig Tore umgehen und zwischen ihnen herumfahren muss, manchmal auf schwierigen und gefährlichen Feldwegen, was nachts besonders beängstigend ist. Diese Fahrten sind anstrengend, dauern sehr lange, und der Kraftstoff kostet so viel, dass ich nicht genug verdiene, um den Bedarf unseres Haushalts zu decken. Deshalb nehme ich keine Fahrten mehr außerhalb der Gegend an und begnüge mich mit Fahrten vor Ort. Auch die sind nicht einfach, da ich Absperrungen umgehen und die verschiedenen Zufahrten zu den Ortschaften passieren muss, um die Zielorte zu erreichen. Manchmal muss ich dennoch Fahrten außerhalb der Gegend annehmen, weil ich ein schlechtes Gewissen habe, Stammkunden und Freunde abzuweisen.“ | *Vollständiger Erfahrungsbericht*

Gewalt an Kontrollpunkten

Abgesehen von der Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Störung des Alltags sind routinemäßige Begegnungen zwischen Palästinensern und Soldaten an Kontrollpunkten oft mit Schikanen, invasiven Kontrollen, Misshandlungen bei Leibesvisitationen, Verzögerungen und der Verweigerung der Durchfahrt verbunden – manchmal willkürlich. Im Laufe der Jahre hat B’Tselem zahlreiche Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, darunter auch solche, die zu Verletzungen oder zum Tod führten, an oder in der Nähe von Kontrollpunkten. Die seit langem bestehende Gewalt an Kontrollpunkten hat sich jedoch seit Oktober 2023 drastisch verschärft: Die Durchsuchungen sind strenger, Sperrungen häufiger und Gewalttaten weiter verbreitet.

Amir al-Fakhuri, ein 23-jähriger Bewohner von Tel Rumeidah im Zentrum von Hebron, beschrieb einen Angriff durch Soldaten am Kontrollpunkt Bab a-Zawiya: *„Wir gingen in den Durchgang, der zum elektronischen Kontrollraum führt. Wir fragten den Soldaten, warum er uns beschimpfte, und er antwortete auf Hebräisch: ‚Weil.‘ Er beschimpfte uns weiter, und ‚Abdallah fragte ihn, warum er das tue. Dann sahen wir zwei Soldaten aus dem Raum hinter der Glasscheibe kommen. Wir waren*

uns sicher, dass sie kamen, um uns zu verprügeln. Der Kontrollraum war verschlossen, und wir konnten nicht hinaus. Die beiden Soldaten kamen in den Kontrollraum, warfen zwei Blendgranaten zwischen unsere Beine und fingen an, uns aus dem Raum zu schubsen – zurück zu dem Drehkreuz, durch das wir hereingekommen waren –, um uns aus dem Kontrollpunkt hinauszudrängen und uns daran zu hindern, nach Hause zu kommen. Wir weigerten uns, hinauszugehen, und bestanden darauf, dass sie uns durchließen, damit wir nach Hause kommen konnten.
Die beiden Soldaten schlugen uns mit den Läufen ihrer Gewehre am ganzen Körper und spannten dann die Gewehre, wobei sie sie einige Minuten lang auf uns richteten.
Dann ließen sie uns auf dem Boden innerhalb des Kontrollpunktgeländes liegen. Das Drehkreuz war geschlossen. Sie gingen zurück in den Kontrollpunkt, und 'Abdallah fing an, sie zu filmen, damit wir Beweismaterial hätten und eine Beschwerde einreichen könnten. Als sie sahen, dass er filmte, kamen sie zurück, und einer von ihnen versuchte, ihm sein Handy wegzunehmen, doch 'Abdallah warf es durch den Stacheldrahtzaun aus dem Kontrollpunkt. Sie fingen wieder an, auf uns einzuschlagen. Einer von ihnen schlug 'Abdallah hart auf den Kopf, und er begann zu bluten. Der andere Soldat schlug mich mit dem Gewehrlauf auf Arm und Bein. Dann öffneten sie das Drehkreuz, damit wir wieder dorthin zurückgingen, wo wir hereingekommen waren. Sie gingen zurück in den Kontrollpunkt und ließen uns nicht nach Hause." | *Vollständige Aussage*

Tötungen sind die extremste Form von Gewalt an Kontrollpunkten. Am 26. Januar 2025 schossen verdeckt ermittelnde Beamte der Grenzpolizei am Kontrollpunkt Qalandia auf Adam Sub Laban, einen 16-Jährigen aus Kafr 'Aqab in Ostjerusalem, und verwundeten ihn sowie zwei weitere Personen. Die Polizei behauptete, die Jugendlichen hätten einen Sprengkörper auf die Beamten geworfen. Die drei verwundeten Palästinenser wurden in ein Krankenhaus in Ramallah gebracht, wo Sub Laban seinen Verletzungen erlag. Seine Mutter berichtete B'Tselem:

„Adam, der im Alter von 16 Jahren getötet wurde, war der Älteste meiner drei Kinder. Er belegte den literarischen Zweig, liebte aber vor allem alles, was mit Autos zu tun hatte, und hatte vor, das Fahren zu lernen und den Führerschein zu machen, damit er sich ein Auto kaufen konnte. Wie alle jungen Menschen träumte er davon, eine Familie zu gründen und ein Zuhause aufzubauen. Vor allem zeichnete er sich durch Freundlichkeit und Mitgefühl aus. Da wir getrennt von seinem Vater leben, fühlte er sich seinem jüngeren Bruder, seiner Schwester und mir gegenüber sehr verantwortlich. Sein größter Wunsch war es, Arbeit zu finden und Geld zu verdienen, damit er uns in Zukunft ein Haus kaufen konnte, statt unserer derzeitigen Mietwohnung. Adams Verlust ist ein schwerer Schlag. Er ist nicht mehr da, und nichts kann oder wird ihn ersetzen. Sein Tod hat mir eine Wunde hinterlassen, die schwer zu heilen ist. Ich sehe sein Gesicht in den Gesichtern seines Bruders und seiner Schwester widergespiegelt, und manchmal habe ich das Gefühl, dass ich den Schmerz über seine Abwesenheit und die Erinnerung an ihn nicht ertragen kann. Nachdem ich ihn 16 Jahre lang großgezogen hatte, verlor ich ihn durch eine heimtückische Kugel, die von einem israelischen Soldaten abgefeuert wurde. Nur der Gedanke, dass ich mit diesem Schmerz nicht allein bin, dass meine Situation der von Tausenden palästinensischer Mütter ähnelt, die ihre Söhne nur deshalb verloren haben, weil sie Palästinenser waren und sich dafür entschieden hatten zu leben, lindert den Schmerz." | *Vollständiges Zeugnis*

Straßensperren der Siedler: Institutionalisierte Verwischung von Grenzen

Das Engagement der Siedler reicht von sporadischen gewalttätigen Straßensperren bis hin zur institutionalisierten Beteiligung an militärischen Regionalen Verteidigungsbataillonen. Diese Regelung verschafft den Siedlern nicht nur Schusswaffen, sondern auch die Legitimation, im Namen des Staates zu handeln, und sogar rechtliche Straffreiheit.

Die Route 367 veranschaulicht die Bewegungsbeschränkungen, die Siedler im Westjordanland auferlegen. Sie verbindet die Kreuzung Gush Etzion mit der Siedlung Bat Ayin und führt weiter zum

Kontrollpunkt, der vom Westjordanland in Gebiete innerhalb der Grünen Linie führt. Das Militär hat die Straße für den palästinensischen Verkehr gesperrt, mit Ausnahme der Bewohner von Jaba' und Khallet Sakariya, den beiden Dörfern, für die sie die einzige Zufahrtsstraße darstellt. Ende 2025 wurden Bewohner nahegelegener Siedlungen, die in regionalen Verteidigungsbataillonen dienen, dabei beobachtet, wie sie diese Kontrollpunkte besetzten.

In der oben erwähnten Klage vor dem Obersten Gerichtshof forderten mehrere Menschenrechtsorganisationen das Militär auf, zu erklären, warum es Anordnungen, die Bewegungsbeschränkungen für Palästinenser im Westjordanland auferlegen, nicht routinemäßig veröffentlicht. Der Staat schlug vor, dass Soldaten den hebräischen Buchstaben „Tzadi" auf militärische Straßensperren sprühen sollten, um anzuzeigen, dass diese von einer offiziellen Stelle und nicht von Zivilisten errichtet wurden. Der Vorschlag ist von Natur aus unzuverlässig: Jeder könnte den Buchstaben auf eine Straßensperre sprühen und die Bewohner in die Irre führen. Dies ist besonders problematisch, da die zunehmende Verwischung der Grenzen und die vertiefte Zusammenarbeit zwischen offiziellen Kräften und Zivilisten es immer unmöglicher machen, zwischen ihnen zu unterscheiden. Auch ging der Vorschlag nicht angemessen auf die Forderung der Organisationen nach einer Erklärung ein, warum die Straßensperren errichtet wurden. Im Juli 2026 war die Petition noch anhängig, und es gab keine Anzeichen dafür, dass der Staat seinen Vorschlag, den Buchstaben „Tzadi" auf Straßensperren zu sprühen, umgesetzt hatte.

An anderer Stelle verhinderten Proteste von Siedlern einen Plan, palästinensischen Verkehr auf einer Umgehungsstraße in der Nähe der Wadi-Nar-Route zuzulassen. Damit blieb die kurvenreiche, schmale und verstopfte Strecke, die an Jerusalem vorbeiführt, der einzige Weg für Palästinenser, um zwischen dem nördlichen und südlichen Westjordanland zu reisen, da es ihnen nicht gestattet ist, durch die Stadt selbst zu fahren. Solche Proteste finden im gesamten Westjordanland statt. Medienberichten zufolge hat die Lobbyarbeit der Siedlergruppe Fighting for Life, die Straßenblockaden durch Siedler fördert, in mehreren Fällen zur Sperrung von Zufahrtsstraßen zu palästinensischen Gemeinden geführt. Die Gruppe greift oft sogar dann ein, wenn das Militär versucht, Palästinensern die Durchfahrt zu ermöglichen. Ihre Mitglieder fotografieren regelmäßig für Palästinenser geöffnete Straßen und senden die Bilder an einen Ratsvorsitzenden, einen Sicherheitskoordinator der Siedlung, eine Hotline, das Militär oder eine Sicherheitstruppe der Siedlung, um die Sperrung der Straßen zu erwirken. Offizielle staatliche Stellen kommen diesen Forderungen oft nach.

Siedler errichten zudem spontane Straßensperren, teilweise während sie bewaffnet sind und beim Militär dienen. Seit Oktober 2023 hat B'Tselem dokumentiert, wie Siedler auf Straßen im Westjordanland Straßensperren errichteten, palästinensische Fahrzeuge aufhielten und kontrollierten. Ein solcher Fall war der Angriff im Februar 2024 auf zwei Bewohner von 'Asirah al-Qibliyah, der in einer von einem B'Tselem-Feldforscher gesammelten Zeugenaussage beschrieben wurde. In einem anderen Fall blockierten Siedler die Hauptstraße zwischen Deir Jarir und Silwad etwa vier Stunden lang, bewarfen Fahrzeuge mit palästinensischen Kennzeichen mit Steinen und beschädigten mindestens ein Fahrzeug, laut OCHA. Angriffe in Deir Jarir, einem palästinensischen Dorf in der Nähe von Ramallah, zeigen eine weitere Art und Weise, wie Siedler den Palästinensern gewaltsam die Bewegungsfreiheit verweigern. Zwischen Mai und September 2025 wurden rund um das Dorf acht Außenposten errichtet. Von dort aus treten Siedler hervor, um Bewohner anzugreifen und willkürlich Straßen zu blockieren. In einigen Fällen haben die Angriffe zu Todesfällen geführt. Mitunter schränkt ein Angriff auf einer Straße die Bewegungsfreiheit auch ohne physische Straßensperre ein.

Diese Fälle veranschaulichen die beiden zentralen Komponenten der Mechanismen zur Kontrolle der Bewegungsfreiheit im Westjordanland: physische Behinderung und die Gefahr, einem direkten Angriff ausgesetzt zu sein. In jedem Fall verbindet sich das Hindernis selbst – sei es ein Eisentor,

ein Erdwall oder ein bewaffneter Siedler bzw. eine militärische Einheit – mit der der Begegnung innewohnenden Androhung von Gewalt. Ohne diese Androhung ist die physische Barriere weniger wirksam.

Rawan Rashaydah, eine 33-jährige Mutter von zwei Kindern aus ‚Arab a-Rashaydah' in der Gegend von Bethlehem, beschrieb, wie sie und ihre Familie auf dem Heimweg vom Krankenhaus, wo sie ihren Sohn zur Welt gebracht hatte, angegriffen wurden:

„Am Dienstag, dem 30. Dezember 2025, gegen 14:00 Uhr, kam Anas, 28, der Sohn meines Mannes aus einer früheren Ehe, im Auto seines Freundes Muhammad an, um Yusef und mich vom Haus meiner Eltern in Jenin abzuholen, wo wir einige Tage geblieben waren, nachdem ich Mazen zur Welt gebracht hatte. Auf dem Heimweg, in der Nähe der Siedlung Ma'ale Amos, bemerkten wir, dass Siedler uns auf zwei Geländefahrzeugen verfolgten, und dann prallte eines der Geländefahrzeuge plötzlich mit voller Wucht gegen das Heck unseres Autos. Muhammad hielt an, und er und Anas stiegen aus, um nachzusehen, was passiert war.
Vier Siedler stiegen von den Quads ab, einer von ihnen war mit einem Gewehr bewaffnet, das er auf Anas und Muhammad richtete, und es kam zu einem Wortwechsel, der in Handgreiflichkeiten ausartete, bis der Siedler seine Waffe erneut auf Anas und Muhammad richtete und drohte, auf sie zu schießen. Zwei der Siedler schlugen auf sie ein und verursachten Kratzer und Schnittwunden im Gesicht von Anas, und der vierte Siedler ging zum Auto hinüber und begann, Steine darauf zu werfen. Einer der Steine zerschmetterte die Heckscheibe und traf mich am Hinterkopf, und als ich meine Hand auf die Stelle legte, an der ich getroffen worden war, war sie voller Blut.
Ich ignorierte meine Verletzung, weil ich damit beschäftigt war, meine Kinder vor den Glassplittern zu schützen, die auf sie herabfielen, und vor den Steinen, die der Siedler immer wieder auf uns schleuderte, obwohl er sah, dass Kinder im Auto saßen. Mein Sohn Yusef schrie und weinte vor Angst, und ich hielt ihn fest und versuchte, ihn zu beruhigen. Der Angriff dauerte viele Minuten, bis der bewaffnete Siedler Anas und Muhammad befahl, ins Auto zu steigen und den Ort zu verlassen.
Wir fuhren los, in der Annahme, wir würden den Siedlern entkommen, doch sie verfolgten uns weiter auf ihren Quads, bis wir den Dorfeingang erreichten, wo wir einen israelischen Militärjeep sahen. Muhammad hielt das Auto an, ging zum Jeep hinüber und erzählte den Soldaten, dass Siedler uns verfolgten. Die Soldaten sahen die Siedler, sahen das Blut an meinen Händen und auf meinem Kopftuch und sahen die zerschlagene Heckscheibe. Aber sie ließen die Siedler einfach gehen, ohne sie festzunehmen.
Muhammad rief die israelische Polizei an, meldete den Angriff und sagte, es gäbe Verletzte. Nach etwa 20 Minuten traf ein israelischer Krankenwagen ein, die Polizei jedoch nicht. […]
Dieser Angriff hatte schwerwiegende psychische Auswirkungen auf meine Kinder und auf mich. Vor lauter Angst und Schock ist mir die Muttermilch versiegt, und ich habe Probleme, Mazen zu stillen. Yusef hat Angst und kann nachts nicht in seinem Bett schlafen. Er klammert sich ständig an mich und schläft bei seinem Vater und mir." | *Vollständige Aussage*

Die Auswirkungen von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit

Nahezu jeder Aspekt des Lebens, darunter Arbeit, Bildung, medizinische Versorgung, Familienbesuche, Handel und Landwirtschaft, hängt von der Möglichkeit ab, sich räumlich zu bewegen. Die oben beschriebenen Sperrungen und Einschränkungen erschweren nicht nur das Reisen, sondern untergraben direkt die Fähigkeit der Palästinenser, ihren Alltag aufrechtzuerhalten. Wenn eine Straße ohne Vorwarnung gesperrt werden kann, ein Kontrollpunkt jeden Moment geschlossen werden kann und keine Gewissheit besteht, nach Hause zurückkehren zu können, wird das Verlassen des Hauses zu einer Entscheidung, die mit Risiken und Unsicherheiten behaftet ist. Viele Menschen bleiben daher selbst dann zu Hause, wenn die Straße

offen ist, aus Angst, sie könnten nicht zurückkehren oder stundenlang warten müssen. Die Verweigerung der Bewegungsfreiheit führt somit zu einer Lähmung, die weit über die unmittelbare Verweigerung der Durchfahrt hinausgeht. Sie beeinträchtigt den Zugang zu Arbeit, Bildung, rechtzeitiger medizinischer Versorgung, familiären und gemeinschaftlichen Bindungen, Handel und landwirtschaftlichen Flächen. Anhaltende Unsicherheit beraubt die Bewohner der Möglichkeit, ihren Alltag und ihr Leben zu planen, und untergräbt die Grundvoraussetzungen für das persönliche, familiäre, soziale und wirtschaftliche Leben.

Beeinträchtigung der Beschäftigung

Die Auswirkungen von Bewegungsbeschränkungen auf die Beschäftigung lassen sich nicht durch monetäre Zahlen oder Berechnungen direkter wirtschaftlicher Verluste erfassen. Sie erzeugen ein allgegenwärtiges Gefühl lähmender Hilflosigkeit, das die Fähigkeit der Menschen beeinträchtigt, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Straßensperren führen dazu, dass Arbeitnehmer immer wieder zu spät kommen; sie zwingen sie auf lange, beschädigte Strecken; sie beeinflussen Entscheidungen darüber, wo man wohnt; sie verschlingen Arbeitszeit in Warteschlangen an Kontrollpunkten; und sie versperren Tausenden von Familien den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen, die ihren Lebensunterhalt sichern. Zusammen mit steigenden Kraftstoffpreisen machen diese Einschränkungen das Reisen zunehmend kostspieliger und schwieriger, wodurch ein Kreislauf entsteht, der die Fähigkeit der Menschen, sich wirtschaftlich zu versorgen, stetig untergräbt.

W.R., eine Frau in den Zwanzigern und Mutter eines Kleinkindes, die als Bankangestellte in Ramallah arbeitet, beschrieb die Auswirkungen in ihrer Aussage:

„Nachdem ich bei der Arbeit mehrere mündliche und schriftliche Verwarnungen wegen Verspätungen erhalten hatte, mussten wir anfangen, um 6:20 Uhr morgens das Haus zu verlassen, was bedeutete, dass wir das Personal der Kindertagesstätte davon überzeugen mussten, unseren Sohn schon vor Öffnungszeit aufzunehmen, wofür eine zusätzliche Gebühr anfiel. Hinzu kam der Stress durch das Warten in den Warteschlangen an den Kontrollpunkten auf dem Weg zur Arbeit und zurück. Vor etwa sechs Monaten, als uns klar wurde, dass es keine Lösung und keinen Weg gab, der uns aus dieser misslichen Lage befreien würde, begannen wir, nach einer Alternative zu suchen. Mein Mann und ich waren uns einig, dass die beste Lösung darin bestand, eine Wohnung in Ramallah zu suchen. Mein Mann suchte sechs Monate lang nach einer Wohnung, aber die Mietpreise sind in die Höhe geschossen, was es sehr schwer machte, etwas Bezahlbares zu finden. Dennoch fanden wir vor etwa 20 Tagen eine Wohnung, die mehr oder weniger unseren finanziellen Möglichkeiten entsprach, und vor zwei Wochen sind wir eingezogen. Obwohl die Miete eine erhebliche finanzielle Belastung für uns darstellt, sind wir doch etwas erleichtert, denn unser fast zweijähriges Leiden aufgrund der extremen Bewegungsbeschränkungen ist vorbei.“ | *Vollständiger Bericht*

Muhammad al-Ju’beh, ein 39-jähriger Vater von fünf Kindern aus Kafr ’Aqab im Norden Jerusalems, verlor seinen Arbeitsplatz, nachdem er aufgrund der Bewegungsbeschränkungen wiederholt zu spät zur Arbeit kam. Sein Bericht veranschaulicht eine weitere Art und Weise, wie das Absperrsystem und die Bewegungsbeschränkungen das Leben der Palästinenser prägen und ihre Fähigkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, untergraben:

„Ich habe meinen Arbeitsplatz wegen des Kontrollpunkts verloren. Ich sollte um 7:00 Uhr morgens zur Arbeit erscheinen, aber wegen der Kontrollpunkte, insbesondere Jaba’, konnte ich es nicht rechtzeitig schaffen. Während der morgendlichen Hauptverkehrszeit stehen Autos am Kontrollpunkt Qalandia zwischen 40 Minuten und anderthalb Stunden, und so biegen einige Autos

zum Kontrollpunkt Jaba' ab, der ebenfalls geschlossen ist, und die Menschen warten lange in ihren Autos, bis er öffnet.

Um also um 7:00 Uhr morgens bei meiner Arbeit in der Jaffa-Straße zu sein, musste ich mich bereits um 4:00 Uhr morgens in die Autoschlange am Kontrollpunkt Qalandia oder um 5:00 Uhr morgens am Kontrollpunkt Jaba' einreihen. Aber selbst wenn ich den Jaba'-Checkpoint zu dieser Uhrzeit erreichte, gab es manchmal Überraschungen, und er öffnete nicht pünktlich, sodass ich dann zu spät zur Arbeit kam. Ich wurde von meinem Arbeitsplatz in der Jaffa-Straße entlassen, weil ich ständig zu spät kam." | *Vollständige Aussage*

Verweigerung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung

Ein Bericht von Ärzte ohne Grenzen (MSF) aus dem Jahr 2025 kam zu dem Ergebnis, dass das Regime der Bewegungsbeschränkungen den Zugang zur medizinischen Grundversorgung außerordentlich erschwert und manchmal unmöglich macht. Patienten müssen auf dem Weg zur Behandlung mit Verzögerungen, Straßensperren und Durchfahrtsverweigerungen rechnen. Die Folgen können lebensbedrohlich sein, insbesondere für abgelegene palästinensische Gemeinden. 'Adlah Abu Ermeileh, eine 86-jährige Mutter von fünf Kindern und Großmutter aus Dahiyat al-Bareed in Ostjerusalem, sagte:

„Ich weiß nicht, was ich tun soll. Ich bin völlig ratlos. Mein Mann und ich sind in unserer Mobilität eingeschränkt. Ich kann keine langen Strecken laufen, und mein Mann, der blind ist, hat ebenfalls große Schwierigkeiten beim Gehen. Wie sollen wir jetzt medizinische Versorgung erhalten? Bislang haben uns unsere Söhne oder unsere Schwiegertöchter überall hingefahren, wo wir hinmussten – zu HMO-Kliniken, Krankenhäusern und so weiter. Jetzt, nachdem sie das Viertel mit diesen Absperrungen abgeriegelt haben, ist das unmöglich geworden. Höchstens können sie uns bis zu den Betonblöcken fahren, und von dort aus müssen wir irgendwie auf die andere Seite gelangen. Wenn uns zum Beispiel etwas zustößt, während alle bei der Arbeit sind – wie soll dann ein Krankenwagen zu unserem Haus gelangen, um uns ins Krankenhaus zu bringen, wenn das Viertel so abgesperrt ist?" | *Vollständige Aussage*

Aufgrund der Bewegungsbeschränkungen müssen Krankenwagen sich durch ein Labyrinth aus sich ständig ändernden Hindernissen navigieren, Patienten an Kontrollpunkten zwischen Fahrzeugen umladen oder umständliche, unbefestigte und gefährliche Straßen nehmen, um Kontrollpunkte zu umgehen und Krankenhäuser rechtzeitig zu erreichen. In einem Interview mit Haaretz beschrieb der Krankenwagenfahrer Bashar Qaryuti, wie er und sein medizinisches Team gezwungen waren, Patienten unter den Eisentoren am Eingang zu Siedlungen im Westjordanland hindurchzubringen. Er fügte hinzu:

„Obwohl wir versuchen, uns abzustimmen und ihnen mitzuteilen, dass wir aus humanitären Gründen einfahren müssen, wurde uns in keinem einzigen Fall eine Genehmigung erteilt. Vorgestern beförderte ich Patienten und fuhr zum Kontrollpunkt Sarra in der Nähe von Nablus, wo Soldaten begannen, auf uns zu schießen. Ich hatte Patienten bei mir. Sie ließen uns nicht durch, und wir mussten über eine abgelegene, gefährliche Schotterstraße durch die Berge in die Stadt gelangen. Das ist für die Patienten sehr schwer."

Im September 2024 drangen Spezialeinheiten in das Flüchtlingslager Tulkarm ein und erschossen zwei junge Passanten, Ahmad Majdubah (25) und Hibat Allah 'Obeid (21). In beiden Fällen hinderten israelische Streitkräfte Krankenwagen und medizinisches Personal daran, den Verwundeten zu helfen und möglicherweise ihr Leben zu retten; in einem Fall schossen sie mit scharfer Munition auf sie. Die Streitkräfte blockierten zudem den Zugang zum nahegelegenen Krankenhaus, das nur wenige Dutzend Meter von der Stelle entfernt lag, an der Ahmad Majdubah erschossen wurde. Dies

war einer von vielen Fällen, in denen Rettungskräfte daran gehindert wurden, den Unfallort zu erreichen und die Verwundeten schnell zu evakuieren.

Selbst unter Bedingungen, die als „routinemäßig“ beschrieben werden, erschwert die zunehmende Zahl von Sperren und Kontrollpunkten oft den Zugang zu lebensrettender medizinischer Versorgung, da Patienten gezwungen sind, längere und kompliziertere Wege in Kauf zu nehmen. Amal Da’na, eine 24-jährige Mutter eines Kindes aus Hebron, die an Krebs leidet, schilderte B’Tselem den unmöglichen Alltag, unter den israelischen Bewegungsbeschränkungen zur Chemotherapie nach Jordanien zu reisen:

„Das letzte Mal, als ich nach einer Chemotherapie in Jordanien nach Hebron zurückkehrte, war vor zwei Monaten, am 10. Dezember 2025. Ich habe sehr unter dem Gedränge und der langen Wartezeit im Bus gelitten, der uns zur israelischen Seite der Allenby-Brücke bringt. Ich habe etwa drei Stunden im Bus gewartet. Das ist mir auch bei früheren Fahrten passiert. Manchmal, nachdem wir stundenlang unter drückender Hitze gewartet haben, schickt die israelische Seite die Busse zurück und behauptet, die Schicht der Mitarbeiter ende um 14:00 Uhr und der Grenzübergang sei geschlossen. […] Diese Abläufe sind zermürbend, demütigend und erdrückend: die langen Wartezeiten, die strengen Kontrollverfahren und die Tatsache, dass ich mein Gepäck den ganzen Weg bis zum Kontrollterminal auf der israelischen Seite tragen muss. Das ist sehr anstrengend für mich, besonders nach einer Chemotherapie, die an sich schon schmerzhaft und kräftezehrend ist.“ | *Vollständiger Bericht*

In einem weiteren Bericht beschrieb Muhammad al-Ju’beh, dessen andere Schilderungen oben zu finden sind, wie die Bewegungsbeschränkungen zu einer medizinischen Komplikation bei seinem Sohn führten, der dringend ein Krankenhaus erreichen musste:

„Vor etwa zwei Jahren, als mein Sohn vier Jahre alt war, hatte er starke Bauchschmerzen. Der Arzt riet mir, ihn ins Krankenhaus zu bringen, und da wir aus Jerusalem stammen, zog ich es vor, ihn in ein Krankenhaus innerhalb Jerusalems zu bringen. Wir riefen einen Krankenwagen, der 300 Schekel (~ 100 USD) kostete. Der Checkpoint Qalandia war zu diesem Zeitpunkt geschlossen, da er seit Ausbruch des Krieges am 7. Oktober 2023 zeitweise geschlossen wird; daher mussten wir über den Checkpoint Jaba‘ fahren, wo wir wegen starken Verkehrs etwa 40 Minuten aufgehalten wurden, und dann weiter zum Checkpoint Hizma. Als wir dort ankamen, stiegen wir in einen israelischen Krankenwagen um, der auf der anderen Seite des Kontrollpunkts wartete [israelische Krankenwagen fahren ohne militärische Begleitung nicht nach Kafr ‘Aqab], und fuhren weiter zum Krankenhaus. Unterwegs verschlechterte sich der Zustand meines Sohnes und wurde kritisch. Als wir das Krankenhaus erreichten, teilten uns die Ärzte mit, dass sein Blinddarm auf dem Weg dorthin geplatzt war. Dies führte zu medizinischen Komplikationen, und er wurde 30 Tage lang stationär behandelt. Wäre er rechtzeitig im Krankenhaus angekommen, hätte er nach einer normalen Blinddarmoperation nur zwei oder drei Tage im Krankenhaus verbracht.“ | *Vollständige Aussage*

Verweigerung des Zugangs zu Bildung

Bewegungsbeschränkungen im Westjordanland beeinträchtigen die Möglichkeit von Kindern, Jugendlichen und Studierenden, am Unterricht teilzunehmen und ihr Grundrecht auf Bildung auszuüben, erheblich. Palästinensische Schüler und Studierende sahen sich bereits vor Oktober 2023 mit erheblichen Einschränkungen dieses Rechts konfrontiert. Seitdem hat jedoch der gewaltsame Angriff auf alle Bereiche des palästinensischen Lebens, einschließlich der systematischen Verschärfung der Bewegungsbeschränkungen, zu einer beispiellosen Krise beim Zugang zu Bildung im Westjordanland geführt.

Nach Angaben des Bildungsclusters in den besetzten palästinensischen Gebieten wurden im Jahr nach Oktober 2023 zwischen 8 % und 20 % der Schulen im Westjordanland aufgrund von Bewegungsbeschränkungen und Gewalt vorübergehend geschlossen. Von Januar bis Juni 2024 besuchten die Schüler nur zwei Tage pro Woche die Schule und mussten an den übrigen Tagen im Fernunterricht lernen. In der Praxis haben palästinensische Schüler nur sehr eingeschränkten Zugang zum Fernunterricht, da die grundlegende Infrastruktur – darunter Internetzugang und die erforderliche Ausrüstung – oft nicht verfügbar ist. Die tägliche Realität israelischer Einschüchterung und Gewalt verhindert zudem ein stabiles und sicheres Lernumfeld.

Abgesehen von der gravierenden Beeinträchtigung des Lernens selbst fügt die Verweigerung des Zugangs zu Bildung dem körperlichen und psychischen Wohlbefinden der Kinder vielschichtigen Schaden zu. Nach Angaben des Bildungsclusters schränkt dies den Zugang zu Schutz- und psychologischen Betreuungsangeboten ein und erhöht die Anfälligkeit für Gewalt, Kinderarbeit und Kinderheirat.

Bewegungsbeschränkungen erschweren es sowohl Schülern als auch Lehrern, die Schule sicher zu erreichen. Gewalt und Einschüchterung durch Siedler aus nahegelegenen Siedlungen behindern den Zugang zu Bildungseinrichtungen zusätzlich. Im April 2026 machten sich beispielsweise Kinder aus dem palästinensischen Dorf Um al-Kheir in den südlichen Hebron-Hügeln zum ersten Mal seit Beginn des israelisch-amerikanischen Angriffs auf den Iran im Februar 2026 auf den Weg zur Schule. Siedler hatten ihren Weg mit einem Stacheldrahtzaun versperrt. Als sich die Kinder näherten, feuerten israelische Streitkräfte in Begleitung von Siedlern aus der Gegend Tränengasgranaten auf sie ab. Der Zaun zwang die Kinder, den einzigen „sicheren“ Weg vom Dorf zur Schule zu verlassen und einen längeren Weg entlang des Siedlungszauns zu nehmen, was den Weg gefährlich machte. Ein Einwohner von Um al-Kheir, der anonym bleiben wollte, stellte die Verweigerung des Zugangs zu Bildung in einen breiteren Kontext:

„Seit dem 7. Oktober 2023 haben die Siedler ihre Gewalt und Schikanen gegen die Dorfbewohner erheblich verstärkt und begonnen, unser Leben hier ernsthaft zu bedrohen. Bei diesen Angriffen wurden mehr als 1.000 fruchttragende Olivenbäume gefällt, Häuser angegriffen, Eigentum beschädigt, Schaf- und Ziegenherden geschädigt sowie Männer, Frauen und Kinder mit Knüppeln und Pfefferspray angegriffen. Die Siedler haben zudem die Hauptwasserleitung des Dorfes durchtrennt und über 20 Dunam (1 Dunam = 0,1 Hektar) Land unserer Großfamilie in Besitz genommen, mit der Behauptung, es handele sich um Staatsland. Das israelische Militär unterstützt die Siedler bei ihren Angriffen, verhaftet junge Männer aus dem Dorf und misshandelt sie, wenn diese versuchen, sich selbst oder ihr Eigentum zu verteidigen, oder nachdem sie von den Siedlern dazu angestiftet wurden.
[…] Gestern, am 12. April 2026, gegen 1:30 Uhr morgens, kamen drei Siedler zu der Straße, die zur al-Sara’iyah-Grundschule im Dorf führt, die etwa 55 Schüler hat, und sperrten sie mit Stacheldraht ab. Heute Morgen, am ersten Schultag nach 35 Tagen Schulausfall aufgrund des Krieges mit dem Iran, kamen die Schüler – allesamt Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren – zu der von den Siedlern blockierten Straße, und ich begab mich zusammen mit mehreren anderen Dorfbewohnern und Aktivisten dorthin, um ihnen zu helfen, die Sperre zu umgehen und die Schule zu erreichen.
Als wir ankamen, sahen wir vier Soldaten auf der anderen Seite des Stacheldrahts stehen, den die Siedler angebracht hatten, und sobald wir uns der Stelle näherten, an der die Kinder standen, begannen die Soldaten, Gaspatronen und Blendgranaten auf uns und die Kinder zu werfen. Die Kinder atmeten das Gas ein und hatten große Angst. Teams des Roten Halbmonds trafen ein und versorgten sie vor Ort; anschließend gingen sie nach Hause. Nach diesem Vorfall beschlossen wir, den Unterricht an der Schule bis auf Weiteres auszusetzen, und setzten uns mit der palästinensischen DCO sowie dem palästinensischen Bildungsministerium in Verbindung.
Gegen 9:00 Uhr trafen ein Fahrzeug der israelischen DCO und ein Team des palästinensischen Bildungsministeriums ein. Der Offizier der israelischen DCO schlug vor, die Kinder sollten einen

alternativen Weg nehmen, der drei Kilometer lang ist und direkt am Zaun der Siedlung entlangführt, was das Leben der Kinder gefährdet. Wir lehnten den Vorschlag ab und beschlossen, die Schule zu schließen, bis die Straße für die Schüler wieder freigegeben wird. Gestern haben die Siedler Dutzende israelischer Flaggen im gesamten Dorf und in der Nähe der Schule aufgestellt. Der Zweck der Straßensperre besteht darin, den Außenposten zu erweitern, die palästinensische Präsenz in Khirbet Um al-Kheir zu beseitigen und die Bewohner zu zwingen, das Gebiet zu verlassen.“ | *Vollständiger Bericht*

Das Regime der Bewegungsbeschränkungen verletzt zudem in schwerwiegender Weise das Recht auf Bildung, indem es Lehrkräfte und andere Bildungsfachkräfte daran hindert, ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Eines von vielen Beispielen ereignete sich im Januar 2026, als Israel sich weigerte, die Einreiseerlaubnisse von 171 Lehrkräften und Mitarbeitern zu verlängern, die im Westjordanland leben und an Schulen in Ostjerusalem arbeiten. Durch diese Entscheidung wurden den Lehrkräften ihre Lebensgrundlage und den Schülern ihr Recht auf Bildung entzogen.

Die Zerstörung des Privatlebens: Familie, soziales Leben und politische Organisation

Bewegungsbeschränkungen innerhalb des Westjordanlands sowie bei der Ein- und Ausreise isolieren Palästinenser auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Sie trennen ganze Regionen voneinander, darunter das Westjordanland sowie innerhalb dessen Ostjerusalem, den Gazastreifen und Gebiete innerhalb der Grünen Linie; sie isolieren Dörfer und Stadtteile innerhalb dieser Regionen; sie spalten Familien innerhalb dieser Gemeinschaften; und sie schneiden palästinensische Frauen und Männer, die sich zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort befinden, für längere Zeit von ihren Familien und Gemeinschaften ab.

Sechs Wochen vor dem Angriff im Oktober 2023 wurde Hanan, eine Bewohnerin des Gazastreifens, ins al-Makassed-Krankenhaus in Ostjerusalem verlegt, da sie in einer Risikoschwangerschaft mit Drillingen war. Sie brachte die Kinder per Kaiserschnitt zur Welt. Als ihre Aufenthaltsgenehmigung für Ostjerusalem ablief, war sie gezwungen, bereits fünf Tage später nach Gaza zurückzukehren und ihre drei neugeborenen Töchter auf der Neugeborenen-Intensivstation zurückzulassen. Als der Krieg begann, verhängte Israel ein umfassendes Bewegungsverbot zwischen dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ostjerusalem. Hanans Töchter blieben anderthalb Jahre lang im Krankenhaus in Jerusalem und lebten dort praktisch als Waisenkinder. Ihre Mutter sah sie erst wieder, als sie anderthalb Jahre alt waren. Hanans Aussage verdeutlicht, wie Bewegungsbeschränkungen den Wohnort, die familiären Umstände und humanitäre Notlage völlig außer Acht lassen und selbst vor unerträglichen Situationen, die Familien auseinanderreißen, bewusst die Augen verschließen.

Die Bewegungsbeschränkungen behindern zudem Familientreffen, Feiertagsfeierlichkeiten, die Aufrechterhaltung familiärer und kultureller Bindungen und sogar die Aufrechterhaltung des normalen Alltagslebens innerhalb des Westjordanlands selbst. Muhammad al-Ju’beh, dessen weitere Berichte oben zu finden sind, beschrieb, wie die Beschränkungen ihn und seine Kinder daran hinderten, gemeinsam mit Verwandten das Iftar-Mahl einzunehmen:

„Ich erinnere mich, dass wir während des letzten Ramadan im Jahr 2026 in das Haus meines Schwagers, des Bruders meiner Frau, in Jabal al-Mukabber eingeladen waren. Der Kontrollpunkt Qalandia war überlastet, also fuhr ich in Richtung des Kontrollpunkts Jaba‘. Dieser war geschlossen, und es bildete sich eine lange Autoschlange. Daher kehrte ich in Richtung Ramallah um und fuhr bis zum Kontrollpunkt ‚Ein Siniya‘. Wir brauchten zweieinhalb Stunden, um Jabal al-Mukabber zu erreichen, obwohl es nur 12 Kilometer von unserem Zuhause entfernt ist. Der Adhan, der Gebetsruf zum Fastenbrechen, ertönte, während wir noch unterwegs waren, und wir mussten

das Fasten mit Wasser brechen. Wir kamen 40 Minuten nach dem Iftar an. Stellen Sie sich vor: Kinder im Alter von sechs, neun, zehn, 16 und 17 Jahren, die fasten und nichts als Wasser haben, um das Fasten zu brechen. Ich erinnere mich, dass mein sechsjähriger Sohn vor Hunger zu weinen begann.“ | *Vollständiger Bericht*

Einleitung

Israels Kontrolle über das Westjordanland und der von ihm angewandte Mechanismus der Auslöschung haben eine bedeutende wirtschaftliche Dimension. Die Kenntnis ihrer Bestandteile und Merkmale sowie des historischen Entstehungsprozesses ist unerlässlich, um zu verstehen, wie dieses System funktioniert – sowohl in Bezug auf die Bewohner als Einzelpersonen als auch in Bezug auf die palästinensische Gemeinschaft. Seit der Besetzung des Westjordanlands im Jahr 1967 hat Israel ein System aus wirtschaftlichen, bürokratischen und räumlichen Kontrollmechanismen entwickelt, das die Fähigkeit der palästinensischen Gesellschaft, eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen, eingeschränkt und ihre Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft vertieft hat. Im Laufe der Jahre haben die Kontrolle über Land und natürliche Ressourcen, Bewegungsbeschränkungen, die Kontrolle der Grenzübergänge und das Genehmigungssystem, das Finanzsystem sowie die Kontrolle über die Steuereinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde eine Struktur tiefgreifender wirtschaftlicher Abhängigkeit geschaffen.

Während Israel die Palästinenser dazu ermutigte, innerhalb der Grünen Linie zu arbeiten, verfolgte es gleichzeitig eine Politik der Unterbindung oder Einschränkung unabhängiger palästinensischer Produktion und verhängte Beschränkungen für den Export und Import durch seine Kontrolle der für die palästinensische Wirtschaft wichtigen Handelsübergänge, insbesondere des Allenby-Übergangs – des einzigen direkten Grenzübergangs zwischen dem Westjordanland und dem Rest der Welt (mehr zur israelischen Kontrolle des Allenby-Übergangs siehe das Kapitel „Ein System von Bewegungsbeschränkungen“). Diese Maßnahmen behinderten die Entwicklung von Industrie und Handel sowie die Entfaltung des unternehmerischen und wirtschaftlichen Potenzials im Westjordanland und vertieften gleichzeitig die internen sozioökonomischen Ungleichheiten.

Seit Oktober 2023 hat Israel den Einsatz dieser Mechanismen erheblich intensiviert, wie in diesem Kapitel ausführlich dargelegt wird. Seit Jahren angewandte Maßnahmen werden nun mit beispielloser Härte durchgesetzt, was einer systematischen Politik der wirtschaftlichen Strangulierung gleichkommt. Dies äußert sich in der Verweigerung von Existenzgrundlagen, der Zerstörung ziviler und landwirtschaftlicher Infrastruktur, der Verschärfung der Kontrolle über Ressourcen und das Bankensystem sowie der Untergrabung der Fähigkeit öffentlicher Institutionen, grundlegende Dienstleistungen bereitzustellen. Die Auswirkungen gehen über unmittelbare wirtschaftliche Folgen hinaus: Sie führen zu einer Beeinträchtigung des Bildungs- und Gesundheitssystems, zu einer Verschärfung von Armut und Ernährungsunsicherheit sowie zur Zerstörung der über Jahrzehnte aufgebauten materiellen und sozialen Infrastruktur. Dieses Kapitel bietet einen umfassenden Überblick über die systemischen Methoden, mit denen Israel die wirtschaftliche Fähigkeit der Palästinenser im Westjordanland untergräbt, ihren Lebensunterhalt zu sichern und eine Zukunft für kommende Generationen aufzubauen.

Historische Grundlagen: Die Unterordnung der palästinensischen Wirtschaft

Seit der Besetzung des Westjordanlands hat Israel die palästinensische Wirtschaft durch eine Kombination aus militärischer, bürokratischer und wirtschaftlicher Kontrolle umgestaltet. Neben der Übernahme der Kontrolle über Land, Wasserquellen und natürliche Ressourcen führte es ein System aus Genehmigungen und Beschränkungen ein, das nahezu jeden Aspekt der palästinensischen Wirtschaftstätigkeit der Genehmigung durch israelische Behörden unterwarf – vom Verkehr von Arbeitskräften und Gütern über die Errichtung von Fabriken, das Bohren von Brunnen, den Straßenbau und den Anschluss an die Infrastruktur bis hin zu Exporten, Importen und der Erschließung von Industriegebieten. Gleichzeitig förderte Israel den Einsatz palästinensischer Arbeitskräfte auf dem israelischen Arbeitsmarkt, vor allem im Bauwesen, in der Landwirtschaft und in der arbeitsintensiven Industrie, während es gleichzeitig die Möglichkeiten zum Aufbau eigenständiger Beschäftigungsquellen im Westjordanland einschränkte. All dies hat dazu geführt, dass die Einkommens- und Entwicklungsmöglichkeiten der palästinensischen Gesellschaft zunehmend von den Entscheidungen Israels abhängig gemacht wurden.

Die Erste Intifada, 1987

Über zwei Jahrzehnte hinweg, von der Besetzung des Westjordanlands bis zum Ausbruch der Ersten Intifada im Jahr 1987, verwandelte Israel das Westjordanland und den Gazastreifen in einen unterworfenen Wirtschaftsraum: eine Quelle billiger Arbeitskräfte für die israelische Wirtschaft, einen Absatzmarkt für israelische Waren und ein Gebiet, in dem lokale Produktion, unabhängiger Handel und wirtschaftliche Entwicklung systematisch eingeschränkt wurden. Der palästinensische Volksaufstand gegen die israelische Militärherrschaft (die Erste Intifada) war unter anderem ein organisierter Versuch, die Mechanismen der wirtschaftlichen Abhängigkeit in Frage zu stellen. Die Anführer des Aufstands organisierten Handelsstreiks, ermutigten Arbeiter, ihren Arbeitsplätzen in Israel und den Siedlungen fernzubleiben, initiierten einen Boykott israelischer Produkte und riefen zu einer Steuerrevolte auf. Gleichzeitig bemühten sich Volkskomitees darum, Bildungs- und Gesundheitsdienste bereitzustellen, lokale Produktionsinitiativen zu entwickeln, Gemüse für den Eigenbedarf anzubauen und Produktionsgenossenschaften zu gründen, um israelische Produkte zu ersetzen. Diese Maßnahmen zielten darauf ab, unter den einschränkenden Bedingungen der israelischen Besatzung einen Raum wirtschaftlicher und sozialer Unabhängigkeit zu schaffen.

Der palästinensische Wirtschaftsprotest deckte Schwachstellen in der Struktur der israelischen Kontrolle auf. Arbeiterstreiks und Massenabwesenheiten schadeten israelischen Wirtschaftszweigen, die auf palästinensische Arbeitskräfte angewiesen waren, insbesondere im Baugewerbe und in der Landwirtschaft, während Ladenschließungen und Handelsstreiks das tägliche Leben im Westjordanland beeinträchtigten, was sich indirekt auch auf Israel auswirkte. Der Boykott israelischer Produkte verringerte die Einnahmen israelischer Lieferanten, und die Steuerrevolte stellte die Idee der israelischen Kontrolle, die teilweise von der unter ihrer Herrschaft stehenden Bevölkerung finanziert wird, direkt in Frage. Die Wirtschaft wurde somit zu einem zentralen Schauplatz offener Konfrontation. Israel ging gegen die palästinensischen Proteste vor, indem es gewaltsam in Geschäfte eindrang, Waren und Eigentum beschlagnahmte, Steuern mit Gewalt eintrieb, Betriebe schloss, Verhaftungen vornahm, Ausgangssperren verhängte und die Bewegungsfreiheit einschränkte. Die Volkskomitees, die eine gemeinschaftsbasierte Alternative zu den Kontrollmechanismen schaffen wollten, wurden verboten (mehr zu den palästinensischen Volkskomitees siehe das Kapitel „Soziale und politische Zerstörung“). Diese Erfahrung zeigte, dass wirtschaftliche Kontrolle nicht bloß eine Folge der Besatzung ist, sondern einer der grundlegenden Mechanismen, die sie aufrechterhalten.

Die Osloer Abkommen und das Pariser Protokoll (Wirtschaftsanhang)

Die Osloer Abkommen und ihr wirtschaftlicher Anhang, das Pariser Protokoll (1994), haben das Unterordnungsverhältnis nicht aufgelöst. Vielmehr schufen sie einen neuen institutionellen Rahmen, der die strukturelle Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel durch mehrere Mechanismen festigte: den Palästinensern eine eigenständige nationale Währung vorzuenthalten und die Verwendung des israelischen Schekels beizubehalten, das palästinensische Bankensystem dem israelischen System unterzuordnen sowie den Außenhandel und den Warenfluss in das Westjordanland und aus diesem heraus zu kontrollieren. Das Protokoll überließ Israel die Kontrolle über die Grenzübergänge, die Zoll- und Einfuhrpolitik, die Erhebung von Einfuhrsteuern und der Mehrwertsteuer im Auftrag der Palästinensischen Autonomiebehörde, den Währungsbereich sowie weitere zentrale Mechanismen der Wirtschaftstätigkeit.

Gleichzeitig stellte die Aufteilung des Westjordanlands in die Zonen A, B und C sicher, dass der Großteil der Landreserven, natürlichen Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten als Teil der Zone C unter vollständiger israelischer Kontrolle blieb. Der Aufbau von Infrastruktur, Industriegebieten, Energieanlagen und die landwirtschaftliche Entwicklung unterlagen weiterhin einem israelischen Planungs- und Genehmigungssystem. Diese Maßnahmen zementierten eine Wirtschaftsstruktur, die eine unabhängige palästinensische Entwicklung einschränkt und gleichzeitig die wirtschaftlichen Lebensbedingungen im Westjordanland unter israelischer Kontrolle belässt. Zwischen 1994 und 1997 verhängte Israel eine Reihe von Abriegelungen, die das Westjordanland vom Gazastreifen abschnitten, palästinensische Arbeiter daran hinderten, ihre Arbeitsplätze in Israel zu erreichen, die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen ließen und die Wirtschaftstätigkeit drastisch einschränkten.

Im Rahmen des im Pariser Protokoll festgelegten „Einnahmeabwicklungsmechanismus“ verpflichtete sich Israel, im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde Steuern einzuziehen, die den Großteil ihres Haushalts ausmachen, und behielt damit die direkte Kontrolle über die Haupteinnahmequelle der PA. Der Abwicklungsmechanismus ermöglicht es Israel, die Überweisung von Einnahmen zu verzögern oder einzufrieren und Mittel abzuziehen, um politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Tatsächlich hat Israel diese Macht genutzt, um Vergeltungsmaßnahmen gegen internationale Fortschritte der Palästinensischen Autonomiebehörde zu ergreifen. So verzögerte Israel beispielsweise 2012 die Überweisung von Steuereinnahmen als wirtschaftliche Sanktion,

nachdem Palästina als Beobachterstaat ohne Mitgliedschaft in die UNO aufgenommen worden war. Im Jahr 2015, nach dem Beitritt der Palästinensischen Autonomiebehörde zum Römischen Statut und zum Internationalen Strafgerichtshof, fror Israel eine weitere Überweisung ein, deren Höhe auf 127 Millionen US-Dollar geschätzt wurde. Im Jahr 2018 verabschiedete die Knesset das Gesetz zum Einfrieren und Einbehalten von Geldern, die von der Palästinensischen Autonomiebehörde im Zusammenhang mit Terrorismus gezahlt werden, aus den ihr von der israelischen Regierung überwiesenen Mitteln, das die Regierung ermächtigt, von den Zollabfertigungseinnahmen Beträge in Höhe der Zahlungen abzuziehen, die die PA an die Familien von in israelischen Gefängnissen inhaftierten Palästinensern leistet. Die Umsetzung begann im Jahr 2019, als das Sicherheitskabinett beschloss, weitere 502,7 Millionen ILS (~ 141,16 Millionen USD) abzuziehen, die Israel im Auftrag der Palästinensischen Autonomiebehörde eingezogen und nicht an deren Staatskasse überwiesen hatte.

Über Jahrzehnte hinweg hat Israel somit ein System zur Unterwerfung der Palästinenser aufgebaut, indem es deren Wirtschaft kontrollierte und dies als mächtiges politisches Druckmittel einsetzte. Der „Deal des Jahrhunderts“ der Trump-Regierung aus dem Jahr 2020 und die Vision eines „wirtschaftlichen Friedens“ folgten derselben Logik der Unterordnung, die bereits in den Osloer Abkommen verankert war: Den Palästinensern wird eine begrenzte Autonomie unter israelischer Kontrolle angeboten, basierend auf der Prämisse, dass Unabhängigkeit, Rechte und Souveränität durch materielle Vorteile ersetzt werden können.

Der Übergang zur vollständigen wirtschaftlichen Strangulierung

Seit Oktober 2023 hat Israel seinen Griff auf die palästinensische Wirtschaft so weit verschärft, dass es zu einer vollständigen wirtschaftlichen Strangulierung gekommen ist, die jeden Aspekt des Lebens im Westjordanland beeinträchtigt.

Unter dem derzeitigen Finanzminister Bezalel Smotrich ist die Zurückhaltung von Steuereinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) durch Verzögerungen und Abzüge zu einer systematischen Politik geworden, die offen darauf abzielt, den Zusammenbruch der PA herbeizuführen, da diese Mittel für die Bereitstellung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung sind. Im September 2025 erklärte Smotrich ausdrücklich, er werde alle möglichen Mittel einsetzen, „um die Gefahr eines palästinensischen Staates abzuwenden, einschließlich der Herbeiführung des Zusammenbruchs der Palästinensischen Autonomiebehörde [...] durch wirtschaftliche Strangulierung und die Aufhebung der Entschädigung für die israelischen Korrespondenzbanken, die mit ihr Geschäfte tätigen.“

Seit 2024 haben die Einbehaltungen und verzögerten Überweisungen von Abrechnungserlösen erheblich zugenommen und belaufen sich auf Hunderte Millionen Schekel pro Monat, die die Haupteinnahmequelle der PA darstellen. Diese Maßnahmen haben zu einer anhaltenden Liquiditätskrise geführt, die die Fähigkeit der PA beeinträchtigt, Gehälter im öffentlichen Dienst und Altersrenten zu zahlen sowie grundlegende Dienstleistungen im Westjordanland bereitzustellen.

Im Februar 2026 warnte der palästinensische Finanzminister Dr. Estephan Salameh, dass die Weigerung des israelischen Finanzministeriums, die Abrechnungserlöse zu überweisen, die PA in eine „existenzielle Krise“ gestürzt habe. Etwa zwei Monate später gab der palästinensische Ministerpräsident Mohammad Mustafa bekannt, dass die Überweisungen von Steuereinnahmen im vergangenen Jahr gänzlich eingestellt worden seien.

Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden im Westjordanland monatelang zurückgehalten, und wenn sie ausgezahlt werden, erhalten die Beschäftigten – darunter Lehrer und Schulpersonal, medizinisches Fachpersonal, Polizeibeamte und Beamte – nur einen kleinen Teil ihres Lohns. Im April 2026 erhielten die Beschäftigten der PA nur 2.000 ILS (~ 650 USD) von ihren Januar-Gehältern, mit dreimonatiger Verspätung. Der Restbetrag blieb unbezahlt. Unterdessen hält Israel etwa 14 Milliarden ILS (~ 425,1 Millionen USD) zurück, die es seit 2019 aus den Einnahmen der PA beschlagnahmt hat – eine Summe, die jeden Monat um etwa 400 Millionen ILS (~ 131,74 Millionen USD) anwächst.

Erstickung des Bankensystems

Neben der Einbehaltung von Steuereinnahmen hat Israels Politik schwere Störungen im palästinensischen Bankensystem verursacht, sodass dieses nun Gefahr läuft, vollständig vom israelischen und globalen System abgeschnitten zu werden. Palästinensische Banken im Westjordanland sind auf israelische Banken angewiesen, um Schecks einzulösen, Kreditkartenabrechnungen abzuwickeln, Einzahlungen vorzunehmen und Überweisungen zu tätigen. Israelische Banken bieten diese Dienstleistungen dank staatlicher Garantien in Form eines „Freistellungsschreibens“ an, das israelische Banken vor internationalen rechtlichen Konsequenzen aufgrund von Vorwürfen der Beihilfe zur Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung schützt. Seit Oktober 2023 und insbesondere in den Jahren 2024–2026 hat die israelische Regierung die Verlängerung dieser Freistellungsschreiben als Druckmittel eingesetzt. Anstatt die Erklärungen auf einer stabilen, langfristigen Basis zu verlängern, hat Israel die Verlängerungen verzögert, mit einer Aufhebung gedroht und die Regelung nur für kurze Zeiträume verlängert, wodurch der weitere Betrieb der palästinensischen Banken in große Unsicherheit gestürzt wurde – einschließlich ihrer Fähigkeit, Gelder nach und aus Israel zu überweisen und normale Geschäftstätigkeiten zu unterstützen.

Da palästinensische Banken zudem von der Bank of Israel abhängig sind, wurde ihre Fähigkeit eingeschränkt, überschüssiges Bargeld aufzunehmen, das sich in den Banktresoren im Westjordanland angesammelt hat. Palästinensische Banken haben daher Obergrenzen für Bareinzahlungen eingeführt, was die Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Palästinensische Geschäftsinhaber sind nicht in der Lage, von Kunden erhaltene Zahlungen auf ihre Konten einzuzahlen und haben Schwierigkeiten, Überweisungen für Bestellungen bei Lieferanten zu tätigen.

Jalal Zayed, 33, Vater von zwei Kindern aus dem Stadtteil Kafr ‘Aqab im Norden Jerusalems, der einen Tabakladen betreibt, berichtete B’Tselem:

„Anfang 2025 begannen Unternehmensvertreter und Großhändler anzudeuten, dass sie bald keine Barzahlungen in Schekel mehr akzeptieren würden, da die Banken ihnen mitgeteilt hatten, es gebe ein Problem mit der Anhäufung großer israelischer Bargeldreserven […]. Wir hatten keine andere Wahl, als unser israelisches Bargeld gegen Fremdwährungen umzutauschen, doch das zwang uns dazu, Fremdwährungen bei Geldwechslern zu kaufen, die diese zu Kursen verkaufen, die über den offiziellen Wechselkursen liegen, während die Unternehmen über ihre Vertreter und die Großhändler nur zum offiziellen Wechselkurs verkaufen. Dies verursachte mir im Durchschnitt einen Verlust von 12–15 ILS (~ 3,90–4,90 USD) pro 100 USD zwischen Kauf und Verkauf. Diese Maßnahmen zwangen uns Ladenbesitzer dazu, den Preis für eine Packung Zigaretten für die Verbraucher um einen Schekel zu erhöhen […], um den Verlust auszugleichen, der durch die Bezahlung in Fremdwährung entstanden war.“

Später wurde die Möglichkeit der Barzahlung wiederhergestellt, jedoch zu einem Preis:

„[…] die Unternehmen teilten uns mit […], dass sie ab diesem Tag wieder Barzahlungen in Schekel akzeptieren würden, im Gegenzug dafür, dass der Preis für jede Stange Zigaretten – bestehend aus 10 Packungen – um 10 ILS (~ 3,33 USD) angehoben würde. Sie boten uns auch eine weitere Option an: Barzahlung in Fremdwährung oder per Banküberweisung. […] Für uns Ladenbesitzer war dies die bessere Option, da wir so Zigaretten zum alten Preis verkaufen konnten. Doch dann stellten wir fest, dass die Banken eine Obergrenze für monatliche Einzahlungen festgelegt hatten. Zuvor gab es keine Obergrenze, und wir konnten jeden beliebigen Betrag einzahlen. Die festgelegte Einzahlungsobergrenze betrug 5.000 ILS (~ 1.625 USD) pro Monat, was für ein Geschäft nicht einmal für die Einnahmen eines einzigen Tages ausreicht. Nach mehreren Versuchen bei den Banken erklärten sich die palästinensischen Banken bereit, meine Einzahlungsobergrenze auf 10.000 ILS (~ 3.250 USD) pro Monat anzuheben, doch das löst das Problem immer noch nicht. Allein die Zigaretten, die ich jeden Monat kaufe, haben einen Wert von mindestens 60.000 ILS (~ 19.525 USD), und obwohl ich zwei Banken nutze, kann ich insgesamt nur 20.000 ILS (~ 6.500 USD) pro Monat einzahlen, jeweils 10.000 bei jeder. Was soll ich den Rest des Monats tun?“ | Vollständiger Bericht

Die aktuelle Lage: Eine zerstörte Wirtschaft

Im Westjordanland leben derzeit etwa 3,46 Millionen Palästinenser. Obwohl es sich um eine wachsende Bevölkerung handelt, die wirtschaftliche Entwicklung benötigt, schränkt Israel die Infrastruktur für eine solche Entwicklung ein. Seit der Besetzung des Westjordanlands kontrolliert Israel effektiv den Großteil des Landes, des Wassers und der natürlichen Ressourcen dort. Seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge und insbesondere in Gebiet C – das mehr als 60 % des Westjordanlands ausmacht und die meisten Landreserven für Wohnungsbau, Industrie und Landwirtschaft umfasst – hat Israel die Kontrolle über Land, Raumordnung und Baugenehmigungen behalten und nutzt diese zum Vorteil der israelischen Bevölkerung und der Siedlungen, während den Palästinensern der Zugang verwehrt wird. Zwischen 2000 und 2022 führten die israelischen Beschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit in Gebiet C zu einem jährlichen Einkommensverlust für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in Höhe von etwa 25,3 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP), was insgesamt 50 Milliarden US-Dollar ausmachte.

Entzug von Arbeitsgenehmigungen

Seit Oktober 2023 hat Israel fast alle Genehmigungen widerrufen, die es Palästinensern aus dem Westjordanland ermöglichten, innerhalb der Grünen Linie zu arbeiten, wodurch mehr als 140.000 Menschen von ihrer Haupteinkommensquelle abgeschnitten wurden. Die Durchschnittslöhne in Israel sind doppelt so hoch wie im Westjordanland, und der Verlust dieser Arbeitsplätze führte dazu, dass die Lohneinkünfte im Westjordanland von 4,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 auf nur noch 532 Millionen US-Dollar im Jahr 2024 einbrachen. Zudem haben palästinensische Arbeitskräfte, die in den letzten Jahrzehnten innerhalb der Grünen Linie gearbeitet haben, nun Schwierigkeiten, auf dem begrenzten Arbeitsmarkt des Westjordanlands Alternativen zu finden, und einige sind gezwungen, das Risiko einzugehen, Gebiete innerhalb der Grünen Linie ohne Genehmigung zu betreten, wodurch sie sich beim Versuch, die Trennmauer zu überqueren, der Gefahr von Stürzen aus der Höhe sowie gewaltsamen Festnahmen, Ausbeutung und sogar dem Tod aussetzen. Nach Angaben von B’Tselem wurden zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 30. Juni 2026 mindestens 27 Palästinenser bei dem Versuch getötet, die Trennmauer zu überqueren, um zur Arbeit zu gelangen. Achtzehn wurden direkt durch Schüsse israelischer Streitkräfte getötet, und mindestens sechs kamen ums Leben, während sie flohen oder nachdem sie beim Versuch, die Trennmauer zu überklettern, von dieser gestürzt waren.

Muhammad ‘Amru, 21, ein Einwohner von Beit a-Rush a-Tahta, der früher innerhalb der Grünen Linie im Baugewerbe arbeitete, sagte gegenüber B’Tselem:

„Ich arbeite im Baugewerbe in Israel und reise normalerweise mit einer Arbeitserlaubnis ein. Seit dem Krieg werden keine Erlaubnisse mehr ausgestellt, und wegen der schwierigen finanziellen Lage musste ich die Barriere überklettern, die Israel westlich meines Dorfes errichtet hat, und ohne Erlaubnis zur Arbeit gehen.“

‘Amru beschrieb, was geschah, als er zusammen mit drei Brüdern – Najm a-Din, Salah a-Din und Nur a-Din aus der Familie Shawamreh – versuchte, die Trennmauer zu überqueren:

„Wir erreichten die Mauer gegen 17:00 Uhr, und alles schien ruhig zu sein. Der Fahrer setzte uns in der Nähe der Mauer ab und fuhr sofort wieder weg. Vor Ort befand sich eine Strickleiter, und als einer der Brüder begann, diese hinaufzuklettern, begann die Schießerei: „Najm a-Din kletterte fünf Sprossen hoch, bis auf etwa anderthalb Meter, und dann wurden plötzlich Schüsse auf uns abgefeuert.“

‘Amru beschrieb, wie Najm a-Din getroffen wurde und auf ihn fiel, und wie die Schießerei weiterging, selbst als andere versuchten zu fliehen oder zu helfen:

„Sobald Salah a-Din die Leiter hinaufkletterte, begann die Schießerei erneut, und ich sah, wie Kugeln seinen Körper durchschlugen. Später saß Nur a-Din auf dem Boden, stand auf, um Salah a-Din zu helfen, wurde jedoch von einer Kugel in den Kopf getroffen und fiel sofort um.“

Najm und Salah a-Din wurden bei der Schießerei getötet, und ihr Bruder Nur a-Din wurde verletzt. Während einige Soldaten die angeschossenen Brüder evakuierten, nahmen andere ‘Amru am Tatort fest, legten ihm Handschellen an, verbanden ihm die Augen und zwangen ihn, sich auf den Boden zu setzen. Zwei Stunden lang misshandelten die Soldaten ‘Amru, versetzten ihm wiederholt Stromstöße mit einem Elektroschocker, bis er das Bewusstsein verlor, verhörten ihn, beschimpften ihn und fotografierten ihn. Anschließend setzten sie ihn in einen Militärjeep und fuhren ihn zu einer nahegelegenen Militärbasis, wo man ihm 5.400 ILS (~ 1.470 USD) abnahm, die er bei sich hatte. Er wurde in einem Raum festgehalten, mit Handschellen gefesselt und mit verbundenen Augen, bis etwa 2:00 Uhr morgens. Während seiner Festhaltung auf der Basis versetzten ihm die Soldaten mindestens noch einmal Stromstöße. Um 2:00 Uhr morgens händigten sie ihm eine Vorladung zur Vernehmung aus und fuhren ihn in das Gebiet von Fqeiqis im Bezirk Hebron, wo sie anhielten und ihn aus dem Jeep warfen. ‘Amru gelang es, das nahegelegene Khirbet Salamah zu erreichen, und er rief seine Familie an. Diese brachte ihn in ein Krankenhaus in Dura, wo er untersucht und nach Hause entlassen wurde.

Wirtschaftliche Not treibt palästinensische Arbeiter dazu, fast jedes Mittel zu ergreifen – wie demütigend es auch sein mag –, um ihre Familien zu ernähren. Am 13. April 2026 wurde ein aus dem Westjordanland kommender Müllwagen am Kontrollpunkt Cross-Samaria angehalten. Aufnahmen des Vorfalls zeigten etwa 60 Palästinenser, die nacheinander aus dem Laderaum des Wagens stiegen, umringt von zahlreichen Beamten der Grenzpolizei, die ihre Waffen auf sie richteten und Befehle brüllten.

Die Auswirkungen des Entzugs von Arbeitserlaubnissen reichen weit über den Schaden für die Arbeiter selbst hinaus. Das Einkommen, das sie aus Israel nach Hause brachten, war ein wichtiger Faktor, der die lokale Wirtschaft im Westjordanland maßgeblich stützte, einschließlich Unternehmen, Handel und Dienstleistungen. Als dieses Einkommen wegfiel, litt die wirtschaftliche Aktivität dieser Unternehmen. Daher hat der Entzug von Arbeitserlaubnissen durch Israel fast jeden Palästinenser im Westjordanland betroffen, sei es direkt oder indirekt.

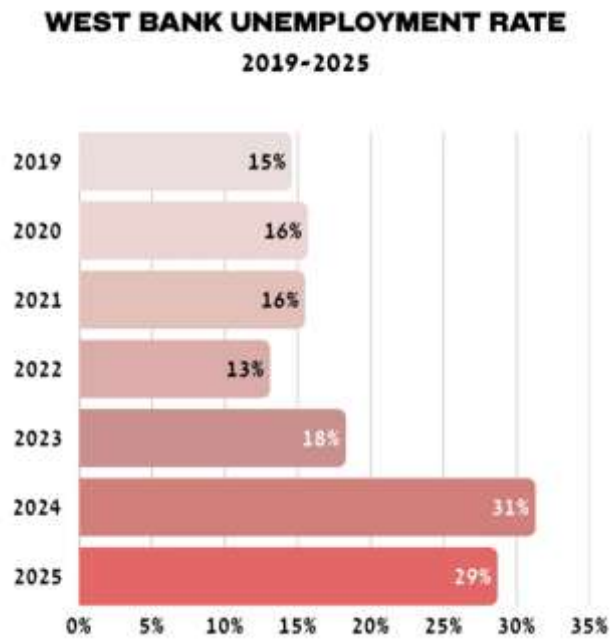
Schon vor dem pauschalen Entzug im Oktober 2023 diente das Genehmigungssystem als direktes Instrument der Kontrolle und kollektiven Bestrafung, und Arbeitsgenehmigungen wurden oft

willkürlich entzogen, ohne Erklärung oder Begründung. B'Tselem hat zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen Hunderten von Palästinensern die Arbeitsgenehmigung entzogen wurde – allein aufgrund ihres Nachnamens, ihres Wohnorts, des Vorwurfs der Beteiligung an gewaltsamem Widerstand oder sogar bloß der Befürchtung, sie könnten dies tun. In einigen Fällen wurden Angehörigen von Palästinensern, die durch Schüsse des israelischen Militärs zu Schaden gekommen waren, die Arbeitserlaubnisse entzogen, wie im Fall von Nabil Ghanem. Familien werden somit doppelt geschädigt: Ein Familienmitglied wird getötet oder inhaftiert, und andere verlieren ihre Existenzgrundlage.

Soziale Folgen des Entzugs von Arbeitserlaubnissen

Seit Oktober 2023 befindet sich das Westjordanland in einer schweren Beschäftigungskrise mit gravierenden Folgen für das soziale und wirtschaftliche Gefüge. Durch den Entzug der Arbeitserlaubnisse sind Arbeitnehmer und ihre Familien ohne stabile Einkommensquelle geblieben, was die Familien in tiefe, anhaltende Not getrieben hat: Viele haben Schulden aufgenommen, Eigentum verkauft, ihre Ausbildung abgebrochen und nicht lebensnotwendige Ausgaben gekürzt. Die Arbeitslosenquote im Westjordanland, die 2022 bei 13,1 % lag, stieg 2024 auf über 31,3 % und lag 2025 bei 28,7 %.

Die Arbeitslosenkrise hat junge Menschen besonders hart getroffen. Nach Angaben des palästinensischen Zentralamts für Statistik war im Jahr 2025 fast die Hälfte aller jungen Menschen (im Alter zwischen 18 und 29 Jahren) im Westjordanland weder erwerbstätig noch in einem Bildungs- oder Berufsbildungsprogramm eingeschrieben. Unter jungen Menschen mit einem Abschluss oder höher lag die Arbeitslosenquote bei 36,1 %. Eine Aufschlüsselung nach Geschlecht zeigt eine höhere Quote bei Frauen (44,4 %) im Vergleich zu 33,8 % bei Männern.



Quelle: Palästinensisches Zentralamt für Statistik (PCBS)

Ähnlich wie der Entzug von Arbeitserlaubnissen hat auch die Manipulation der Sicherheitsüberprüfungsgebühren durch die Palästinensische Autonomiebehörde vielen Bewohnern des Westjordanlands finanziellen Schaden zugefügt. Beamte, die einst als stabile Mittelschicht galten, erhalten nun nur noch Teilgehälter, die oft viele Monate im Rückstand sind. Dies untergräbt die Kaufkraft weiter und fügt den Unternehmen, die auf diese Verbraucher angewiesen waren, noch größeren Schaden zu.

Unter diesen Umständen, da die Lebensgrundlagen wegfallen und den Haushalten keine alternativen Einkommensquellen zur Verfügung stehen, geraten Familien in finanzielle Schwierigkeiten, die selbst den Zugang zu Grundnahrungsmitteln unmöglich machen. Sahab Baramkah, 56, eine fünffache Mutter aus der Stadt Burin, schilderte gegenüber B'Tselem, wie sie und ihre Familie in Armut gerieten und Schwierigkeiten hatten, Lebensmittel zu kaufen, nachdem ihr Mann und ihre Söhne ihre Arbeitsplätze in Israel verloren hatten:

„Ich arbeite als Reinigungskraft in der Stadtklinik und erhalte ein monatliches Gehalt von 2.000 ILS (~ 655 USD). Früher habe ich auch privat in den Wohnungen von Stadtangestellten gearbeitet; jede Frau oder Familie, die jemanden brauchte, der die Fenster oder Teppiche putzt oder andere Hausarbeiten erledigt, habe ich unterstützt. [...]

Auch mein Mann hatte ein Einkommen. Er arbeitete in Israel. Gott sei Dank lief es gut für uns und wir mussten von niemandem Geld annehmen. Wir kauften alles, was wir brauchten: Essen und Trinken, Kleidung und das Nötigste. Doch nach dem Krieg gegen den Gazastreifen wurde unser Leben auf den Kopf gestellt, und auf einen Schlag änderte sich alles. Mein Mann und unsere drei Söhne verloren alle ihre Arbeit in Israel. Wir wurden zu vier Familien ohne Einkommensquelle, abgesehen von meinem bescheidenen Verdienst, von dem wir nur 1.000 ILS (~ 330 USD) behalten, da ich immer noch einen Kredit in Höhe von 50.000 ILS (~ 16.400 USD) abbezahle, den ich vor einigen Jahren bei der Bank aufgenommen hatte, um meinem Sohn Muhammad (29) bei seinen Hochzeitskosten zu helfen. [...] Doch nach seiner Hochzeit, nur wenige Monate später, begann der Krieg, und er verlor seine Arbeit, nachdem Israel seine Grenzen für palästinensische Arbeiter geschlossen hatte.

Muhammad versuchte, sich heimlich nach Israel zu schleichen, um dort zu arbeiten, wurde jedoch mehrmals erwischt und sitzt nun im Gefängnis. Er wurde zu acht Monaten Haft verurteilt, weil er ohne Genehmigung nach Israel eingereist war. Mein Sohn 'Abdallah, 30, Vater von vier Kindern, von denen das älteste sechs Jahre alt ist, wurde vor einigen Monaten ebenfalls verletzt, als Soldaten ihm ins Bein schossen, als er versuchte, sich zur Arbeit nach Israel zu schleichen.

[...] Etwa einen Monat nach seiner Verletzung, nachdem er sich erholt hatte, war ich überrascht, als er sagte, er wolle wieder nach Israel gehen. Die Situation ist wahnsinnig; Menschen sterben. Ich schrie ihn an: Geh nicht! Du wirst sterben. Bist du verrückt?" Er antwortete, er habe kein Geld, um seine Kinder zu ernähren. [...]

Obendrein weiß ich nicht einmal, wann ich meinen Lohn bekomme, der ohnehin schon sehr gering ist, da die Palästinensische Autonomiebehörde Schwierigkeiten hat, die Gehälter zu zahlen. Es ist unmöglich zu wissen, ob ich ihn erst nach 40, 50 oder 60 Tagen bekomme. Vor ein paar Tagen hörte ich, wie die Angestellten darüber sprachen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde in den nächsten sechs Monaten keine Gehälter zahlen könne." | *Vollständige Aussage*

Schäden an der Infrastruktur

Seit 1967 fügt Israel der Infrastruktur sowie den materiellen und institutionellen Voraussetzungen, die für den Fortbestand einer Gesellschaft notwendig sind, Schaden zu, darunter: Wasser- und Energieversorgungsnetze, sanitäre Infrastruktur sowie der Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und Kliniken. Diese Kontrolle über die Infrastruktur hält die Abhängigkeit von Israel aufrecht, zwingt palästinensische Gemeinschaften dazu, die Kosten für die Behebung der von Israel verursachten Schäden zu tragen, und beeinträchtigt ihre Fähigkeit, ein stabiles Leben zu führen und für die Zukunft zu planen. Die Grundvoraussetzungen für das Überleben von

Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften sind seit Oktober 2023 angesichts der allgemeinen Verschärfung der Einschränkungen in Bezug auf Bewegungsfreiheit, Arbeit und Handel im Westjordanland weiter beeinträchtigt worden.

Strom

Das palästinensische Energiesystem, einschließlich der Stromversorgung, hängt fast ausschließlich von Entscheidungen ab, die in Israel getroffen werden. Der Bau von Infrastruktur zur Stromerzeugung erfordert den Zugang zu freiem Land, das, wie bereits erwähnt, größtenteils in Gebiet C liegt, wo Israel die volle Kontrolle über Planung und Bau behält. Da Israel auch die Übertragungs- und Anschlussinfrastruktur kontrolliert, entscheidet es über den Ausbau von Stromleitungen und den Anschluss an das Stromnetz, wobei es in vielen Fällen die Bedürfnisse der palästinensischen Gemeinden missachtet.

Sowohl offizielle Institutionen als auch Siedler unterbinden lokale Initiativen zur Erschließung alternativer Energiequellen. Im Laufe der Jahre haben israelische Behörden wiederholt Solaranlagen abgerissen oder beschlagnahmt, mit der Begründung, diese seien ohne Baugenehmigung installiert worden. Im März 2025 beispielsweise trafen Mitarbeiter der Zivilverwaltung in Begleitung von Soldaten und mit einem Bagger in der Gemeinde Badu a-Mu'arrajat East (Mleiḥat) im Jordantal ein und rissen Bauwerke sowie 18 Solarmodule ab – ein Beispiel dafür, mit welchem Aufwand selbst kleine Initiativen zur unabhängigen Energieerzeugung vereitelt werden.

In anderen Fällen haben Siedler Solarmodule mutwillig zerstört. Im Oktober 2025 beispielsweise drangen Siedler in die Gemeinde al-Meyte östlich von Tubas im Jordantal ein. Sie zerstörten etwa 16 Solarmodule und beschädigten weitere, wodurch das Stromnetz der Gemeinde lahmgelegt wurde. Einige Tage später drang eine weitere Gruppe von Siedlern in eine Wohnsiedlung in al-Farisiyah (Nab'a al-Ghazal), ebenfalls im Jordantal, ein und durchtrennte die Kabel, die die Solarmodule mit den Batterien verbanden, in denen der Strom gespeichert wurde. Die in der Siedlung lebenden Familien waren daraufhin ohne Strom.

Das Stromnetz im Westjordanland funktioniert innerhalb einer schwerfälligen Abhängigkeitsstruktur. Der größte Teil des Stroms wird von der Israel Electric Corporation bezogen, in lokale Netze eingespeist und an die Verbraucher verteilt – über palästinensische Verteilungsunternehmen, die Jerusalem District Electricity Company und lokale Behörden. Die Verbraucher zahlen an diese lokalen Stellen, die dann die Zahlungen für den bezogenen Strom an Israel weiterleiten sollen. Die Anzahl der beteiligten Stellen, die Zersplitterung der Anschlusspunkte sowie die Schwierigkeiten bei der Überwachung des Verbrauchs und beim Einzug der Zahlungen führen zusammen mit Haushaltsdefiziten dazu, dass Zahlungen nicht immer vollständig oder pünktlich überwiesen werden, wodurch sich Schulden gegenüber der Israel Electric Corporation anhäufen. Die israelischen Behörden begleichen diese Schulden durch Abzüge von den Zollabfertigungseinnahmen und kürzen die an die PA überwiesenen Beträge um Summen, die zur Deckung der Stromschulden bestimmt sind. Dadurch werden die innerhalb des lokalen Stromversorgungssystems entstandenen Schulden faktisch auf den allgemeinen Haushalt der PA verlagert.

In den Siedlungen hingegen baut Israel die Energieinfrastruktur aus und fördert die Errichtung von Solaranlagen im industriellen Maßstab. Das Ergebnis ist ein System, in dem die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland von importiertem Strom abhängig ist, Einschränkungen beim Aufbau einer eigenständigen Infrastruktur unterliegt und sogar bestehende Infrastruktur verliert, während in den Siedlungen errichtete Energieprojekte an das israelische Stromnetz angeschlossen sind und ausschließlich der Siedlerbevölkerung dienen.

Kochgas und Kraftstoff

Kochgas und Kraftstoff werden im Westjordanland nicht produziert, und die PA hat keine Kontrolle über deren Einfuhrstellen. Da diese Güter über von Israel kontrollierte Importwege ins Westjordanland gelangen, hängt ihre Versorgung von israelischen Mechanismen ab. In den letzten Jahren, insbesondere seit Oktober 2023, wurden im gesamten Westjordanland wiederholt Gas- und Kraftstoffengpässe dokumentiert. Diese Krisen äußerten sich in einer geringeren Anzahl einfahrender Tanklastzüge, Verzögerungen bei der Verteilung, Verkaufsbeschränkungen und langen Warteschlangen an Tankstellen und Kochgas-Verteilungszentren. Die Bewohner sind gezwungen, lange zu warten, um Gasflaschen zu erhalten oder ihre Fahrzeuge zu betanken, was manchmal erfolglos bleibt. Die Unsicherheit hinsichtlich der Versorgung, verstärkt durch die Instabilität der Stromversorgung, macht es äußerst schwierig, einen normalen Alltag aufrechtzuerhalten.

Während des israelisch-amerikanischen Angriffs auf den Iran im Juni 2025 wurde die von Israel für das Westjordanland genehmigte Kraftstoffquote Berichten zufolge um 40 % gekürzt. Die Bewohner sind nun gezwungen, tagelang auf die Wiederaufnahme der Kraftstofflieferungen zu warten, ohne zu wissen, ob oder wann dies geschehen wird. Die Kraftstoffknappheit behindert zudem den Zugang zu Arbeit, Bildung und medizinischer Versorgung und verschärft damit die bereits durch Bewegungsbeschränkungen verursachten Beeinträchtigungen. Auch kleine Unternehmen, Transportdienste und Landwirte sind betroffen, da die Kosten steigen und die Aufrechterhaltung der normalen Wirtschaftstätigkeit immer schwieriger wird.

Wasser

Unmittelbar nach der Besetzung des Westjordanlands im Jahr 1967 übernahm Israel dessen Wasserressourcen. Das Interimsabkommen von 1995 sah vor, dass Israel 80 % des Wassers aus dem Berg-Grundwasserleiter erhalten sollte. In der Praxis kontrolliert Israel die wichtigsten Grundwasserleiter und den Zugang zu Bohrungen und verhindert den Ausbau der Wasserinfrastruktur für die palästinensische Bevölkerung, insbesondere in Gebiet C. Infolgedessen sind viele palästinensische Gemeinden darauf angewiesen, Wasser privat zu kaufen und es mit Tankwagen zu transportieren, was mit hohen Kosten verbunden ist. Auch städtische Gebiete leiden unter erheblichen Unregelmäßigkeiten bei der Wasserversorgung.

Israel behauptet, es handle im Einklang mit den Vereinbarungen, die im Interimsabkommen von 1995 mit der PLO festgelegt wurden. Diese vorübergehenden Vereinbarungen waren jedoch nur für eine Dauer von fünf Jahren gedacht und berücksichtigten das Bevölkerungswachstum der Palästinenser nicht. Seit der Unterzeichnung des Pariser Protokolls im April 1994 hat sich die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland mehr als verdoppelt: von etwa 1,57 Millionen im Jahr 1996 auf mehr als 3,46 Millionen im Jahr 2026. Dennoch beschränkt Israel weiterhin die Wassermengen, die die Palästinenser pumpen dürfen, was in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steht und die Palästinensische Autonomiebehörde zwingt, den Fehlbetrag durch den Kauf von Wasser von Mekorot auszugleichen. Das von Mekorot bezogene Wasser ist ein zentraler Bestandteil der Wasserversorgung im Westjordanland, und die hohen Kosten haben zu einer erheblichen Verschuldung der PA beigetragen.

Zusätzlich zur Einschränkung der Wasserversorgung beschädigen israelische Behörden direkt die Infrastruktur zur Wasserspeicherung, Bohrung und -beförderung im Westjordanland. Zwischen 2012 und 2022 dokumentierte B'Tselem 234 Vorfälle von Schäden an Wasserquellen und -infrastruktur durch offizielle israelische Streitkräfte, darunter die Zerstörung von 112 Zisternen, 77 Beschlagnahmungen von Wassertanks und Dutzende weiterer Vorfälle, bei denen Wasserleitungsnetze und Reservoirs zerstört wurden. So wurde beispielsweise Ende Juli 2023 dokumentiert,

wie Militärkräfte im Dorf al-Hijrah südlich von Hebron Brunnen, die von Anwohnern genutzt wurden, mit Beton versiegelten – mit der Begründung, die Bohrungen seien illegal, erschöpften die Wasservorräte oder könnten das Grundwasser verunreinigen.

Auch von Siedlern wurde wiederholt dokumentiert, dass sie die Wasserinfrastruktur beschädigten, unter anderem durch den Diebstahl von Wassertanks und die Blockade des Zugangs zu Zisternen. An vielen Orten im gesamten Westjordanland haben Siedler von Anwohnern genutzte Quellen in Besitz genommen und verhindern oder beschränken nun mit militärischer Unterstützung den Zugang der Palästinenser zu diesen. So protestieren beispielsweise die Bewohner von a-Nabi Saleh seit langem gegen die Übernahme der nahegelegenen al-Qaws-Quelle durch Siedler, und die Bewohner von Qaryut werden wiederholt von Siedlern, die von Soldaten eskortiert werden, vom Zugang zu lokalen Quellen abgehalten.

Im Gebiet Ras ‘Ein al-‘Auja im Jordantal werden Wasserquellen, die früher die lokalen Gemeinden versorgten, nun von Siedlern kontrolliert, während von Palästinensern angelegte Kanäle und Wasserbecken in Touristenattraktionen ausschließlich für Israelis umgewandelt wurden. Die Übernahme der Wasserquellen in diesem Gebiet war ein entscheidender Faktor dafür, dass die lokale Gemeinschaft im Januar 2026 schließlich vertrieben wurde.

Im Februar 2026 wurde dokumentiert, wie Siedler die Infrastruktur einer palästinensischen Pumpstation in ‘Ein Samia nördlich von Ramallah zerstörten, die etwa 100.000 Einwohner von mehr als 20 Gemeinden mit Wasser versorgt. Aufnahmen von Überwachungskameras zeigen maskierte Personen, die eine Wasserleitung durchbohren. Durch den Schaden wurde die Wasserversorgung der Einwohner für mehr als 12 Stunden unterbrochen.

Sanitärversorgung, Abwasser und Abfall

Seit 1967 und insbesondere seit der Unterzeichnung der Osloer Abkommen kontrolliert Israel die Rahmenbedingungen für die Planung und den Bau der Abwasserinfrastruktur, der Abwasserbehandlung und der Abfallentsorgung im Westjordanland. Im Jahr 2009 dokumentierte B’Tselem, dass 90 % bis 95 % des in palästinensischen Gemeinden anfallenden Abwassers überhaupt nicht behandelt wurden. Im Jahr 2020 waren nur 54 % der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland an die Kanalisation angeschlossen, sodass der Rest auf Klärgruben angewiesen war und für deren Entleerung bezahlen musste oder das Abwasser in Wadis und offene Flächen einleiten ließ, was Wasserquellen und die Umwelt schädigte.

Selbst dort, wo eine Wasser- oder Abwasserinfrastruktur vorhanden ist, erfordert jede Reparatur oder Neuinstallation die Genehmigung und Abstimmung mit der Zivilverwaltung, wenn die Leitungen, die palästinensische Gemeinden verbinden, durch Gebiet C verlaufen. Darüber hinaus wurden Projekte für palästinensische Kläranlagen eingefroren, verzögert oder an Auflagen geknüpft, die ihre Kosten in die Höhe treiben und sie den Bedürfnissen der Siedlungen unterordnen.

Verzögerungen beim Ausbau der Abwasserinfrastruktur im Westjordanland und die Vernachlässigung des Themas durch die israelischen Behörden haben dazu geführt, dass die Siedlungen ihr Abwasser selbst auf Felder sowie in Bäche und Täler einleiten. Im Jahr 2007 waren beispielsweise nur 81 von 121 Siedlungen an Kläranlagen angeschlossen. Etwa 12 Millionen Kubikmeter Abwasser aus den Siedlungen wurden geklärt, während 5,5 Millionen Kubikmeter als Rohabwasser in Bäche und Täler des Westjordanlands eingeleitet wurden. Mehr als ein Jahrzehnt später hatte sich die Situation nicht wesentlich geändert: Im Jahr 2021 wurden etwa 35 Millionen Kubikmeter Abwasser aus rund 50 Siedlungen auf landwirtschaftliche Flächen und in Täler eingeleitet. Abwasser aus Siedlungen und israelischen Industriegebieten schädigt Ackerland und Ernten, beeinträchtigt die Lebensgrundlage der Landwirte und macht palästinensisches Land zu

einem Gesundheitsrisiko. Feldforschung und Laboruntersuchungen im Wadi Shakhit in der Region Hebron sowie rund um das Industriegebiet Immanuel östlich von Qalqiliyah ergaben, dass Abwasser, das menschliche Fäkalien und tierische Exkremente enthielt, über weite Strecken aus israelischen Siedlungen floss, Ernten schädigte und palästinensisches Land unbrauchbar machte. Die untersuchten Gemeinden berichteten von Verlusten von bis zu 70 % ihrer Olivenernte und 50 % bis 70 % ihres jährlichen landwirtschaftlichen Einkommens.

Im Bereich der festen Abfälle schränkt die israelische Planungs- und Kontrollpolitik die Möglichkeiten der palästinensischen Behörden, eine angemessene Infrastruktur aufzubauen und weiterzuentwickeln, erheblich ein. Das Gebiet um Hebron und Bethlehem, in dem fast 1 Million Menschen leben, ist ein klarer Fall von Unterinvestition in die Abfallinfrastruktur: Im Jahr 2019 fielen dort täglich etwa 800 Tonnen Abfall an, von denen der größte Teil auf nicht regulierten Deponien abgelagert oder illegal verbrannt wurde.

Derzeit sind im Westjordanland nur zwei Deponien in Betrieb. Für das zentrale Westjordanland gibt es keine Deponie, und die 2009 geplante Deponie in Rammun wurde bis heute nicht errichtet, da sie in Gebiet C liegt und einer israelischen Genehmigung bedarf. Da es in der Nähe keine zugängliche Entsorgungsinfrastruktur gibt und die Transportkosten hoch sind, sind die palästinensischen Kommunalbehörden und Gemeinden gezwungen, Abfälle zu verbrennen oder illegal zu entsorgen. In einem Bericht aus dem Jahr 2023 zitierte der israelische Rechnungshof die Zivilverwaltung, die einräumte, dass die Hauptgründe für die Müllverbrennung durch Palästinenser das Fehlen genehmigter Deponien und die Unfähigkeit palästinensischer Gemeinden mit niedrigem sozioökonomischem Status seien, die Kosten für den Mülltransport zu decken.

Abgesehen von der Vernachlässigung bestehender Infrastruktur und der Behinderung neuer Bauvorhaben hat das israelische Militär in den letzten Jahren auch bereits vorhandene sanitäre Einrichtungen direkt beschädigt. Während der Operation „Eiserne Mauer“ wurden Abwasser- und Entwässerungsnetze, Müllcontainer und Müllwagen in Städten und Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlands beschädigt, wodurch der Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung für Zehntausende Menschen beeinträchtigt wurde. Im Bezirk Jenin wurden mehr als 3,3 Kilometer Abwassernetz und etwa 21,4 Kilometer Wasserleitungen schwer beschädigt. Ähnliche Schäden wurden in den Flüchtlingslagern Tulkarm und Nur Shams dokumentiert, wo militärische Aktivitäten schwere Schäden an 8,4 Kilometern Abwasser- und Entwässerungsleitungen sowie an etwa 15 Kilometern Wasserleitungen verursachten, auf die mehr als 27.000 Bewohner angewiesen sind.

Steinbrüche

Ein erheblicher Anteil der im Westjordanland betriebenen Steinbrüche befindet sich in israelischem Besitz, und ein Großteil ihrer Fördermengen – hauptsächlich Kies, Gips und Stein – wird beschlagnahmt und anschließend in Siedlungen im Westjordanland sowie innerhalb der Grünen Linie verwendet. Gleichzeitig erteilt Israel palästinensischen Unternehmen und Unternehmern keine vergleichbaren Genehmigungen und hindert sie damit effektiv daran, eine eigenständige Steinbruchindustrie aufzubauen. Die wenigen noch in Betrieb befindlichen Steinbrüche in palästinensischem Besitz sind wiederholten Razzien durch das Militär und die israelischen Behörden ausgesetzt, bei denen Ausrüstung beschlagnahmt, Infrastruktur zerstört und der Betrieb gestört wird, sowie gewalttätigen Angriffen durch Siedler.

Industriegebiete

Etwa 35 von Israel betriebene Industriegebiete sind im gesamten Westjordanland in Betrieb, die meisten davon in Gebiet C, und fünf weitere sollen in den kommenden Jahren errichtet werden. Fabriken und Unternehmen in diesen Gebieten profitieren vom Zugang zu Land, Wasser,

Infrastruktur und zum israelischen Markt sowie von verschiedenen wirtschaftlichen Anreizen. Gleichzeitig verhindert Israel die Einrichtung unabhängiger palästinensischer Industriegebiete. Industriegebiete in Siedlungen profitieren zudem von einer unzureichenden Durchsetzung des Arbeits- und Umweltrechts, wodurch palästinensische Arbeiter*innen Ausbeutung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Kommunikation und digitale Infrastruktur

Die israelische Kontrolle über die Kommunikationsinfrastruktur beeinträchtigt die Möglichkeiten der Palästinenser*innen, sich mit dem globalen Markt zu vernetzen und Initiativen, Technologieunternehmen sowie eine lokale Hightech-Industrie aufzubauen. Schnelle Mobilfunknetze erfordern Frequenzen und eine Anbindung an die internationale Infrastruktur. Im Westjordanland hängen diese Komponenten in hohem Maße von der Genehmigung durch Israel ab. Dies hat dazu geführt, dass palästinensische Mobilfunkanbieter technologisch seit Jahren hinterherhinken: Sie durften 3G erst 2018 einführen, zu einem Zeitpunkt, als in Israel und den Siedlungen bereits 4G- und 5G-Netze in Betrieb waren, und erst im Januar 2026 genehmigte Israel den Beginn einer Umstellung auf 4G. Diese technologische Kluft schränkt Remote-Arbeit, E-Commerce, digitale Finanzdienstleistungen, Online-Lernen und Softwareentwicklung ein und versetzt palästinensische Unternehmer und Unternehmen gegenüber Wettbewerbern in Israel und weltweit in einen dauerhaften Nachteil.

Zerstörung privater Einkommensquellen: Schaden für die Landwirtschaft

Für viele palästinensische Familien stellt die lokale Landwirtschaft ein Zusatzeinkommen dar, insbesondere seit der Arbeitsmarkt innerhalb der Grünen Linie nach Oktober 2023 für palästinensische Arbeitskräfte geschlossen wurde. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Sektoren sind Olivenanbau, Weinbau, saisonaler Gemüseanbau und Schafzucht. Andere Familien sind in erster Linie auf die Landwirtschaft angewiesen, die ihre Lebensweise prägt und strukturiert – manchmal schon seit Generationen. Die Verweigerung des Zugangs zu Weideflächen und Ackerland durch Gewalt von Siedlern oder militärische Beschränkungen, das Entwurzeln von Obstbäumen durch das Militär oder Siedler, Einschränkungen beim Zugang zu Wasserquellen, die Zerstörung der Infrastruktur und die Beschlagnahmung landwirtschaftlicher Geräte fügen den Bewohnern schweren Schaden zu.

Verweigerung des Zugangs zu Land

Eines der Mittel, mit denen Israel palästinensische Bauern ihres Landes enteignet, ist ein bürokratisches System, das von ihnen verlangt, sich im Voraus mit dem Militär „abzustimmen“, wenn sie ihr eigenes Land bewirtschaften wollen. Die Erlaubnis, Parzellen zu erreichen und zu bewirtschaften, wird in der Regel nur für wenige Tage erteilt und oft ohne Vorankündigung widerrufen oder von Soldaten vor Ort missachtet. In Gebiet C hat Israel große Olivenhaine zu „Staatsland“ oder „Schusszonen“ erklärt, um die Vertreibung der Bauern von ihrem Land zu rechtfertigen.

Seit Oktober 2023 hat Israel den Einsatz dieser administrativen Instrumente verstärkt, um die palästinensische Wirtschaft zu ersticken. Bei der in diesem Monat beginnenden Olivenernte wurde der „Koordinierungsmechanismus“ ausgesetzt und den Bauern wurde der Zugang zu ihrem Land fast vollständig verwehrt. Im folgenden Jahr, 2024, veröffentlichte die Zivilverwaltung zum ersten

Mal seit Einführung des „Koordinierungsmechanismus“ keine genehmigten Erntetage. Landwirte, denen es gelang, Informationen zu erhalten, erfuhren, dass ihnen nun weitläufige Gebiete gesperrt waren, zu denen sie zuvor Zugang hatten. Andere Landwirte berichteten, das Militär habe ihre genehmigten Termine in letzter Minute plötzlich gestrichen oder sie erst mit erheblicher Verzögerung und kurzfristig darüber informiert, sodass sie sich nicht angemessen vorbereiten konnten. In einigen Gebieten wurden Genehmigungen nur an eine Handvoll Landwirte erteilt oder für Zeiträume, die weitaus kürzer waren als erforderlich. Andere Gebiete, die bis zum Kriegsbeginn frei zugänglich waren – darunter Flächen fernab von Siedlungen, an palästinensische Gemeinden angrenzende Flächen und sogar Flächen, die in Gebiet B angeblich unter der zivilen Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde stehen –, erfordern nun eine „Koordination“, um Zugang zu erhalten.

Diese administrativen und bürokratischen Mechanismen schaden insbesondere Landwirten, deren Land in dem als „Seam Zone“ bekannten Gebiet liegt – den Teilen des Westjordanlands, die zwischen dem Verlauf der Trennmauer und der Grünen Linie eingeschlossen sind. Seit dem Bau der Trennmauer im Jahr 2003 sind palästinensische Landwirte in diesen Gebieten mit schweren Einschränkungen konfrontiert: Die Mauer hat landwirtschaftliche Flächen durchschnitten, Familien von den Zentren ihres Lebens getrennt und den Landwirten den Zugang zu ihrem eigenen Land verwehrt. Die Einschränkungen verschärften sich nach Oktober 2023 noch weiter. Rund 19.000 Palästinenser im Westjordanland, die über Genehmigungen zur Bewirtschaftung von Land westlich der Mauer verfügten, wurde der angemessene Zugang zu ihren Parzellen verwehrt, manchmal über Monate hinweg. Die meisten dieser Einschränkungen galten etwa zwei Jahre später immer noch, obwohl sie ursprünglich als vorübergehende Notfallmaßnahmen dargestellt worden waren.

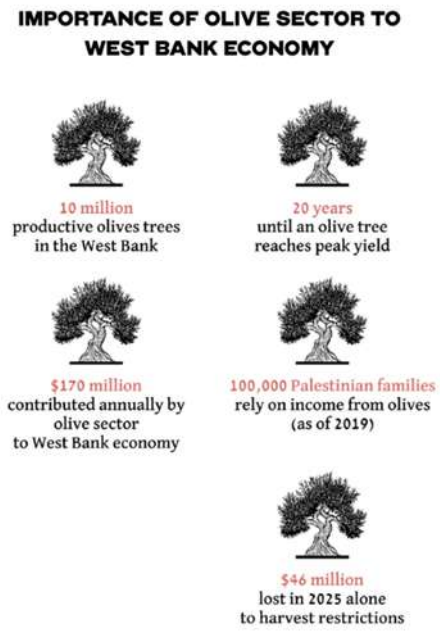
Im November 2025 veröffentlichte die Zivilverwaltung ein neues, detailliertes Verfahren, das den Zugang von Palästinensern im Westjordanland zu Land zwischen der Sperranlage und der Grünen Linie regelt. Das Verfahren, das Dutzende Seiten umfasst und eine lange Liste von Auflagen, Dokumenten und bürokratischen Schritten für die Erteilung einer Genehmigung vorschreibt, verwandelte den Zugang zu Land von einem Grundrecht, das sich aus dem Eigentumsrecht ergibt, in einen andauernden Kampf um die Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu sichern. Im Januar 2026 wies der Oberste Gerichtshof eine Klage der israelischen Nichtregierungsorganisation HaMoked: Zentrum zur Verteidigung des Einzelnen gegen das neue Verfahren ab und urteilte, dass die Verletzung der Rechte der Landwirte „in einem angemessenen Verhältnis zur Pflicht des Militärkommandanten zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit“ stehe. Staatliche Stellen berufen sich häufig auf diese Begründung, um die Rechte der Palästinenser zu verletzen.

Schäden im Olivenanbau

Quellen: OCHA, Palästinensischer Bauernverband, Palästinensisches Landwirtschaftsministerium

Olivenbäume sind eine wichtige Einnahmequelle für Zehntausende palästinensischer Familien im Westjordan-land. Laut OCHA dienten im Jahr 2019 mehr als 10 Millionen Olivenbäume als primäre oder sekundäre Einnahmequelle für 80.000 bis 100.000 palästinensische Familien im Westjordanland. In ertragreichen Jahren wird der Wert des Olivensektors auf 160–191 Millionen US-Dollar geschätzt. Die Verweigerung des Zugangs zu Land und Wasserquellen, die Zerstörung der Infrastruktur und das Entwurzeln von Olivenbäumen – sei es durch staatliche Stellen oder durch Siedler – machen den Anbau, das Beschneiden, das Pflügen und die Ernte von Olivenbäumen gefährlich und manchmal gänzlich unmöglich.

In der Erntezeit, die unmittelbar nach Oktober 2023 begann, blieben mehr als 96.000 Dunam [1 Dunam = 0,1 Hektar] Olivenanbaufläche unernte, da den Landwirten der Zugang verwehrt wurde. Der Ernteausfall in diesem Jahr wurde auf mehr als 1.200 Tonnen Olivenöl geschätzt, was einem



Verlust von etwa 10 Millionen US-Dollar entspricht. Auch die Olivenernte 2024 war stark beeinträchtigt, wobei etwa ein Drittel der Olivenbauern im Westjordanland ihre Ernte nicht einbringen konnte. Im folgenden Jahr verursachten israelische Militäraktionen und Gewalt durch Siedler Schäden in Höhe von 103 Millionen US-Dollar im Agrarsektor, davon entfielen etwa 45 % auf den Olivenanbau.

Im August 2025, einige Wochen vor Beginn der Erntezeit, entwurzelte das Militär etwa 3.000 Olivenbäume im Dorf al-Mughayir, unter Einsatz privater Bulldozer, die von für diesen Zweck angeheuerten Siedlern bedient wurden. Das Militär erklärte, die Bäume seien als Reaktion auf einen palästinensischen Angriff auf Siedler entwurzelt worden, was aus Sicherheitsgründen eine „Räumungsaktion“ erforderlich gemacht habe. Doch einige der entwurzelten Bäume standen nicht in der Nähe der von Siedlern genutzten Straße, was darauf hindeutet, dass die Aktion größtenteils als kollektive Bestrafung gedacht war. Darauf deutete auch die Beschreibung des GOC-Zentralkommandos der Entwurzelung als „Gestaltungsmaßnahmen“ hin.

Dieser Vorfall reiht sich ein in andere Fälle der Zerstörung von Ackerland und Olivenbäumen durch das Militär und auf Initiative von Siedlern, unter anderem in Qusrah, Qaryut und an vielen anderen Orten. Während der Ernte im November 2025 wurden ebenfalls Hunderte von Olivenbäumen entwurzelt im Gebiet Wadi Qana, in der Nähe der Dörfer Deir Istiya und Haris sowie entlang von Straßen, die von Siedlern genutzt werden.

Nach Angaben von B’Tselem, die auf Informationen lokaler Behörden im Raum Ramallah basieren, führte das israelische Militär im November und Dezember 2025 umfangreiche Zerstörungen und Entwurzelungen von Olivenhainen in der Region durch. In a-Nabi Saleh, nordwestlich von Ramallah, entwurzelte das Militär mit Bulldozern etwa 40 Olivenbäume. Am 15. Dezember 2025 wurden auf Initiative des Militärs zwischen 350 und 400 Olivenbäume von Grundstücken des Dorfes Budrus entwurzelt. In Qibya, westlich von Ramallah, wurden acht Dunam zerstört und etwa 150 Olivenbäume entwurzelt. Darüber hinaus entwurzelten israelische Streitkräfte im November 2025 mit Bulldozern etwa 2.000 Olivenbäume in Turmusaya, nordöstlich von Ramallah, offenbar für den Bau einer Straße zur Siedlung Shilo.

Der Weinbau

Die Ausbreitung von Außenposten, Gewalt durch Siedler und die militärische Verweigerung des Zugangs zu Land haben auch dem Weinbau, einer wichtigen Lebensgrundlage für Tausende palästinensischer Familien, insbesondere in den Gebieten um Bethlehem und Hebron, systematischen Schaden zugefügt. Ein Beispiel ist die Stadt al-Khader, wo Israel die Bewohner daran hindert, etwa 7.000 Dunam Weinberge westlich der Trennmauer zu erreichen.

In Halhul, einem der wichtigsten Zentren für den Anbau von Weintrauben und Weinblättern im Westjordanland, wurde die Fähigkeit der Landwirte, ihr Land zu bewirtschaften und ihre Erzeugnisse zu vermarkten, ebenfalls erheblich beeinträchtigt. Seit Oktober 2023 wurden mehrere neue Außenposten rund um landwirtschaftliche Flächen errichtet, die den Einwohnern von Halhul gehören. Siedler aus diesen Außenposten verhindern den Zugang zu Land, auf dem seit Jahren ertragreiche Weinberge wachsen, unter anderem durch direkte Übergriffe auf Landwirte, die versuchen, ihr Land zu erreichen.

Jamil Abu Rayan, 43, Vater von sechs Kindern aus dem Gebiet Wadi al-Jif nördlich von Halhul, beschrieb die Schäden für den Weinbau und den allgemeinen Verlust der Landwirtschaft als Einkommensquelle und finanzielles Sicherheitsnetz:

„Ich besitze 16 Dunam Land – neun im Gebiet Ras al-Qadi und sieben in Wadi a-Dur. Von 2009 bis zum 7. Oktober 2023 arbeitete ich in Israel, doch als der Krieg ausbrach, wurde mir meine Arbeitserlaubnis entzogen. Da ich meine Existenzgrundlage verloren hatte, pachtete ich 20 Dunam im Gebiet Wardan in Wadi Qaboun sowie drei Dunam im Gebiet Khirbet al-Qitt (Wadi al-Amir), in der Nähe der Stelle, an der die Siedlung Carmei Tzur errichtet wurde. Auf all diesen Parzellen wachsen Weinreben und Mandelbäume. […]

Im Mai 2025 errichteten die Siedler einen landwirtschaftlichen Außenposten am Eingang zu meinem Land in der Nähe von Ras al-Qadi und sperrten die Straße im Gebiet Wadi a-Shnar, die die Zufahrtsstraße zum Rest meines Landes darstellt. Die Vorbereitung des Grundstücks in Ras al-Qadi kostete mich etwa 400.000 ILS [~ 131.300 USD]. Um dies zu finanzieren, verkaufte ich mein Land im Gebiet Um al-Safa für 100.000 Dinar [~ 400.000 ILS bzw. 131.300 USD]. In den Jahren 2023 und 2024 erntete ich mehr als drei Tonnen Trauben, und während der Erntezeit für Weinblätter verkaufte ich Erzeugnisse im Wert von etwa 50.000 ILS [~ 16.400 US-Dollar].

Im Jahr 2025, nachdem das Gebiet von Außenposten umzingelt worden war und die Siedler den Zugang zu meinen Parzellen mit Eisentoren und Erdwällen versperrten sowie uns jedes Mal, wenn wir ankamen, angriffen und verjagten, verlor ich etwa 60 % meiner Traubenernte und konnte mit den Weinblättern keinerlei Einnahmen erzielen. […]

Im letzten Ramadan fuhr ich mit meiner Familie zu meinem Grundstück in Wadi a-Dur, das in Gebiet B liegt. Dort wurden wir von etwa 25 Siedlern angegriffen, die unsere landwirtschaftlichen Geräte – darunter auch die Sprühgeräte für Pflanzenschutzmittel – stahlen und sogar das Spielzeug meines Sohnes mitnahmen. Sie griffen uns an, schlugen uns, vertrieben uns vom Land und drohten, uns zu töten, sollten wir zurückkehren. Seitdem konnte ich nicht mehr auf dieses Land zurückkehren, denn jedes Mal, wenn wir versuchen, dorthin zu gelangen, hält uns die Armee auf und behauptet, es handele sich um Staatsland. In diesem Jahr konnte ich die Reben weder beschneiden noch Unkraut jäten, das Land pflügen oder die Reben besprühen. All dies könnte die Traubenernte beeinträchtigen, mich daran hindern, während der Erntezeit der Weinblätter Geld zu verdienen, und sogar die Reben absterben lassen.“ | *Vollständige Aussage*

Schafzucht

Hirtengemeinschaften gehören zu den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen im Westjordanland. Für sie ist die Schafzucht nicht nur ihr Lebensunterhalt, sondern auch eine Lebensweise. Schon vor Oktober 2023 waren diese Gemeinschaften mit einem stetigen Rückgang der Weideflächen, Bewegungsbeschränkungen sowie wiederholter Gewalt und Schikanen durch Siedler und Militärkräfte konfrontiert, was zusammen verheerende wirtschaftliche Schäden verursachte. Seit Oktober 2023 hat Israel den Druck verstärkt, diese Gemeinschaften von ihrem Land zu vertreiben, indem es ihnen zunehmend erschwert wird, ihre Herden regelmäßig weiden zu lassen.

Die Gewalt von Siedlern gegen diese Gemeinschaften hat seit Oktober 2023 sowohl hinsichtlich der Häufigkeit als auch der Schwere der Übergriffe stark zugenommen. Dazu gehören körperliche Angriffe auf Hirten mit Blankwaffen und Schusswaffen, die Verweigerung des Zugangs zu Weideflächen und Wasserquellen, die Beschädigung von Eigentum und Infrastruktur sowie der Diebstahl von Ausrüstung und Vieh. In einigen Fällen sehen Soldaten tatenlos zu, ohne einzugreifen; in anderen Fällen handeln Soldaten und Siedler gemeinsam. In den letzten Jahren

haben sich diese Angriffe vom offenen Gelände auf häufige Übergriffe in Häuser und Wohngebiete ausgeweitet, einschließlich Angriffen auf Bewohner und Sachbeschädigungen.

Berichte über Diebstähle von Schafherden aus palästinensischem Besitz haben in den letzten Jahren zugenommen, insbesondere in ländlichen Gebieten und Hirtengemeinden. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2026 dokumentierte B'Tselem 17 Vorfälle von Viehdiebstahl im gesamten Westjordanland. Im Gebiet Ras 'Ein al-'Auja im Jordantal führten beispielsweise anhaltende Schikanen durch Siedler, darunter der Diebstahl von Schafherden, Gewalt und Drohungen, letztendlich zur gewaltsamen Vertreibung von Dutzenden Familien.

Der Durchschnittspreis für ein einzelnes Schaf im Westjordanland liegt derzeit bei 2.000 bis 4.000 ILS. Eine Herde von 100 Schafen kann im Durchschnitt etwa 300.000 ILS wert sein. Da viele Hirten zu den sozioökonomisch am stärksten benachteiligten Gruppen gehören, hat der Diebstahl einer Herde weitreichende finanzielle Folgen. Zudem beeinträchtigt die ständige Bedrohung durch Gewalt seitens von Siedlern und Militärs ihre Möglichkeit, ihre Herden auf die Weide zu treiben, und zwingt sie dazu, Futter zu kaufen, was die Viehzucht finanziell unrentabel macht. Aus all diesen Gründen ist es gefährlich und nahezu unmöglich geworden, seinen Lebensunterhalt als Schäfer zu bestreiten. Viele Schäfer, deren Familien seit Generationen von der Schafzucht leben, sind gezwungen, ihre Herden zu verkaufen und sich eine andere Einkommensquelle zu suchen.

Zerstörung von Gewächshäusern

Im Jahr 2026 erließ die Zivilverwaltung Dutzende von Abrissverfügungen für Gewächshäuser in den Gebieten Qalqiliyah und Tulkarm. In Jayus, östlich von Qalqiliyah, wurden für 52 Gewächshäuser Baustoppverfügungen erlassen, zusammen mit Dutzenden von Abrissverfügungen für Gewächshäuser in der Nähe der Trennmauer. Einige der Gewächshäuser wurden bereits Anfang der 2000er Jahre errichtet, doch trotz der seit ihrer Errichtung verstrichenen Jahre wurden sie mangels Baugenehmigungen als „illegal" eingestuft. Am 7. Mai 2026 wurde dokumentiert, wie israelische Streitkräfte Bulldozer einsetzten, um im Rahmen von Erdarbeiten die Gewächshäuser von Landwirten in der Nähe des Dorfes Bardalah im nördlichen Jordantal abzureißen, wobei angrenzende landwirtschaftliche Flächen zerstört wurden.

Da diese Gewächshäuser einen intensiven Gemüseanbau ermöglichen, sind sie zentrale landwirtschaftliche Infrastruktureinrichtungen, die vielen Bauern ein stabiles Einkommen sichern. Ihr Abriss hat besonders schwerwiegende finanzielle Folgen: Der Bau eines Gewächshauses erfordert eine Investition von mindestens 30.000 ILS, wobei weitere Zehntausende für die Vorbereitung des Grundstücks benötigt werden. Für viele Haushalte ist das Gewächshaus die wichtigste und manchmal einzige Einkommensquelle. Daher stellen diese Abrissmaßnahmen für Hunderte von Familien nicht nur einen Sachschaden dar, sondern machen es ihnen faktisch unmöglich, finanziell zu überleben.

Bewegungsbeschränkungen und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche Strangulierung

Ein zentrales Merkmal des Lebens im Westjordanland und der sich in den letzten Jahren, insbesondere seit Oktober 2023, verschärfenden wirtschaftlichen Strangulierung durch Israel sind die strengen Bewegungsbeschränkungen, denen die Palästinenser unterliegen. Über ihre weitreichenden sozialen und kulturellen Folgen hinaus sind diese Einschränkungen ein wesentlicher

Faktor für den anhaltenden Schaden an der Wirtschaft des Westjordanlands (mehr dazu im Kapitel „Ein System von Bewegungsbeschränkungen“).

Eine Studie des Palästinensischen Instituts für Wirtschaftspolitik (MAS) vom März 2025 analysierte die „versteckte Steuer“, die Kontrollpunkte der palästinensischen Wirtschaft auferlegen. Der Studie zufolge verursachen die Bewegungsbeschränkungen täglich den Verlust von 191.146 Arbeitsstunden. Diese verlorene Zeit entspricht direkten wirtschaftlichen Kosten in Höhe von 2,8 Millionen ILS pro Tag bzw. 62,2 Millionen ILS pro Monat. Die Studie ergab zudem, dass Umwege die Logistik- und Kraftstoffkosten erheblich erhöhen – um geschätzte 71.052 ILS pro Tag, was sich auf etwa 22,2 Millionen ILS pro Jahr summiert. Nach Angaben des MAS gehört der Bezirk Nablus zu den Gebieten, die am stärksten von der Politik der Gebiets- und Straßensperrungen betroffen sind. Die durchschnittliche Fahrzeit, die benötigt wird, um den Bezirk zu verlassen, hat sich seit Oktober 2023 um 77,9 % erhöht, was jede Fahrt um etwa 42 Minuten verlängert.

Isma'il 'Odeh, 41, Vater von drei Kindern aus dem Flüchtlingslager Deir 'Ammar in Ramallah und Teilhaber eines Baustoffgeschäfts in Bitunya, beschrieb die finanziellen Einbußen und die Beeinträchtigungen des Alltagslebens, die durch die Bewegungsbeschränkungen verursacht werden:

„Bis zum 7. Oktober 2023 brauchte ich mit dem Sammeltaxi nur 20 Minuten nach Ramallah, und die Fahrt kostete 7 ILS (~ 2,30 USD). Doch seit Oktober 2023 hat das Militär die direkte Straße gesperrt, und es wurden immer mehr Einschränkungen verhängt. Wir sind gezwungen, eine Ausweichroute zu nehmen. Zunächst nahmen wir die Straße, die durch das Zentrum von Kafr Ni‘ma führt, was die Fahrzeit und die Kosten auf 10 ILS (~ 3,30 USD) erhöhte. Unter optimalen Bedingungen dauert diese Strecke 40 Minuten, wenn es keine Staus oder Kontrollpunkte gibt.

Nach etwa einem Jahr sperrte das Militär auch diese Straße, und alle Bewohner der Dörfer von Deir ‘Ammar, einschließlich des Flüchtlingslagers Deir ‘Ammar, Beitillu und Jammala, mussten nun durch weitere Dörfer fahren: Kharbatha Bani Harith, dann Bil’in, Kafr Ni‘ma, Deir Ibzi, Bitunya und von dort nach Ramallah. Diese Strecke dauerte mindestens eine Stunde, und die Fahrtkosten stiegen auf 13 ILS (~ 4,25 USD). Dies dauerte bis zum 28. Februar 2026, als das Militär die Tore sperrte, die es an den Zufahrten zu den Dörfern Deir ‘Ammar, Ras Karkar und Kharbatha Bani Harith errichtet hatte. Einige der Tore wurden etwa zwei Wochen später wieder geöffnet, doch die Tore in Deir ‘Ammar und Kharbatha Bani Harith blieben geschlossen.

Die Bewohner unserer Gegend hatten zwei Möglichkeiten: Entweder man nimmt ein Sammeltaxi vom Dorf Deir ‘Ammar zum Deir ‘Ammar-Tor, was 5 ILS (~ 1,65 USD) kostet, und geht von dort zu Fuß weiter zum Kharbatha Bani Harith-Tor, um von dort aus eine weitere Fahrt nach Ramallah zu nehmen, die 10 ILS (~ 3,30 USD) kostet. Zu Fuß zu gehen ist jedoch gefährlich, da sich auf dem Weg im Gebiet von ‘Ein Ayoub häufig Siedler und Soldaten aufhalten. Die andere Möglichkeit ist die Fahrt über die Straße von Shebtin nach Jammala, die in einem schlechten Zustand ist. Sie ist unbefestigt, es gibt keine Beleuchtung, und sie wird auch für die Müllentsorgung und als Zufahrtsstraße zu Steinbrüchen genutzt. Die Fahrt dauert etwa anderthalb Stunden und kostet 18 ILS (~ 5,90 USD).

„Derzeit habe ich Schwierigkeiten, zur Arbeit in unserem Geschäft in Bitunya zu kommen. Ich kann nicht mehr jeden Tag hingehen, sondern nur noch jeden zweiten Tag, wegen der hohen Kraftstoffkosten und der langen Fahrten.“ | *Vollständiger Bericht*

Die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Strangulierung

Die oben beschriebenen Mechanismen der wirtschaftlichen Kontrolle verstärken sich gegenseitig. Die Verweigerung von Beschäftigungsmöglichkeiten verringert das Haushaltseinkommen. Die Blockade des Zugangs zu natürlichen Ressourcen, die Verhinderung des Infrastrukturaufbaus und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit untergraben Produktion und Handel und schwächen damit die Wirtschaft insgesamt. Die Schädigung der Landwirtschaft hindert Familien daran, sich in Krisenzeiten zur Nahrungssicherung und zum Bestreitung ihres Lebensunterhalts auf die Landwirtschaft zu verlassen. Gleichzeitig untergräbt der Angriff auf die Einnahmen die Fähigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Bildungs-, Gesundheits- und Sozialleistungen bereitzustellen. Zusammen untergraben diese Maßnahmen die Fähigkeit der palästinensischen Gesellschaft, die zivile Infrastruktur aufrechtzuerhalten, die Kontinuität grundlegender Funktionen zu gewährleisten und für die Zukunft zu planen, was mit weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden ist.

Eine unmittelbare Folge ist der rasche Rückgang des Lebensstandards im Westjordanland. Laut Daten der Weltbank stieg die kurzfristige Armutsquote von 12 % vor Oktober 2023 auf 28 % bis Mitte 2024 an, während die Fähigkeit der Haushalte, ihre Grundbedürfnisse zu decken, stark abnahm. Viele Familien waren gezwungen, Überlebensstrategien anzuwenden, wie zum Beispiel die Kürzung lebensnotwendiger Ausgaben, den Verkauf von Goldschmuck, die Aufnahme hoher Schulden und sogar die Abmeldung ihrer Kinder von der Schule, um sie bei der Versorgung der Familie einzusetzen. Der wirtschaftliche Schaden schlägt somit rasch in direkte Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen, der Existenzgrundlagen, der Ernährungssicherheit und der Fähigkeit palästinensischer Familien zur Zukunftsplanung ein.

Auswirkungen auf das Bildungssystem

Die Maßnahmen Israels seit Oktober 2023 haben dem palästinensischen Bildungssystem im Westjordanland schweren Schaden zugefügt und den Zugang der Schüler*innen zu den Schulen erheblich beeinträchtigt. Die Erdrückungspolitik hat rund 602.000 Schüler*innen an öffentlichen Schulen dazu gezwungen, aufgrund einer Kombination aus Bewegungsbeschränkungen, verspäteten Gehaltszahlungen an das Personal und anhaltenden Betriebsstörungen bis zu drei Tage pro Woche von zu Hause aus zu lernen.

Die Beschäftigungsbedingungen für das Lehrpersonal haben sich erheblich verschlechtert. Aufgrund des Angriffs auf die Einnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) erhalten die meisten Lehrer, Mitarbeiter und Hilfskräfte weniger als 60 % des Gehalts, das sie vor Oktober 2023 bezogen haben. Dies ist ein destabilisierender Faktor, der die Fähigkeit untergräbt, im gesamten Schulsystem eine regelmäßige, qualitativ hochwertige Bildung anzubieten.

Die Folgen dieser Schäden beschränken sich nicht auf die kurzfristige Perspektive. Die Weltbank schätzt, dass sich der kumulierte Schaden für das Bildungssystem im Westjordanland bis Anfang 2025 auf etwa 338 Millionen US-Dollar an zukünftigen Einkommensverlusten belief, verursacht durch Schulschließungen und die Umstellung auf Fernunterricht. Langfristig wird erwartet, dass der Rückgang der Zahl qualifizierter Absolventen das Humankapital verringert, den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Ressourcen beeinträchtigt und die wirtschaftliche Anfälligkeit der gesamten Bevölkerung erhöht.

Schäden am Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem im Westjordanland steht seit Jahren unter extremem Druck. Die der Palästinensischen Autonomiebehörde auferlegte wirtschaftliche Strangulierung hat in Verbindung mit anhaltender Gewalt und Bewegungsbeschränkungen dazu geführt, dass diese medizinischen Dienste ein historisches Tief erreicht haben. Die direkten Sachschäden durch militärische Angriffe werden auf 14,6 Millionen US-Dollar geschätzt. Da das hohe Haushaltsdefizit der Palästinensischen Autonomiebehörde eine ausreichende Finanzierung verhindert, haben die meisten medizinischen Einrichtungen ihre Arbeitswoche um zwei Tage verkürzt, was auch auf die Auswirkungen der Bewegungsbeschränkungen auf die Beschäftigten zurückzuführen ist. Unterdessen herrscht in den Arzneimittellagern ein erheblicher Mangel an unverzichtbarer Ausrüstung und Impfstoffen.

Nach Zahlen, die „Haaretz“ im Juni 2026 veröffentlichte, beliefen sich die Schulden des palästinensischen Gesundheitsministeriums gegenüber externen Lieferanten auf etwa 2,6 Milliarden ILS – fast so viel wie sein gesamter laufender Haushalt für 2025 in Höhe von 2,89 Milliarden ILS. Das bedeutet, dass das palästinensische Gesundheitssystem in einem Zustand chronischer Zahlungsunfähigkeit operiert: Selbst wenn aktuelle Mittel zugewiesen werden, wird ein großer Teil davon für alte Verbindlichkeiten aufgezehrt, anstatt für den Kauf von Medikamenten, die Zahlung von Gehältern, die Instandhaltung medizinischer Geräte oder den Ausbau von Dienstleistungen verwendet zu werden.

Die Schulden haben systemweite Schäden in der gesamten medizinischen Lieferkette verursacht. Etwa die Hälfte der Schulden besteht gegenüber privaten Krankenhäusern, an die das palästinensische Gesundheitsministerium Patienten überweist, die andere Hälfte gegenüber etwa 30 Arzneimittelherstellern und -importeuren. Dem Bericht zufolge befanden sich von den 1.260 Medikamentensorten, die das Ministerium regelmäßig einkaufte, nur noch 260 in seinen Lagern. Auch das liquide Kapital der Arzneimittellieferanten, die weiterhin Medikamente auf der Grundlage von Zahlungsversprechen für die Zukunft liefern, ist aufgebraucht, was es ihnen erschwert, Einkäufe im Ausland zu finanzieren. Private Krankenhäuser werden durch die hohen ausstehenden Schulden der PA ebenfalls zu Gehaltskürzungen, Defiziten und Überlastung gezwungen. Der Angriff auf den öffentlichen Haushalt hat sich somit zu einer Krise im gesamten palästinensischen Gesundheitssystem ausgeweitet.

Die Haushaltskrise schadet auch dem medizinischen Personal und der Verfügbarkeit von Leistungen. Ärzte und Pflegepersonal im öffentlichen Sektor erhalten die Hälfte ihrer Gehälter oder sogar noch weniger, während staatliche Krankenhäuser hauptsächlich lebensrettende Behandlungen anbieten, deren Qualität durch den Mangel an medizinischem Personal, Medikamenten, Einwegmaterial und routinemäßiger Instandhaltung beeinträchtigt wird.

Tal’at Ziyadah, 46, Vater eines Kindes aus dem Dorf Madama im Bezirk Nablus und Vorsitzender der Pflegegewerkschaft am Rafidya-Krankenhaus in Nablus, beschrieb, wie sich die Haushaltskrise direkt auf den Alltag des Personals auswirkt: *„Seit etwa 2021 leiden wir unter den Kürzungen und Abzügen bei den Gehältern der staatlichen Beschäftigten. Zunächst wurden die Gehälter um 30 % gekürzt, dann um 40 % und später um 50 %. Die Kürzungen und unregelmäßigen Gehaltszahlungen dauern bis heute an. […] Die Krise hält seit vielen Jahren an, hat sich verschärft und festgesetzt. Neunzig Prozent der Beschäftigten haben Bankkredite aufgenommen.*

[…] Heutzutage, ohne volles Gehalt, ist die Rückzahlung dieser Kredite eine extrem schwere Belastung für Staatsbedienstete, darunter auch Pflegekräfte.
Wann immer wir forderten, unsere Gehälter in voller Höhe und ohne Abzüge zu erhalten, und dem Gesundheitsministerium unsere schwierige Lage schilderten, lautete die Entscheidung, die

Arbeitstage zu kürzen, da die Palästinensische Autonomiebehörde die Gehälter nicht in voller Höhe zahlen kann. Zunächst wurde die Arbeitswoche um einen Tag gekürzt, dann um zwei und später um drei.
Ich höre die Klagen meiner Kollegen über ihre finanziellen Schwierigkeiten und darüber, dass sie den Alltag kaum noch bewältigen können. Sie kaufen alles auf Kredit. Sobald ein Teil ihres Gehalts eingeht, beeilen sie sich, ihre Schulden beim Lebensmittelhändler, beim Metzger, beim Gemüsehändler und anderen zu begleichen, und dann wiederholt sich derselbe Kreislauf aus Kreditaufnahme und Verschuldung in alle Richtungen.

Das Problem beschränkt sich nicht auf die Gehälter. Auch die Arbeitsbelastung des Gesundheitspersonals erzeugt enormen Druck. Die Zahl der Mitarbeiter nimmt stetig ab. Seit Beginn der Gehaltskrise der Palästinensischen Autonomiebehörde wurden zudem keine Neueinstellungen mehr vorgenommen. In unserem Krankenhaus, dem Rafidya, fehlen uns etwa 30 Pflegekräfte. Seit Jahren werden keine neuen Stellen ausgeschrieben, und bei Todesfällen oder Pensionierungen gibt es keine Nachbesetzungen. Unter normalen Umständen beträgt das Verhältnis von medizinischem Personal zu Patienten eins zu vier. Doch heute ist dieses Verhältnis aufgrund der Arbeitszeitkürzungen auf eins zu 20 gestiegen, was bedeutet, dass auf 20 Patienten ein Mitarbeiter kommt.

[...] Auch an medizinischer Ausrüstung mangelt es uns. So gibt es beispielsweise einen Mangel an Infusionslösungen und anderen unverzichtbaren medizinischen Hilfsmitteln, da Schulden in Milliardenhöhe gegenüber Pharmaunternehmen und Lieferanten bestehen. Die Lieferanten können die Krankenhäuser nicht mehr mit Medikamenten und medizinischer Ausrüstung versorgen, da die Regierung die fälligen Zahlungen nicht leisten kann – weil Israel Gelder der Palästinensischen Autonomiebehörde zurückhält. Im Krankenhaus herrscht Mangel an allem, einschließlich Personal. Es mangelt an Pflegekräften, Reinigungspersonal und Sicherheitspersonal, da das Gesundheitsministerium keine neuen Mitarbeiter einstellen kann. All dies führt zu einem kontinuierlichen Rückgang des Niveaus der medizinischen Versorgung, und diejenigen, die stets den Preis dafür zahlen, sind die palästinensische Zivilbevölkerung.“ | *Vollständige Aussage*

Ernährungsunsicherheit

Der Zusammenbruch von Einkommensquellen, der Entzug von Arbeitserlaubnissen, Kürzungen und Verzögerungen bei den Gehältern im öffentlichen Dienst, steigende Lebenshaltungskosten sowie Einbußen in der landwirtschaftlichen Produktion haben den Zugang zu Nahrungsmitteln in ausreichender Menge und Qualität für viele Palästinenser im Westjordanland erheblich beeinträchtigt. Die monatliche Marktbeobachtung des Welternährungsprogramms für das Jahr 2025 weist auf höhere Kosten für den Warenkorb hin sowie auf starke Schwankungen bei Verfügbarkeit und Preisen, was die Gefährdung von Haushalten auf breiter Front erhöht, einschließlich derjenigen, die ohnehin schon benachteiligt sind. Infolgedessen haben sich Überlebensstrategien weit verbreitet, darunter die Umstellung auf billigere, weniger nährstoffreiche Lebensmittel, die Einschränkung der Ernährungsvielfalt, das Auslassen von Mahlzeiten, die Aufnahme weiterer Schulden zum Kauf von Lebensmitteln sowie die Abhängigkeit von Spenden. OCHA schätzt, dass im Jahr 2024 etwa 700.000 Palästinenser im Westjordanland Unterstützung beim Kauf von Lebensmitteln benötigten – ein Anstieg um 17 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Beeinträchtigung der Ernährungssicherheit ist besonders gravierend in landwirtschaftlichen und weidewirtschaftlichen Gemeinschaften, deren Lebensgrundlage direkt vom Zugang zu Land, Weideflächen und Märkten abhängt. Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zeigen, dass landwirtschaftliche Haushalte im Westjordanland eine Reihe von kumulativen Rückschlägen für ihre Lebensgrundlagen erleiden. Laut Data in

Emergencies (DIEM), einem speziellen Überwachungsinstrument zur Erfassung von Daten über Beeinträchtigungen der Lebensgrundlagen und Ernährungssysteme in Notsituationen, sind die Hauptbelastungen für diese Bevölkerungsgruppe der verwehrte Zugang zu Land und Weideflächen, Bedrohungen der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit, die den Zugang zu Märkten einschränken, sowie ein starker Anstieg der Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Zusammen führen diese Belastungen dazu, dass sowohl die Fähigkeit, Lebensmittel für den Eigenverbrauch zu produzieren, als auch die Möglichkeit, Erzeugnisse zu verkaufen und Einkommen zu sichern, eingeschränkt wird, was landwirtschaftliche Gemeinschaften in einen Kreislauf aus Ernährungsunsicherheit und wachsender Abhängigkeit von externer Hilfe treibt.

Laut einer im Oktober 2025 veröffentlichten FAO-Umfrage waren etwa 34 % der landwirtschaftlichen Haushalte im Westjordanland von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. Innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe wurden etwa 20.300 landwirtschaftliche Haushalte – das sind rund 121.000 Menschen – als auf Nothilfe angewiesen identifiziert, bedingt durch die kombinierten Auswirkungen von verschärfter Ernährungsunsicherheit, Anfälligkeit gegenüber Schocks und dem Bedarf an Unterstützung. In einer aktuelleren Erhebung vom Dezember 2025 stieg die Zahl der landwirtschaftlichen Haushalte, die Nothilfe benötigten, sprunghaft auf 72.000 Familien an. Die Ernährungsunsicherheit im Westjordanland hat zudem schwerwiegende gesundheitliche Folgen, insbesondere bei Kindern. Laut dem humanitären Hilfsplan von UNICEF benötigen im Jahr 2026 etwa 132.700 Kinder und 63.400 Erwachsene im Westjordanland und in Ostjerusalem Ernährungshilfe.

Sahab Baramkah, 56, Mutter von fünf Kindern aus Burin, beschrieb die schwere Nahrungsmittelknappheit, unter der ihre Familie leidet: *„Ich leihe mir hier und da Geld, um nur die allernötigsten Grundnahrungsmittel zu kaufen. Ich koche nur einmal pro Woche, freitags, und an den anderen Tagen essen wir, was wir gerade haben. Ich besorge mir einen kleinen Behälter Hummus oder einen Becher Joghurt und Brot und solche Dinge. Meine Gasflasche ist vor etwa einer Woche leer geworden, und ich hatte kein Geld, um eine neue zu kaufen. Ich musste ein Feuer mit Holz anzünden. Ich habe Teig geknetet und Brot gebacken, Öl und Za'atar aus dem Vorratsschrank darauf gegeben und meine Enkelkinder sowie meinen Sohn 'Abd a-Rahman (32), seine Frau und ihre vier Kinder – das älteste ist sieben und das jüngste 18 Monate alt – sowie meinen Sohn Fuad, seine Frau und ihre Kinder versorgt. Was soll ich tun? Ich kann nicht zusehen, wie sie und ihre Kinder hungern müssen.*

Seit Anfang des Jahres haben wir kein Obst mehr im Haus. Wenn meine Enkelkinder nach Obst fragen, sage ich ihnen, dass ich es erst kaufe, wenn ich mein Gehalt bekomme. Wenn ich dann mein Gehalt bekomme, muss ich meine Schulden beim Lebensmittelgeschäft, beim Metzger, beim Gasflaschenhändler und beim Gemüsehändler begleichen, sodass mir nichts mehr übrig bleibt, und ich muss wieder hier und da Geld leihen.
Meine Enkelkinder hören, dass ihre Freunde Döner oder Hamburger essen, und wollen das auch. Ich sage ihnen: „Na gut, wenn ich Geld habe, kaufe ich es euch." Was soll ich denn tun? Es sind Kinder. Und dazu kommen noch ihre Wünsche nach Kleidung. Sie sind Teenager und haben Ansprüche. Sie sind noch Kinder und verstehen die Situation nicht.

Ich versuche, vor ihnen und vor meinen Söhnen und deren Frauen stark zu bleiben, aber wenn ich abends meinen Kopf auf das Kissen lege, weine ich vor Schmerz, ohne aufzuhören, bis ich vor Erschöpfung einschlafe." | *Vollständiger Erfahrungsbericht*

Einleitung

Seit seiner Gründung neigt Israel dazu, jegliche politische, soziale und gemeinschaftliche Organisation der Palästinenser – insbesondere wenn dabei Forderungen nach kollektiven und nationalen Rechten artikuliert wurden – als Sicherheitsbedrohung und als Herausforderung für die politische Ordnung darzustellen, die es durchzusetzen versucht. Dementsprechend hat Israel eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um zivilgesellschaftliche Organisation einzuschränken und zu zerschlagen, wobei es „Sicherheit“ als Rechtfertigung für sein Vorgehen heranzog. Diese Maßnahmen haben die grundlegenden Voraussetzungen untergraben, die es einer Gesellschaft ermöglichen, ihre Institutionen, ihre Führung, ihr gemeinsames Gedächtnis und ihre Fähigkeit zum politischen Handeln aufrechtzuerhalten sowie ihre Grundrechte einzufordern und auszuüben. Im Laufe der Zeit haben diese Maßnahmen die Palästinenser in eine zersplitterte Existenz getrieben und sie der Gewalt durch das israelische Regime völlig schutzlos ausgeliefert.

Nach der Besetzung des Westjordanlands im Jahr 1967 legte Israel eine Auslegung fest, wonach die aus der Zeit des britischen Mandats stammenden Verteidigungs- (Notstands-)Verordnungen, die zur Regelung der palästinensischen Bevölkerung erlassen worden waren, auf das besetzte Gebiet Anwendung finden. Diese Verordnungen ermöglichten es Israel, „jede Gruppe von Personen [...] die – durch ihre Satzung, Propaganda oder auf andere Weise [...] Hass oder Verachtung schürt oder Unzufriedenheit gegen die Regierung Israels oder einen ihrer Minister in ihrer offiziellen Funktion weckt“, für illegal zu erklären. Im August 1967 legte die militärische Verordnung über das Verbot von Aufwiegelung und feindlicher Propaganda (Militärverordnung Nr. 101) weit gefasste und vage Definitionen von Begriffen wie „Aufwiegelung“ und „Unterstützung einer feindlichen Organisation“ fest. Bis heute beruft sich Israel weiterhin auf diese Definitionen, um die Teilnahme an sozialen oder politischen Aktivitäten zu verbieten, die nicht seiner Aufsicht unterliegen. Das Verbot erstreckt sich auch auf Gruppen, die nicht eindeutig einer bestimmten politischen Partei angehören, darunter Basisinitiativen, Berufsverbände, Elternbeiräte und Arbeitnehmerausschüsse.

Im Laufe der Jahre hat Israel die Kriminalisierung von Palästinensern durch weitere Militärverordnungen ausgeweitet. Diese Verordnungen räumen der Militärjustiz die Befugnis ein, Palästinenser wegen der Teilnahme an politischen Aktivitäten festzunehmen und zu inhaftieren, sie ohne Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft zu halten und sie zu bestimmten Zeiten sogar aus dem Westjordanland abzuschieben. Im Jahr 2016 verabschiedete Israel das Anti-Terror-Gesetz, das sich auf eine weite Definition von Schlüsselbegriffen wie „terroristische Organisation“, „Mitglied einer terroristischen Organisation“ und „terroristische Handlung“ stützt, was eine pauschale Kriminalisierung palästinensischer Personen und Organisationen ermöglicht.

So definiert das Gesetz beispielsweise eine „terroristische Organisation“ als „eine Gruppe von Personen in einer organisierten und dauerhaften Struktur, die direkt oder indirekt handelt, um einer anderen [terroristischen Organisation] zu helfen, sofern diese als terroristische Organisation eingestuft wurde“. Diese Definition erweitert den Anwendungsbereich der Kriminalisierung erheblich, da sie keine direkte Beteiligung an gewalttätigen Handlungen oder gar an expliziten politischen Aktivitäten voraussetzt. So könnte beispielsweise ein Verein, der sich ausschließlich der Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung an bedürftige Familien widmet, unter die Definition einer „terroristischen Organisation“ fallen, wenn er – selbst indirekt – die Arbeit eines von der Hamas im Gazastreifen betriebenen Kindergartens unterstützt. Dieser Mechanismus ermöglicht es Israel, die Grenzen der Kriminalisierung nahezu unbegrenzt auszuweiten und sie auf ein immer größer werdendes Netzwerk von Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen anzuwenden.

Auf der Grundlage desselben Gesetzes stufte der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz im Jahr 2021 sechs prominente palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen als „terroristische Organisationen“ ein. Darunter befanden sich die seit langem tätige Organisation Al-Haq, die Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser dokumentiert, die Union der palästinensischen Frauenkomitees sowie der palästinensische Zweig von Defense for Children International (DCI-P). Mehrere Änderungsanträge zum Anti-Terror-Gesetz, die seit Oktober 2023 vom israelischen Parlament (Knesset) vorangetrieben werden, zielen darauf ab, den Strafrahmen weiter auszuweiten, insbesondere im Hinblick auf Straftaten im Zusammenhang mit Äußerungen, wie etwa das Delikt der Bekundung von Unterstützung für eine terroristische Organisation. Gleichzeitig sahen diese Änderungsanträge vor, den Kontrollmechanismus der Generalstaats-anwaltschaft bei der Einleitung von Ermittlungen wegen solcher Straftaten im Rahmen des Gesetzes abzuschaffen.

Mithilfe dieser und anderer Maßnahmen hat Israel zwischen 1967 und 2019 mehr als 411 Organisationen verboten, darunter alle großen palästinensischen politischen Parteien sowie eine lange Liste von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Basisinitiativen und gemeindebasierten Vereinigungen. Seitdem reicht bereits die bloße Verbindung zu einer dieser Gruppen aus, damit Israel Einzelpersonen und Gruppen systematisch verfolgt und sie unter dem allumfassenden Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ extremer Gewalt aussetzt.

Neben dem Einsatz von Notverordnungen, militärischen Anordnungen und Gesetzen greift Israel seit 1967 direkt und aggressiv in das lokale politische Leben im Westjordanland ein und bedient sich dabei von Erpressung, Drohungen und sogar der direkten Entfernung von Bürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern, die sich weigern, sich seinen Diktaten zu unterwerfen. Basisaktivisten werden ständig verfolgt, misshandelt, bedroht und bisweilen erpresst, oft auf der Grundlage von Informationen, die durch invasive Überwachungs- und Kontrollsysteme gesammelt wurden. Im gesamten Westjordanland durchsuchen Soldaten routinemäßig persönliche Dokumente, beschlagnahmen Telefone und überprüfen Social-Media-Konten. Israel unterdrückt zudem wöchentliche Demonstrationen palästinensischer Gemeinden im gesamten Westjordanland, meist mit gewaltsamen Mitteln, die bisweilen tödliche Folgen haben. Diese tägliche Realität politischer Unterdrückung wird durch Israels Inhaftierungsprogramm verstärkt, das mittlerweile so umfangreich ist, dass es fast jeden palästinensischen Haushalt betrifft, wobei die meisten prominenten palästinensischen Führer und Aktivisten im Westjordanland im Laufe der Jahre inhaftiert wurden. Zusammengenommen senden diese Praktiken den Palästinensern im Westjordanland eine klare Botschaft: Jeder Versuch, sich dem israelischen Regime zu widersetzen, wird mit gewaltsamer Unterdrückung und möglicherweise verheerenden Folgen beantwortet.

Das zionistische Projekt hat von Anfang an darauf abgezielt, das Land zu judaisieren und als logische Folge davon seine palästinensische Vergangenheit systematisch auszulöschen. Zu diesem Zweck führt Israel einen anhaltenden Angriff auf Räume durch, in denen das politische und soziale Bewusstsein der Palästinenser geprägt wird, darunter Universitäten, Schulen sowie religiöse, kulturelle und kommunale Zentren. Israel kriminalisiert konsequent Zeichen palästinensischer Identität. So kann beispielsweise das öffentliche Zeigen einer palästinensischen Flagge zu Schikanen und sogar zur Festnahme durch die israelischen Behörden führen, die die Flagge stets als Symbol der Anstiftung zum Terrorismus gegen Israel darstellen.

Im Rahmen seiner Bemühungen, die Durchführung von Massenvertreibungen während der Nakba von 1948 sowie den Flüchtlingsstatus, auf den die Vertriebenen Anspruch haben, zu leugnen, definiert Israel kulturelle und bildungspolitische Initiativen, die sich mit der Erinnerung an die Nakba befassen, als feindliche Aktivitäten und arbeitet daran, diese im gesamten von ihm kontrollierten Gebiet zu kriminalisieren und zu verhindern. Zudem führt Israel einen anhaltenden Angriff auf das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) durch, das die wichtigste Einrichtung ist, die palästinensischen Flüchtlingen Bildung,

Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und soziale Dienste bereitstellt. Israel nutzt diese Maßnahmen nicht nur, um die pauschale Verweigerung von Rechten und Schutzmaßnahmen zu rechtfertigen, die der Flüchtlingsbevölkerung nach internationalem Recht zustehen – allen voran das Rückkehrrecht –, sondern auch, um die palästinensische Geschichtsdarstellung zu delegitimieren.

Dieses Kapitel beleuchtet die Vorgehensweisen, die Israel gegen Palästinenser im Westjordanland sowohl als Einzelpersonen als auch als Gemeinschaft anwendet. Sie reichen von drakonischen Einschränkungen der persönlichen Meinungsfreiheit bis hin zu Verletzungen der Vereinigungsfreiheit und der Verfolgung zivilgesellschaftlicher und politischer Organisationen. Zusammengenommen tragen diese Maßnahmen zur Zerstörung von Gemeinschafts-, Bildungs-, Kultur- und Religionsräumen bei, die für die Weitergabe des palästinensischen Gedächtnisses, Diskurses und der Identität über Generationen hinweg von zentraler Bedeutung sind. Diese Zerstörung ist seit dem Amtsantritt der rechtsgerichteten Regierung im Jahr 2022 besonders sichtbar geworden, und noch stärker seit Oktober 2023. Beispiele hierfür sind wiederholte Behauptungen, dass „es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt“; ein beispielloser Angriff auf jedes Zeichen palästinensischer Identität im öffentlichen Raum; eine Kampagne von Regionalräten und Siedlerorganisationen, das Westjordanland mit israelischen Flaggen, Davidsternen und sogar Plakaten zu überschwemmen, die im Rahmen der Siedlerkampagne „Fighting for Life“ angebracht wurden und auf Arabisch lauten: „Es gibt keine Zukunft in Palästina“; sowie die sich verschärfende Kampagne gegen die UNRWA, die im Oktober 2024 mit der Verabschiedung von zwei Gesetzen gipfelte, die die Tätigkeit der Organisation drastisch einschränken oder sogar verbieten. All diese Entwicklungen sind eine direkte Fortsetzung von fast acht Jahrzehnten ethnisch-nationaler Unterdrückung, deren kumulative Auswirkungen nun die tiefgreifendste Form sozialer und politischer Zerstörung ermöglichen: die Beseitigung der Voraussetzungen für die Existenz der Palästinenser als Kollektiv, das eine gemeinsame Geschichte und Zukunft teilt.

Einschränkung der Vereinigungsfreiheit

Im Jahr 2016 unterzeichnete der damalige Verteidigungsminister Avigdor Lieberman auf Empfehlung des Shin Bet einen Erlass, mit dem „al-Hirak a-Shababi“ gemäß den Verteidigungs-(Notstands-)Verordnungen als rechtswidrige Vereinigung in Israel erklärt wurde. Israel verbot ihr die Tätigkeit mit der Begründung, sie werde von der Hisbollah und dem Iran finanziert und geleitet. In der Folgezeit nahm Israel eine Reihe von jungen palästinensischen Aktivisten wegen angeblicher Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung in Verwaltungshaft. In der Praxis gab es eine solche Vereinigung jedoch gar nicht. Der Begriff „al-Hirak a-Shababi“ wurde verwendet, um verschiedene soziale oder politische Aktivitäten zu beschreiben, die von unterschiedlichen Gruppen junger Palästinenser mit einem breiten Spektrum an politischen Zugehörigkeiten und an verschiedenen geografischen Standorten im gesamten Westjordanland und sogar im westlichen Negev innerhalb Israels angeführt wurden. Al-Hirak a-Shababi war eher ein gesellschaftspolitisches Phänomen als eine konkrete Organisation.

Der Fall von „al-Hirak a-Shababi“ veranschaulicht Israels langjährige Politik der Kriminalisierung palästinensischer Basisbewegungen im Westjordanland. Seit 1967 hat Israel zahlreiche organisierte Bemühungen ins Visier genommen, die darauf abzielten, die Gemeinschaften und Gruppen zu unterstützen, die der israelischen Gewalt am stärksten ausgesetzt waren. In diesem Zusammenhang erklärte Israel unmittelbar nach Beginn der Ersten Intifada die palästinensischen Volkskomitees für illegal und unterstellte ihnen Verbindungen zu illegalen palästinensischen Guerilla-Organisationen, darunter auch Fraktionen der PLO.

Die palästinensischen Volkskomitees entstanden in den 1970er- und 1980er-Jahren im Westjordanland und im Gazastreifen und bauten auf einem Netzwerk von Gemeinschaftsinitiativen auf, das nach 1967 entstanden war. Zu diesen Komitees gehörte ein breites Spektrum an Frauenorganisationen, Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Berufsverbänden, die den Gemeinschaften bei alltäglichen Problemen halfen, darunter Gewalt und Landraub durch das israelische Regime. Diese und andere Gruppen betrieben alternative Schulen, als Israel das Bildungssystem lahmlegte, gründeten Genossenschaften und Plattformen für landwirtschaftliche Arbeit und lokale Produktion, unterhielten Hilfs- und Lebensmittelverteilungsnetze und boten palästinensischen Arbeiter*innen Schutz und Ressourcen, darunter auch jenen, die in Israel ohne grundlegende Arbeitsrechte arbeiteten. Sie zielten unter anderem darauf ab, gemeinschaftsbasierte Alternativen zur erzwungenen Abhängigkeit von Israel zu schaffen. Indem sie Verbindungen zwischen den alltäglichen Nöten der Palästinenser und der Struktur des israelischen Besatzungsregimes herstellten, förderten die Komitees das Verständnis, dass der Kampf für ein besseres Alltagsleben vom palästinensischen Nationalkampf abhängt.

Diese Organisationen wurden zu zentralen Akteuren des sozioökonomischen Lebens im Westjordanland und spielten eine Schlüsselrolle bei der Verfolgung politischer, wirtschaftlicher und nationaler Unabhängigkeit. Sie trugen maßgeblich dazu bei, den breiten zivilen Widerstand der Ersten Intifada in den 1980er Jahren durch Streiks, Boykotte israelischer Waren und die Verweigerung von Steuerzahlungen anzuführen. Das israelische Verteidigungsministerium stufte sie als Bedrohung für die israelische Herrschaft ein und behauptete, sie verfolgten „ein doppeltes Ziel: der Bevölkerung mit gewaltsamen Mitteln die Anordnungen der PLO und der Anführer des Aufstands aufzuzwingen und die israelischen Behörden zu untergraben [...] sowie stattdessen alternative Mechanismen zu schaffen“. “ Israel nahm mehr als 200 Mitglieder dieser Komitees in Verwaltungshaft und deportierte andere aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen.

Während Israel den Widerstand der Bevölkerung während der Ersten Intifada gewaltsam unterdrückte, versuchte es, den Bewohnern palästinensischer Dörfer eine alternative lokale Führung aufzuzwingen. Ein eklatantes Beispiel waren die „Dorfverbände“ – Gruppen von Bewohnern, die Israel in der Annahme unterstützte, dass die Stärkung der Loyalität gegenüber den lokalen Gemeinschaften das Engagement für die nationale Sache schwächen würde. Israel versprach den Dörfern, die sich den Ligen anschlossen, Vorteile in Form des Zugangs zu wertvollen Ressourcen, darunter eine weitgehende Genehmigung der Familienzusammenführung, Anschlüsse an die Wasser- und Strominfrastruktur sowie den Straßenbau in den Dörfern.

Der Wandel von Vereinigungen und Komitees hin zu formellen Organisationen

Die Osloer Verträge und die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 1994 beschleunigten einen Wandel im palästinensischen Diskurs weg von Befreiung und Widerstand hin zum Staatsaufbau.

Mitglieder der Volkskomitees traten Institutionen der Palästinensischen Autonomiebehörde bei, und viele der Komitees schränkten ihre Aktivitäten ein oder wurden zu Nichtregierungs-organisationen (NGOs), was sie zwang, sich an internationale Förderstandards anzupassen, indem sie ihre politische Schärfe abmilderten. Dennoch trieben Aktivistengruppen weiterhin lokale Kämpfe über die Volkskomitees voran, darunter Proteste gegen die Trennmauer, Siedlungen und Außenposten sowie Initiativen zur Sicherung und zum Schutz von Gemeinden vor der Gewalt der Siedler.

Israel ist bestrebt, diese Formen zivilgesellschaftlicher Organisation zu kriminalisieren und zu unterbinden, wobei es Drohungen einsetzt, um Palästinenser von jeglicher Form zivilgesell-schaftlicher, sozialer und politischer Aktivität abzuschrecken. Diese Vorgehensweise zeigt sich in

den wiederholten Festnahmen von Munther ‘Amira, der in den letzten Jahren Vorsitzender der Volkskomitees und Vorstandsvorsitzender des Jugendzentrums im Flüchtlingslager ‘Aydah in Bethlehem war. Das Zentrum selbst war wiederholt israelischer militärischer Gewalt ausgesetzt. Laut Haaretz drohte im Jahr 2021 eine hochrangige Beamtin der Zivilverwaltung, die das Bezirkskoordinations- und Verbindungsbüro für den Raum Bethlehem leitete, ‘Amira, teilte ihm mit, er stehe „unter ihrer Überwachung“, und schickte ihm ein Foto, auf dem er einem Soldaten die Hand schüttelt, zusammen mit der Aufforderung, die „Anstiftung vor Ort und im Internet“ einzustellen. Amira sagte, das Foto sei bei palästinensischem Sicherheitspersonal gelandet, obwohl er es nicht selbst verbreitet habe.

Seit Jahrzehnten – und seit den 2000er Jahren mit zunehmender Intensität – nutzt das israelische Regime seine verschiedenen Organe, um wiederholt Razzien in Büros der palästinensischen Zivilgesellschaft im Westjordanland durchzuführen, Mitarbeiter zu verhaften, sie an Auslandsreisen zu hindern, sie zu bedrohen und eine breit angelegte Delegitimierungskampagne zu führen, um deren internationale Glaubwürdigkeit zu untergraben. In den letzten Jahren hat Israel zudem schrittweise die Einreise von Mitarbeitern internationaler Hilfs- und Entwicklungsorganisationen in das Westjordanland eingeschränkt, indem es Visa und Einreisegenehmigungen verweigerte, verzögerte oder deren Verlängerung ablehnte. Die sechs palästinensischen Organisationen, die 2021 als „terroristische Organisationen“ eingestuft wurden, setzen sich alle dafür ein, Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser in den besetzten Gebieten zu dokumentieren und darüber zu informieren sowie den Opfern zu helfen. Addameer leistet Rechtsbeistand für Gefangene, sammelt Daten zu Inhaftierungen und Verwaltungshaft und setzt sich für die Beendigung von Folter ein; Al-Haq dokumentiert Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser in den besetzten Gebieten; und die palästinensische Sektion von Defense for Children International (DCI-P) beobachtet Tötungen von Kindern, willkürliche Verhaftungen, Folter, erzwungene Geständnisse und unfaire Gerichtsverfahren gegen Kinder. Bei den übrigen drei Organisationen handelte es sich um die Union of Agricultural Work Committees (UAWC), die Union of Palestinian Women’s Committees (UPWC) und das Bisan Center for Research and Development. Später im selben Jahr wurde bekannt, dass das Militär die Handys von sechs palästinensischen Menschenrechtsverteidigern gehackt hatte, von denen drei für die oben genannten Organisationen tätig waren. Dabei kam die Spionagesoftware „Pegasus“ zum Einsatz, die uneingeschränkten Zugriff auf die Kamera, das Mikrofon sowie auf ein- und ausgehende Textnachrichten eines Handys ermöglicht.

Ein umfassender Untersuchungsbericht aus dem Jahr 2024 enthüllte, dass Israel fast ein Jahrzehnt lang – seit dem Beitritt des Staates Palästina zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag im Jahr 2015 – spezielle Teams innerhalb des Militärgeheimdienstes, des Shin Bet, Mossad, im Justizministerium, im Außenministerium und im Ministerium für strategische Angelegenheiten unterhielt, um die Ermittlungen des IStGH zu Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten zu überwachen, vorauszusehen, welches Material dem Ankläger vorgelegt werden würde, dessen Glaubwürdigkeit zu untergraben und das Verfahren zu behindern oder zu verzögern. Der Untersuchung zufolge hat Israel zudem den Ankläger eingeschüchtert und bedroht, um die Ermittlungen zu stoppen. Ein Großteil dieser Bemühungen richtete sich gegen palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen, die am Aufbau der Beweisgrundlage für das Verfahren beteiligt waren, darunter Al-Haq, Al-Mezan und das Palestinian Centre for Human Rights (PCHR). Diese Organisationen legten Material zur Ausweitung der Siedlungen und zu Hauszerstörungen als Form der Kollektivstrafe sowie Zeugenaussagen über Bombenangriffe im Gazastreifen und das problematische Verhalten hochrangiger israelischer Amtsträger vor. Diese Angriffe schadeten nicht nur ihrem Ruf, sondern auch ihrer Fähigkeit, Zeugenaussagen zu sammeln, und gefährdeten zudem die Privatsphäre und Sicherheit der Zeugen. „Die Menschen haben Angst, eine Beschwerde [beim IStGH] einzureichen oder ihren Namen zu nennen, weil sie befürchten, vom Militär verfolgt zu werden oder ihre Einreisegenehmigungen zu verlieren“, erklärte der erfahrene PCHR-Anwalt Hamdi Shaqura den Autoren der Untersuchung. „Ein Mann in Gaza, der einen an Krebs erkrankten

Verwandten hat, fürchtet, dass die Armee ihm seine Einreisegenehmigung entzieht und seine Behandlung verhindert – solche Dinge passieren."

Ab Oktober 2023: Beispiellose Angriffe auf kollektive Organisation und beschleunigte Schließung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Seit Oktober 2023 hat Israel seine Angriffe auf fast jede Form palästinensischer Organisation und Vereinigung im Westjordanland intensiviert. Basis- und Gemeindegruppen sowie Organisationen, die Arbeitnehmer, bedürftige Menschen und Kinder schützen, sahen sich wiederholten Razzien in ihren Büros, erzwungenen Schließungen, systematischer Schikane und der grundlosen Festnahme von Mitarbeitern, Freiwilligen und Aktivisten ausgesetzt. Im April 2025 beispielsweise schlossen israelische Streitkräfte das Büro des Palästinensischen Gewerkschaftsbundes in Ostjerusalem und nahmen dessen Bürosekretär, Fawzi Sha'ban, fest. Im Monat zuvor hatte Israel Wahlen zum Exekutivausschuss des Verbandes sowie zur Führung mehrerer Gewerkschaften verhindert. Einige Monate später, im Oktober 2025, brachen israelische Streitkräfte die Türen der Verbandsbüros in Nablus auf, verwüsteten die Räumlichkeiten und plünderten die Ausrüstung.

Ahmad Dweikat, 50, ein Vater von vier Kindern aus Nablus, berichtete B'Tselem, wie Israel im Jahr 2026 den Verein „Madid" schloss, den er 2010 mitbegründet hatte, um Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und bedürftigen Familien zu helfen:

„Anfangs boten wir Beratung und emotionale Unterstützung an. Mit der Zeit stellten wir fest, dass die Hauptursache für die Notlage der meisten unserer Hilfesuchenden wirtschaftlicher Natur war. Deshalb erweiterten wir unsere Aktivitäten und nahmen humanitäre Hilfe sowie Wohltätigkeit auf, basierend auf einem Konzept der gegenseitigen Verantwortung und sozialen Solidarität. […] Der Verein leistet Hilfe für Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Familien ohne Ernährer. Wir verteilen Lebensmittelpakete mit Grundnahrungsmitteln – darunter Reis, Zucker, Linsen, Öl und andere Produkte – sowie Kleidung vor den Feiertagen und zu Beginn des Schuljahres. Außerdem betreiben wir ein Programm zur Verteilung neuer Rucksäcke und Schulmaterialien an bedürftige Schüler sowie ein Programm zur Verteilung von Fleisch zum Opferfest (Eid al-Adha) an in Armut lebende Familien.

Am 14. Mai 2026 führte die Armee eine Razzia in den Büroräumen des Vereins durch […] Ich betrat das Büro und sah, dass die Soldaten den Raum auf den Kopf gestellt hatten. Sie beschlagnahmten vier Desktop-Computer, einen Laptop, USB-Sticks und vier Quittungsbücher sowie etwa 70.000 ILS in bar. Ein Teil dieses Geldes war für Ausgaben zugunsten von Waisenkindern bestimmt, ein Teil bestand aus Spendengeldern, die für den Kauf von Fleisch zum Eid al-Adha vorgesehen waren – wofür die Spendenaktion noch lief –, und ein weiterer Teil war für die laufenden Ausgaben und Notfälle des Vereins vorgesehen. Der gesamte Betrag wurde beschlagnahmt. Ich sah einige Anordnungen an der Tür des Gebäudes angebracht, auf Hebräisch und Arabisch, darunter einen militärischen Befehl zur Schließung der Organisation. In den Anordnungen wurde behauptet, dass unsere gemeinnützige Organisation Dienstleistungen für eine illegale Organisation erbringt, Gelder von einer illegalen Organisation erhält, das Vermögen einer illegalen Organisation nutzt, Eigentum besitzt, das zur Herstellung von Waffen verwendet wird, und Geld aus dem Waffenhandel erhält.

Ich war schockiert, als ich diese Dinge las. Ich verstehe nicht, wie man uns solcher Dinge beschuldigen kann. Wenn daran etwas Wahres wäre, warum werden wir dann nicht verhaftet? Ich bin nun schon seit mehreren Jahren Vorstandsvorsitzender und geschäftsführender Direktor der gemeinnützigen Organisation. Die Organisation verfügt über einen Vorstand, eine Mitgliederversammlung und eine geordnete Organisationsstruktur, und ihre Tätigkeit ist in der ganzen Stadt bekannt. Unser einziges Ziel ist es, Menschen in Not zu helfen und ihre täglichen Nöte so gut wie möglich zu lindern.

Die Schließung der Organisation trifft Kinder, Frauen und Familien ohne Ernährer sowie Menschen mit Behinderungen, die auf solche Vereine angewiesen sind – allesamt gehören sie zu den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Manche Menschen kommen zu Fuß zu uns, nachdem sie weite Strecken zurückgelegt haben, nur um eine warme Mahlzeit für ihre Kinder und Familienangehörigen zu erhalten. Menschen kommen aus Dörfern und Flüchtlingslagern, um Hilfe zu suchen, und sei es nur eine warme Mahlzeit, wie es während des Ramadan der Fall war. […] Niemand blieb von den Auswirkungen des Krieges verschont. Viele Familien, die zuvor in relativem Wohlstand und in stabilen Verhältnissen lebten, sind in Armut geraten, nachdem sie ihre Einkommensquelle vollständig verloren haben. Viele Arbeitnehmer, die in Israel oder im Westjordanland beschäftigt waren, haben ihre Arbeitsplätze verloren und konnten keine alternativen Einkommensquellen finden. Auch Mitarbeiter der Palästinensischen Autonomie-behörde, die seit Jahren nicht mehr ihre vollen Gehälter erhalten haben, gehören nun zu einer neuen Gruppe, die unsere Hilfe benötigt. „Wir sind ratlos und wissen nicht, wie wir diese Entscheidung rückgängig machen können.“ | *Vollständige Aussage*

Israel hat zudem die Verhaftungen von Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern erheblich verstärkt und führt häufig Razzien in Büros von Nichtregierungsorganisationen im Westjordanland und in Ostjerusalem durch, wobei es zu erheblichen Sachschäden kommt und Mitarbeiter willkürlich festgenommen werden. Am 17. September 2024 um 5:00 Uhr morgens drangen Soldaten in das Haus von Tahrir Jaber, der Direktorin der Union der palästinensischen Frauenkomitees (UPWC), ein. Zwei Wochen später, am 1. Oktober 2024, drangen Soldaten in die Zentrale der Union in al-Bira ein, beschlagnahmten Gegenstände und erließen eine Schließungsverfügung für die Räumlichkeiten. Anfang Dezember 2025, nach wochenlangen Schikanen und öffentlicher Aufstachelung durch Siedler und deren Vertreter, führten israelische Streitkräfte Razzien in den Büros der Union der landwirtschaftlichen Arbeitskomitees (UAWC) in al-Bira und Hebron durch, die palästinensische Gemeinden und Landwirte unterstützt, die der Gewalt durch das israelische Regime ausgesetzt sind. Berichten zufolge hielten Soldaten während der Razzia Mitarbeiter stundenlang in Handschellen und mit verbundenen Augen fest, nahmen acht von ihnen fest, verwüsteten und beschlagnahmten Ausrüstung und versiegelten die Haupteingänge der Büros.

Im September 2025 verhängte die US-Regierung verheerende Sanktionen gegen drei palästinensische Menschenrechtsorganisationen – Al-Haq, Al-Mezan und PCHR – wegen ihrer direkten Beteiligung an Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC). Die Organisationen berichteten, dass ihre Bankkonten geschlossen wurden, wodurch sie keine Finanzmittel mehr erhalten und ihre Mitarbeiter nicht mehr bezahlen konnten. Im April 2026 gab die palästinensische Zweigstelle von Defense for Children International (DCI-P) bekannt, dass sie ihre Arbeit einstellen werde.

Unterdrückung von Demonstrationen und gewaltfreiem Protest

Nachdem Israel 1967 die Gebiete besetzt hatte, wandte es die Militärverordnung zum Verbot von Aufwiegelung und feindseliger Propaganda (Militärverordnung Nr. 101) an, die für jede Versammlung von mehr als zehn Personen, die „als politisch ausgelegt werden kann“, eine Genehmigung des Militärkommandanten vorschreibt, unabhängig davon, ob sie öffentlich oder privat stattfindet. Seitdem verhindert Israel gewaltfreie Demonstrationen im Westjordanland, unter anderem durch die Verhängung von Anordnungen zur Ausweisung von „geschlossenen Militärzonen“ für Gebiete, in denen Demonstrationen stattfinden sollen, ohne dafür eine formelle Begründung vorlegen zu müssen. Israel nimmt zudem systematisch politische Persönlichkeiten fest, die an der Organisation und Leitung von Protesten beteiligt sind, und die Streitkräfte wenden routinemäßig extreme und oft tödliche Methoden an, um Demonstrationen aufzulösen. Die dokumentierte Verwendung des Begriffs „Hauptanstifter“ durch das Militär, der in seinen Schusswaffenvor-

schriften verankert ist, verdeutlicht die systematische Förderung unverhältnismäßiger Gewaltanwendung gegen Demonstranten: Zur Auflösung von Demonstrationen ist es Soldaten gestattet, tödliche Gewalt gegen jede Person anzuwenden, die als „bedeutender“ Anführer der Demonstranten identifiziert wird, selbst wenn diese Person keine Gefahr für die Streitkräfte darstellt.

Neben Schüssen mit scharfer Munition setzt das Militär routinemäßig Tränengas, Blendgranaten, „Skunk“, Wasserwerfer (eine übelriechende Flüssigkeit, die von israelischen Streitkräften zur Massenkontrolle eingesetzt wird) und gummibeschichtete Metallgeschosse („Gummigeschosse“) ein, um Demonstrationen aufzulösen. Diese vorgesehenen Maßnahmen zur Massenkontrolle werden oft in einer Weise eingesetzt, die ihre Wirkung tödlich machen kann. So haben beispielsweise der direkte Beschuss mit Tränengasgranaten und das Einatmen von Tränengas unter Demonstranten zu schweren Verletzungen und Todesfällen geführt. Dasselbe gilt für „Gummigeschosse“. Nach Angaben von B’Tselem wurden vom Beginn der Zweiten Intifada im September 2000 bis Juni 2026 mindestens 24 Palästinenser aus dem Westjordanland durch „Gummigeschosse“ getötet, darunter 14 Minderjährige.

Angesichts des Völkermords im Gazastreifen weitete Israel seine ohnehin schon großzügige Schussrichtlinie aus, unter anderem bei der Unterdrückung von Demonstrationen im Westjordanland. Unmittelbar nach Oktober 2023 wurde bei Demonstrationen verstärkt mit scharfer Munition geschossen, anstelle von „Gummigeschossen“ und anderen Mitteln. Laut OCHA wurden 41 % der Menschen, die vom 7. Oktober 2023 bis zum Ende desselben Jahres durch Gewalt seitens des Militärs und von Siedlern im Westjordanland verletzt wurden, bei Demonstrationen oder in direktem oder indirektem Zusammenhang damit verletzt. Ein Drittel dieser Verletzungen wurde durch Schüsse mit scharfer Munition verursacht, verglichen mit 9 % aller Verletzungen in den ersten neun Monaten desselben Jahres. Daten von B’Tselem zeigen, dass israelische Streitkräfte in nur sieben Monaten – vom 7. Oktober 2023 bis Mitte Mai 2024 – mindestens 28 Palästinenser, darunter 11 Minderjährige, bei Demonstrationen oder im Zusammenhang damit getötet haben. Zum Vergleich: In den rund 13 Jahren davor, beginnend mit der Operation „Gegossene Bleikugel“ im Januar 2009, töteten israelische Streitkräfte mindestens 66 Palästinenser bei Demonstrationen oder im Zusammenhang damit. Zwei weitere wurden von Siedlern getötet, einer von einem Israeli, dessen Status als Soldat oder Zivilist B’Tselem nicht mit Sicherheit feststellen konnte. Dreiundzwanzig der Getöteten waren Minderjährige.

Alle palästinensischen Demonstranten, die nach Oktober 2023 im Westjordanland getötet wurden, nahmen an Protesten gegen den israelischen Angriff auf den Gazastreifen teil, mit einer Ausnahme: einer Demonstration anlässlich der Nakba im Mai 2024. Dies war der letzte dokumentierte Todesfall bei oder im Zusammenhang mit einer Demonstration bis einschließlich Juli 2026. So fanden beispielsweise, nachdem am 17. Oktober 2023 Hunderte vertriebener Bewohner des Gazastreifens bei einer Explosion im al-Ahli-Krankenhaus (al-Ma‘madani) in Gaza-Stadt ums Leben gekommen waren, an mehreren Orten im nördlichen Westjordanland Solidaritätsdemonstrationen statt. Das Militär ging gegen sie vor und setzte dabei in großem Umfang scharfe Munition, Tränengasgranaten und Blendgranaten ein. Auch Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde beteiligten sich an der Niederschlagung dieser Demonstrationen; ihr Eingreifen führte zum Tod von vier Palästinensern, darunter Razan Nasrallah, ein 12-jähriges Mädchen aus Jenin.

Die Tatsache, dass von Mai 2024 bis Juli 2026 kein palästinensischer Demonstrant von Israel im Westjordanland getötet wurde, deutet nicht auf militärische Zurückhaltung hin. Vielmehr ebbten die Demonstrationen selbst ab. Eine Welle von Verhaftungen palästinensischer Führer im Westjordanland, verbunden mit der eskalierenden Gewalt des israelischen Militärs gegen Demonstranten, führte dazu, dass Solidaritätsdemonstrationen mit den Bewohnern des Gazastreifens im Laufe des Jahres 2024 fast vollständig verschwanden. Auch die seit Jahren in Dörfern

und Städten im gesamten Westjordanland abgehaltenen wöchentlichen Demonstrationen gegen die Besatzung nahmen allmählich ab.

Die Stadt Beita südlich von Nablus veranschaulicht die eskalierende Gewalt gegen Demonstranten im Westjordanland. Beita ist umgeben von Siedlungen und Außenposten, militärischen Kontrollpunkten und Straßen, die ausschließlich für Israelis bestimmt sind, und steht seit Jahrzehnten an vorderster Front des palästinensischen Kampfes gegen die Besatzung und Israels Landaneignung für Außenposten. In weniger als einem Jahr, zwischen Mai 2021 und Februar 2022, wurden sieben Palästinenser bei wöchentlichen Demonstrationen gegen einen auf dem Gelände der Stadt errichteten Außenposten getötet. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden bei diesen Demonstrationen etwa 180 Menschen durch Schüsse mit scharfer Munition verletzt, etwa 1.000 durch „Gummi"- und Schwammgeschosse und mehr als 4.200 durch das Einatmen von Tränengas. Die Einwohner waren zudem umfangreichen kollektiven Strafmaßnahmen des Militärs ausgesetzt, darunter nächtliche Razzien, die Sperrung des Ortseingangs, die Zerstörung der Olivenhaine der Einwohner durch Militärbulldozer und der Entzug von Arbeitserlaubnissen. Die Demonstrationen in Beita hörten etwa zu dem Zeitpunkt auf, als der israelische Angriff auf den Gazastreifen begann. Sie wurden Mitte Juni 2024 in kleinerem Umfang wieder aufgenommen, nachdem Israel im Rahmen der Legalisierung der Außenstelle Evyatar 66 Dunam [1 Dunam = 0,1 Hektar] Stadtgebiet zu „Staatsland" erklärt hatte. Am 6. September 2024 erschossen Soldaten die türkisch-amerikanische Demonstrantin Aysenur Ezgi Eygi, während sie an einer Demonstration gegen die Siedlungsaußenstelle teilnahm. In diesen Monaten begann das Militär, Demonstrationen an diesem Ort gänzlich zu unterbinden und hinderte die Demonstranten daran, sich wie in der Vergangenheit in Richtung Stadtrand oder zur Hauptstraße zu bewegen.

Der Rückgang der Demonstrationen in Kafr Qadum im Bezirk Qalqiliya macht noch deutlicher, wie Israel seit Oktober 2023 die Demonstrationsfreiheit untergraben hat. Anfang der 2000er Jahre, als die Siedlung Kedumim expandierte, sperrte das Militär die einzige richtige, asphaltierte Straße, die zum Dorf führte. Die Sperrung isolierte das Dorf und zwang seine Tausenden von Einwohnern, unbefestigte Straßen oder landwirtschaftliche Flächen zu nutzen, um das Dorf zu betreten und zu verlassen. Etwa fünf Jahre später gelang es der Palästinensischen Autonomiebehörde, eine Umgehungsstraße zu asphaltieren, was die Fahrzeiten erheblich verlängerte. Vor diesem Hintergrund und nachdem die israelischen Behörden wiederholt nicht auf die Forderungen der Bewohner reagiert hatten, die alte Straße, die das Dorf mit der Jit-Kreuzung verband, wieder zu öffnen, begannen die Bewohner von Kafr Qadum im Jahr 2011 mit wöchentlichen gewaltfreien Märschen und Demonstrationen. Diese dauerten etwa 12 Jahre an und umfassten unter anderem Märsche in Richtung der Straße, die zum gesperrten Tor gegenüber von Kedumim führt, palästinensische Flaggen und Schilder sowie Sprechchöre, in denen die Wiedereröffnung der Straße gefordert wurde. Wenn sich Militärkräfte näherten, um die Demonstranten zu zerstreuen, warfen junge Menschen Steine auf sie, um sie zurückzudrängen.

A.A., ein Einwohner von Kafr Qadum, schilderte gegenüber B'Tselem, wie die wöchentlichen Demonstrationen des Dorfes nach und nach versiegten:

„Die Organisatoren der wöchentlichen Proteste achteten sehr darauf, Beschränkungen durchzusetzen, um den gewaltfreien Charakter der Proteste zu wahren. Doch das Militär reagierte mit unverhältnismäßiger Gewalt und ging gewaltsam gegen sie vor, was zu Zusammenstößen führte. Im Laufe der Jahre wurden Hunderte von Demonstranten durch gummibeschichtete Metallgeschosse, scharfe Munition und das Einatmen von Tränengas verletzt. Zwei junge Männer verloren ihre Augen, nachdem sie von Soldaten abgefeuerten gummibeschichteten Metallgeschossen getroffen worden waren. Im Jahr 2019 schossen Soldaten einem neunjährigen Jungen, 'Abd a-Rahman Yasser a-Shteiwi, in den Kopf, und seine Verletzung führte zu einer vollständigen Lähmung beider Arme und beider Beine. Die Armee hat zudem weitere Strafmaßnahmen gegen

Demonstranten ergriffen und mehr als 250 junge Menschen für unterschiedliche Zeiträume festgenommen. Der Sprecher der wöchentlichen Proteste, Murad Shteiwi, wurde in den zwölf Jahren, in denen diese stattfanden, etwa zehnmal festgenommen, zuletzt im Oktober 2025. Er befindet sich bis heute in Verwaltungshaft.

Nach dem 7. Oktober und insbesondere in der ersten und zweiten Woche stellten die Organisatoren der Protestaktion fest, dass sich die Politik des israelischen Militärs geändert hatte und dass es übermäßige Gewalt sowie neue Einsatzregeln anwandte. Dies spiegelte sich auch im großflächigen Einsatz der Armee im gesamten Westjordanland, einem Anstieg der Todesopfer im nördlichen Westjordanland, der Einrichtung zusätzlicher Militärkontrollpunkte sowie umfangreichen Razzien und Einfällen in verschiedenen Gebieten des Westjordanlands wider. All dies geschah parallel zu der erheblichen Eskalation und dem intensiven Krieg im Gazastreifen. Aufgrund dieser alarmierenden Entwicklungen beschlossen die Organisatoren der Demonstration und die Bewohner von Kafr Qadum, die wöchentliche Protestaktion aus Sorge um die Sicherheit und das Wohlergehen der Demonstranten auszusetzen [...]. Die letzte Demonstration fand am 20. Oktober 2023 statt. Nach zwölf Jahren Protest ist die Forderung der Bewohner, die Straße zu öffnen, um ihnen das Leben zu erleichtern, noch immer nicht erfüllt worden." | *Vollständiger Bericht*

Angriffe auf Orte, an denen kollektives Bewusstsein entsteht

Vor dem Hintergrund der Verwüstung, die Israel dem Bildungssystem, der Gemeinschaft sowie dem kulturellen und religiösen Leben im Gazastreifen zugefügt hat, haben sich seine Angriffe auf ähnliche Orte im Westjordanland verschärft. Verschärfte Bewegungsbeschränkungen, die zunehmende Zahl gemeinsamer Übergriffe von Siedlern und Soldaten auf diese Einrichtungen sowie gezielte Angriffe auf religiöse und kulturelle Persönlichkeiten, Schüler*innen und Lehrkräfte haben den Zugang zu Räumen eingeschränkt, in denen sich Gemeindemitglieder treffen, um zu lernen, zu beten, sich kulturell zu betätigen oder gemeinsam ihre Freizeit zu verbringen, und haben den Weg zu diesen Orten gefährlich gemacht. In den von den Feldforschern von B'Tselem gesammelten Zeugenaussagen beschrieben die Befragten verschiedene Gründe, warum sie aufgehört hatten, diese Orte aufzusuchen. Einige meiden sie wegen der zahlreichen Bewegungsbeschränkungen und der mit dem Weg dorthin verbundenen Gefahren; manche haben Angst, an gemeinsamen Aktivitäten teilzunehmen, aus Furcht vor Kriminalisierung und Verhaftung; und wieder andere leiden unter Traumata oder psychischer Erschöpfung und verzichten daher auf eine Teilnahme. Für viele ist es fast unmöglich geworden, das Haus zu verlassen.

Gemeinschaft, Kultur und Religion

Im Dezember 2024 führten israelische Streitkräfte eine Razzia im Jugendzentrum des Flüchtlingslagers 'Aydah in Bethlehem durch. Aufnahmen von Überwachungskameras zeigen, wie Soldaten Bücher, T-Shirts und Kinderzeichnungen durchsuchten und Gegenstände beschlagnahmten, die Zeichen palästinensischer Identität trugen. Im Februar 2025 führte die Polizei eine Razzia in der „Educational Bookshop" in Ostjerusalem durch, beschlagnahmte Bücher mit palästinensischen Symbolen und verhaftete die Eigentümer, Mahmoud und Ahmad Muna, unter dem Verdacht der „Störung der öffentlichen Ordnung". Im November 2025 führte die Polizei eine Razzia im al-Hakawati-Theater in Ostjerusalem durch und löste eine musikalische Aufführung von Kindern gewaltsam auf, mit der Begründung, die Veranstaltung sei ohne Genehmigung stattgefunden und in Verbindung mit der Palästinensischen Autonomiebehörde produziert worden. Der rote Faden, der sich durch diese Einrichtungen zieht, ist ihre herausragende Rolle als Zentren für kreatives Schaffen, generationsübergreifenden gesellschaftlichen Dialog, Identitätsbildung und die Bewahrung einer palästinensischen kulturellen und nationalen Erzählung. Sie dienen zudem

Gemeinschaften, die von der anhaltenden, alltäglichen israelischen Gewalt im Westjordanland tief betroffen sind. Das Jugendzentrum im Flüchtlingslager ‘Aydah bietet Kindern und Jugendlichen beispielsweise psychosoziale und pädagogische Unterstützung, historische Führungen durch palästinensische Dörfer in der Umgebung, die Teilnahme an der Olivenernte sowie Kunstworkshops an. Aufführungen im al-Hakawati-Theater, auch bekannt als Palästinensisches Nationaltheater, thematisieren unter anderem die palästinensische Geschichte und die Verbundenheit der palästinensischen Gemeinschaft mit dem Land.

Israels umfassender Angriff auf die palästinensische Identität und Kultur umfasst auch Angriffe auf die Religionsausübung, religiöse Institutionen und die Rechte der Gläubigen. In den letzten Jahren haben Streitkräfte regelmäßig Moscheen in der gesamten Westbank gestürmt. Gleichzeitig zünden Siedler regelmäßig Moscheen an und verwüsten sie, manchmal in Zusammenarbeit mit den Streitkräften. So setzten Siedler beispielsweise in einer einzigen Woche Mitte Juni 2026 Moscheen in mindestens drei Dörfern im Bezirk Ramallah in Brand. In Burqah brachen Siedler die Moscheetüren auf und zündeten den Eingangsbereich an, während sich Gläubige im Inneren befanden; den Bewohnern gelang es, das Feuer zu löschen, bevor es sich ausbreitete. Einige Tage später steckten Siedler Moscheen in Jaljiliya und Mazari‘ a-Nubani in Brand. In Jaljiliya sprühten sie hebräische Graffiti an die Wände der Moschee, darunter „Nacht der Moscheen“, „Rache“ und „Grüße von den Hilltop-Jugendlichen“.

In den Jahren 2024 und 2025 wurden während des Ramadan kollektive Beschränkungen für den Zutritt von Palästinensern aus Israel und Ostjerusalem zur Al-Aqsa-Moschee verhängt. Laut Polizeidaten, die Anfang 2026 von Ir Amim veröffentlicht wurden, betrug die Zahl der muslimischen Gläubigen auf dem Gelände im Jahr 2025 weniger als die Hälfte der zehn Jahre zuvor verzeichneten Zahl. Unterdessen stieg die Zahl der jüdischen Gläubigen – darunter mehrere jüdisch-israelische Amtsträger – mit Zustimmung und Förderung der Regierung weiter an, was einen anhaltenden Verstoß gegen den Status quo auf dem Gelände darstellt.

Laut Ir Amim spiegelt der dramatische Rückgang der Zahl der Gläubigen in der Al-Aqsa-Moschee im Jahr 2025 eine Kombination aus offiziellen Beschränkungen, in der Praxis auferlegten Hindernissen und systematischer Abschreckung wider, die sich insbesondere gegen junge Menschen richtet, die zudem über inoffizielle Kanäle Drohbotschaften von israelischen Sicherheitskräften erhalten. Auch im Jahr 2024 wurde umfangreiche Polizeigewalt gegen junge Palästinenser dokumentiert, die versuchten, den Ort zum Gebet zu erreichen. Es wurde zudem berichtet, dass israelische Behörden muslimische Religionsvertreter bedroht, festgenommen und ihnen den Zutritt zum Gelände untersagt hätten. Die Situation eskalierte im Jahr 2026 weiter, als sich die Polizei weigerte, zu den Büros des Waqf – der muslimischen Verwaltung, die das Gelände verwaltet – zu kommen, um die Gebetszeiten und die Lebensmittellieferungen zur al-Aqsa-Moschee während des Ramadan zu koordinieren. Diese Entscheidung kam zu Hunderten von Verwaltungsausschlussverfügungen hinzu, die die Polizei kurz vor dem Ramadan erlassen hatte, um Palästinensern den Zugang zum al-Aqsa-Gelände zu verwehren – darunter 33 Waqf-Mitarbeiter; zur Verwaltungshaft von fünf weiteren Waqf-Mitarbeitern; zu einer Obergrenze von 10.000 Palästinensern, die am Freitagsgebet vor Ort teilnehmen durften; sowie zu einem aggressiven Polizeieinsatz auf dem Moscheegelände während des ersten Tarawih-Gebets.

Das Bildungssystem: Schulen und Hochschulen

Schulen und akademische Einrichtungen sind wichtige Orte für die Prägung des historischen, politischen und sozialen Bewusstseins. Sie bieten einen einzigartigen Rahmen, in dem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Ideen mit Gleichaltrigen austauschen, Wissen über Generationen hinweg weitergeben, Identitäten entwickeln und sogar Führungsqualitäten ausbilden können. Über die formale Bildung hinaus sind in Schulen und auf Hochschulgeländen im gesamten

Westjordanland im Laufe der Jahre Schülerräte, Studentenvereinigungen und andere Organisationsformen entstanden, an denen nicht nur Studierende, sondern auch ihre Familien und Gemeinschaften beteiligt sind, darunter Elternbeiräte.

Seit 1967 und mit zunehmender Häufigkeit seit den 1980er Jahren hat Israel wiederholt den Betrieb von Schulen und akademischen Einrichtungen im Westjordanland gestört und diese zeitweise geschlossen, oft als eine Form der Kollektivstrafe. Auf dem Höhepunkt der Ersten Intifada beispielsweise ordnete Israel die Schließung aller Schulen im Westjordanland an. Als Reaktion darauf versuchten Vertreter der Volkskomitees gemeinsam mit Lehrkräften und Anwohnern, alternative Unterrichtsformen in Privathäusern, Moscheen und auf Höfen zu etablieren. Das israelische Militär unterdrückte diese Initiativen mit der Begründung, sie könnten zu „öffentlichen Unruhen" führen. Sowohl während der Ersten als auch der Zweiten Intifada waren viele Einrichtungen gezwungen, ihren Betrieb einzustellen, da Israel im Westjordanland Bewegungsbeschränkungen und Ausgangssperren verhängt hatte. In anderen Fällen drangen bewaffnete Soldaten in Einrichtungen ein, wobei sie mitunter Scharfschuss, Tränengas und Blendgranaten einsetzten und zeitweise erhebliche Schäden an Gebäuden und Ausrüstung verursachten. In einigen Fällen wurden Bildungseinrichtungen vollständig beschlagnahmt und in Militärposten umgewandelt. Im Laufe der Jahre hat Israel Universitäts- und Schulstudierende, Vertreter von Schüler- und Studentenvereinigungen sowie Dozenten und Lehrer festgenommen. Israel hat zudem Dutzende von Gebäuden auf dem Campus abgerissen, meist mit der Begründung, sie seien ohne Baugenehmigung errichtet worden.

Zensur von Schulbüchern

Bis zum Oslo-Prozess stützte sich die Grund- und Sekundarschulbildung im Westjordanland auf jordanische Schulbücher. Die israelischen Behörden zensierten diese Bücher stark. So wurde beispielsweise das Wort „Palästina" systematisch entfernt, Karten wurden ausgelöscht und andere Inhalte, die als palästinensisch-national charakterisiert wurden, wurden weggelassen. Im Rahmen einer Kampagne zur Abschiebung palästinensischer Einwohner, die sich in den ersten Jahren der Besatzung öffentlich gegen die israelische Herrschaft aussprachen, deportierte Israel auch Schulleiter, die gegen die Zensur von Schulbüchern protestierten.

Schulbücher, die nach den Osloer Abkommen unter der Palästinensischen Autonomiebehörde in Zusammenarbeit mit der UNESCO entwickelt wurden, spiegelten weitgehend das Bestreben wider, eine palästinensische Sichtweise zu bewahren und an junge Menschen weiterzugeben, unter anderem durch die Darstellung des Krieges von 1948 als „Nakba", der palästinensischen Katastrophe. Israelisches Gebiet wurde in diesen Büchern oft als „Gebiete von 1948" oder „das Gebiet innerhalb der Grünen Linie" bezeichnet, und palästinensische Städte darin wurden mit ihren arabischen Namen genannt. Israelis wurden dargestellt, vor allem durch die alltäglichen Begegnungen der Palästinenser mit ihnen – als Soldaten oder Polizisten auf den Straßen und an Kontrollpunkten oder bei Familienbesuchen in Haftanstalten. Im Laufe der Jahre haben israelische Amtsträger immer wieder behauptet, dass die Schulbücher der PA voller Aufstachelung zur Gewalt gegen Israelis und sogar voller Antisemitismus seien. Untersuchungen, die den Lehrplan eingehend prüften, ergaben, dass die Bücher zwar „emotional aufgeladene Darstellungen israelischer Gewalt" sowie unvollständige oder einseitige Darstellungen von Israel, dem Judentum und dem Zionismus enthielten, jedoch keine Anstiftung zum Terrorismus, keine Dämonisierung von Israelis oder Juden und keine Aufrufe, ihnen Schaden zuzufügen. Neben Israels direktem Angriff auf das palästinensische Bildungssystem beeinträchtigte auch der von ihm international ausgeübte Druck die externe Finanzierung. So wurden beispielsweise zwischen 2012 und 2022 Teile der EU-Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde bis zur Änderung des Lehrplans eingefroren.

In Ostjerusalem unterwirft Israel palästinensische Bildungseinrichtungen seit Jahren der Zensur und intensiver Kontrolle und hält gleichzeitig Finanzmittel zurück. Israel macht keinen Hehl aus dieser Zensur. So beschloss das israelische Bildungsministerium im Jahr 2018, Schulen in Ostjerusalem durch „materielle und pädagogische Anreize“ dazu zu ermutigen, den israelischen Lehrplan verstärkt anzuwenden und ihm Vorrang vor dem palästinensischen zu geben. Die Maßnahme wurde als eines der erklärten Ziele des Fünfjahresplans zur „Integration der Bewohner Ost-Jerusalems in die israelische Gesellschaft und die israelische Wirtschaft“ festgelegt. Im Jahr 2022 verpflichtete das israelische Bildungsministerium die Schulen in Ost-Jerusalem unter Androhung des Entzugs ihrer unbefristeten Lizenzen dazu, eine von der Stadtverwaltung Jerusalem zensierte Version der Lehrbücher der Palästinensischen Autonomiebehörde zu verwenden. Laut einer Erklärung des Bildungsministeriums umfassten die in diesen Schulbüchern gefundenen „aufwiegelnden Inhalte“ unter anderem „die Verherrlichung von Gefangenen und ihres Kampfes gegen den Staat Israel, Erfindungen über die Verweigerung der Behandlung von Patienten und die vorsätzliche [israelische] Schädigung von medizinischen Teams, Anschuldigungen, [Israel] sei für die Wasserkrise in der Palästinensischen Autonomiebehörde verantwortlich, sowie schwerwiegende Vorwürfe von Tötungen, Vertreibungen und militärischen Massakern“.

Im Januar 2026 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Lehrern, die ihre pädagogische Ausbildung in der Palästinensischen Autonomiebehörde absolviert haben, die Arbeit im israelischen Bildungssystem untersagt. In seiner geltenden Fassung sieht das Gesetz vor, dass Lehrer, die für den Unterricht nach dem palästinensischen Lehrplan ausgebildet wurden, nicht mehr für Lehrstellen an Schulen in Ostjerusalem in Frage kommen. In einer Debatte im Bildungsausschuss der Knesset gab der Abgeordnete Amit Halevi folgende Erklärung ab: „Die Araber in Ostjerusalem können entscheiden. Wenn sie ihre nationale Identität verwirklichen wollen, gibt es andere Länder. Nicht in Jerusalem, nicht in unserer Hauptstadt … das ist der Rahmen der Diskussion.“

Das Bildungssystem seit Oktober 2023 Seit Oktober 2023 hat der Schaden, den Israel dem Primar- und Sekundarschulwesen im Westjordanland zufügt, nach Jahrzehnten staatlich verursachter Störungen und periodischer Schließungen ein Rekordniveau erreicht. Diese Realität hat Auswirkungen auf die intellektuelle, soziale und emotionale Entwicklung vieler Kinder und Jugendlicher im Westjordanland, denen weder ein stabiler Tagesablauf noch ein kontinuierlicher Zugang zum Unterstützungssystem durch Lehrer und Schulberater noch zu Orten bleibt, an denen sie sich mit Gleichaltrigen treffen und spielen können.

Wenn Kinder über einen längeren Zeitraum nicht zur Schule gehen, kommt es in der Regel zu Lernrückständen. Es ist daher wahrscheinlich, dass diese dramatische Unterbrechung dauerhafte Auswirkungen auf die Kinder im Westjordanland haben wird. Es ist zu erwarten, dass die Auswirkungen über die Schüler selbst hinausgehen und die Gemeinschaft als Ganzes, ihre menschliche und wirtschaftliche Entwicklung und folglich auch ihre Überlebensfähigkeit beeinträchtigen werden. Während des Schuljahres 2023–2024 waren zwischen 8 % und 20 % der Schulen im Westjordan-land zu jedem beliebigen Zeitpunkt aufgrund israelischer Militäraktivitäten, Gewalt durch Siedler und extremer Bewegungsbeschränkungen nicht in Betrieb. Eltern und Lehrkräfte aus dem gesamten Westjordanland berichteten, dass das immer dichter werdende Netz von Kontrollpunkten, die zunehmend unvorhersehbaren Öffnungszeiten und die von Militärkräften und Siedlern errichteten vorübergehenden Straßensperren den Weg zur Schule nahezu unmöglich gemacht hätten.

Aufgrund der Bewegungsbeschränkungen und der sich verschärfenden wirtschaftlichen Not haben Schulen im gesamten Westjordanland den Präsenzunterricht erheblich reduziert und über längere Zeiträume hinweg gänzlich ausgesetzt. So wurde beispielsweise von Februar 2024 bis zum Ende des Schuljahres der Präsenzunterricht im gesamten Westjordanland drastisch reduziert und fand vielerorts nur an zwei Tagen pro Woche statt. Einwohner berichteten B’Tselem, dass viele Kinder an

Fernunterrichtstagen keinen Zugang zu Bildungsinhalten haben, da ihnen die erforderliche Technik fehlt. Zudem sind viele Eltern gezwungen, mit ihren Kindern zu Hause zu bleiben, was ihre Existenzgrundlage weiter beeinträchtigt. Infolge des groß angelegten Angriffs Israels auf Flüchtlingslager und Städte im Norden des Westjordanlands Anfang 2025 verbrachten etwa 12.000 aus ihren Häusern vertriebene Kinder Monate in Notunterkünften, ohne Zugang zu Bildungsräumen oder Lernmaterialien.

Im Schuljahr 2024–2025 dokumentierte OCHA mehr als 2.000 gewalttätige Angriffe von Soldaten oder Siedlern auf Bildungseinrichtungen, Schüler und Mitarbeiter. Zu den Angriffen gehörten bewaffnete Übergriffe auf Schulen, Schüsse mit scharfer Munition auf Schulhöfen oder innerhalb von Gebäuden, Festnahmen von Schülern und Mitarbeitern sowie Schikanen oder willkürliche Verzögerungen junger Menschen auf ihrem Weg zur Schule. In diesem Zeitraum waren mehr als 500 Schulen zu verschiedenen Zeitpunkten gezwungen, den Betrieb einzustellen, wodurch der Unterricht von 84.749 Schülern unterbrochen wurde. Eltern in der gesamten Westbank gaben an, dass sie aufgrund dieser Gewalt Angst hätten, ihre Kinder allein zur Schule zu schicken. Zwischen Januar 2024 und Ende März 2025 dokumentierte OCHA 59 Vorfälle, bei denen israelische Militäraktionen den Betrieb von UNRWA-Schulen störten. Zu diesem Zeitpunkt betrieb die UNRWA 96 Schulen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, mit etwa 46.000 Schülern (Stand 2023). Bei 28 der dokumentierten Vorfälle setzten die Streitkräfte Tränengas innerhalb oder in der Nähe der Schulen ein, und in sechs Fällen wurde der Einsatz von scharfer Munition dokumentiert, wodurch das Leben von Schülern und Mitarbeitern gefährdet wurde. Nach der Verabschiedung der Anti-UNRWA-Gesetze im Jahr 2024 drang die Polizei im Mai 2025 während der Schulzeit in von der Organisation betriebene Schulen in Ostjerusalem ein und stellte ihnen Schließungsverfügungen zu. Militärkräfte nahmen Lehrer und Mitarbeiter fest, während Hunderte verängstigter Schüler in ihren Klassenzimmern blieben, bis Soldaten die Lehrer anwiesen, sie unverzüglich nach Hause zu schicken. Laut Ir Amim besuchten etwa 1.100 Schüler diese Schulen.

Am Morgen des Montags, dem 16. September 2024, drangen Siedler auf das Schulgelände im südlichen Teil der Gemeinde al-Mu‘arrajat im Bezirk Jericho ein. Sie griffen anwesende Aktivisten mit Knüppeln an und verletzten eine Frau am Arm. Als sie den Tumult hörten, kamen mehrere Schüler aus ihren Klassenzimmern. Ein Siedler schlug die 13-jährige Schülerin Rahaf Mleihat, woraufhin sie vom Schulgelände floh. Die Lehrer verriegelten daraufhin die Klassenzimmertüren, während die Siedler gegen Türen und Fenster schlugen, um einzudringen. Unterdessen trafen weitere Siedler an der Schule ein, einige davon maskiert und mit Knüppeln bewaffnet. Es gelang ihnen, in das Büro des Schulleiters einzudringen, in dem sich auch zwei Lehrer und ein Erstklässler befanden. Sie griffen die Anwesenden gewaltsam an, durchwühlten den Raum und beschädigten die Ausstattung, während sich der Schüler weinend unter einem Schreibtisch versteckte. Die Siedler verließen daraufhin das Büro und zerrten den Schulleiter zu ihrem Auto. Einige Minuten später trafen Soldaten und Polizisten zusammen mit einem Siedler, der am Kopf blutete, an der Schule ein. Die Sicherheitskräfte entfernten die angreifenden Siedler vom Tatort und durchsuchten anschließend das Schulgelände nach einem Verdächtigen für den Angriff auf den Siedler. Die Soldaten holten den Schulleiter daraufhin aus dem Auto der Siedler, legten ihm Handschellen an und setzten ihn in einen Militärjeep. Später am selben Tag kehrten Soldaten zur Schule zurück und beschlagnahmten die Überwachungskameras.

Am Dienstag, dem 21. April 2026, trafen sechs bewaffnete Israelis – vier Soldaten und zwei Siedler, von denen einer Uniform trug – in der Nähe der Jungenschule im westlichen Teil von al-Mughayir ein. Als sie sich dem Schulgelände näherten, begannen mehrere Schüler, aus einer Entfernung von etwa 90 Metern Steine auf sie zu werfen. Die Soldaten und Siedler reagierten darauf, indem sie mit scharfer Munition direkt auf die Schüler schossen. Während des Vorfalls entfernte sich der Siedler in Uniform vom Rest der Gruppe, positionierte sich auf einem Hügel mit Blick auf die Schule und schoss auf die Schüler. Zur gleichen Zeit verließ der 14-jährige Schüler Aws al-Na’san sein

Klassenzimmer und versuchte, in Richtung des Dorfes zu rennen, doch eine Kugel, die der Siedler in Uniform abgefeuert hatte, traf ihn am Kopf, woraufhin er sofort zu Boden fiel. Zwei weitere Schüler wurden ebenfalls durch die Schüsse verletzt. Anwohner, die den Ort des Geschehens erreichten, schafften es, die Verletzten unter Beschuss in Sicherheit zu bringen, doch Aws wurde bei seiner Ankunft in einem medizinischen Zentrum in einem Nachbardorf für tot erklärt. Als die Eltern der Schüler erfuhren, was vor sich ging, sandten sie Hilferufe an die Dorfbewohner. Weitere Anwohner trafen ein, darunter der 36-jährige Jihad Abu Na'im. Zur gleichen Zeit schossen Soldaten auf einen 63-jährigen Anwohner, der danebenstand und das Geschehen beobachtete, ohne sich an den Zusammenstößen zu beteiligen, und verletzten ihn am Bein. Abu Na'im kletterte mit anderen Anwohnern auf einen nahegelegenen Hügel und begann, Steine auf die Soldaten und Siedler zu werfen, um das Feuer von den Schülern abzulenken und deren Evakuierung zu erleichtern. Kurze Zeit später wurde er in die Brust geschossen und stürzte zu Boden. Es ist nicht bekannt, ob der Schuss von den Siedlern oder den Soldaten vor Ort abgefeuert wurde. Auch Abu Na'im wurde mit dem Auto zum medizinischen Zentrum im Nachbardorf und von dort mit dem Krankenwagen zum Palestine Medical Complex in Ramallah gebracht, wo er für tot erklärt wurde.

T.T., ein Einwohner von al-Mughayir, Rettungssanitäter und Koordinator der Erste-Hilfe- und Zivilschutzteams des Dorfes, schilderte B'Tselem, was er an jenem Tag in der Schule gesehen hatte: „[Am Tag des Angriffs] erhielt ich Nachrichten von Einwohnern und dem Schulleiter der Oberschule des Dorfes, in denen stand, dass bewaffnete Siedler in der Nähe der Schule seien und die Eltern gebeten würden, ihre Kinder abzuholen. Ich fuhr sofort zur Schule. [...] Unterwegs hörte ich Schüsse. Der Lautstärke nach zu urteilen, waren sie ganz in der Nähe. Ich half den Lehrern und dem Schulleiter dabei, die Türen zu verschließen, um zu verhindern, dass die Schüler nach draußen gingen, da ich befürchtete, dass es sonst zu einer Katastrophe kommen würde. Nachdem wir die Türen verschlossen hatten, erzählte mir einer der Mitarbeiter, dass es einer Gruppe von Schülern gelungen war, auf der Südseite, wo es keinen Metallzaun gibt, aus der Schule zu fliehen. Ich ging sofort hinaus in den Schulhof, und als ich die Treppe hinunterkam, von der aus man die Westseite der Schule überblickt, hörte ich erneut Schüsse. Dann sah ich, wie ein Junge getroffen wurde und nahe der Westseite der Schulmauer zu Boden fiel. Ich rannte in Richtung Schulhof.

Ich wandte mich dem Jungen zu, und gerade als ich das Westtor verließ, kamen einige junge Männer an, die einen weiteren verletzten Jungen trugen, und legten ihn neben die Nordmauer der Schule ab. Ich begann sofort, ihn zu untersuchen, und sah, dass er an der rechten Hüfte verletzt war. Ich sprach mit ihm, und er war bei vollem Bewusstsein.

Während die jungen Männer ihn hinlegten, trafen weitere junge Männer ein, die eine weitere verletzte Person trugen. Als ich sah, dass er stark am Kopf blutete, ließ ich den ersten Jungen – der bei Bewusstsein war und deutlich sprach – zurück und wandte mich dem zweiten [Aws al-Na'asan] zu [...]. Sein Hinterkopf fehlte. Über seiner rechten Augenbraue befand sich ein Loch, das wie eine Einschusswunde aussah. Die Kleidung des Jungen war blutüberströmt, und seine Augen waren aus den Augenhöhlen gesprungen. Seine Gesichtszüge waren undeutlich, und es war schwierig, ihn zu identifizieren. Mit Hilfe einiger junger Männer hob ich den Jungen hoch. Ich hielt seinen Hinterkopf an meine Brust, und wir trugen ihn zu Dr. Iyad al-Na'asans Auto, der am Ort des Geschehens eingetroffen war. Wir fuhren sofort zur Notfallklinik im nahegelegenen Dorf Abu Falah.

Unterwegs ahnte ich, dass der Junge [Aws] bereits tot war. Ich fragte den Arzt nach seinem Zustand, doch er weigerte sich zu antworten und bat mich, mich zu beruhigen. [...] Wir kamen in der Notfallstation in Abu Falah an, und die Ärzte begannen, ihn zu untersuchen, hörten jedoch auf, als sie merkten, dass er bereits tot war. [...] In der Zwischenzeit trafen drei weitere Verwundete in der Klinik ein. [...] Nach ihnen kam Jihad Abu Na'im, der einen Schuss in die Brust erhalten hatte und sich in einem sehr kritischen Zustand befand.

Ich werde Aws' Verletzungen nie vergessen. Nicht einmal seine Angehörigen konnten ihn identifizieren. Der Einzige, der ihn erkannte, war sein Karate-Trainer, der ihn an seinen Schuhen identifizierte. Auch der Anblick der Kinder in der Schule wird mir für immer im Gedächtnis bleiben. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass einige von ihnen bitterlich weinten, als ich an der Schule ankam. Ich sah sogar ein Kind, das sich in die Hose gemacht hatte, während wir die Türen schlossen, um sie zu schützen. Obwohl ich schon seit vielen Jahren ehrenamtlich als Ersthelfer tätig bin, war dies das erste Mal, dass ich mit einer Verletzung wie der von Aws konfrontiert wurde. Seit dieser traumatischen Erfahrung habe ich meinen Appetit verloren und schlafe schlecht." | Vollständige Aussage

Hochschuleinrichtungen seit Oktober 2023

Unmittelbar nach dem 7. Oktober stellten die meisten Hochschuleinrichtungen im Westjordanland auf Fernunterricht um, unter anderem aufgrund der von Israel in diesem Gebiet verhängten Bewegungsbeschränkungen. Seitdem wechselt der Hochschulbetrieb im Westjordanland zwischen Präsenz- und Fernunterricht, wobei die Entscheidung in manchen Zeiträumen jeden Morgen auf der Grundlage der Straßenverhältnisse getroffen wurde. Gleichzeitig hat die Gewalt Israels gegen Lehrende und Studierende zugenommen, darunter die Schikanierung von Personen mit einer Vergangenheit prominenter politischer Aktivitäten, Razzien an Hochschuleinrichtungen und weit verbreitete willkürliche Verhaftungen von Lehrenden und Studierenden.

Fünf Jahre nach der Besetzung der Gebiete durch Israel im Jahr 1967 genehmigte die Militärregierung die Gründung der Birzeit-Universität im Raum Ramallah. Von Beginn an griff Israel in die Gestaltung des Lehrplans ein, lehnte Lehrveranstaltungen ab, die das nationale Bewusstsein fördern könnten, und schloss die Universität wegen politischer Aktivitäten auf dem Campus für längere Zeit. Von 2002 bis Mai 2026 führte das israelische Militär mindestens 26 Razzien an der Universität durch. Mindestens sieben dieser Razzien fanden nach Oktober 2023 statt. In dieser Zeit organisierten Studierende der Universität Kundgebungen und Demonstrationen, um ihre Solidarität mit den Bewohnern des Gazastreifens zum Ausdruck zu bringen und gegen die von Israel begangenen Verbrechen zu protestieren. Zwischen Oktober 2023 und Mai 2026 nahm Israel 370 Studierende der Birzeit-Universität fest. Die meisten waren in studentischen Bewegungen aktiv, während andere wegen Beiträgen in sozialen Medien festgenommen wurden. Im Mai 2026 befanden sich noch immer 120 von ihnen in Haft. Einigen der Freigelassenen wurde untersagt, auf den Campus zurückzukehren, anderen wurde mitgeteilt, dass sie im Falle einer Rückkehr erneut festgenommen würden.

Am 8. November 2023 drangen israelische Streitkräfte in die Birzeit-Universität ein, griffen einen Sicherheitsbeamten an, verwüsteten das Büro der Studentenvertretung, beschlagnahmten Flaggen und drangen in die Wohnheime ein. Am 22. Februar 2024 drangen israelische Sicherheitskräfte in Zivil auf den Campus ein und verhafteten den amtierenden Vorsitzenden des Studentenrats sowie ein weiteres Ratsmitglied. Am 22. September 2025 griffen Soldaten das Sicherheitspersonal des Campus an, richteten Sachschäden an und verteilten Flugblätter, in denen Studenten und die Universität bedroht wurden. In einem Flugblatt hieß es, dass „die Aktivitäten des Studentenblocks terroristische Aktivitäten" seien und die Zukunft der Studenten gefährden könnten.

Am 6. Januar 2026, während Studierende eine Veranstaltung zur Unterstützung politischer Gefangener abhielten, stürmte eine große Militäreinheit den Campus. Während der Razzia feuerten Soldaten mit scharfer Munition und Tränengas auf Studierende und Gebäude, in denen diese Schutz suchten. Einundvierzig Studierende wurden verletzt. Elf wurden ins Krankenhaus gebracht, neun davon mit Schussverletzungen, und zwei befanden sich in einem kritischen Zustand.

Der Überfall wurde in einer Aussage gegenüber B'Tselem von Q.Q. beschrieben, einer Studentin, die sich an diesem Tag auf dem Campus befand. Aus Angst vor Schikanen bat sie darum, anonym zu bleiben:

„[Eine Freundin und ich] setzten uns in der Nähe des Gebäudes für Immatrikulation und Zulassung, in einem Bereich namens ‚Kamal Nasser', auf den Boden und fingen an zu essen. Plötzlich sah ich ein Militärfahrzeug aus südlicher Richtung herankommen, das von der Business School kam. Das Fahrzeug fuhr weiter, bis es den Kamal-Nasser-Platz erreichte, und hielt dort an. Zuerst dachte ich, es würde nur den Platz umrunden und dann weiterfahren. Ich verstand nicht wirklich, was vor sich ging. Doch dann hielt das Fahrzeug an, ein Soldat stieg aus und richtete sofort sein Gewehr auf uns. Alle begannen, sich in der Umgebung zu zerstreuen. Ich verstand immer noch nicht, was vor sich ging, bis jemand herüberkam und uns anschrie, wir sollten von dort verschwinden.

[…] Während wir uns im Gebäude befanden, sahen wir Rauch von den Tränengasgranaten vor dem Gebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät aufsteigen. Der Rauch drang auch in das Gebäude ein, in dem wir uns befanden, und einige der Studierenden atmeten Tränengas ein und litten darunter. Zu diesem Zeitpunkt verbreitete sich unter den Studierenden die Nachricht, dass Besatzungssoldaten in der Nähe des Gebäudes der Naturwissenschaftlichen Fakultät seien und dass es dort zu Zusammenstößen zwischen einigen Studierenden und den Soldaten komme. Genau in diesem Moment hörte ich innerhalb der Universität Schüsse und Schreie – wahrscheinlich von einem der Studenten, der verwundet worden war.

Wir saßen über eine halbe Stunde lang im Gebäude fest und trauten uns nicht hinauszugehen, da die Besatzungssoldaten über den gesamten Campus verteilt waren. Während dieser ganzen Zeit konnten einige Frauen nicht aufhören zu weinen. Schließlich teilte uns der Professor mit, dass sich die Soldaten vom Campus zurückgezogen hätten und wir gehen könnten.

Ich war schockiert von allem, was passiert war, aber der beängstigendste Moment war ganz am Anfang, als der Soldat sein Gewehr auf mich richtete. In dieser Nacht hatte ich Schwierigkeiten einzuschlafen. Ich hätte nie gedacht, dass die Besatzungstruppen den Universitätscampus am helllichten Tag stürmen würden, während sich dort so viele Studierende aufhielten." | *Vollständige Aussage*

Das Auslöschen und Ersetzen von Identitätsmerkmalen im öffentlichen Raum: Die Flagge

Israels langjährige Bemühungen, palästinensische nationale Symbole aus dem öffentlichen Raum zu verbannen und stattdessen israelische oder jüdische Symbole zu fördern, haben in den letzten Jahrzehnten viele Formen angenommen. Das deutlichste Beispiel ist der Umgang mit der palästinensischen Flagge. Während der Ersten Intifada verbot Israel die palästinensische Flagge faktisch und behandelte sie als Symbol der PLO, die es damals als terroristische Organisation definierte. Das Zeigen der Flagge war Grund für Festnahme, Beschlagnahmung und strafrechtliche Verfolgung. Nach den Osloer Abkommen und der gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und der PLO änderte sich der Status der Organisation, und die Strafmaßnahmen wegen des Zeigens der Flagge wurden entsprechend zurückgefahren.

In den letzten Jahren jedoch, insbesondere seit dem Amtsantritt der 37. israelischen Regierung im Jahr 2022, ist die palästinensische Flagge erneut zu einem zentralen Ziel israelischer Durchsetzungs- und Strafmaßnahmen geworden. Obwohl das israelische Recht das Zeigen der

palästinensischen Flagge an sich nicht verbietet, entfernen die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden sie häufig mit der Begründung, sie könne „den öffentlichen Frieden stören“, Sympathie für eine terroristische Organisation wecken oder die Gefahr öffentlicher Unruhen heraufbeschwören. Dadurch ist der sichtbare Ausdruck palästinensischer nationaler Identität im öffentlichen Raum erneut zum Ziel von Überwachung, Unterdrückung und Kriminalisierung geworden.

Im Mai 2022 wurden Soldaten gefilmt, wie sie eine Gruppe von Siedlern schützten, während diese in Huwarah eine palästinensische Flagge entfernten. Das Filmmaterial zeigt, wie die Soldaten ihre Waffen auf vorbeigehende palästinensische Anwohner richteten. Im selben Monat wurden zahlreiche gewalttätige Angriffe von rechtsextremen Aktivisten und der Polizei auf Demonstranten dokumentiert, die an Universitäten im ganzen Land den Nakba-Tag mit palästinensischen Flaggen begingen. Einige Monate später, im Januar 2023, gab der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, bekannt, dass er die Polizei angewiesen habe, jede im öffentlichen Raum gezeigte palästinensische Flagge zu entfernen. Gleichzeitig wurde in der Knesset ein Gesetzentwurf eingebracht, der das Zeigen von „Flaggen eines feindlichen Staates, einschließlich der Flagge der Palästinensischen Autonomiebehörde, an staatlich finanzierten oder unterstützten Einrichtungen“ verbieten sollte. Entsprechend dieser Anweisung beschlagnahmt die Polizei routinemäßig palästinensische Flaggen und geht mit extremer Gewalt gegen Menschen vor, die diese zeigen. Infolge dieser Entwicklungen wurde der „Marsch der Rückkehr“, der 2025 in Untergaliläa zum Gedenken an den Nakba-Tag stattfand, zum ersten Mal seit 1998 abgesagt, da die Polizei palästinensische Flaggen bei der Veranstaltung untersagte. Im März 2026 verhaftete die Polizei eine israelische Staatsbürgerin aus Harish mit der Begründung, sie habe eine palästinensische Flagge in ihrer Wohnung aufbewahrt. Neben diesen offiziellen Maßnahmen wurden unzählige Vorfälle dokumentiert, bei denen Siedler palästinensische Flaggen herunterrissen oder palästinensische Bewohner zwangen, Flaggen von ihren Häusern zu entfernen.

Während sich die Angriffe auf die palästinensische Flagge verschärften, füllte sich der öffentliche Raum mit israelischen Flaggen. Im April 2024 starteten Siedlerorganisationen das „Flaggenprojekt“ und hissten israelische Flaggen im gesamten Westjordanland. Feldforscher von B’Tselem berichten, dass Zehntausende israelischer Flaggen das Westjordanland überschwemmt haben; sie wehen entlang der Hauptstraßen, an den Eingängen zu privaten Anwesen und an den Toren palästinensischer Dörfer. Siedler haben das Westjordanland zudem mit Davidstern Graffiti und riesigen Metall- Davidsternen an Straßenkreuzungen und in den Räumen zwischen palästinensischen Dörfern und Städten sowie innerhalb der palästinensischen Gemeinden selbst, manchmal sogar in den Häusern der Bewohner, übersät. ‘Abed Abu ‘Awwad, 50, Vater von sechs Kindern und Bewohner der Gemeinde Khirbet Samrah, beschrieb in einer Aussage gegenüber B’Tselem im Juni 2025, wie aus Sicht der Siedler allein schon die Anwesenheit israelischer Flaggen im palästinensischen Raum die eskalierende Gewalt gegen die Bewohner rechtfertigt:

„Sie haben Dutzende israelischer Flaggen vor unseren Zelten aufgestellt und uns – und sogar unseren Herden – verboten, sich ihnen zu nähern. Wenn eine dieser Flaggen, die sie überall aufgesteckt haben, herunterfällt – sei es durch den Wind oder weil ein Schaf sie gestreift hat –, drehen sie völlig durch und geben uns die Schuld.“ Vollständige Aussage

In dieser Zeit kamen dem „Flaggenprojekt“ unzählige weitere Verwendungen der israelischen Flagge als Mittel zur Demonstration jüdischer Vorherrschaft hinzu. In den letzten Jahren kursierten Bilder, die palästinensische Häftlinge und Gefangene zeigen, die von Soldaten, Polizisten und Gefängniswärtern vor dem Hintergrund israelischer Flaggen fotografiert wurden, oft mit Handschellen gefesselt und mit verbundenen Augen. In verschiedenen Aussagen gegenüber B’Tselem beschrieben Gefangene, wie Soldaten und Gefängniswärter sie im Rahmen weit verbreiteter Misshandlungen in Haftanstalten zwangen, die israelische Flagge zu küssen, und sie

bei Weigerung extremer Gewalt aussetzten. Im April 2026 kursierten in den sozialen Medien Videos, die Soldaten zeigten, wie sie den israelischen Unabhängigkeitstag vor dem Hintergrund der totalen Zerstörung im Gazastreifen feierten. Die Videos zeigten riesige israelische Flaggen, die an den Ruinen von Gebäuden hingen, Feuerwerkskörper, die von Dächern abgeschossen wurden, und Soldaten, die inmitten der Trümmer feierten. Gleichzeitig kursierte ein ähnliches Video, das zeigte, wie das 21. Bataillon der israelischen Armee im Herzen des Flüchtlingslagers Tulkarm im nördlichen Westjordanland eine Gedenkfeier zum Memorial Day abhielt – vor dem Hintergrund der massiven Zerstörung, die es dem Lager zugefügt hatte, wobei israelische Flaggen die noch stehenden Gebäude schmückten

Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit

Überwachung und Festnahmen wegen Social-Media-Beiträgen

Im Jahr 2025 kursierte in palästinensischen sozialen Medien ein Bild, das einen Aushang am Eingang eines palästinensischen Hauses in der Stadt Tubas im Norden des Westjordanlands zeigte, nachdem Soldaten Berichten zufolge ein Mitglied des Haushalts festgenommen hatten. Der arabische Aushang lautete: „Wir überwachen, was ihr im Internet tut, [...] Das Verbreiten, Verfassen oder Veröffentlichen von aufrührerischen Inhalten im Internet ist im wahrsten Sinne des Wortes ein terroristisches Verbrechen und kann zu Festnahme und Inhaftierung führen, wie es in diesem Haus geschehen ist. Wir haben Sie gewarnt.“

Seit Oktober 2023 hat Israel seine routinemäßigen Ermittlungen, Festnahmen und Schikanen gegen palästinensische Bürger Israels und Einwohner Ost-Jerusalems aufgrund ihrer Aktivitäten in sozialen Medien verstärkt, insbesondere wegen Solidaritätsbekundungen mit den Bewohnern des Gazastreifens oder der Verbreitung religiöser Inhalte. Laut Daten von Adalah, die dem Arabischen Zentrum zur Förderung sozialer Medien (7amleh) zur Verfügung gestellt wurden, wurden zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 1. Mai 2024 109 Anklagen gegen palästinensische Einwohner Ost-Jerusalems wegen dessen erhoben, was Israel als „Anstiftung zum Terrorismus“ definiert. Dies übersteigt die Gesamtzahl der Anklagen wegen Anstiftung, die in den Jahren 2018–2022 gegen palästinensische Staatsbürger Israels und Einwohner Ostjerusalems zusammen erhoben wurden.

Einwohner Ostjerusalems berichten, dass Angehörige der Sicherheitskräfte, die das Netz aus Kontrollpunkten und Straßensperren in Ostjerusalem bemannen, seit Oktober 2023 zunehmend von ihnen verlangen, ihre Handys zur Überprüfung ihrer Unterhaltungen in Messaging-Apps und ihrer Social-Media-Beiträge auszuhändigen. In einer Umfrage des Arab Center for the Advancement of Social Media aus dem Jahr 2024 gab ein Viertel der Befragten aus Ostjerusalem an, sie hätten beschlossen, Social-Media- und Messaging-Apps von ihren Handys zu löschen, da die verstärkte Überwachung durch die israelischen Behörden bei ihnen die Angst vor einer Kriminalisierung ausgelöst habe. Etwa 65 % der Befragten gaben an, dass sie das Gefühl hätten, durch die Nutzung sozialer Medien einem persönlichen Risiko ausgesetzt zu sein, und etwa ein Drittel nannte die Überwachung durch die israelischen Behörden als ihre größte Sorge.

Diese Realität beschränkt sich nicht auf Ostjerusalem. Laut einer Reihe von journalistischen Recherchen, Veröffentlichungen von Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den letzten zehn Jahren sowie offiziellen israelischen Berichten überwachen und greifen die israelischen Behörden routinemäßig in den palästinensischen digitalen Raum ein, wobei sie technologische Werkzeuge – einschließlich künstlicher Intelligenz – einsetzen, um Inhalte in sozialen Medien zu scannen und zu sammeln. Israel setzt zudem Instrumente ein, die das Hacken privater Konten ermöglichen. Diesen Berichten zufolge nutzen die israelischen Behörden einige

dieser Instrumente, um online Desinformation und Propaganda zu verbreiten. Ein Beispiel für den Einsatz von Online-Einflusskampagnen durch das Militär ist die Einrichtung einer militärischen Einheit namens Center for Consciousness Operations. Diese Einheit wurde 2005 gegründet, um verdeckte Online-Operationen der psychologischen Kriegsführung für das israelische Militär durchzuführen, die sich sowohl an Zielgruppen in den besetzten Gebieten als auch international richten.

Die Presse

Seit Inkrafttreten der Militärverordnung Nr. 101 im August 1967 ist für jede Veröffentlichung oder Verbreitung von Material mit „politischer Bedeutung" in den besetzten Gebieten eine vorherige Genehmigung durch einen Militärkommandanten erforderlich. Seitdem – und besonders intensiv während der 1987 begonnenen Ersten Intifada – hat Israel systematisch palästinensische Medien geschlossen und Journalisten verhaftet, die im Verdacht standen, „den Aufstand anzustacheln". Nach dem Oslo-Prozess und der teilweisen Übertragung von Befugnissen an die Palästinensische Autonomiebehörde wurde ein mehrschichtiges Zensursystem institutionalisiert, in dessen Rahmen die Palästinensische Autonomiebehörde auf israelische Forderungen hin begann, Bücher palästinensischer Intellektueller zu überwachen und sogar zu beschlagnahmen sowie palästinensische Journalisten festzunehmen.

Über die Zensur hinaus, die ihre Arbeit einschränkt, sind palästinensische Journalisten, die im Westjordanland tätig sind, regelmäßig der Gefahr durch israelische Streitkräfte ausgesetzt. Im Mai 2022 schossen Soldaten Shireen Abu Akleh am Eingang des Flüchtlingslagers Jenin in den Kopf und töteten sie. Abu Akleh, die zum Zeitpunkt ihres Todes 51 Jahre alt war, war eine palästinensisch-amerikanische Journalistin bei Al Jazeera, die sich vor Ort begeben hatte, um über einen israelischen Einsatz im Flüchtlingslager zu berichten. Wie Videos zeigen, die während des Vorfalls aufgenommen wurden, trugen Abu Akleh und ein weiterer Journalist vor Ort, der an der Schulter verletzt wurde, blaue Westen mit der Aufschrift „PRESS". An jenem Morgen behauptete der damalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett umgehend, es bestehe eine „erhebliche Wahrscheinlichkeit", dass „bewaffnete Palästinenser, die wild um sich schossen", für ihren Tod verantwortlich seien. Eine Untersuchung von B'Tselem sowie eine Reihe von investigativen Berichten einiger der weltweit führenden Medienunternehmen ergaben starke Hinweise darauf, dass der Schuss von Militärkräften abgefeuert wurde, die sich etwa 200 Meter von Abu Aklehs Standort entfernt befanden.

Seit Oktober 2023 hat das Militär seine routinemäßigen Übergriffe und Schikanen gegen Journalisten, die Beschlagnahmung und Zerstörung von professioneller Ausrüstung, willkürliche Festnahmen sowie die Verweigerung des Zugangs für Journalisten zu verschiedenen Teilen des Westjordanlands zum Zwecke der Berichterstattung und Dokumentation verstärkt. Nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) hat Israel zwischen Oktober 2023 und Februar 2026 mindestens 60 Journalisten aus dem Westjordanland und Ostjerusalem festgenommen, darunter etwa zehn, die festgenommen wurden, nachdem sie über Gläubige berichtet hatten, die während des Ramadan im Jahr 2025 zur al-Aqsa-Moschee kamen. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen (RSF) haben sich die sowohl von Israel als auch von der Palästinensischen Autonomiebehörde auferlegten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Journalisten im Westjordanland seit Oktober 2023 ebenfalls verschärft, wobei der Zugang zu wichtigen Schauplätzen israelischer Gewalt, wie den Flüchtlingslagern im nördlichen Westjordanland, verwehrt wurde. Während des ersten Monats der „Operation Iron Wall" im Jahr 2025 dokumentierte die Organisation mindestens 20 gezielte Angriffe auf Medienmitarbeiter in Gebieten, in denen die Operation stattfand.

Im Jahr 2019 schossen Beamte der Grenzpolizei dem Fotojournalisten Mu'az al-'Amarneh, einem Bewohner des Flüchtlingslagers a-Duheisheh im Bezirk Bethlehem, ins Gesicht und erblindeten ihn auf einem Auge, während er über eine Demonstration im Dorf Surif in der Nähe von Hebron berichtete. Vier Jahre später, einige Tage nach dem 7. Oktober, wurde er bei einer gewaltsamen Militärrazzia in seinem Haus festgenommen. In einer Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb der 36-jährige al-'Amarneh, Vater von drei Kindern, seine Festnahme und sein Verhör: *„Am 16. Oktober 2023 um 3:30 Uhr morgens stürmte eine Militäreinheit mein Haus im Stadtteil a-Salam des Lagers. Ich sagte den Soldaten, dass die Tür offen und unverschlossen sei, aber sie befahlen mir zu schweigen, sprengten die Tür auf und stürmten hinein. Es waren etwa 20 Soldaten. Ich sagte dem Offizier, dass meine Kinder schliefen und dass ich alles tun würde, was sie verlangten. Ich hielt meinen Ausweis in der Hand und hob die Hände. Ich reichte ihm meinen Ausweis und fragte ihn, was er wolle. „Ich will Mu'az", sagte er und erklärte, es liege ein Befehl vor, mich festzunehmen.*

Sie befahlen mir, meine Frau und meine Kinder ins Wohnzimmer zu bringen, und dann führte er mich ins Badezimmer, wo ich über das Handy des Soldaten mit einem Offizier des Shin Bet sprach. Der Offizier begann, Drohungen auszusprechen. Als ich ihn fragte, was er wolle, sagte er, ich würde gegen den Staat hetzen und sie würden mir eine Lektion erteilen. Ich sagte ihm, ich sei krank und hätte wegen ihnen bereits ein Auge verloren. Unmittelbar nach diesem kurzen Gespräch fesselten mir die Soldaten die Hände mit Kabelbindern hinter dem Rücken – ohne mir die Augen zu verbinden – und führten mich die Straße hinunter zu den Militärjeeps, etwa 700 Meter [ca. 0,4 Meilen] weit. […] Zwei Tage nach meiner Festnahme wurde ich ins Ofer-Gefängnis westlich von Ramallah verlegt. Sie brachten mich zur Polizeiwache, wo ich von jemandem in Zivilkleidung verhört wurde, der mich zu Facebook-Beiträgen und meiner Arbeit als Journalist befragte. Der Großteil des Verhörs bestand aus Drohungen. Er sagte zum Beispiel, dass in Gaza Kinder ermordet würden und dass sie auch unsere Kinder töten würden." | *Vollständige Aussage*

Der Journalist Sami a-Sa'i wurde im Februar 2024 bei einer Militärrazzia in seinem Haus unter dem Vorwurf festgenommen, er stelle eine *„Bedrohung für die nationale Sicherheit"* dar. Die Vorwürfe gegen ihn wurden nicht offengelegt, und ihm wurde der Zugang zu den Akten seines Falles verwehrt. In seiner Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb der 46-jährige a-Sa'i, ein Vater von sechs Kindern aus Tulkarm, die Misshandlungen, die er während seiner 16-monatigen Verwaltungshaft erdulden musste:

„Der Polizeibeamte, der mich verhörte, stellte sich als Khaled vor und beschuldigte mich, der Hamas anzugehören und einer palästinensischen bewaffneten Gruppe zu helfen. Ich wies beide Vorwürfe zurück. […] In der Krankenstation empfing mich ein Arzt und fragte mich: ‚Bist du bei der Hamas?' Ich antwortete, ich sei Journalist. Der Arzt sagte, sie würden ‚jeden vergewaltigen, der zur Hamas gehört', und äußerte sich auf Arabisch mit Worten wie: ‚Wir werden sie ficken.' Dann untersuchte er mich. Danach führten mich die Beamten der Grenzpolizei zurück in den Gang. […] Nachdem ich mich nackt ausgezogen hatte, führten sie mich ein paar Meter weiter, und dann befahl mir einer von ihnen, mich auf die Knie zu begeben und meinen Kopf auf den Boden zu legen. Die IPS-Männer fingen an, mich zu treten, zu schlagen, mich mit einem Handmetalldetektor zu schlagen und mich am ganzen Körper zu treten. Die Misshandlung dauerte lange, und während sie andauerte, hörte ich, wie sie sich gegenseitig vor den Überwachungskameras an den Wänden warnten. […] Ich war so erschöpft, dass ich mich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden warf, woraufhin sie erneut begannen, auf mich einzuschlagen. Einer von ihnen setzte sich auf meinen Rücken, ein anderer trat mir auf den Kopf, und der dritte versuchte, mir etwas Hartes in den Anus zu schieben. […] Etwa 40 Tage nach meiner Freilassung beschloss ich nach reiflicher Überlegung, in den sozialen Medien darüber zu berichten, was sie mir angetan hatten. Ich sprach über die Misshandlungen, die ich in Gewahrsam erlitten hatte, und darüber, wie die IPS-Mitarbeiter mich behandelt hatten. Ich scheute mich nicht, über die Vergewaltigung zu sprechen, auch wenn solche Übergriffe durch

Israelis in unserer Gesellschaft als Tabu gelten und die Menschen nicht darüber reden.“ | *Vollständige Aussage*

Angesichts zunehmender Gewalt gegen Journalisten trieb die israelische Regierung eine Reihe von Gesetzen voran, die darauf abzielten, Medienunternehmen zu verbieten, um Kritik – insbesondere von Palästinensern – im gesamten von ihr kontrollierten Gebiet zum Schweigen zu bringen. Im Rahmen dieser Bemühungen durchsuchte das israelische Militär im September 2024 die Büros von Al Jazeera in Ramallah, einer der führenden Nachrichtenorganisationen in der arabischen Welt, beschlagnahmte Presseausrüstung und erließ eine Schließungsverfügung für die Räumlichkeiten.

Festnahme und Inhaftierung

Seit der Besetzung der Gebiete im Jahr 1967 hat Israel mehr als 800.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen festgenommen. Etwa 600.000 von ihnen wurden über längere Zeiträume inhaftiert, darunter viele führende Persönlichkeiten aus der Gesellschaft und der Politik. Viele wurden im Laufe ihres Lebens wiederholt inhaftiert. Die verschiedenen Organe Israels verfolgen politische Gefangene nach ihrer Freilassung routinemäßig durch wiederholte Razzien in ihren Wohnungen, häufige Vorladungen zu Verhören, Schikanen gegen Familienangehörige und Drohungen als Reaktion auf jegliche Beteiligung an politischen oder gesellschaftlichen Aktivitäten.

Im Laufe der Jahre hat B’Tselem unzählige Zeugenaussagen über die Folter gesammelt, die palästinensische Häftlinge und Gefangene in israelischen Haftanstalten erdulden mussten. Israel hat diese Praktiken nicht nur als Strafe eingesetzt, sondern auch als umfassenden Abschreckungsmechanismus, um den palästinensischen Einwohnern klarzumachen, dass jede Beteiligung an politischen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu einer Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren führen kann, die oft mit schwerer Gewalt einhergeht.

Seit Oktober 2023 hat Israel den Einsatz des Haftsystems als Mittel der Unterdrückung und Einschüchterung ausgeweitet, das sich sowohl gegen Einzelpersonen als auch gegen die palästinensische Gemeinschaft als Ganzes richtet. Mehr als 7.000 palästinensische Einwohner wurden im Rahmen der Massenverhaftungskampagne festgenommen, die Israel zwischen Oktober 2023 und März 2024 im Westjordanland durchführte. Darunter befanden sich Amtsträger und Abgeordnete palästinensischer politischer Parteien, Menschenrechtsverteidiger, akademisches Personal, Studierende und Journalisten. Im Juli 2024 befand sich etwa die Hälfte der palästinensischen Gefangenen und Inhaftierten in israelischen Haftanstalten in Verwaltungshaft – ohne Gerichtsverfahren und ohne die Möglichkeit, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Zusammen mit Inhaftierten aus dem Gazastreifen und palästinensischen Bürgern Israels haben Inhaftierte und Gefangene aus dem Westjordanland anhaltende Misshandlungen in israelischen Haft- und Gefängniseinrichtungen erlebt und erleben diese weiterhin; diese wurden unmittelbar nach dem 7. Oktober in ein Netzwerk von Folterlagern umgewandelt. Bis Juni 2026 waren 32 Inhaftierte und Gefangene aus dem Westjordanland in israelischen Gefängnissen und Haftanstalten gestorben, ebenso wie 52 Bewohner des Gazastreifens und sechs palästinensische Staatsbürger Israels (weitere Informationen finden Sie im Kapitel „Gewalt und Einschüchterung“).

Die Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde

Nach dem Angriff Israels auf die palästinensische Führung im Anschluss an die Besetzung palästinensischer Gebiete im Jahr 1948 und dem teilweisen Exil dieser Führung nach Jordanien verlagerte sich die internationale politische Vertretung der Palästinenser weitgehend außerhalb Palästinas, vor allem in arabische Länder und auf die internationale Bühne. Mit der Gründung der PLO im Jahr 1964 und ihrer Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft als legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes ein Jahrzehnt später (UN-Resolution 3236) begann sich eine unabhängige palästinensische politische Vertretung auf internationaler Ebene zu formieren.

Im Rahmen der Oslo-Abkommen in den 1990er Jahren gewährte Israel der Palästinensischen Autonomiebehörde, die sich größtenteils aus PLO-Mitgliedern zusammensetzte, teilweise Kontrolle über die Verwaltung des täglichen Lebens in begrenzten Gebieten des Westjordanlands und des Gazastreifens, angeblich als Grundlage für einen künftigen unabhängigen palästinensischen Staat. In der Praxis behielt Israel die meisten Befugnisse in Schlüsselbereichen, darunter die Kontrolle über die Bewegungsfreiheit der Bewohner im gesamten Gebiet sowie alle Aspekte der Sicherheitsaktivitäten, und legte die Grenzen der Zuständigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde fest. In anderen Bereichen wurde der PA als Hauptanbieter öffentlicher Dienstleistungen für die palästinensischen Einwohner weitreichende zivile Verantwortung übertragen.

Seit der Unterzeichnung der Abkommen – und mit zunehmender Intensität seit der Zweiten Intifada – hat Israel die Palästinensische Autonomiebehörde daran gehindert, die Einwohner zu schützen, die sie eigentlich vertreten soll, selbst in Gebieten, die angeblich unter ihrer uneingeschränkten Autorität stehen. Die Eskalation der israelischen Gewalt gegen Palästinenser ging zudem mit einem direkten und anhaltenden Angriff Israels auf die Institutionen der PA selbst einher. Im Laufe der Jahre hat Israel Dutzende palästinensischer Abgeordneter festgenommen und in Verwaltungshaft gehalten, wodurch die Institutionen der PA über längere Zeiträume hinweg lahmgelegt wurden. Gleichzeitig verhängte Israel drakonische wirtschaftliche Restriktionen gegen die PA, was zu wachsenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihres Haushalts, der öffentlichen Dienstleistungen für die Bewohner des Westjordanlands und der Gehälter im öffentlichen Dienst führte (mehr dazu im Kapitel „Wirtschaftliche Strangulierung“).

Die Tatsache, dass Mitarbeitern der PA gestattet ist, offizielle Titel zu führen, diplomatische Erklärungen abzugeben, verschiedene Vergünstigungen zu genießen und hochkarätige internationale Besuche durchzuführen, dient Israel dazu, die Illusion zu verstärken, dass die Palästinensische Autonomiebehörde über politische Macht oder echte Souveränität verfügt. In Wirklichkeit ordnet Israel die PA seinen Bedürfnissen unter und schränkt ihren Handlungsspielraum stark ein. Maßnahmen der israelischen Regierung seit Oktober 2023 haben die PA in einen beispiellosen wirtschaftlichen Zusammenbruch getrieben, und die Bemühungen, die PA zu beseitigen, sind deutlicher denn je geworden. So erklärte beispielsweise Minister Smotrich, seine Absicht sei es, „die als Palästinensische Autonomiebehörde bekannte Behörde des Bösen und des Terrors zu stürzen“.

Angesichts des völkermörderischen Angriffs Israels auf den Gazastreifen und der eskalierenden israelischen Gewalt im Westjordanland ist die öffentliche Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und ihren Vorsitzenden Mahmoud Abbas äußerst gering. Keiner von beiden wird als fähig oder geeignet angesehen, die palästinensische Bevölkerung zu vertreten und zu schützen.

Einleitung

Seit der Besetzung des Westjordanlands im Juni 1967 hat Israel mehr als zwei Millionen Dunam [1 Dunam = 0,1 Hektar] beschlagnahmt – mehr als ein Drittel der Gesamtfläche des Westjordanlands – und damit die Palästinenser ihres Landes enteignet. Israels Mechanismus der räumlichen Zerstörung und Übernahme im Westjordanland sperrt den Palästinensern immer größere Gebiete ab und gestaltet das Territorium zu einem zusammenhängenden Raum für israelische Siedler um. Dieses System verbindet offizielle bürokratische Maßnahmen – wie militärische Anordnungen und die Ausweisung von Land als „Schusszonen", „gesperrte Militärzonen", „Naturschutzgebiete" und „Staatsland" – mit „zivilen" Übernahmebemühungen unter der Führung von Siedlermilizen, die häufig mit schwerer Gewalt vorgehen, um palästinensische Bewohner einzuschüchtern. Zusammen setzen diese Maßnahmen eine israelische Politik um, deren Kern die ethnische Säuberung im Westjordanland ist: die Vertreibung palästinensischer Gemeinschaften aus ihren Häusern durch Gewalt, Zerstörung und Enteignung sowie die Etablierung israelischer Kontrolle über die von ihren Bewohnern geräumten Gebiete.

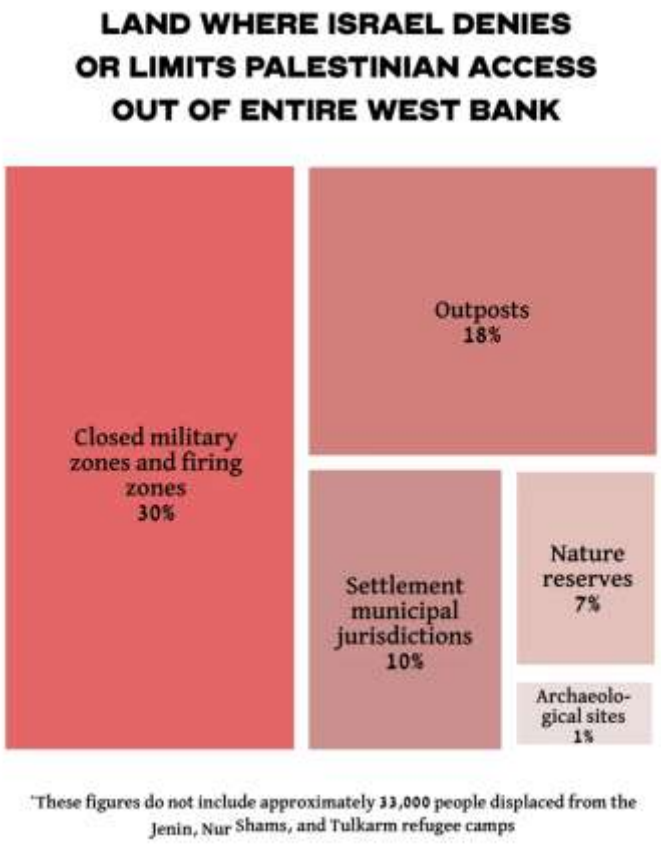
Israel hat in den von ihm besetzten Gebieten etwa 500 Siedlungen und Außenposten errichtet, darunter 146 Siedlungen, die es offiziell anerkennt. Die Zahl ist noch höher, wenn man Ostjerusalem mit einbezieht. Seit den 1970er Jahren hat der Staat etwa 12 Stadtviertel für jüdische Israelis in Jerusalem errichtet, darunter Gilo, Pisgat Ze'ev und Ramot, um eine jüdische Mehrheit in der Stadt zu sichern und territoriale Kontinuität herzustellen. Er hat zudem Siedlungskomplexe im Herzen palästinensischer Stadtviertel gefördert, wie beispielsweise „Shimon HaTzadik" in Sheikh Jarrah und Siedlungskomplexe im Gebiet Silwan.

Die Siedlungen und die ihnen zugewiesenen Verwaltungsbezirke kontrollieren etwa 540.000 Dunam, etwa 10 % der Gesamtfläche des Westjordanlands, die für Palästinenser als Sperrgebiet ausgewiesen wurden. Ende 2024 lebten 737.332 Siedler in diesen Gebieten.

Zusätzlich zu den offiziell anerkannten Siedlungen zeigen Daten von B'Tselem, dass im Laufe der Jahre 405 Außenposten im gesamten Westjordanland errichtet wurden. Obwohl Israel diese Außenposten nominell als illegal betrachtet, unterstützt es de facto deren Errichtung. Laut Kerem Navot handelt es sich bei 239 davon um „landwirtschaftliche Außenposten", die ein wesentlicher Treiber für die beschleunigte Aneignung palästinensischen Raums in den letzten Jahren sind.

Seit der Besetzung des Westjordanlands hat Israel konsequent danach gestrebt, die israelische Präsenz und Kontrolle über das Gebiet auszuweiten, wobei verschiedene Methoden der Kontrolle, Vertreibung und Enteignung zum Einsatz kamen und der Raum, in dem palästinensisches Leben – sowohl individuell als auch kollektiv – existieren kann, stetig geschrumpft ist. Die Bildung der rechtsextremen Regierung im Dezember 2022 und die drastische Eskalation der israelischen Gewalt seit Oktober 2023 haben die ethnische Säuberung im Westjordanland dramatisch verschärft. Heute erfolgen die räumliche Zerstörung und Übernahme durch einen kombinierten Angriff auf alle Bereiche des palästinensischen Lebens, der darauf abzielt, die Enteignung palästinensischen Landes zu beschleunigen, die palästinensische Bevölkerung auf dicht besiedelte, voneinander isolierte städtische Enklaven zu beschränken und die israelische Übernahme großer Gebiete des Westjordanlands zu ermöglichen.

Die Eskalation der israelischen Politik vollzieht sich auf zwei Ebenen: Zum einen geht es um die kalkulierte Übernahme bürokratischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Mechanismen, die umfangreiche Landraubaktionen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung ermöglichen. Die



andere ist die Duldung routinemäßiger, extremer Gewalt durch Siedlermilizen, die von Außenposten aus operieren und weite Teile des Westjordanlands beherrschen. Diese Gewalt macht das Leben für die Palästinenser unerträglich, vertreibt sie aus ihren Häusern und entreißt ihnen ihr Land, was wiederum den Weg für die jüdische Übernahme ebnet.

Bis Juli 2026 hatte Israel durch Siedlermilizen mehr als 1.070.000 Dunam, also 18 % des Westjordanlands, übernommen. Darüber hinaus wurden laut einem Bericht von „Peace Now“ und „Kerem Navot“ zwischen 2023 und 2025 185 neue Außenposten im Westjordanland errichtet, davon etwa 130 landwirtschaftliche Außenposten. Daten von B’Tselem zeigen, dass diese Übernahme bis Juni 2026 zur Vertreibung von 64 palästinensischen Gemeinden und Hirtenweiler aus ihren Häusern sowie zur teilweisen Vertreibung von weiteren 18 Gemeinden geführt hatte. Die organisierende Logik hinter diesen beiden Vorgehensweisen, gepaart mit dem Rechtssystem, das sie ermöglicht und unterstützt, macht deutlich, dass es sich um ein integriertes System handelt, das die gesamte Bandbreite an Taktiken einsetzt, um das Gebiet zu übernehmen und seine palästinensischen Bewohner zu enteignen. Während Israel aktiv die Vertreibung der Palästinenser vorantreibt, treibt es gleichzeitig eine Reihe institutioneller Maßnahmen voran, die darauf abzielen, seinen territorialen Zugriff auf das Westjordanland zu festigen und es israelischen Stellen zu erleichtern, weiteres Land zu übernehmen.

Wie Israel Land im Westjordanland übernimmt

Die Ausweisung von Land als „Staatsland“

Im Jahr 1979 entschied der Oberste Gerichtshof in einem Urteil, das als „Elon-Moreh-Urteil“ bekannt wurde, dass der Staat sich nicht auf Sicherheitsvorwände berufen dürfe, um palästinensisches Privatland für die Errichtung ziviler Siedlungen zu beschlagnahmen. Bis dahin hatte der Staat diese Praxis im Westjordanland in großem Umfang angewendet und etwa 31.000 Dunam palästinensisches Land für israelische Siedlungen beschlagnahmt. Nach dem Urteil begann Israel, palästinensisches Land als „Staatsland“ zu erklären – also als öffentliches Land, dessen Nutzung von Israel verwaltet wird –, um das rechtliche Hindernis zu umgehen und die Ausweitung jüdischer Siedlungen auf palästinensischem Land fortzusetzen.

Als Israel das Westjordanland besetzte, wurden 527.000 Dunam, etwa 9 % des Westjordanlands ohne Ostjerusalem, als „Staatsland“ eingestuft, da sie bereits während des britischen Mandats und der jordanischen Herrschaft registriert worden waren. Da es nach dem Elon-Moreh-Urteil nicht mehr möglich war, Land unter dem Vorwand der Sicherheit zu beschlagnahmen, ging das

israelische Regime dazu über, in großem Umfang „Staatsland“-Erklärungen zu nutzen, um sich weiteres palästinensisches Land anzueignen – eine Methode, die zu einem zentralen Instrument der Enteignung der Palästinenser und der Ausweitung der israelischen Siedlungen wurde. Basierend auf einer neuen und weitreichenden Auslegung bestehender Gesetze schufen diese Erklärungen einen Mechanismus, der es Israel ermöglichte, palästinensisches Land in Privat- oder Kollektivbesitz zu übernehmen. Der Großteil des zu Staatsland erklärten Landes wurde anschließend für die Errichtung und den Ausbau von Siedlungen für Israelis im Westjordanland zweckgebunden.

Von 1979 bis 2002 wurden mehr als 900.000 Dunam im Westjordanland zu „Staatsland“ erklärt, und fast das gesamte Gebiet wurde für Siedlungszwecke zweckgebunden. Bis 2019 umfasste das „Staatsland“ etwa 1.200.000 Dunam in Gebiet C, was etwa 22 % des Westjordanlands entspricht. Weitere rund 200.000 Dunam Staatsland befinden sich in den Gebieten A und B. Seitdem wurden etwa 27.000 zusätzliche Dunam enteignet und zu „Staatsland“ erklärt.

„Geschlossene Militärzonen“ und Schießgebiete

Zwischen August 1967 und Mai 1975 erklärte Israel 1,5 Millionen Dunam, mehr als ein Viertel des Westjordanlands (26,6 %), zu geschlossenen Militärzonen, zu denen Palästinensern der Zutritt ohne Genehmigung verwehrt ist. Unter dem Vorwand, das Militär benötige diese Gebiete für verschiedene Zwecke, verweigert Israel den Palästinensern den Zugang zu weiten Teilen des Westjordanlands, ganz gleich zu welchem Zweck. Seit 1997 hat Israel zudem alle Gebiete unter der Zuständigkeit der Siedlungen – etwa 540.000 Dunam oder fast ein Zehntel des Westjordanlands – zu geschlossenen Militärzonen erklärt. Israel hat weiterhin Anordnungen erlassen, mit denen verschiedene Gebiete des Westjordanlands zu „geschlossenen Militärzonen“ erklärt wurden, und Stand 2019 waren etwa 1.765.000 Dunam, fast ein Drittel des Westjordanlands, auf diese Weise ausgewiesen worden.

Ein besonders deutliches Beispiel dafür, wie das israelische Regime diese Praxis nutzt, um Palästinensern ihr Land zu entziehen, ist seine Erklärung des etwa 30.000 Dunam großen Gebiets Masafer Yatta zur „Schießzone 918“ Anfang der 1980er Jahre. In diesem Gebiet leben etwa 12 palästinensische Gemeinden, die dort schon seit Generationen ansässig sind – lange bevor es zur Schießzone ausgewiesen wurde. Im Jahr 1999 wurden die Bewohner dieser Gemeinden zum ersten Mal unter dem Vorwand vertrieben, sie würden sich illegal innerhalb einer Schießzone aufhalten.

In einem internen Dokument des Zentralkommandos vom Juni 2025 heißt es: „In den letzten Monaten hat das Zentralkommando die gesamte Bandbreite der ihm zur Verfügung stehenden zivilen und sicherheitspolitischen Instrumente genutzt, um seine Pflicht zu erfüllen: die Erhaltung der Schießzone für die Ausbildung der IDF.“ Seit 2022 haben Siedler elf Außenposten innerhalb der Schießzone 918 errichtet, die als Ausgangspunkte für systematische gewalttätige Angriffe auf lokale palästinensische Gemeinden dienen. Obwohl „gesperrte Militärzonen“ und „Schießgebiete“ theoretisch für jeden, der keine Sondergenehmigung besitzt – einschließlich Israelis – gesperrt sind, nennt das Dokument des Zentralkommandos nur palästinensische Dörfer, nicht aber die Außenposten, als Störfaktoren für die „Pflicht, das Schießgebiet für die Ausbildung der IDF zu erhalten“.

Diese Praxis beschränkt sich nicht auf Masafer Yatta. Bis zum Jahr 2024 waren etwa 41 % des von Siedlern im Westjordanland übernommenen Landes zu Schießzonen erklärt worden, die für Zivilisten gesperrt sind. Dies zeigt, dass die Ausweisung von Land als Schießzone oft ein weiteres Mittel des israelischen Regimes ist, um palästinensischen Raum zu übernehmen.

Ausweisung von Naturschutzgebieten

Im Januar 2020 genehmigte der damalige Verteidigungsminister Naftali Bennett die Erklärung der Zivilverwaltung über sieben neue Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 130.000 Dunam. Schätzungen zufolge befinden sich 15 % der Flächen in diesen Schutzgebieten in privatem palästinensischem Besitz. Das größte davon war das Nahal-Og-Naturschutzgebiet in der Nähe von Jericho, das sich über etwa 22.000 Dunam erstreckt, darunter etwa 6.000 Dunam palästinensisches Privatland; der Rest ist „Staatsland". Insgesamt hat Israel zwischen 1969 und 2022 etwa 48 Naturschutzgebiete im Westjordanland ausgewiesen, die mindestens 383.600 Dunam umfassen, was etwa 7 % des Westjordanlands entspricht.

Die Ausweisung palästinensischen Landes als „Naturschutzgebiet" schränkt die Bewegungsfreiheit und den Zugang der Bewohner sowie ihre Möglichkeiten, das Gebiet zu erschließen und zu bebauen, Landwirtschaft zu betreiben oder Landreserven für zukünftige Erweiterungen, Ackerbau und Weidewirtschaft zu behalten, erheblich ein. So umfasst beispielsweise der Nahal-Prat-Nationalpark Land, das palästinensischen Bewohnern von 'Anata, Hizma und Jaba gehört. Seine Ausweisung als „Naturschutzgebiet" hindert diese daran, ihr Land zu betreten und zu bewirtschaften.

Historische Forschung und archäologischer Denkmalschutz

Neben rechtlichen, planerischen und militärischen Mitteln nutzt Israel auch archäologische Ausgrabungen und die Ausweisung von Kulturerbestätten als Mittel, um Land zu übernehmen, Palästinenser zu enteignen und seine Kontrolle über das Westjordanland zu festigen. Im Laufe der Jahre wurden im gesamten Westjordanland, vor allem in Gebiet C, Hunderte von archäologischen Stätten und Parks ausgewiesen. In vielen Fällen hindern diese Ausweisungen die palästinensischen Bewohner daran, ihre Gemeinden zu erweitern, ihr Land zu bewirtschaften oder Infrastruktur aufzubauen, und schneiden sie gleichzeitig von touristischen Einnahmequellen ab. Seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge ist der Archäologiebeauftragte der Zivilverwaltung für alle archäologischen Aktivitäten in Gebiet C zuständig. Der Beauftragte hat die Weisungsgewalt über das gesamte Spektrum der archäologischen Aktivitäten dort, einschließlich der Frage, wo Ausgrabungen durchgeführt werden, wie sie geleitet werden, wer die Ausgrabungen durchführen darf und zu welchem Zweck. Die der Archäologieabteilung der Zivilverwaltung übertragenen Befugnisse ermöglichen es ihr, die historische Deutung archäologischer Funde zu gestalten, die historischen, kulturellen und religiösen Verbindungen des Staates Israel und des jüdischen Volkes zum Westjordanland hervorzuheben und dabei die historische und religiöse Verbundenheit der Palästinenser mit demselben Land auszulöschen.

Einige archäologische Stätten in Gebiet C wurden in die Zuständigkeitsbereiche der Siedlungen eingegliedert und für Palästinenser gesperrt. In anderen Fällen wurden die Zuständigkeitsbereiche der Siedlungen gezielt erweitert, um archäologische Stätten einzubeziehen. Auf diese Weise dienen archäologische Stätten nicht nur der Kontrolle der historischen Darstellung, sondern auch als ein weiteres physisches Instrument zur Aneignung von Raum und zur Verdrängung der Palästinenser aus diesem. Die Sperrung archäologischer Stätten für Palästinenser schränkt deren Bewegungsfreiheit ein, entreißt ihnen ihr Land und löst die tiefe Verbundenheit auf, die ihre Gemeinschaften mit der Landschaft verbindet, in der sie seit Generationen leben.

In anderen Fällen wird das Vorhandensein archäologischer Stätten genutzt, um das Eindringen in palästinensisches Land und dessen Übernahme zu rechtfertigen. Im Jahr 2010 wurde die al-Qaws-Quelle zur archäologischen Stätte erklärt. Die Quelle war die Hauptwasserquelle für die Dörfer Deir Nizam und a-Nabi Saleh gewesen. Nach der Erklärung wurde palästinensischen Bewohnern, darunter auch Personen, die in der Nähe der Quelle privates landwirtschaftliches Land besaßen,

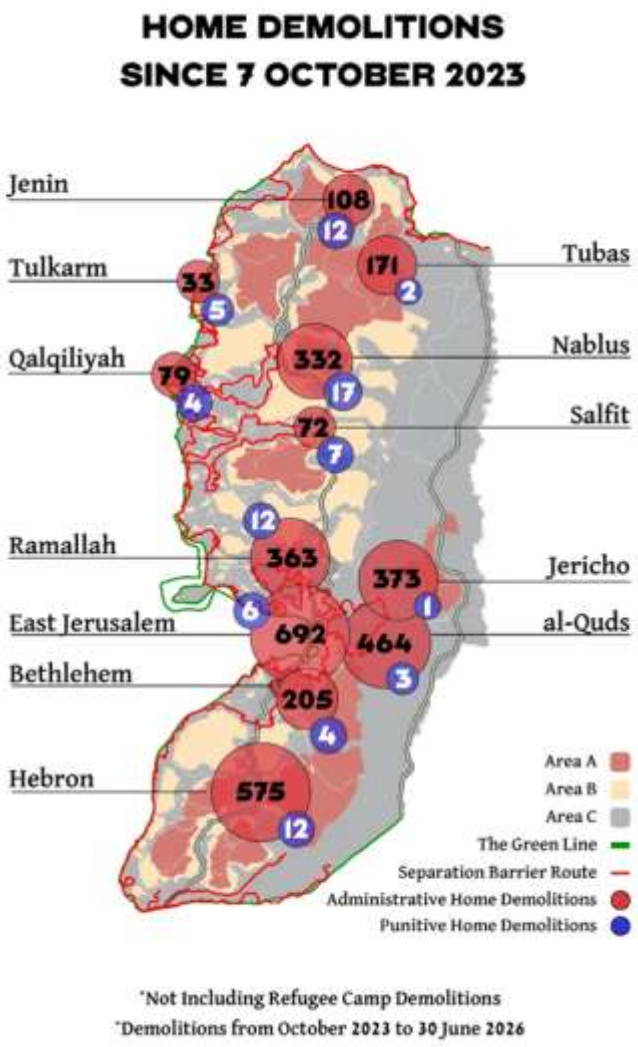
der Zugang verwehrt. Die Bewohner von a-Nabi Saleh veranstalteten wöchentliche Demonstrationen, um gegen die Übernahme der Quelle und ihres Landes durch Siedler zu protestieren. Die Demonstrationen, die bis 2017 andauerten, wurden vom Militär systematisch gewaltsam unterdrückt; Hunderte von Menschen wurden verletzt, drei kamen ums Leben. Eine weitere Person wurde am 17. Oktober 2023 bei einer Demonstration gegen den Völkermord im Gazastreifen getötet. Acht weitere Palästinenser wurden unter verschiedenen Umständen getötet, darunter bei militärischen Einfällen in das Dorf.

Enteignungen dieser Art nehmen weiter zu. Im Jahr 2025 kündigte die Zivilverwaltung an, dass sie 1.800 Dunam palästinensisches Privatland, auf dem Tausende von Olivenbäumen stehen, für die Erschließung der archäologischen Stätte in Sabastiya enteignen werde. Dies ist der größte Enteignungsbeschluss zur Erschließung von Altertümern seit der Besetzung des Westjordanlands durch Israel im Jahr 1967. Die Bewohner der palästinensischen Stadt betonen, dass sie die Stätte seit langem als integralen Bestandteil ihres Lebens betrachten, sie geschützt und in ihrer Umgebung Einkünfte aus Tourismus und Landwirtschaft erzielt haben. Dennoch hat Israels zunehmende Übernahme der Verwaltung der Stätte zu Einschränkungen beim Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen geführt, den lokalen Tourismussektor zerstört und die Bewohner davon ausgeschlossen, die Stätte zu verwalten und wirtschaftlich davon zu profitieren.

Im Februar 2026 beschloss das Sicherheitskabinett, dass die Vollzugsbehörden der Zivilverwaltung nun auch in den Zonen A und B tätig werden sollen, unter anderem im Bereich des Denkmalschutzes und der archäologischen Erhaltung. Der Beschluss lässt einen weiten Auslegungsspielraum zu, da das Westjordanland reich an antiken Stätten ist. In der Praxis erweitern zusätzliche Vollzugsbefugnisse Israels Übernahme palästinensischen Lebensraums im Westjordanland, unter anderem durch die Förderung von Hausabrissen oder die Übernahme archäologischer Stätten in den Zonen A und B unter dem Vorwand, diese zu „schützen“. Hinzu kommt, dass im Mai 2026 ein Gesetzentwurf zur Einrichtung einer neuen Altertumsbehörde im Westjordanland, die dem Minister für Kulturerbe unterstellt sein soll, die erste Lesung passiert hat. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde die neue Altertumsbehörde Befugnisse übernehmen, die derzeit beim Archäologie-Stabsoffizier liegen, darunter die Befugnis, Ausgrabungen durchzuführen, archäologische Stätten auszuweisen und Land zu enteignen. Archäologische Stätten könnten dann dazu genutzt werden, die zivile Kontrolle Israels im Westjordanland zu etablieren. Diese Maßnahmen sind ein weiterer Aspekt des Prozesses der Annexion des Westjordanlands durch Israel.

Planungspolitik und Hausabrisse

Die israelische Planungspolitik ist ein weiteres Instrument, das eingesetzt wird, um die Entwicklung palästinensischer Gebiete zu verhindern und Palästinenser ihres Landes zu enteignen, insbesondere in Gebiet C und in Ostjerusalem. Israelische Amtsträger bedienen sich bei der Behandlung dieses Themas routinemäßig juristischer und planungspolitischer Fachsprache. Ausdrücke wie „Planungs- und Baugesetze“, „Planungsverfahren“ und „illegale Bebauung“ werden auch im Zusammenhang mit Bauvorhaben in Siedlungen und innerhalb der israelischen Grenzen verwendet. Doch im krassen Gegensatz zu den jüdisch-israelischen Gemeinden, in denen Planungs- und Baugesetze die Entwicklung regeln und konkurrierende Bedürfnisse ausgleichen, setzt Israel diese Gesetze im Westjordanland und in Ostjerusalem für den gegenteiligen Zweck ein: um Entwicklung zu verhindern, zukünftige Planung zu blockieren und Abrissverfügungen durchzuführen.



Im Rahmen der israelischen Politik der Nichtplanung in diesen Gebieten legt der Staat erhebliche Hindernisse in den Weg zur Erlangung von Baugenehmigungen für Privathäuser, landwirtschaftliche Gebäude, Infrastruktur und öffentliche Bauten. Nach Angaben der Zivilverwaltung reichten palästinensische Einwohner zwischen Januar 2000 und Mitte 2016 5.475 Baugenehmigungsanträge bei den Planungsbehörden ein. Nur 226, etwa 4 %, wurden genehmigt. Viele Bewohner stellen gar erst keinen Antrag, weil sie darin keinen Sinn sehen. Da es praktisch keine Möglichkeit gibt, eine Genehmigung zu erhalten und legal zu bauen, und angesichts der sich wandelnden Bedürfnisse der palästinensischen Bewohner sind diese gezwungen, ihre Siedlungen zu erweitern und ihre Häuser ohne Genehmigung zu errichten – was bedeutet, unter der ständigen Bedrohung zu leben, dass ihre Häuser und Geschäfte abgerissen werden.

Die von Israel durchgeführten Abrissmaßnahmen von Bauwerken im Westjordanland und in Ostjerusalem lassen sich in drei Kategorien einteilen: Abrisse unter dem Vorwand des Bauen ohne Genehmigung, auf die der Großteil der von Israel im Laufe der Jahre durchgeführten Abrissmaßnahmen entfällt; Abrisse als Strafmaßnahme; sowie Abrisse unter dem Vorwand militärischer Erfordernisse. Quelle: B'Tselem

Nach Angaben von B'Tselem hat Israel vom 7. Oktober 2023 bis Ende Juni 2026 unter dem Vorwand des Baus ohne Genehmigung 2.775 Bauwerke im Westjordanland und 692 in Ostjerusalem abgerissen. Diese Zahlen umfassen auch Nichtwohngebäude wie Zäune, Wasserspeicher, Lagerräume, landwirtschaftliche Bauten, Gewerbebetriebe, öffentliche Gebäude und andere. Von allen abgerissenen Bauwerken waren 1.198 Wohnhäuser. Einige Eigentümer waren gezwungen, ihre eigenen Häuser abzureißen, nachdem sie Abrissverfügungen von den Behörden erhalten hatten. Insgesamt verloren 4.258 Menschen ihr Zuhause, darunter 2.083 Minderjährige.

Im Jahr 2024 erreichte die Zahl der von Israel im Westjordanland (ohne Ostjerusalem) abgerissenen Gebäude den höchsten Stand seit zwei Jahrzehnten: 869 Gebäude wurden unter dem Vorwand des Bauen ohne Genehmigung abgerissen. Das Tempo stieg 2025 weiter an, als 1.195 Gebäude unter demselben Vorwand abgerissen wurden. Angesichts des derzeitigen Tempos der Abrissmaßnahmen ist davon auszugehen, dass die Zahlen für 2026 im Juni 2026 einen weiteren Anstieg zeigen werden.

Silwan, Heimat von etwa 20.000 palästinensischen Einwohnern Ost-Jerusalems, ist ein Beispiel für Israels seit Oktober 2023 beschleunigten Einsatz von Hausabrissen zur Judaisierung des Raums. Silwans Lage neben der Altstadt, der al-Aqsa-Moschee für Palästinenser und dem Tempelberg für

Juden, rückt den Ort in den Mittelpunkt der Bemühungen des israelischen Regimes, Palästinenser in Jerusalem zu vertreiben und zu enteignen.

Im Jahr 2010 kündigte die Stadtverwaltung von Jerusalem Pläne an, auf dem Gelände des Silwaner Stadtteils al-Bustan einen Tourismuspark namens „King's Garden" zu errichten, als Erweiterung des Nationalparks „Jerusalem Walls" und der archäologischen Stätte „Stadt Davids".

Die Stätte „Stadt Davids" wird seit Ende der 1990er Jahre von der Siedlerorganisation Elad betrieben, die offen daran arbeitet, Silwan zu judaisieren. Zwischen dem 7. Oktober 2023 und Ende Juni 2026 riss Israel in Silwan 123 Gebäude, darunter 87 Wohnhäuser, auf Grundlage von Abrissverfügungen der Stadtverwaltung von Jerusalem ab. Insgesamt verloren 352 Menschen ihr Zuhause, darunter 155 Minderjährige. Dreizehn der Häuser wurden im März und April 2026 abgerissen, wodurch 53 Bewohner, darunter 23 Kinder, vertrieben wurden. Am 14. Juni 2026 ordnete der Oberste Gerichtshof die Zwangsräumung von zwölf weiteren Familien aus Silwan an, die alle zur Großfamilie Sarhan gehören. Laut Peace Now sind die gegen die Familie erlassenen Räumungsbefehle Teil einer umfassenderen Maßnahme, etwa 700 Bewohner aus dem Viertel zu vertreiben und jüdisch-israelische Siedler als Ersatz dort anzusiedeln.

Ab 2022: Beschleunigung der ethnischen Säuberung und der territorialen Übernahme

Die Siedlungsverwaltung

Als 2022 die sechste Regierung unter Netanjahu gebildet wurde, sahen die Koalitionsvereinbarungen zwischen den beteiligten Parteien die Einrichtung der „Siedlungsverwaltung" vor. Die Siedlungsverwaltung ist eine Behörde innerhalb des Verteidigungsministeriums, die ausdrücklich zu dem Zweck eingerichtet wurde, eine Vielzahl von Aufgaben zu übernehmen, die zuvor vom Militär wahrgenommen wurden – und zwar durch eine Einheit, die mit der Verwaltung ziviler Angelegenheiten im Westjordanland betraut war: die 1981 gegründete Zivilverwaltung. Die Übertragung der Befugnisse von der Zivilverwaltung auf die neue Siedlungsverwaltung wurde zwischen Februar 2023 und Mai 2024 abgeschlossen. Finanzminister Bezalel Smotrich wurde die ministerielle Verantwortung für die Arbeit der neuen Verwaltung übertragen, und sein Mitarbeiter Yehuda Eliyahu wurde zu deren Leiter ernannt. Die an die neue Verwaltung übertragenen Befugnisse betreffen nahezu jeden Aspekt des palästinensischen Lebens im Westjordanland: Landverwaltung; Planung und Bauwesen; Überwachung und Ahndung von Bauvorhaben ohne Genehmigung; Aufsicht über die israelischen Kommunalbehörden im Westjordanland; Berufszulassungen; Handel und Wirtschaft; Verwaltung von Naturschutzgebieten und antiken Stätten; und vieles mehr. In einem Interview mit Haaretz erklärte Yoni Danino, der als Stabschef der Verwaltung fungierte, deren zwei Hauptziele bestünden darin, dass der Staat das Westjordanland in Bezug auf Entwicklung und Ressourcenverteilung genauso behandele wie den Negev und Galiläa, sowie die „Ausübung der Souveränität in Judäa und Samaria" zu verwirklichen. Seit ihrer Gründung hat die Verwaltung intensiv daran gearbeitet, Außenposten zu legalisieren, Land zu enteignen und Planungs- und Baugesetze selektiv gegen palästinensische Bauvorhaben in Gebiet C durchzusetzen. In Abweichung von der bisherigen Praxis benötigt die Verwaltung keine Genehmigung der politischen Führung, um die meisten Bauvorhaben in den Siedlungen voranzutreiben.

Die Siedlungsabteilung

Israels Praxis, Zuständigkeitsbereiche der Militärregierung zu entziehen und sie an israelische zivile Stellen zu übertragen, begann lange vor der Einrichtung der Siedlungsverwaltung und reicht bis in die späten 1960er Jahre zurück. Eine entscheidende Institution bei diesem Vorhaben war die Siedlungsabteilung, die formal Teil der Weltzionistischen Organisation ist, deren Aktivitäten jedoch von der israelischen Regierung finanziert werden. Im Jahr 2024 belief sich das Budget der Abteilung auf mehr als 1 Milliarde ILS.

Unter anderem ist die Siedlungsabteilung für die Verwaltung von Land zuständig, das ihr von der israelischen Regierung zugewiesen und der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland enteignet wurde. Ihr wurde die Kontrolle über einen erheblichen Teil des „Staatslandes“ im Westjordanland übertragen, und ihre Verwaltung der unter ihrer Zuständigkeit stehenden Gebiete ist auf die Judaisierung des Territoriums ausgerichtet, unter anderem durch die Unterstützung der Errichtung von Siedlungen und Außenposten.

Seit der Bildung der rechtsextremen Regierung im Dezember 2022 ist die Siedlungsabteilung zu einem der institutionellen Mechanismen geworden, die die Vertreibung der Palästinenser und ihre Enteignung von ihrem Land erleichtern. Ende 2025 wurden mehr als 500 Millionen ILS aus dem Staatshaushalt an die Abteilung überwiesen, um die Errichtung von Außenposten unter dem Deckmantel der „Unterstützung junger Siedlungen“ sowie die Verteilung von „Sicherheits-infrastruktur und -komponenten“ zu finanzieren, darunter militärische Ausrüstung, die für Siedler angeschafft wurde. Aus diesem Haushalt wird auch Ausrüstung finanziert, die von Siedlermilizen eingesetzt wird, um palästinensische Bewohner einzuschüchtern, mit dem Ziel, sie aus ihren Gemeinden und von ihrem Land zu vertreiben.

Ein prominentes Beispiel sind die Geländewagen vom Typ „Ranger“, die von der Siedlungs-verwaltung und der Siedlungsabteilung finanziert werden. Zahlreiche Videos, die Angriffe auf palästinensische Gemeinden und Einwohner dokumentieren, zeigen Siedler, die diese „Sicherheitskomponenten“ nutzen, um Palästinenser im Westjordanland und ihre Herden systematisch anzugreifen. Obwohl jeder „Ranger“, dessen Kosten auf 100.000 ILS geschätzt werden, aus dem Staatshaushalt finanziert wird, reagierte die israelische Regierung nicht auf Anfragen israelischer Journalisten nach den genauen Kosten der Fahrzeuge und den Kriterien für deren Verteilung. Im Januar 2026 wurden weitere 325 Millionen ILS bewilligt für den Zeitraum 2026–2027 für „Sicherheitskomponenten in Gemeinden“. Es wird erwartet, dass diese Ausrüstung weiterhin den Siedlern dazu dient, Palästinenser einzuschüchtern, anzugreifen und von ihrem Land zu vertreiben.

Aufhebung des Rückzugsgesetzes

Im Dezember 2025 schloss Israel die rückwirkende Genehmigung von 19 Außenposten im Westjordanland ab. Mehrere davon waren als „Enklaven in Gebiet C“ tief im Inneren der Gebiete A und B errichtet worden, darunter im nördlichen Westjordanland auf Land, das im Rahmen des Rückzugsplans von 2005 geräumt worden war. In Bezug auf die rückwirkende Genehmigung der Außenposten erklärte Minister Smotrich:

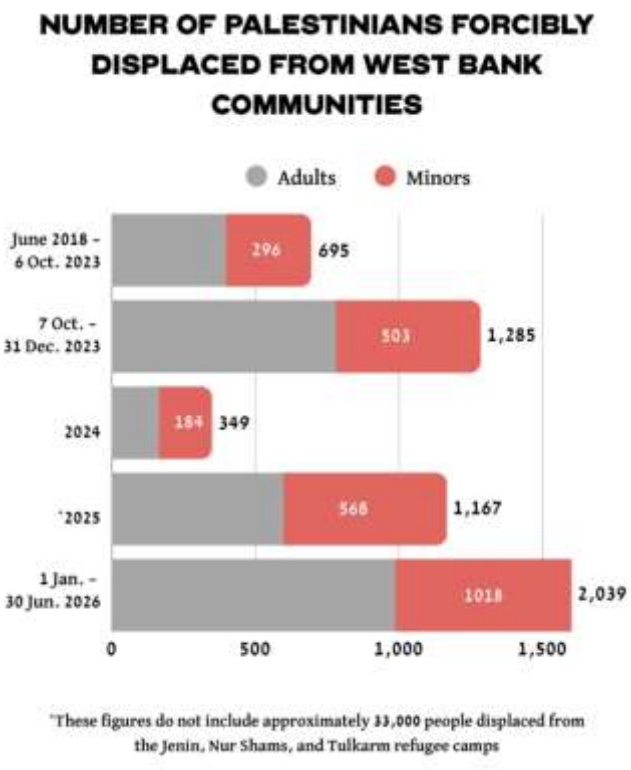
„Dies sind hochstrategische Gebiete für die Siedlungspolitik, wobei der Schwerpunkt auf der Wiedererrichtung der Siedlungen Ganim und Kadim im Norden von Samaria liegt. Damit wird eine historische Ungerechtigkeit der Vertreibung vor 20 Jahren wiedergutgemacht. Wir bremsen den Aufstieg eines palästinensischen Terrorstaates.“

Die Außenposten wurden im Rahmen der Maßnahmen zur Aufhebung mehrerer Abschnitte des Rückzugsgesetzes rückwirkend genehmigt, wodurch Israelis den Zugang zu den ehemaligen Siedlungen Gannim, Kadim und Sa-Nur erhielten. Noch bevor das Gesetz aufgehoben wurde, wurde ein Außenposten in Homesh errichtet – einer weiteren im Rahmen des Rückzugsplans geräumten Siedlung –, und zwar mit Unterstützung des Militärs und des israelischen Regimes. Gleichzeitig waren palästinensische Bewohner des nahegelegenen Dorfes Burqah schwerer Gewalt durch Siedler ausgesetzt, die sie daran hinderte, Zugang zu ihrem Privatland im Gebiet der geräumten Siedlung zu erhalten. Im April 2026 wurde die Siedlung Sa-Nur wiedererrichtet, noch bevor Israel deren Legalisierung abgeschlossen hatte. Einen Monat später, im Mai 2026, zwangen Siedler aus der Gegend palästinensische Bewohner, eine Leiche aus einem frischen Grab zu entfernen, mit der Behauptung, sie sei „zu nahe“ an der Siedlung Sa-Nur beigesetzt worden.

Im Mai 2026 gab Minister Smotrich bekannt, dass er dem israelischen Kabinett einen detaillierten Plan vorgelegt habe, um „strategische Gebiete“, die als Gebiete A und B klassifiziert sind, in das Gebiet C zu überführen, das unter vollständiger israelischer Kontrolle steht. Laut Personen aus dem Umfeld von Smotrich sollte dieser Schritt die Osloer Abkommen faktisch außer Kraft setzen. Er folgt auf einen Gesetzentwurf „zur Aufhebung des Osloer Abkommens, des Hebron-Abkommens und des Wye-Abkommens“, der im März 2025 von der Knesset-Abgeordneten Limor Son Har-Melech von der Partei Otzma Yehudit eingebracht wurde.

Vorantreiben der Grundbucheintragung

Um die Übernahme noch weiter zu beschleunigen, stellte der Staat im Februar 2026 244 Millionen ILS bereit, um einen Mechanismus zur Formalisierung der Grundbucheintragung in Gebiet C einzurichten, mit dem Ziel, 15 % des dortigen Landes innerhalb von fünf Jahren im Grundbuch als Staatseigentum einzutragen. Dies wäre das erste Mal, dass Israel seit der Besetzung des Westjordanlands einen Grundbucheintragungsprozess durch eine staatliche Stelle vorantreibt.



Theoretisch würde der Katasterprozess es Palästinensern ermöglichen, Eigentumsansprüche auf ihnen gehörendes Land geltend zu machen, doch dies ist eine Illusion. In der Praxis müssten Palästinenser, die Eigentumsansprüche geltend machen, ihren Anspruch gegenüber den israelischen Behörden nachweisen. Da sie jedoch keinen Zugang zu Informationen und Dokumenten haben, die ihre Rechte belegen, und da palästinensische Eigentumsunterlagen von den israelischen Verwaltungsinstanzen nicht anerkannt werden, wäre der Abschluss des Verfahrens nahezu unmöglich. Das Gleiche gilt für Hunderttausende palästinensischer „Abwesender“, also palästinensischer Flüchtlinge, die während der Nakba 1948 oder der Naksa 1967 vertrieben wurden. Sie wären nicht in der Lage, am Registrie-rungsverfahren teilzunehmen, obwohl sie zusammen große Landflächen besitzen. Es ist daher zu erwarten, dass das Verfahren zu einer großangelegten „legalen“ Enteignung der Palästinenser von ihrem Land führen wird. Das Eigentumsrecht wird endgültig im Grundbuch eingetragen, und die enteigneten Palästinenser werden in Zukunft keine Eigentumsansprüche mehr geltend machen können.

Bereits im Februar 2026 genehmigte das Sicherheitskabinett eine Reihe ergänzender Maßnahmen, die die Übernahme ausgedehnter Gebiete im Westjordanland ermöglichen. Das im Westjordanland geltende jordanische Gesetz, das den Verkauf von Immobilien im Westjordanland an Personen verbietet, die weder jordanischer noch palästinensischer arabischer Herkunft sind, wurde aufgehoben. Jüdische Israelis können künftig Land im Westjordanland direkt von Palästinensern erwerben, genau wie sie es innerhalb der Grünen Linie tun. Auch die Vertraulichkeit der Grundbücher im Westjordanland wurde aufgehoben. Dies wird es erleichtern, palästinensische Eigentümer von Grundstücken und Gebäuden zu identifizieren, und es den an der Siedlungsausweitung beteiligten Akteuren ermöglichen, Druck auf sie auszuüben, damit sie ihr Eigentum verkaufen.

Vertreibung von Gemeinschaften

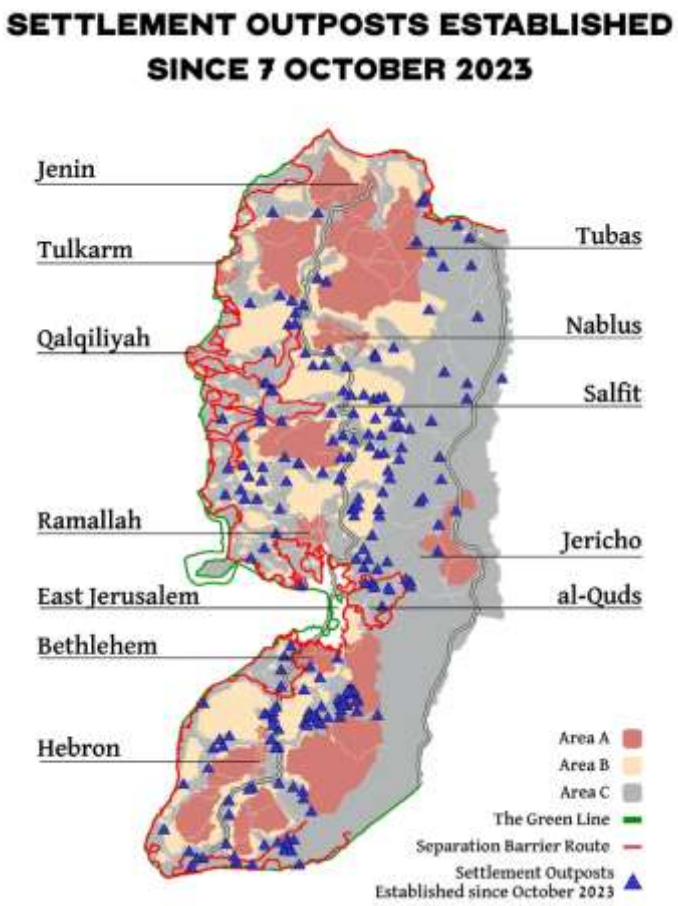
Im Juli 2022 wurde die beduinische Hirtengemeinschaft von Ras a-Tin, die seit Jahrzehnten auf Land gelebt hatte, das Kafr Malik und al-Mughayir gehörte, von Siedlern gewaltsam vertrieben. Es war das erste Mal, dass eine gesamte palästinensische Gemeinschaft infolge von Gewalt durch Siedler und nicht durch das Militär aus ihrer Heimat vertrieben wurde. Einige Jahre zuvor war etwa einen Kilometer von der Gemeinschaft entfernt ein gewalttätiger Außenposten namens „Micha's Farm" errichtet worden, der Teil eines Netzwerks von Außenposten in der Region war. Seit der Errichtung der Farm litten die Bewohner der Gemeinschaft unter einer Reihe von Vorfällen, darunter Überfälle von Siedlern auf die Häuser der Bewohner in einer Serie von brutalen Angriffen, die die Gemeinschaft schließlich zur Flucht zwangen.

Was damals beispiellos war, ist inzwischen zur Routine geworden. Nach Angaben von B'Tselem wurden bis Juni 2026 64 palästinensische Gemeinden mit einer Gesamtbevölkerung von 4.328 Menschen gewaltsam aus ihren Häusern in Gebiet C sowie in den Gebieten A und B vertrieben. Weitere 512 Bewohner wurden aus 18 teilweise vertriebenen Gemeinden vertrieben. Tausende Palästinenser in Dutzenden weiterer Gemeinden sind aufgrund täglicher Angriffe von Siedlern einer realen Vertreibungsgefahr ausgesetzt.

Landwirtschaftliche Außenposten

Im November 1992 verabschiedete die israelische Regierung den Beschluss 360, wonach Israel die Errichtung neuer Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen nicht vorantreiben würde. Der Bau neuer Siedlungen wurde offiziell eingefroren, doch ohne offiziellen Regierungsbeschluss tauchten im gesamten Westjordanland „Außenposten" auf. Da sie außerhalb der formellen Verfahren errichtet wurden, wurde ihnen kein Land zugewiesen und es wurden keine formellen Grenzen festgelegt. Ihre Gebäude und ihre Infrastruktur wurden ohne Baugenehmigungen errichtet, und sie sind selbst nach Ansicht der israelischen Behörden illegal. Dennoch unterstützte Israel die Errichtung der meisten von ihnen. Es wies das Militär an, sie zu schützen, oder finanzierte private Sicherheitsdienste, asphaltierte Straßen und baute Wasser- und Strominfrastruktur für sie, subventionierte dort tätige Wirtschaftsunternehmen, unterstützte die dort lebenden Siedler und gewährte ihnen staatliche Rückendeckung, indem es Legalisierungsverfahren vorantrieb, Mittel zuwies und Rechtsbeistand bei Klagen auf ihre Räumung leistete.

Die Außenposten wurden in mehreren „Wellen" errichtet. Die erste Welle erfolgte Ende der 1990er Jahre, nach den Osloer Abkommen und unter der ersten Netanjahu-Regierung. Sie bestand hauptsächlich aus Wohnaußenposten mit bedeutender landwirtschaftlicher Tätigkeit. Zu dieser Zeit wurden auch landwirtschaftliche Außenposten auf der Grundlage der Schafzucht errichtet. Die zweite Welle erfolgte in den Jahren 2001–2003, während der Zweiten Intifada.



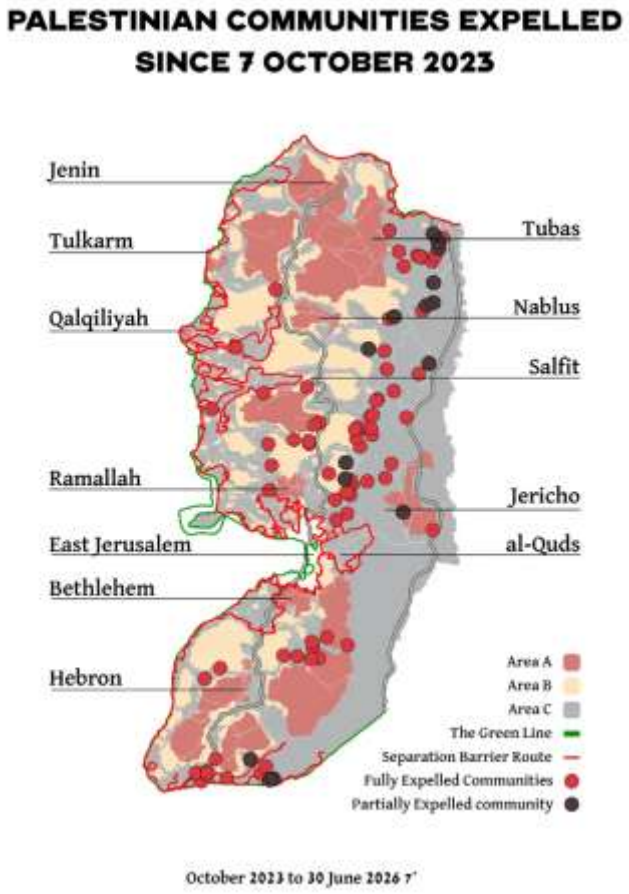
Die dritte Welle hat sich in den letzten Jahren entfaltet, insbesondere seit der Bildung der rechtsgerichteten Regierung im Jahr 2022. In diesem Zeitraum haben die Landraubaktionen gegenüber Palästine-sern durch die Errichtung von „landwirtschaftlichen Außenposten“ stark zugenommen, die in der Regel von einer kleinen Anzahl von Menschen bewohnt werden, oft von Mitgliedern einer einzigen Familie und manchmal von Jugendlichen, die als zusätzliche Arbeitskräfte auf dem Hof dienen. In vielen Fällen überträgt die Siedlungs-abteilung in ihrer Eigenschaft als Verwalterin des sogenannten Staats-landes den Siedlern an diesen Außen-posten Weideland im Rahmen von „Weideverträgen“. Im Rahmen dieser Regelung wird den Siedlern Land ohne Ausschreibung, ohne Bezahlung und sogar ohne klare Angabe der Fläche zur Verfügung gestellt. Dies ermöglicht die Übernahme größerer Gebiete, während der Anschein einer vordergründig chaotischen Realität gewahrt bleibt, in der die Siedler unabhängig handeln, obwohl ihre Handlungen in Wirklichkeit in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen erfolgen. Quelle: Kerem Navot

Ein Oberstleutnant des Zentralkommandos beschrieb im Dezember 2025 die Verbindungen zwischen dem Staat, dem Militär und den vor Ort tätigen Siedlern:

„Ein organisierter Mechanismus zur Gründung von Farmen nahm in voller Zusammenarbeit mit dem Kommando wirklich Gestalt an. Wir wissen nicht nur, dass Farmen gegründet werden sollen; wir beteiligen uns im Vorfeld an der Koordination ihrer Gründung [...]. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Koordination mit einem Augenzwinkern und einem Nicken. Die Division und die regionale Brigade verfügen tatsächlich über einen Befehl namens ‚Farm-Grundsteinlegung‘: Welche Kräfte werden zu ihrer Sicherung abgestellt, wie wird sie errichtet und wie viele Wohnwagen wird sie umfassen. Es handelt sich tatsächlich um einen vollständig strukturierten Prozess.“

In einem Interview mit der Fernsehsendung „Zman Emet“ sagte der Offizier, dass der Befehlshaber des Zentralkommandos, Avi Bluth, bei seinem Amtsantritt Oberstleutnant Elitzur Trabelsi zum regionalen Verteidigungsbeauftragten des Kommandos ernannte und ihn damit zur „Schlüsselfigur“ machte, die für die landwirtschaftlichen Außenposten zuständig ist und die Koordination zwischen dem Militär und den Siedlern vor der Errichtung der Außenposten übernimmt. Der Offizier erklärte, Trabelsi sei an der Ausarbeitung von Plänen für neue Außenposten beteiligt, führe vorläufige Ortsbesichtigungen durch und befrage den Kandidaten für die Leitung der Farm. Er stehe zudem in Kontakt mit dem regionalen Brigadekommandeur und lege ihm Karten zur Genehmigung vor, bevor diese dem Leiter des Zentralkommandos, Bluth, zur endgültigen Genehmigung vorgelegt würden.

Der Vertreibungsprozess



Sobald der Staat den Siedlern Weideland zuweist, werden Außenposten in der Nähe palästinensischer Gemeinden errichtet, wodurch der Vertreibungsmechanismus in Gang gesetzt wird. In den meisten Fällen geht dies mit Gewalt und Einschüchterung einher, die darauf abzielen, palästinensische Bewohner gewaltsam aus ihren Häusern zu vertreiben. Zunächst weiden Siedler Schafe und Rinder in der Nähe palästinensischer Gemeinden, übernehmen die Weideflächen der Gemeinden, vertreiben palästinensische Hirten, eignen sich Wasserquellen an und vieles mehr. Gelingt es mit diesen Maßnahmen nicht, die Gemeinschaft zu vertreiben, greifen die Siedler zu direkterer Gewalt: Sie schikanieren die Bewohner, dringen in deren Häuser ein, greifen sie gewaltsam an, manchmal mit tödlichen Folgen, misshandeln Tiere und verursachen Sachbeschädigungen. Oft tun sie dies in Begleitung von Soldaten oder während sie selbst als Soldaten im Einsatz sind, in Uniform und mit militärischen Schusswaffen bewaffnet. Quelle: B'Tselem

In vielen Fällen macht die Routine aus Gewalt und Einschüchterung jede einzelne Schikanierung zu einem potenziellen Auslöser für die Flucht einer Gemeinschaft. Ein Esel im Besitz von Israelis, der zwischen den Häusern eines Dorfes umherstreift, Eindringversuche in Höfe und auf Privatgrundstücke, das Entsenden eines Kindes oder Jugendlichen aus dem Außenposten, um neben einem palästinensischen Haus zu schlafen, das Ausheben von Gräbern oder das Ablegen von Tierkadavern in palästinensischen Dörfern oder auf palästinensischem Ackerland sind alles Schritte auf einem Weg, der letztendlich zur Zwangsvertreibung der Gemeinschaften führt.

Unerbittliche Gewalt zermürbt die Bewohner schließlich so sehr, dass sie ihr tägliches Leben nicht mehr aufrechterhalten können und gezwungen sind, aus ihren Häusern zu fliehen.

Die Zwangsvertreibung jeder einzelnen Gemeinde ist ein konkreter Akt der Vertreibung. Betrachtet man diese Handlungen in der gesamten Westbank als Teil der fortwährenden Bemühungen, die palästinensische Präsenz zu verringern und Land unter israelische Kontrolle zu bringen, so stellen sie einen Prozess der ethnischen Säuberung im gesamten Gebiet dar.

Difallah ‚Ara'rah, 47, Vater von elf Kindern aus der Gemeinde a-Shqarah im Gebiet von Duma, beschrieb in seiner Aussage, wie die unerbittlichen Übergriffe der Siedler sein Leben und das seiner Mitbewohner in einen andauernden Albtraum verwandelten:

„Ende August, als die Siedler ihre Schafe zum neuen Außenposten brachten, begannen sie, in unser Gebiet und in die Gemeinde a-Zawahreh einzudringen, die näher am Außenposten liegt, und das war der Moment, in dem unser großes Leid begann. […]

Freitags und samstags war es am schlimmsten. Es kamen zehn bis zwölf Siedler, und mir wurde klar, dass sie Freunde mitbrachten, die ihnen halfen, uns zu schaden. An den anderen Tagen der Woche kamen zwischen einem und vier Siedler mit ihren Schafen und ihrem Esel, ließen sie zwischen den Häusern stehen, beschimpften uns und versuchten, uns in eine Konfrontation zu ziehen, damit sie uns angreifen und aus dem Gebiet vertreiben konnten. Trotz all der Provokationen und Demütigungen versuchten wir, nicht darauf zu reagieren.

Sie trieben ihre Schafe in die Höfe, durchtrennten Wasserleitungen, zerbrachen Wasserhähne, durchbohrten Wassertanks und warfen Schuhe hinein. Sie nahmen Kleidung von den Wäscheleinen, zerrissen sie und warfen sie auf den Boden, zerschlugen Fenster und stahlen alles, was sie in die Finger bekamen.“ *Vollständige Aussage*

Jahrzehntelang lebte Maryam Khalil (Daraghmeh) mit ihrer Familie in Zelten in Hamamat al-Maleh (Khirbet al-Maleh). In den letzten drei Jahren wurde das Leben der Familie zu einem andauernden Albtraum, da unerbittliche Schikanen, extreme Gewalt und umfangreiche Schäden, die Siedler den Mitgliedern der Gemeinschaft und ihrem Eigentum zufügten, Teil des Alltags wurden. Zusammen mit Dutzenden anderer Familien aus der Gemeinschaft wurde die Familie Khalil vertrieben und zog nach Tayasir im Gebiet Tubas. In ihrer Aussage gegenüber B’Tselem beschrieb die 64-jährige Mutter von zehn Kindern die Zeit vor der Vertreibung:

„In den letzten drei Jahren haben die Besatzungstruppen und die Siedler den Druck auf uns immer weiter erhöht. Sie brachten Rinder und Schafe mit, errichteten Außenposten in unserer Nähe und begannen, uns in jedem Bereich unseres Lebens zu bedrängen. Nach und nach konnten wir nicht mehr hinausgehen, um das Vieh weiden zu lassen, das Land zu pflügen oder uns auch nur ein paar Meter von unseren Zelten zu entfernen. Die Siedler streiften jeden Tag zwischen den Zelten umher, manchmal mit ihrem Vieh, manchmal auf Geländewagen, bewaffnet und jeden angreifend, der sich den Hügeln näherte, die uns jahrzehntelang unseren Lebensunterhalt gesichert hatten.

Sie bedrohten uns ständig und forderten, dass wir das Gebiet verlassen. Sie leerten Wassertanks, zerstörten Solarmodule, stahlen Schafe, griffen Bewohner an und holten manchmal die Armee, um uns und unsere Kinder zu verhaften. Einmal kamen sie an mir vorbei, während ich backte und der Teig auf dem Feuer stand, und schütteten ihn direkt vor meinen Augen auf den Boden. Es war eine tägliche Demütigung, die darauf abzielte, uns zu vertreiben.

Im Laufe des vergangenen Jahres, insbesondere in den letzten Monaten, haben sich die Angriffe deutlich verschärft, bis allen Familien klar wurde, dass wir nicht mehr bleiben konnten. Ich weinte fast jeden Tag bei dem Gedanken, den Ort verlassen zu müssen, an dem ich mein ganzes Leben verbracht hatte. Meine Kinder sahen mich weinen. Aber letztendlich hatten wir das Gefühl, keine andere Wahl zu haben. Wir mussten unsere Familien retten und das, was von unserer Lebensgrundlage noch übrig war.“ | Vollständige Aussage

Nirgendwo ist es sicher: Die Errichtung von Außenposten, Angriffe und die Vertreibung von Gemeinschaften aus den Gebieten A und B

„Die Tatsache, dass die Siedler zu meinem Haus kamen, obwohl es in Gebiet B liegt und es in der Gegend keine Siedlung oder Außenstelle gibt, beweist, dass Siedler nicht zwischen den Gebieten A, B oder C unterscheiden. Alle Gebiete sind mittlerweile anfällig für Übergriffe durch Siedler.“

– Aus der Aussage von Anwar ‚Armush, 53, Vater von sechs Kindern aus Jalazun R.C. | Vollständige Aussage

Neben der groß angelegten Vertreibung von Gemeinschaften aus Gebiet C haben Siedler begonnen, Palästinenser zu schikanieren und sie auch aus ihren Häusern und von ihrem Land in den Gebieten A und B zu vertreiben. Bis März 2026 hatten Siedler über 98.000 Dunam in den Gebieten A und B in Besitz genommen. Im Juli 2026 gab es 28 Außenposten in Gebiet B und einen in Gebiet A. Die Ausweitung des Enteignungsmechanismus auf die Gebiete A und B macht deutlich, dass die ethnische Säuberung nicht auf Hirtengemeinschaften in Gebiet C beschränkt ist. Ihre Umsetzung beinhaltet, palästinensische Bewohner stetig aus offenen, landwirtschaftlichen und ländlichen Gebieten in dicht besiedelte, fragmentierte städtische Zentren zu drängen und gleichzeitig die israelische Kontrolle über Räume auszuweiten, aus denen die palästinensische Präsenz verdrängt wurde.

Dies geschieht beispielsweise in der Stadt ‘Aqraba, die 16.000 Einwohner zählt und in Gebiet B zwischen Nablus und dem Jordantal liegt. Seit Oktober 2023 wurden auf allen Seiten der Stadt Außenposten errichtet, wodurch ihre territoriale Kontinuität zu allen umliegenden Dörfern und Städten unterbrochen wurde. Siedler haben einen erheblichen Teil des Landes der Einwohner in Besitz genommen und weiden dort Schafe.

Samir Bani Fadel, 40, Vater von sechs Kindern und Einwohner von ‘Aqraba, beschrieb in seiner Aussage einen Übergriff, der zu seiner 13-tägigen Inhaftierung führte, nachdem er versucht hatte, seine Herde auf Land in Khirbet Twayel zu weiden, das der Stadt gehört:

„Ich ging mit meinem fünfzehnjährigen Sohn Jawad hinaus, um unsere Herde – etwa 170 Schafe – im Gebiet von Kh. Twayel weiden zu lassen. Wir waren kaum 300 Meter gegangen, als ein ATV mit einem Siedler, der mit einem automatischen Gewehr bewaffnet war, bei uns ankam. Hinter ihm trafen vier weitere Siedler zu Fuß ein, von denen zwei Langwaffen trugen. Einer von ihnen sagte zu mir: ‚Das ist hier nicht erlaubt.‘ Ich antwortete: ‚Jeden Tag hindert ihr uns daran, ein anderes Gebiet zu erreichen; wohin soll ich denn gehen?‘ Ich drehte mich um, um zu gehen, weil ich keinen Ärger mit den Siedlern wollte, doch dann griffen die vier Siedler, die zu Fuß gekommen waren, Jawad an, der etwa fünf Meter hinter mir stand. Sie schlugen ihm mit einem Gewehr auf den Kopf, stießen ihn zu Boden und traten und schlugen weiter auf ihn ein – auch mit ihren Gewehren.
Ich versuchte, meinen Sohn zu beschützen, doch der Siedler, den ich gut kenne, feuerte zwei Schüsse aus seinem automatischen Gewehr in die Luft, um mir Angst einzujagen. Er beschimpfte mich mit erniedrigenden Schimpfwörtern und drohte, mich zu erschießen. Ich sah, wie Jawad in den Händen der Siedler lag, schrie und um Hilfe rief, und ich konnte nichts tun. Mein Herz brach für ihn. Ich hatte Angst, dass sie ihn erschießen würden. Ich bin nicht verrückt. Ich konnte bewaffnete Siedler nicht angreifen. […]“ | *Vollständige Aussage*

Massenvertreibung aus Flüchtlingslagern

Im Januar 2025 startete das israelische Militär die Operation „Eiserne Mauer“ im nördlichen Westjordanland. Die Operation begann mit einem Überfall auf das Flüchtlingslager Jenin und wurde später auf die Flüchtlingslager Tulkarm, Nur Shams und al-Far’ah ausgeweitet, wodurch mindestens 32.000 Palästinenser aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Es war die größte Vertreibungskrise im Westjordanland seit 1967. Nach Angaben der UNRWA waren Stand September 2025, neun Monate nach Beginn der Operation, noch immer 31.919 Palästinenser aus den Flüchtlingslagern Jenin, Tulkarm und Nur Shams aus ihren Häusern vertrieben.

Bei den Razzien in den Flüchtlingslagern handelte es sich um groß angelegte militärische Angriffe, zu denen Luftangriffe und die weitgehende Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur gehörten. Aussagen gegenüber B'Tselem deuten darauf hin, dass das Militär zwar behauptete, es gebe keine „offizielle Politik zur Evakuierung der Bevölkerung", Soldaten die Bewohner jedoch durch verbale Drohungen und den Einsatz von Schusswaffen zwangen, ihre Häuser zu verlassen. Viele der Vertriebenen mussten in überfüllten Gemeindezentren oder Festsälen übernachten und waren für Nahrung, Wasser und andere Grundbedürfnisse auf die Hilfe von Anwohnern und Hilfsorganisationen angewiesen. Seit den Razzien hat das Militär sie daran gehindert, in ihre Häuser zurückzukehren, obwohl dort keine nennenswerten militärischen Aktivitäten mehr stattfanden (weitere Informationen zu den Militärrazzien in den Flüchtlingslagern finden Sie im Kapitel „Gewalt und Einschüchterung").

J.J., ein Bewohner des Stadtteils al-Manshiyah im Flüchtlingslager Nur Shams, beschrieb, wie seine Familie aus dem Lager vertrieben wurde und welche Ungewissheit darüber herrschte, ob sie jemals wieder nach Hause zurückkehren könnten:

„Wir – Männer, Frauen und Kinder – liefen anderthalb Stunden lang im Regen und bei beißender Kälte, während unsere Beine mit Schlamm und Matsch bedeckt waren. Wir erreichten den Rand des Stadtteils, und eine dort lebende Familie nahm uns in ihrem Hof auf, gab uns etwas Wasser zu trinken und brachte uns mit Hilfe des Volksrats der Gegend in die Stadt 'Anabta. […]

Die Bewohner von 'Anabta haben uns sehr freundlich aufgenommen und uns geholfen, aber das wiegt die Frustration, die Traurigkeit und den Schmerz nicht auf, die uns die Vertreibung aus unserem Zuhause verursacht hat. Wir wissen immer noch nicht, wie es mit unserem Zuhause weitergeht." | *Vollständiger Bericht*

Die Massenvertreibung und die weitreichende Zerstörung in den Flüchtlingslagern sowie das Verbot, dorthin zurückzukehren, zeigen, dass groß angelegte Militäroperationen auch Mittel zur Umsetzung der israelischen Politik der ethnischen Säuberung im Westjordanland sind. Die Lager werden ihrer Bewohner entleert, ihre bebauten Flächen zerstört, und die Vertreibung, die als vorübergehende militärische Notwendigkeit dargestellt wird, verfestigt sich zu einer dauerhaften Realität.

Flüchtlinge auf ihrem eigenen Land: Das Leben nach der Vertreibung

Land ist für den Lebensunterhalt unverzichtbar. Die Kontrolle darüber zu übernehmen, beraubt die palästinensische Bevölkerung der grundlegendsten Existenzgrundlagen und zerstört das über Generationen hinweg aufgebaute Lebensgefüge. Vertriebene Palästinenser werden aus ihrer Heimat entwurzelt, verlieren ihre Häuser und ihren Besitz und werden zu Flüchtlingen. In vielen Fällen können sie ihre Lebensweise nicht mehr aufrechterhalten oder ihre Familien ernähren.

Muhammad Dababat, 61, Vater von fünf Kindern aus der Region Tubas, berichtete B'Tselem, wie er und seine Familie aus Khirbet al-Farisiyah und anschließend erneut aus dem Ausweichort, an den sie gezogen waren, vertrieben wurden, und beschrieb die Folgen der Vertreibung:
„Ich habe im Gebiet von ‚Einun Zelte aufgeschlagen, unsere Schafe dorthin gebracht, und wir haben begonnen, dort zu leben. Dieser Umzug war sehr kostspielig. Wir haben mehr als 10.000 ILS (~ 3.335 USD) ausgegeben. […] Wir dachten, dieses Gebiet wäre sicherer als al-Farisiyah, und wir begannen, unser Leben dort neu aufzubauen, aber die Probleme verfolgten uns auch dorthin.[…]
Eines Tages kamen Fahrzeuge des Siedlerrats, Soldaten, Siedler auf Geländefahrzeugen und andere Israelis und drohten uns, dass sie unsere Schafe beschlagnahmen und unsere Zelte abreißen würden, wenn wir das Gebiet nicht verlassen würden. Ich hatte das Gefühl, dass uns eine Katastrophe getroffen hatte. Vor meinen Augen wurde alles schwarz, und ich konnte nicht mehr auf

den Beinen stehen. Sie hatten mich bereits aus al-Farisiyah vertrieben, und nun wollten sie mich auch von diesem Ort vertreiben.
Wir beschlossen, nach einem anderen Ort zu suchen, näher an Tubas, und entschieden uns schließlich für ein Gebiet in der Nähe des Landes unserer Familie, das von Ackerland umgeben ist. […]
Das Gebiet, in dem wir jetzt leben, wird immer enger um uns herum. Die Bauern brauchen ihr Land, um es zu bewirtschaften und davon zu leben, und hier gibt es kein Weideland, auf das wir die Schafe bringen können.“ | *Vollständige Aussage*

Vertriebene Menschen müssen in der Regel in Zelten oder provisorischen Unterkünften leben, die Zehntausende Schekel kosten können, oder bei Verwandten Unterschlupf finden. Dies zerreißt die Gemeinschaftsstrukturen und das soziale Gefüge, da sich die Familien über verschiedene Gebiete verstreuen. Viele Vertriebene werden in hohe Schulden getrieben. Maryam Khalil, die, wie oben erwähnt, mit ihrer gesamten Familie und vielen Mitgliedern ihrer Gemeinschaft von Hamamat al-Maleh nach Tayasir im Gebiet Tubas vertrieben wurde, beschrieb die schwierige Lebensrealität nach der Vertreibung:

„Auch in der neuen Gegend ist das Leben sehr hart. Das ist privates Ackerland, und die Landbesitzer hier sind offensichtlich nicht bereit, die Schafe in die Nähe ihrer Felder zu lassen. Wir sind vorsichtig, aber jeden Tag hören wir Beschwerden, dass die Schafe die Ernte fressen. Außerdem haben wir hier draußen enorme Ausgaben für Futter, Wasser und andere lebensnotwendige Dinge, und das Leben ist unerträglich schwer.
Die Vertreibung aus Hamamat al-Maleh war für uns wie eine Nakba. Wir erleben jeden Tag eine neue Nakba. Die Familien der Gemeinde haben sich zerstreut; jede ist in ein anderes Gebiet oder einen anderen Bezirk gezogen. Früher lebten wir zusammen als Nachbarn und Verwandte. Heute kämpft jeder für sich allein irgendwo anders. Alle meine Töchter wohnten früher in meiner Nähe, und heute sind sie weit weg, und ich höre sie am Telefon kaum noch ‚Hallo‘ sagen. Die Menschen sind erschöpft, gebrochen und fragen sich, was die Zukunft für sie bereithält. […] Was uns widerfahren ist, ist ein Verbrechen. Einst waren wir vereint und lebten zusammen, und heute sind alle verstreut und von ihrem Land entwurzelt. Es gibt nicht einmal einen Funken Hoffnung, dass wir an unseren Ort zurückkehren und wieder in al-Maleh leben können. Die Siedler sind ständig dort, und jeder, der sich dem Gebiet nähert, ist in Gefahr.“ | *Vollständiger Bericht*

Wie Khalil beschreibt, gehen die Auswirkungen über den Verlust von Häusern und Lebensgrundlagen hinaus. Vertreibung zerreißt Gemeinschaften und entreißt den Menschen ihre vertraute und gut eingespielte Lebensweise. Difallah ‚Ara'rah, dessen Aussage oben zitiert wurde, berichtete B'Tselem, wie die Vertreibung aus seinem Zuhause das Lebensgefüge seiner Familie und sein eigenes zerstörte:

„Früher lebte ich in meinem Haus, auf meinem Land, zusammen mit meinen Brüdern, unseren Kindern und dem Rest der Familie. Heute sind wir alle verstreut. Ein Bruder blieb in Duma, allerdings in einem anderen Teil des Dorfes, der andere zog in die Gegend von Salfit, und auch ihre Kinder sind in alle Winde verstreut. Ich fühle mich hier nicht zu Hause. Wir sind Beduinen. Wir sind es gewohnt, an offenen, ruhigen Orten zu leben, und ich kann nicht mit Menschen zusammenleben, die ich nicht kenne. Meine Kinder mögen sich vielleicht an das Dorfleben gewöhnen, aber für meine Frauen und mich ist es zu spät. Wir sind dieses Leben nicht gewohnt. Wir wurden mit den Wurzeln aus dem Boden gerissen, wie eine Pflanze, die entwurzelt und dem Wind ausgeliefert wird.“ | *Vollständiger Bericht*

Wiederholte Vertreibung

Selbst nach ihrer Vertreibung sind viele Palästinenser weiterhin ständigen Schikanen durch Siedler und Soldaten ausgesetzt. Infolgedessen sind viele Familien gezwungen, ein zweites und sogar ein drittes Mal umzuziehen. Das widerfuhr auch Maryam Khalil. Nach einiger Zeit in Tayasir, wohin die Familie aus Hamamat al-Maleh gezogen war, stellten sie fest, dass sich Siedler auch an ihrem neuen Standort frei durch die Weideflächen und zwischen den Zelten bewegten und die Bewohner dort einschüchterten. Die Familie war gezwungen, erneut umzuziehen, diesmal in ein Gebiet nördlich des Dorfes Sir im Bezirk Jenin. Als Khalil versuchte, das Leben ihrer Familie wieder aufzubauen, sich in eine weitere Gemeinschaft zu integrieren und eine alternative Einkommensquelle zu finden, stellte sie fest, dass die Einschüchterungen, vor denen sie zweimal geflohen waren, auch am neuen Ort zum Alltag geworden waren:

„Die Siedler haben uns auch nach unserer Abreise weiter verfolgt. Sie kamen in das neue Gebiet, in das wir gezogen waren. Wir wissen nicht, wie sie auch hierhergekommen sind, aber für uns ist klar, dass sie versuchen, uns von unserer Lebensgrundlage abzuschneiden, die Viehzüchter zu zwingen, ihre Tiere zu verkaufen, und uns mit leeren Händen zurückzulassen. […]
Die Siedler sind bewaffnet und handeln mit voller Unterstützung der Besatzungsbehörden. Sie erhielten Rinder, Schafe, Futter und alles, was sie brauchten, um das Gebiet zu übernehmen und uns daraus zu vertreiben. […]
Niemand steht wirklich auf unserer Seite. Es kommen Leute, Beamte, Ausländer und internationale Organisationen, aber in der Praxis ändert sich nichts. Die Siedler greifen uns immer wieder an, während die Welt zusieht, und die Welt unternimmt nichts.“ | *Vollständige Aussage*

Wie Khalil und ihre Familie war auch der 46-jährige ‘Ali al-Faqir gezwungen, mit seiner Familie aus dem Gebiet Hamamat al-Maleh ins nahegelegene Tayasir im Bezirk Tubas umzusiedeln. Nach wiederholten Angriffen durch Siedler waren auch sie gezwungen, erneut umzuziehen. In seiner Aussage gegenüber B’Tselem beschrieb al-Faqir, wie die Zwangsvertreibung seine Familie auseinandergerissen und das Leben, das sie bisher gekannt hatten, zerstört hat:

„Im Gebiet al-Meyteh lebten wir alle zusammen – meine Brüder, deren Kinder und deren Familien, meine Onkel und andere Verwandte. Jetzt lebt jeder woanders, und die Entfernung zwischen uns macht es schwer, sogar Geschwister zu besuchen.
Alles, was ich gesagt habe, kann nur einen kleinen Teil des Kummers und der seelischen Belastung vermitteln, die den Familien und den Kindern zugefügt wurden. Nachdem wir weggegangen waren, gingen die Schulkinder mehr als zehn Tage lang nicht zur Schule. Alle waren verwirrt; wir wussten nicht, auf welche Schule wir sie schicken sollten, wie wir dorthin kommen sollten und so weiter. Die Schulen sind weit entfernt, daher mussten wir sie anfangs mit unseren Autos dorthin fahren. Aufgrund dieser schwierigen Umstände haben einige Eltern ihre Kinder von der Schule genommen. Wir sind immer wieder umgezogen und leben nun in Gegenden, die wir nicht kennen, in der Nähe von Menschen, die wir nicht kennen, und es fällt uns schwer, uns an das Leben in den Dörfern zu gewöhnen. Wir sind Beduinen, Schafhirten, die es gewohnt sind, in Bergregionen fernab von Siedlungen zu leben, und es fällt uns immer noch schwer, uns an die neue Lebensweise anzupassen. […]
Viele von uns erwägen, die Schafe zu verkaufen und sich nach anderer Arbeit umzusehen, aber die Lage im Westjordanland ist schwierig. Es gibt keine Arbeit, und wir wissen nichts anderes, als Schafe zu züchten. Das ist der Beruf, den wir von unseren Vätern und Großvätern geerbt haben, und bis heute sehen wir keinen Weg, unseren Lebensunterhalt zu verdienen und in Würde zu leben.“ | *Vollständige Aussage*

Die in diesem Kapitel beschriebenen Fälle sind nicht bloß vereinzelte Verluste von Häusern, Land und Lebensgrundlagen. Sie veranschaulichen eine systematische Politik und einen beschleunigten

Prozess der ethnischen Säuberung, in dessen Rahmen Israel weite Gebiete von palästinensischer Präsenz entvölkert und gleichzeitig einen zusammenhängenden jüdisch-israelischen Raum schafft. Diese Politik wird durch einen Mechanismus umgesetzt, der militärische, bürokratische und zivile Instrumente kombiniert und darauf ausgelegt ist, punktuelle Vertreibungen und Enteignungen in eine langfristige Umgestaltung des Gebiets und seiner demografischen Zusammensetzung zu verwandeln, indem die palästinensische Präsenz aus weiten Teilen des Westjordanlands ausgelöscht wir

Kapitel 05 Rechtliche Auswirkungen des Auslöschungsprojekts im Westjordanland
Abschnitt 1 von.5

Einleitung

Israels seit langem bestehende Logik der Auslöschung im Westjordanland funktioniert über einen Mechanismus, der sich um fünf Schlüsselbereiche strukturiert: Gewalt und Einschüchterung, Bewegungs- und Zugangsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulierung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme. Das weitreichende System der Straffreiheit für politische Entscheidungsträger und Täter vor Ort hat dazu geführt, dass sich diese Übergriffe als normaler Bestandteil des Alltags unter dem israelischen Regime verfestigt haben. Betrachtet man alle fünf Handlungsbereiche gemeinsam, wird ihre rechtliche Bedeutung als Merkmale eines einheitlichen Regimes deutlich.

Der Begriff „Auslöschung“ wird hier nicht als eigenständige Rechtskategorie verwendet. Vielmehr beschreibt er die zugrunde liegende Logik, die den verschiedenen Handlungsbereichen zugrunde liegt. Im Westjordanland äußert sich die Auslöschung in der schrittweisen und systematischen Zerstörung der Lebensgrundlagen des kollektiven palästinensischen Lebens. Das Völkerrecht definiert diesen Prozess nicht als ein einziges Vergehen, sondern identifiziert und verbietet die verschiedenen Elemente, aus denen er besteht, und erlegt die Pflicht auf, diese Handlungen zu verhindern und zu untersuchen sowie die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen. Die Logik der Auslöschung nimmt unterschiedliche Formen an und wirkt mit unterschiedlicher Intensität, wobei der Völkermord im Gazastreifen ihre extremste Form darstellt.

In dem Bericht von B’Tselem „Our Genocide“ haben wir den Völkermord, den Israel an den Palästinensern im Gazastreifen verübt, als einen historisch-politischen Prozess der vorsätzlichen Vernichtung einer Gruppe als solche dokumentiert und analysiert. Auf der Grundlage detaillierter rechtlicher Analysen von Organisationen und Experten kam B’Tselem zu dem Schluss, dass Israels Handlungen der Definition von Völkermord im Völkerrecht entsprechen.

Derzeit wird im Gazastreifen Völkermord begangen, doch die Gefahr eines Völkermords beschränkt sich nicht ausschließlich auf den Gazastreifen. Dieselbe herrschende Logik der Auslöschung wird auf Palästinenser im Westjordanland und anderswo angewendet. Ohne einen wirksamen nationalen oder internationalen Mechanismus, um dies zu stoppen, könnten sich die völkermörderische Gewalt und die Praktiken, die sie ermöglichen, auch auf diese Gebiete ausbreiten.

Das Verbot der Apartheid nach dem Völkerrecht bildet den zentralen rechtlichen Rahmen für die Analyse des Westjordanlands als Teil des israelischen Regimes zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Apartheid ist ein institutionalisiertes Regime der Trennung, Herrschaft und systematischen Unterdrückung, das von einer rassischen, ethnischen oder nationalen Gruppe einer anderen durch unmenschliche Handlungen auferlegt wird, die darauf abzielen, diese Herrschaft zu

etablieren und aufrechtzuerhalten. Ein solches Regime wird auf das gesamte unter israelischer Kontrolle stehende Gebiet angewendet, auch wenn es in verschiedenen Gebieten unterschiedliche Formen annimmt. Im Westjordanland verwaltet Israel den Raum, schränkt die Bewegungsfreiheit ein, teilt das Land auf, kontrolliert die Wirtschaft und das gesellschaftspolitische Leben auf eine Weise, die die jüdische Vorherrschaft festigt und die Voraussetzungen für eine kollektive Existenz der Palästinenser zunichtemacht. Gleichzeitig ist die institutionelle Straffreiheit, die Israel Soldaten, Polizeibeamten, staatlichen Behörden und Siedlern gewährt, Teil einer Struktur, die dazu beiträgt, diesen Kontrollmechanismus auf Dauer aufrechtzuerhalten.

Israels Herrschaft im Westjordanland unterliegt zudem dem humanitären Völkerrecht, einschließlich des Besatzungsrechts, den internationalen Menschenrechtsnormen, weiteren Vorschriften des Völkerstrafrechts sowie den Regeln zur Selbstbestimmung und zum Verbot der gewaltsamen Aneignung von Gebieten. Zusammen verankern diese rechtlichen Rahmenwerke unter anderem das Verbot von Annexion, Siedlungsbau, Deportation und Zwangsumsiedlung. Sie ergänzen sich gegenseitig, indem sie verschiedene Aspekte desselben Herrschaftssystems regeln.

Die Verantwortung Israels als Staat muss von der individuellen strafrechtlichen Verantwortung unterschieden werden, die Beamten oder anderen Tätern obliegen kann. Ein Verstoß des Staates gegen Verpflichtungen aus internationalen Übereinkommen und dem Völkergewohnheitsrecht ist an sich schon schwerwiegend, begründet internationale Verantwortung und verpflichtet Israel, den Verstoß zu beenden, begründet jedoch für sich genommen noch keine strafrechtliche Verantwortung einer bestimmten Person. Einige der Handlungen können zudem eine persönliche strafrechtliche Verantwortung für das Verbrechen der Apartheid, Kriegsverbrechen und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begründen, abhängig vom Sachverhalt und unter der Voraussetzung, dass die erforderlichen rechtlichen Tatbestandsmerkmale gemäß dem Römischen Statut und somit im Rahmen der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs erfüllt sind.

Kapitel 05 Rechtliche Auswirkungen des „Elimination-Projekts“ im Westjordanland
Abschnitt 2 von 5

Apartheid: Der rechtliche Prüfmaßstab und die institutionelle Struktur im Westjordanland

Das Völkerrecht verbietet Apartheid in zweierlei miteinander verbundener Hinsicht: als Verstoß, der die staatliche Verantwortung auslöst, und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das eine individuelle strafrechtliche Verantwortung begründen kann. Das Verbot ist im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD),[9] im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (Apartheid-Übereinkommen) von 1973, im Römischen Statut von 1998, mit dem der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) gegründet wurde und die unter seine Zuständigkeit fallenden Verbrechen definiert sind, in anderen Menschenrechtsverträgen,[10] sowie im humanitären Völkerrecht.

Obwohl sich das moderne Verbot der Apartheid vor dem Hintergrund Südafrikas entwickelte, ist es nicht auf diesen Fall beschränkt. Das Apartheid-Übereinkommen erstreckt sich ausdrücklich auf „ähnliche Politiken und Praktiken der Rassentrennung“. Das Übereinkommen, das die Apartheid zu einem internationalen Verbrechen machte und sie zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärte, das der universellen Gerichtsbarkeit unterliegt, definiert sie als unmenschliche Handlungen, die mit dem Ziel begangen werden, die Herrschaft einer rassischen Gruppe von Personen über eine andere zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken. In ähnlicher Weise definiert das Römische Statut das Verbrechen der Apartheid als unmenschliche Handlungen „ähnlicher Art“ wie die in Artikel 7 des Statuts

aufgeführten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder gewaltsame Überführung der Bevölkerung, Inhaftierung oder sonstige schwere Freiheitsentziehung, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei und andere Formen sexueller Gewalt, Verfolgung und das Verschwindenlassen von Personen. Artikel 7 umfasst auch „andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art, die vorsätzlich großes Leid oder schwere Verletzungen des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen". Im Falle der Apartheid müssen solche Handlungen im Rahmen eines institutionalisierten Regimes systematischer Unterdrückung und Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere begangen werden, mit der Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten. Die Apartheid-Konvention enthält eine umfassendere ausdrückliche Aufzählung „unmenschlicher Handlungen", doch die Restkategorie des Römischen Statuts dürfte die meisten davon erfassen. Der offensichtliche Unterschied bei den Schweregraden ist in der Praxis nicht zwangsläufig groß: Artikel 7 umfasst auch Verfolgung, definiert als die vorsätzliche und schwerwiegende Vorenthaltung von Grundrechten aufgrund der Gruppenidentität, sowie andere unmenschliche Handlungen. In dieser Hinsicht kommt das Römische Statut den in Artikel II(c) der Apartheid-Konvention aufgeführten Handlungen nahe.

Beide Instrumente betrachten den Zusammenhang zwischen dem Regime und den unmenschlichen Handlungen als zentral für die Feststellung, ob die Handlungen den Tatbestand der Apartheid erfüllen. Die Apartheid-Konvention sieht vor, dass das Verbrechen der Apartheid Handlungen umfasst, die „zum Zwecke der Errichtung und Aufrechterhaltung der Herrschaft einer rassischen Personengruppe über eine andere rassische Personengruppe und deren systematischer Unterdrückung" begangen werden. Das Römische Statut definiert das Verbrechen als Handlungen, die „im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Herrschaft einer Rassengruppe über eine oder mehrere andere Rassengruppen begangen werden und mit der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten". Wie bei anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verlangt das Römische Statut, dass sie als Teil eines weit verbreiteten oder systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung begangen werden. In beiden Rechtsinstrumenten reicht daher die Begehung unmenschlicher Handlungen an sich nicht aus; sie müssen mit einem Regime der Herrschaft und Unterdrückung verbunden sein und zum Zweck dessen Aufrechterhaltung oder Errichtung begangen werden.

Apartheid ist nicht einfach nur Diskriminierung, Ungleichbehandlung oder Trennung. Sie liegt vor, wenn diese Merkmale zu einem institutionalisierten Regime systematischer Herrschaft und Unterdrückung organisiert sind und wenn unmenschliche Handlungen zum Zweck oder mit der Absicht begangen werden, dieses Regime zu errichten und aufrechtzuerhalten.

Der Kern der Definition liegt im systematischen, strukturellen und unterdrückerischen Charakter der Herrschaft, Unterdrückung und Diskriminierung sowie in deren Verbindung mit dem Ziel der Gruppenherrschaft. Dieses institutionelle Element – ein staatlich sanktioniertes System aus Gesetzen, Politik und Institutionen – unterscheidet die Apartheid von anderen Formen der Gewalt und der verbotenen Diskriminierung.

Drei Elemente müssen daher geprüft werden, um festzustellen, ob ein bestimmtes Regime Apartheid darstellt.

Erstens muss es unterschiedliche Gruppen geben, zwischen denen das Regime unterscheidet, wobei die Verteilung von Rechten, Status, Ressourcen und Macht um diese Unterscheidung herum organisiert ist. Der Rechtsbegriff „rassische Gruppe" in der Apartheid-Konvention beschränkt sich nicht auf ein biologisches Verständnis von Rasse; er kann auch Gruppen umfassen, die sozial und rechtlich konstruiert und als unterschiedlich klassifiziert sind. Gemäß Artikel 1(1) des ICERD umfasst Rassendiskriminierung „Unterscheidung, Ausschluss, Einschränkung oder Bevorzugung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung oder der nationalen oder ethnischen

Herkunft“. Je nach Kontext können die relevanten Gruppen auch solche sein, die sich selbst als eigenständig identifizieren,[13] oder Gruppen, die das Regime selbst als solche klassifiziert, trennt und verwaltet.

Zweitens muss ein institutionalisiertes System systematischer Herrschaft und Unterdrückung bestehen. Die Frage ist nicht, ob es vereinzelte Diskriminierungshandlungen gibt, sondern ob eine staatliche, rechtliche, politische und räumliche Struktur Rechte, Pflichten, Schutzmaßnahmen, Ressourcen und Chancen unterschiedlich auf die Gruppen verteilt. Diese Verteilung schafft und erhält ein Verhältnis der Vorherrschaft einer Gruppe und der anhaltenden, erzwungenen Unterordnung der anderen. Die gleichen Mechanismen müssen nicht überall auf identische Weise wirken. Verschiedene Gruppen können durch unterschiedliche Instrumente regiert werden, sofern diese Instrumente einem gemeinsamen Organisationsprinzip der Herrschaft und Unterdrückung dienen.

Drittens muss das Regime mit unmenschlichen Handlungen einhergehen, die zu seiner Errichtung oder Aufrechterhaltung begangen werden. Die Apartheid-Konvention listet unter anderem die Entziehung des Lebens und der Freiheit, schwere körperliche oder seelische Schäden, Folter und unmenschliche Behandlung, willkürliche Verhaftung und unrechtmäßige Inhaftierung, Maßnahmen zur Verhinderung der Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, die Verweigerung von Grundrechten, die Schaffung getrennter Gebiete, die Enteignung von Land sowie die Verfolgung von Organisationen und Einzelpersonen aufgrund ihres Widerstands gegen die Apartheid auf. Nach dem Römischen Statut ist die Schwelle für das Verbrechen der Apartheid erreicht, wenn in Art. 7 Abs. 1 aufgeführte Handlungen oder ähnliche unmenschliche Handlungen als Teil eines „weitverbreiteten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung“ begangen werden. Die aufgeführten unmenschlichen Handlungen stellen Alternativen dar; es muss nicht jede Kategorie nachgewiesen werden. Es muss jedoch nachgewiesen werden, dass Handlungen dieser Art Teil eines institutionalisierten Regimes systematischer Herrschaft und Unterdrückung sind und mit dem Ziel begangen werden, dieses zu errichten oder aufrechtzuerhalten. Sie müssen zudem die hohen Anforderungen an die Schwere und den systematischen Charakter erfüllen, die mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit verbunden sind. Nicht jede ungerechtfertigte Diskriminierung ist ein Akt der Apartheid.

Keine der beiden Konventionen verlangt den Nachweis einer rassistischen oder rassischen Ideologie als gesonderte Voraussetzung für das Verbrechen der Apartheid, obwohl eine solche Ideologie zur Entstehung des Regimes beitragen kann.

Im Laufe der Zeit haben sich die Verbote der Rassendiskriminierung und der Apartheid fest in internationalen Verträgen sowie in den Erklärungen und Beschlüssen internationaler Institutionen verankert. Israel ist zwar nicht Vertragspartei der Apartheid-Konvention, aber Vertragspartei des ICERD, dessen Artikel 3 die Staaten verpflichtet, Rassentrennung und Apartheid zu verhindern, zu verbieten und zu beseitigen. Israel ist jedoch Vertragspartei des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der viele der unter einem Apartheidregime eingeschränkten Rechte schützt. Das Apartheidverbot ist zudem als Völkergewohnheitsrecht anerkannt und bindet Israel daher ungeachtet seiner Nichtteilnahme an der Apartheidkonvention. Das Verbot wird ferner als zwingende Norm (jus cogens) anerkannt, von der keine Abweichung zulässig ist. Verpflichtungen, die sich aus solchen Normen ergeben, gelten gegenüber der internationalen Gemeinschaft als Ganzes (erga omnes). Ein Verstoß gegen das Apartheidverbot betrifft daher nicht nur die Opfer oder einen bestimmten Staat, sondern die internationale Gemeinschaft als Ganzes. Im Falle schwerwiegender Verstöße müssen Staaten zusammenarbeiten, um dem Verstoß ein Ende zu setzen, dürfen die daraus resultierende Situation nicht als rechtmäßig anerkennen und dürfen nicht zu deren Aufrechterhaltung beitragen oder dabei helfen.[14]

Die Unterscheidung zwischen Juden und Palästinensern

Im Falle des israelischen Regimes sind im Sinne des Apartheidverbots die relevanten Gruppen Juden und Palästinenser. Das gesamte Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan unterliegt einem einzigen israelischen Regime, das sich an einem Grundprinzip orientiert: der Aufrechterhaltung der jüdischen Vorherrschaft über die Palästinenser. Zu diesem Zweck behandelt das Regime jüdische Israelis und Palästinenser als unterschiedliche ethnisch-nationale Gruppen und verteilt Status, Rechte, Land, Bewegungsfreiheit, Ressourcen, Rechtsschutz und politische Macht auf der Grundlage dieser Unterscheidung. Jüdische Staatsbürger Israels genießen die gesamte Bandbreite der mit diesem Status verbundenen Rechte, einschließlich politischer Rechte, des Zugangs zu staatlichen Institutionen, des Rechtsschutzes und der Möglichkeit, Einfluss auf die Regierung zu nehmen, die ihre Lebensbedingungen bestimmt. Juden, die keine israelischen Staatsbürger sind, haben gemäß dem Rückkehrgesetz das Recht, nach Israel einzuwandern und unter den in diesem Gesetz festgelegten Bedingungen die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben. In einigen Fällen können sie auf dieser Grundlage eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Palästinenser werden in verschiedene rechtliche und geografische Kategorien unterteilt: palästinensische Staatsbürger Israels, Personen mit Daueraufenthaltsgenehmigung in Ostjerusalem, Bewohner des Westjordanlands, Bewohner des Gazastreifens und Flüchtlinge außerhalb des von Israel kontrollierten Gebiets. Jede Kategorie unterliegt einer anderen Kombination aus Status, Gesetzgebung, Aufenthaltsvorschriften, Bewegungsbeschränkungen, Genehmigungen, Kontrollmechanismen und Rechtsverweigerungen, einschließlich der Verweigerung des Rechts von Flüchtlingen, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Zersplitterung ist selbst ein Kontrollmechanismus: Indem Israel verschiedene palästinensische Gruppen unter unterschiedlichen Rechts- und Verwaltungssystemen regiert, schränkt es deren Fähigkeit ein, als ein Kollektiv zu agieren, das durch eine gemeinsame Beziehung zum Land, zur Geschichte, zu Institutionen und zu gemeinsamen politischen Forderungen verbunden ist.

Im Westjordanland ist diese Unterscheidung besonders deutlich institutionalisiert. Israelische Siedler und Palästinenser leben im selben Gebiet, jedoch unter unterschiedlichen Systemen in Bezug auf Recht, Regierungsführung, Rechte, Raumordnung, Landzuteilung, Rechtsschutz und Rechtsdurchsetzung. Jüdische Siedler sind in die zivilen, rechtlichen, militärischen und politischen Systeme Israels integriert. Sie genießen den Schutz des allgemeinen israelischen innerstaatlichen Rechts, bürgerliche und politische Rechte, Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und Ressourcen, militärischen und polizeilichen Schutz sowie sogar die Teilnahme an diesen Kräften. Jüdische Siedler haben Zugang zur öffentlichen Infrastruktur und genießen weitgehende Bewegungsfreiheit. Sie werden vor israelischen Zivilgerichten nach den üblichen innerstaatlichen Gesetzen verurteilt, nehmen an israelischen Wahlen teil und bestimmen mit über die Zusammensetzung der Knesset und der Regierung, wodurch sie die in der Westbank angewandte Politik beeinflussen. Die Palästinenser in der Westbank hingegen leben unter Besatzung und Militärherrschaft. Ihr Alltag wird durch Militärbefehle, Militärgerichte, das Genehmigungssystem, Überwachung, Zwangsmaßnahmen und bürokratische Kontrollen geregelt. Sie nehmen nicht an Wahlen zu den israelischen Institutionen teil, die ihre Lebensbedingungen bestimmen, und haben keinerlei politische Macht über das System, das ihre Bewegungsfreiheit, ihr Land, ihre Lebensgrundlagen und ihre Sicherheit kontrolliert.

Das Ergebnis sind zwei Regierungssysteme, die auf demselben Territorium funktionieren: ein ziviles System, das jüdischen Israelis Rechte und Schutz gewährt, und ein repressives Militärsystem, das den Palästinensern aufgezwungen wird. Die rechtliche und institutionelle Kluft ist in die räumliche, planerische und wirtschaftliche Trennung eingebettet, die im Westjordanland praktiziert wird. In diesem Zusammenhang genießen israelische Siedler Entwicklung, Infrastruktur und territoriale Kontinuität, während Palästinenser mit Zersplitterung, Bewegungsbeschränkungen, Baubeschränkungen, Abrissen und einem Planungssystem konfrontiert sind, das die Entwicklung

erstickt. Das Regime weist den beiden Gruppen somit grundlegend unterschiedliche Rechte und Lebensmöglichkeiten zu. Die eine Gruppe ist in die staatlichen Systeme der Rechte, Ressourcen und Macht integriert; die andere wird unter Besatzung und militärischer Kontrolle gehalten, ohne politische Rechte gegenüber dem Regime, das ihre Lebensbedingungen bestimmt. Die Unterscheidung zwischen den beiden Gruppen beschränkt sich daher nicht auf den rechtlichen Status oder formale Rechte, sondern prägt und festigt aktiv die Vorherrschaft der Israelis und die erzwungene Unterordnung der Palästinenser.

Angesichts des Vorstehenden und wie in diesem Bericht ausführlich dargelegt, erfüllt das israelische Regime die Merkmale der Apartheid. Israel unterscheidet zwischen zwei Gruppen auf der Grundlage ihrer ethnischen Herkunft und nationalen Identität und verteilt Status, Rechte, Schutz und Ressourcen unterschiedlich auf sie; es unterhält ein institutionalisiertes System der systematischen Herrschaft und Unterdrückung der Palästinenser; und es begeht unmenschliche Handlungen, um diese Herrschaft zu etablieren und aufrechtzuerhalten. Diese Handlungen sind keine vereinzelten Übergriffe. Sie sind Teil beständiger Kontrollsysteme, die die jüdisch-israelische Präsenz im Westjordanland ausweiten und festigen, während sie gleichzeitig die Voraussetzungen zunichtemachen, die erforderlich sind, damit die Palästinenser dort als Gemeinschaft existieren können.

Die fünf im Bericht untersuchten Handlungsbereiche stellen die wichtigsten Vorgehensweisen dieses Regimes im Westjordanland dar. Die weitgehende Straffreiheit derjenigen, die diese Übergriffe begehen, ermöglicht es, dass diese fortbestehen und zur Routine werden.

Besatzung, Annexion und Siedlerkolonialismus: Die rechtliche und territoriale Struktur der Apartheid im Westjordanland

Von der vorübergehenden Besetzung zur dauerhaften Kontrolle

Israel besetzte das Westjordanland im Juni 1967, und seitdem gilt dort das Völkerrecht der Besatzung. Dieses Recht verbietet die Besetzung an sich nicht; es legt die Grundregeln für eine Besetzung fest und definiert die Befugnisse und Pflichten der Besatzungsmacht. Drei Grundsätze sind von grundlegender Bedeutung: Die Kontrolle über das Gebiet ist vorübergehend; die Besatzungsmacht ist nicht der Souverän; und die Besatzungsmacht muss die öffentliche Ordnung und das zivile Leben aufrechterhalten sowie die unter Besatzung lebende Bevölkerung schützen, die das Recht als „geschützte Personen“ definiert, ohne deren Recht auf Selbstbestimmung zu beeinträchtigen. Daraus ergeben sich zwei zentrale Beschränkungen. Eine Besatzungsmacht darf die vorübergehende Kontrolle nicht in dauerhafte Souveränität umwandeln oder das Gebiet zu ihrem eigenen Vorteil umgestalten, und sie darf die demografische Zusammensetzung des Gebiets nicht verändern, indem sie eigene Zivilisten in das besetzte Gebiet umsiedelt oder die geschützte Bevölkerung aus diesem Gebiet deportiert oder zwangsweise umsiedelt. Beides kann Kriegsverbrechen und unter bestimmten Umständen Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Seit Jahrzehnten nutzt Israel die Militärherrschaft, um genau das zu tun, was das Besatzungsrecht verhindern soll: seinen Zugriff auf das Gebiet zu festigen, Siedlungen zu errichten und auszubauen, Land und Ressourcen auszubeuten, den palästinensischen Raum zu zersplittern, die Entwicklung zu behindern und Gemeinschaften von ihrem Land zu vertreiben – alles mit dem Ziel, eine unumkehrbare israelische Präsenz im Westjordanland zu schaffen.

In seinem Gutachten vom Juli 2024 stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) fest, dass die fortdauernde Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig ist und so schnell wie möglich beendet werden muss. Der Gerichtshof stützte diese Schlussfolgerung unter anderem auf Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, auf Israels Siedlungs- und Annexionspolitik sowie auf das Verbot, Gebiete mit Gewalt zu erwerben. Die rechtliche Tragweite ist erheblich: Der Rechtsverstoß liegt nicht mehr nur in bestimmten Handlungen, die unter der Besatzung begangen werden, sondern auch in der Rechtswidrigkeit der fortgesetzten israelischen Präsenz an sich. Das Gutachten hebt das Besatzungsrecht nicht auf, solange Israel weiterhin die Kontrolle über das Gebiet und die palästinensische Bevölkerung ausübt. Gleichzeitig bietet das Besatzungsrecht keinen vollständigen rechtlichen Rahmen mehr, um die israelische Herrschaft im Westjordanland zu verstehen. Die Verstöße gehen über die Verletzung der Pflichten einer Besatzungsmacht hinaus. Der in diesem Bericht vorgelegten Analyse zufolge ist die militärische Besatzung ein zentrales Instrument, mit dem Israel ein Apartheidregime im Westjordanland aufrechterhält, und die von den israelischen Behörden innerhalb dieses Regimes und zu dessen Erhaltung begangenen unmenschlichen Handlungen erfüllen die Tatbestandsmerkmale des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid.

Seit Jahrzehnten ist das israelische Militär der Arm, durch den der Staat seine Regierungsgewalt über die Palästinenser in den besetzten Gebieten ausübt. Militärbefehle, Militärgerichte, das Genehmigungssystem sowie bürokratische Durchsetzungs- und Kontrollsysteme regeln das Leben der Palästinenser innerhalb eines Rahmens, der von demjenigen getrennt ist, der für jüdische Israelis im selben Gebiet gilt. Das Militär verleiht der Trennung zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern sowie den getrennten und ungleichen Rechtssystemen, die auf sie angewendet werden, institutionelle Gestalt. Palästinenser im Westjordanland unterliegen der Militärherrschaft, ohne Staatsbürgerschaft oder politische Vertretung in dem Regime, das ihre Lebensbedingungen bestimmt; israelische Siedler sind in die zivilen, rechtlichen, planerischen, militärischen und politischen Systeme Israels integriert. Besatzung und Militärherrschaft über die Palästinenser sind daher die operativen Mechanismen der Trennung, Unterdrückung und Herrschaft innerhalb des Apartheidregimes.

Annexion und Siedlungen: Festigung der Kontrolle und Neugestaltung des Raums

Eine Annexion erfordert keine formelle Souveränitätserklärung. Eine de-facto-Annexion kann entstehen, wenn ein Staat in einem besetzten Gebiet souveräne Befugnisse ausübt, es in seine Rechts- und Verwaltungssysteme integriert und dauerhafte Kontrolle darüber etabliert. Im Laufe der Besatzung hat Israel die de-facto-Annexion großer Teile des Westjordanlands vorangetrieben, indem es Siedlungen errichtete und ausweitete, diese an die israelische Infrastruktur, Dienstleistungen und staatliche Finanzierung anband und umfangreiche Teile des israelischen Rechts sowie dessen Schutzbestimmungen auf die Siedler ausweitete. Das den Palästinensern auferlegte Militärregime besteht neben diesem Prozess weiter, anstatt durch ihn ersetzt zu werden.

In den letzten Jahren haben rechtliche und administrative Veränderungen diesen Prozess vertieft und ihn einer de-jure-Annexion nähergebracht, während die „Ausübung von Souveränität“ über die Gebiete im öffentlichen Diskurs Israels eine herausragende Rolle spielt. Befugnisse, die Siedler in Bereichen wie Raumordnung, Rechtsdurchsetzung, Land, Infrastruktur, Außenposten und Siedlungen betreffen, wurden der Militärverwaltung entzogen oder zivilen Beamten der israelischen Regierung unterstellt. Im Mai 2024 wurden zahlreiche Verwaltungsbefugnisse vom Leiter der Zivilverwaltung auf den stellvertretenden Leiter der Zivilverwaltung für zivile Angelegenheiten übertragen, einen Beamten, der innerhalb einer zivilen Struktur im Verteidigungsministerium tätig ist; auch das Amt des Rechtsberaters in diesen Bereichen wurde aus dem militärischen Rahmen in einen staatlichen überführt. Dies hat zur Folge, dass die Verwaltung des besetzten Gebiets immer

tiefer in den zivilen, rechtlichen und bürokratischen Apparat des Staates Israel selbst integriert wird.

Die Siedlungen spielen in diesem Prozess eine zentrale Rolle. Das Völkerrecht verbietet es einer Besatzungsmacht, Teile ihrer Zivilbevölkerung in besetzte Gebiete zu verlegen, um eine demografische Veränderung des besetzten Gebiets zu verhindern, den Besatzer daran zu hindern, das Gebiet zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen, und die Fähigkeit der besetzten Bevölkerung zur Selbstbestimmung zu schützen. Im Westjordanland werden Siedlungen genutzt, um genau jene Folgen herbeizuführen, die dieses Verbot verhindern soll. Israel stellt Land, Wasser, Infrastruktur und Finanzmittel bereit, um Siedlungen zu errichten, zu erweitern und zu schützen; es baut Straßen, legt Zuständigkeitsbereiche fest und unterhält zu deren Gunsten eine militärische Präsenz. Das daraus resultierende System verfestigt die israelische Präsenz, fragmentiert den palästinensischen Raum, schränkt die Bewegungsfreiheit der Palästinenser ein, blockiert palästinensische Bauvorhaben und Entwicklungsprojekte und verdrängt palästinensische Gemeinschaften von ihrem Land. Israelische Siedlungen werden zudem mit dem erklärten Ziel errichtet, die territoriale Kontinuität Palästinas zu unterbrechen und die künftige Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern.

Siedlungen und Annexion wirken daher Hand in Hand. Siedlungen schaffen und erweitern die israelische Präsenz im Gebiet; die Annexion bindet das Gebiet und die Siedler in staatliche Institutionen ein, verfestigt die daraus resultierenden Veränderungen und macht sie zu einer dauerhaften Ordnung. Die Palästinenser hingegen bleiben unter einem separaten Militärregime und ohne politische Rechte gegenüber dem Regime, das über ihr Leben bestimmt. Das Ergebnis ist die Trennung von Bevölkerungsgruppen innerhalb eines zusammenhängenden, unter israelischer Kontrolle stehenden Gebiets, während die Möglichkeit einer zusammenhängenden, unabhängigen territorialen und politischen Existenz der Palästinenser schrittweise zunichte gemacht wird.

Das Verhältnis zwischen Besatzung, Annexion, Apartheid und Siedlerkolonialismus

Zur Analyse der israelischen Herrschaft im Westjordanland sind mehrere sich ergänzende rechtliche Rahmenwerke und Konzepte erforderlich, da jedes einzelne eine andere Ebene derselben Herrschaftsstruktur erfasst. Das Besatzungsrecht ist der rechtliche Rahmen, der für Israels Kontrolle über das Westjordanland gilt, während die militärische Besatzung der Mechanismus ist, durch den die palästinensische Bevölkerung regiert wird. Annexion ist der Prozess, der die israelische Kontrolle über das Gebiet festigt, die Möglichkeit einer Umkehrung einschränkt, die Grenze zwischen besetztem Gebiet und dem souveränen Israel verwischt und das Gebiet in staatliche Institutionen einbindet. Siedlungen erweitern die zivile Präsenz Israels und gestalten das Gebiet so um, dass die territoriale Kontinuität der Palästinenser unterbrochen und die künftige Gründung eines palästinensischen Staates behindert wird. Apartheid ist die Form des Regimes, die die Beziehungen zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern im gesamten von Israel kontrollierten Gebiet strukturiert.

Das Gutachten des IGH vom Juli 2024 untermauert die Schlussfolgerung, dass diese rechtlichen Rahmenbedingungen einander ergänzen und nicht miteinander konkurrieren. Der Gerichtshof prüfte Israels Kontrolle über das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, anhand des Besatzungsrechts, des Annexionsverbots, des Selbstbestimmungsrechts und des Verbots der Rassendiskriminierung. Er stellte fest, dass die israelische Gesetzgebung und Politik eine fast vollständige Trennung zwischen Siedlergemeinschaften und palästinensischen Gemeinschaften im Westjordanland und in Ostjerusalem erzwingen und aufrechterhalten und dass dies gegen Artikel 3 des ICERD verstößt, der Rassentrennung und Apartheid verbietet.

Im Falle Israels beschreibt „Apartheid“ die Form der Herrschaft; „Siedlerkolonialismus“ beschreibt deren politische Logik; und das „Eliminierungsprojekt“ beschreibt den Zweck und die Ausrichtung dieser Logik: die Ausweitung der israelischen Präsenz und Kontrolle bei gleichzeitiger Zerstörung der Voraussetzungen, die für die Aufrechterhaltung einer kollektiven territorialen und politischen Existenz der Palästinenser erforderlich sind.

Der Siedlerkolonialismus ist kein juristischer Fachbegriff im Völkerrecht und stellt für sich genommen keinen Straftatbestand nach dem internationalen Strafrecht dar. Dennoch sind viele der Mechanismen, mit denen er umgesetzt wird, nach dem Völkerrecht verboten. Das System der Nachkriegszeit wurde unter anderem durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und durch den Zusammenbruch der globalen kolonialen Ordnung geprägt. Diese Grundsätze fanden ihren Ausdruck in der Charta der Vereinten Nationen und im Entkolonialisierungsprozess, der sich in den 1970er Jahren beschleunigte, insbesondere in der Resolution 1514 der Generalversammlung von 1960, der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker. Die Resolution besagt, dass die Unterwerfung von Völkern unter fremde Herrschaft eine Verletzung der Menschenrechte darstellt und gegen die Charta der Vereinten Nationen verstößt, und fordert, den Kolonialismus in all seinen Formen rasch und bedingungslos zu beenden. Die Resolution 1514 spiegelt sowohl die Entwicklung des Selbstbestimmungsprinzips als auch die Entstehung einer antikolonialen internationalen Ordnung wider, zu der auch das Verbot der Apartheid gehörte. Innerhalb dieser Ordnung verbietet das Völkerrecht den Erwerb von Territorium durch Gewalt und die Annexion besetzter Gebiete. Das Besatzungsrecht verbietet zudem die Umsiedlung der Bevölkerung des Besatzers in besetzte Gebiete sowie die Deportation aus diesen Gebieten und die gewaltsame Umsiedlung innerhalb dieser Gebiete, während die Gesetze zur Apartheid die Institutionalisierung rassistischer Herrschaft verbieten. Jedes dieser Elemente kann als Mechanismus des Siedlerkolonialismus fungieren und ist nach dem Völkerrecht verboten.

Kapitel 05 Rechtliche Auswirkungen des „Eliminierungsprojekts“ im Westjordanland Abschnitt 4 von 5

Die fünf Handlungsbereiche des israelischen „Eliminierungs-projekts“ im Westjordanland als unmenschliche Handlungen im Rahmen der Apartheid

Das israelische Apartheidregime im Westjordanland wird durch beständige und gezielte Systeme aufrechterhalten, die das Leben der Palästinenser auf Kontrolle, Trennung und Unterdrückung ausrichten. Das „Eliminierungsprojekt“ entfaltet seine Wirkung über fünf zentrale Handlungs-bereiche: Gewalt und Einschüchterung, Bewegungsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulie-rung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme.

In den folgenden Abschnitten wird untersucht, inwiefern jeder Handlungsbereich den in der Apartheid-Konvention aufgeführten Kategorien unmenschlicher Handlungen entspricht und wie das darin enthaltene Verhalten zur Etablierung und Aufrechterhaltung des Regimes beiträgt. Die Straffreiheit der Täter, einschließlich der Tatsache, dass sie für ihre Handlungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wird nicht als eigenständiger Handlungsbereich behandelt. Vielmehr handelt es sich um ein strukturelles Merkmal des Regimes und einen Ausdruck der Unterscheidung zwischen den Gruppen: Diejenigen, die Palästinensern im Namen des Staates oder unter dessen Schutz Schaden zufügen, erhalten umfassende institutionelle Unterstützung, während Palästinenser ohne wirksamen Rechtsschutz bleiben. Straflosigkeit schafft zudem die Voraussetzungen dafür, dass die fünf Handlungsbereiche fortbestehen, sich verfestigen und zum routinemäßigen Betrieb des Regimes werden können.

Gewalt und Einschüchterung: Entzug des Lebens, der Freiheit und der persönlichen Sicherheit

Artikel II(a) der Apartheid-Konvention führt im Kontext eines Regimes systematischer Unterdrückung die „Verweigerung des Rechts auf Leben und persönliche Freiheit gegenüber einem oder mehreren Angehörigen einer oder mehrerer rassischer Gruppen“ auf. Die Bestimmung umfasst „Mord“, die Zufügung „schwerer körperlicher oder seelischer Schäden“, Verletzungen der „Freiheit oder Würde“, „Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung“ sowie „willkürliche Festnahmen und rechtswidrige Inhaftierungen“. Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe h des Römischen Statuts zählt ebenfalls Mord, Folter, Verfolgung, Inhaftierung und andere schwere Freiheitsentziehungen zu den unmenschlichen Handlungen, die für das Verbrechen der Apartheid relevant sind. Verfolgung bedeutet in diesem Zusammenhang die vorsätzliche und schwerwiegende Vorenthaltung von Grundrechten aufgrund der Identität der Gruppe.

Die Rechtswissenschaftler John Dugard und John Reynolds weisen darauf hin, dass das südafrikanische Apartheid-Recht eine unbefristete Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren zu Verhörzwecken zuließ – ein System, das zu weit verbreiteter Folter und ungeklärten Todesfällen führte. Auch die Verwaltungshaft war rechtlich vorgesehen, wurde jedoch nicht in großem Umfang angewendet. Notstandsbefugnisse wurden 1960 und erneut von 1985 bis 1990 geltend gemacht. Befreit von gerichtlicher Kontrolle und politischer Rechenschaftspflicht beging die Sicherheitspolizei Morde und Folter und war für das Verschwinden politischer Aktivisten verantwortlich. Was Südafrika jedoch weitgehend fehlte, war eine offene, autorisierte Politik geplanter Tötungen, vergleichbar mit Israels Politik gegenüber Palästinensern, die es als Ziele ausmacht – in Israel bekannt als „Eliminierungen“ oder „gezielte Tötungen“. Die Sicherheitskräfte der südafrikanischen Apartheid töteten zwar manchmal willkürlich und heimlich Dissidenten, zogen es jedoch im Allgemeinen vor, sie strafrechtlich zu verfolgen, unter anderem weil Hochverrat und Terrorismus Kapitalverbrechen waren.

Betrachtet im Rahmen der Apartheid erfüllen Gewalt und Einschüchterung im Westjordanland zwei Funktionen zugleich: Sie berauben die Palästinenser ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihrer persönlichen Sicherheit und dienen gleichzeitig als ständige Instrumente zur Aufrechterhaltung von Herrschaft, Unterdrückung und politischer Repression. Die Gewalt ist keine Ansammlung außergewöhnlicher oder isolierter Vorfälle. Sie ist Teil eines organisierten Kontrollsystems, durch das Israel seinen Zugriff auf das Gebiet durchsetzt, die Siedlungspolitik und Annexion vorantreibt und den palästinensischen Widerstand unterdrückt. Zu den Mitteln gehören der Einsatz von Schusswaffen und anderer tödlicher Gewalt, militärische Razzien, Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und Misshandlung, die Zerstörung von Häusern und Infrastruktur, kollektive Bestrafung sowie unter staatlichem Schutz ausgeübte Gewalt durch Siedler. Israel bewaffnet und mobilisiert zudem Zivilisten, wobei das Militär sie unterstützt oder die Strafverfolgungsbehörden nicht eingreifen.

Körperliche Gewalt und Tötungen sind weder nach der Apartheid-Konvention noch nach dem Römischen Statut Voraussetzungen für einen Akt der Apartheid. Im Westjordanland gehören sie jedoch zu den schwerwiegendsten Verletzungen der Grundrechte und zu den wichtigsten Mitteln, mit denen politische Unterdrückung aufrechterhalten wird. Die durch solche Handlungen ausgelöste Einschüchterung schränkt den Handlungsspielraum des Einzelnen und der palästinensischen Gesellschaft insgesamt ein, wodurch Gewalt zu einem besonders wirksamen Mittel zur Erhaltung des Regimes wird.

Seit Oktober 2023 hat die Gewalt im Westjordanland an Ausmaß, Intensität und Muster zugenommen. Die Unterscheidung zwischen Soldaten, bewaffneten Zivilisten und Sicherheitstrupps der Siedlungen ist zunehmend verschwommen. Aus der Perspektive der unter Bedrohung lebenden

Palästinenser bilden sie einen einzigen Gewaltapparat, der mit staatlicher und militärischer Rückendeckung operiert und der Ausweitung der israelischen Kontrolle sowie der Einschränkung des palästinensischen Lebensraums dient. Die Auswirkungen reichen weit über Tötungen, Verletzungen und Verhaftungen hinaus. Gewalt schafft sich ausweitende Kreise ständiger Unsicherheit: Soldaten können ein Haus stürmen; Siedler können Weideland betreten; eine Person kann verhaftet oder geschlagen werden; ein Haus oder eine Zufahrtsstraße kann zerstört werden; eine lebenswichtige Wasserleitung kann außer Betrieb gesetzt werden; oder der Zugang zu medizinischer Versorgung, Arbeit oder Schule kann blockiert werden. Unter solchen Bedingungen wird jede alltägliche Handlung zu einer Risikokalkulation, und Einschüchterung ist fest im Alltag unter israelischer Kontrolle verankert.

Sowohl nach der Apartheid-Konvention als auch nach dem Römischen Statut fällt Gewalt dieser Art unter die unmenschlichen Handlungen, durch die ein Regime der Herrschaft und Unterdrückung aufrechterhalten wird. Zusammengenommen zeigen diese Handlungen, dass Gewalt ein grundlegender Bestandteil des Ausgrenzungsmechanismus ist und keine Abweichung davon darstellt.

Bewegungsbeschränkungen: Zersplitterung, Trennung und Ausgrenzung

Artikel II(c) der Apartheid-Konvention zählt zu den unmenschlichen Handlungen „gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassische Gruppen an der Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu hindern“, sowie die „vorsätzliche Schaffung von Bedingungen, die die volle Entfaltung“ der Gruppe verhindern. Die Bestimmung bezieht sich ausdrücklich auf das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht, das eigene Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, die Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit, die Meinungsfreiheit sowie die Vereinigungsfreiheit. Artikel II(d) befasst sich gesondert mit Maßnahmen, die darauf abzielen, eine Bevölkerung entlang von Gruppengrenzen zu spalten, einschließlich der Schaffung getrennter geografischer Gebiete und Enklaven sowie der Enteignung von Land.

Der Rechtswissenschaftler Miles Jackson betont, dass rassische Herrschaft manchmal ein Selbstzweck sein mag, ein Apartheidregime jedoch auch ein Ziel verfolgen kann, das das Völkerrecht als legitim anerkennt, wie beispielsweise nationale Sicherheit, öffentliche Ordnung oder staatliche Stabilität. Ein legitimes Ziel kann keine Maßnahmen rechtfertigen, die in keinem wirklichen Zusammenhang damit stehen; der Einsatz solcher Maßnahmen gegen die unterdrückte Gruppe ist ein starkes Indiz dafür, dass der Staat rassistische Herrschaft anstrebt. Selbst Maßnahmen, die tatsächlich mit der Sicherheit in Zusammenhang stehen, können dennoch Teil der Apartheid sein, wenn der Staat ein System rassistischer Herrschaft als Mittel zur Sicherung der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit wählt.

Jackson merkt ferner an, dass eine häufig geäußerte Kritik am internationalen Strafrecht und an der Übergangsjustiz darin besteht, dass ihr Fokus auf sichtbare, individualisierte Gewalt – wie Tötung, Folter und Körperverletzung –, die in isolierten Gräueltaten mit identifizierbaren Tätern und Opfern begangen wird, es erschwert, „langsame“ oder strukturelle Gewalt zu erkennen. Zu dieser Art von Gewalt gehören durch Politik verursachte Armut, institutionalisierte Ungleichheit, kumulative Benachteiligung im Bildungsbereich, ungleiche Verteilung von Land und Ressourcen, Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und vieles mehr. Das Verbot der Apartheid sei eine wichtige Ausnahme, argumentiert Jackson, da es einem System des Leids, das nicht unbedingt mit Tötung oder Körperverletzung einhergehen muss, besondere normative Schwere beimesse. In diesem Sinne liege der Kern des Verbots nicht in individueller körperlicher Gewalt, sondern in Maßnahmen, die eine Gruppe daran hindern, am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen, und ihre volle Entfaltung behindern.

Dugard und Reynolds untersuchen die anhaltende Verweigerung der Teilhabe der Palästinenser am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, wie sie unter anderem in Berichten von B'Tselem dokumentiert ist, und argumentieren, dass das Ausmaß und die Beständigkeit dieser Verstöße eher auf ein Kontrollsystem als auf eine Reihe isolierter Vorfälle hindeuten – ein System, das die Palästinenser in den besetzten Gebieten unterwirft und Widerstand unterdrückt. Das Geflecht aus vagen, unzugänglichen Militärbefehlen und bürokratischen Beschränkungen, das nicht unbedingt schriftlich, sondern in der Art und Weise rassistisch geprägt ist, wie es vor Ort durch Straßensperren und Soldaten umgesetzt wird, macht Israels Diskriminierung weniger offensichtlich als die in Südafrika, wo explizite Rassengesetze die diskriminierende Absicht des Regimes in gewisser Weise offener zum Ausdruck brachten. Der Kontrast wird besonders deutlich in der „Straßen-Apartheid" im Westjordanland, für die es in Südafrika kein Äquivalent gibt. Israel hat getrennte und ungleiche Straßennetze für Siedler und Palästinenser geschaffen, ohne klare rechtliche Grundlage oder die offiziellen Schilder, die in Südafrika Parks, Busse, Strände und andere öffentliche Einrichtungen als den Weißen vorbehalten kennzeichneten. Bewegungsbeschränkungen im Westjordanland wirken in zwei Richtungen. Sie hindern Palästinenser daran, sich frei in dem Gebiet zu bewegen, in dem sie leben, und schränken den Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Familie, Land, öffentlichen Einrichtungen sowie zum politischen und gesellschaftlichen Leben ein. Gleichzeitig zerschneiden sie den palästinensischen Raum in voneinander getrennte Enklaven, behindern die zukünftige Entwicklung und machen die Bewegungsfreiheit von willkürlichen Entscheidungen des Militärs, der Zivilverwaltung, der Polizei, der Siedler und des Genehmigungssystems abhängig.

Das Kapitel über Bewegungsbeschränkungen beschreibt detailliert die Praktiken, durch die dieses System im Westjordanland funktioniert. Ihre rechtliche Bedeutung liegt in ihrer kombinierten Wirkung als dauerhafter Mechanismus der Trennung, Kontrolle, Zersplitterung und blockierten Entwicklung. Der Schaden reicht weit über Straßenblockaden hinaus. Die Verweigerung des Zugangs zu Ackerland untergräbt die Lebensgrundlagen, die Ernährungssicherheit, die Bindung an das Land, die Rechtsansprüche auf das Land sowie das Gemeinschaftsleben. Die Sperrung des Weges zu einer Universität oder einem Krankenhaus beeinträchtigt das Recht auf Bildung und Gesundheit und kann zudem das Recht auf Leben gefährden. Die Abtrennung von Gemeinschaften voneinander schwächt ihre Fähigkeit, ein gemeinsames politisches, soziales und kulturelles Leben aufrechtzuerhalten. Zusammen schaffen diese Beschränkungen Lebensbedingungen, die den Fokus auf das Überleben lenken und die individuelle oder kollektive Entwicklung behindern.

Das israelische Regime schränkt die Bewegungsfreiheit im Westjordanland nicht gleichmäßig ein. Israelische Siedler, die in Siedlungen leben, profitieren von Straßen, Infrastruktur und staatlichem Schutz, die sie mit Israel und dem größeren Siedlungsnetzwerk verbinden. Viele dieser Straßen und Infrastrukturprojekte wurden auf Kosten der territorialen Kontinuität der Palästinenser, auf enteignetem palästinensischem Land und unter Verletzung des Besatzungsrechts sowie der internationalen Menschenrechte errichtet. Die Palästinenser hingegen sehen sich mit einem willkürlichen Netz aus Kontrollpunkten, Straßensperren, Genehmigungen, Verzögerungen und Kontrollen konfrontiert und sind zudem Gewalt und ständiger Unsicherheit ausgesetzt. Dasselbe System, das jüdischen Israelis Kontinuität und Zugang sichert, führt bei den Palästinensern zu Zersplitterung, Abhängigkeit und Verletzlichkeit.

Im Rahmen der Apartheid gehören Bewegungsbeschränkungen im Westjordanland zu den unmenschlichen Handlungen, durch die ein Regime der Herrschaft und Unterdrückung aufrechterhalten wird. Sie beeinträchtigen unmittelbar die Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit sowie andere Rechte, die durch die Konvention ausdrücklich geschützt sind, und sie schränken die Fähigkeit der Palästinenser ein, am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

Wirtschaftliche Strangulierung: Verweigerung von Lebensgrundlagen, Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit

Artikel II(c) der Apartheid-Konvention zählt zu den unmenschlichen Handlungen „gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassische Gruppen an der Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu hindern“, sowie die „absichtliche Schaffung von Bedingungen, die die volle Entfaltung“ der Gruppe verhindern. Zu den in dieser Bestimmung genannten Rechten gehören das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung sowie die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit. Die wirtschaftliche Strangulierung im Westjordanland fällt unter diesen rechtlichen Rahmen, da sie Palästinenser vom Wirtschaftsleben ausschließt, die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft behindert und die materiellen Voraussetzungen untergräbt, die für die Aufrechterhaltung des kollektiven Lebens erforderlich sind.

Jackson betont die Tragweite von Artikel II(c). Die Bestimmung beschränkt sich nicht auf physische Gewalt, Inhaftierung oder Tötung; sie kann jede Maßnahme umfassen, die Mitglieder einer Gruppe daran hindert, uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, oder die die volle Entwicklung der Gruppe verhindert. Sofern das Verhalten gegen das Völkerrecht verstößt und der erforderliche spezifische Zweck nachgewiesen ist, könnten Beispiele hierfür die systematische Unterfinanzierung der Schulen der Gruppe oder die Verweigerung des gleichberechtigten Zugangs zu öffentlichen Ressourcen und Institutionen sein.

Dugard und Reynolds weisen darauf hin, dass das südafrikanische Apartheidregime aktiv in die materiellen Bedingungen in den Bantustans investierte und erhebliche Mittel für Infrastruktur, Straßen, Schulen sowie die Gründung und Subventionierung von Universitäten und Krankenhäusern aufwendete. Dennoch konnten Behauptungen, dass die Apartheid – oder die „getrennte Entwicklung“, wie sie nach 1960 genannt wurde – Selbstbestimmung widerspiegele, den diskriminierenden und unterdrückerischen Charakter des Regimes nicht verschleiern; sie liefen auf eine apologetische Rhetorik über Selbstbestimmung und die „Entkolonialisierung der Bantustans“ hinaus.

Im Gegensatz zu Südafrika stellen Dugard und Reynolds fest, dass der institutionalisierte und systematische Charakter der israelischen Herrschaft besonders deutlich darin zum Ausdruck kommt, dass Israel es versäumt, für das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung zu sorgen oder Krankenhäuser, Schulen und Universitäten für die geschützten Personen aufzubauen und zu unterhalten, obwohl es gemäß der Vierten Genfer Konvention eine strittige Verpflichtung dazu hätte. Stattdessen hat Israel das Wohlergehen der besetzten Bevölkerung weitgehend internationalen Gebern überlassen, wodurch eine Abhängigkeit von internationaler Hilfe geschaffen wurde, während die für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung erforderlichen Ressourcen vorenthalten wurden. In Verbindung mit der systematischen, unterdrückerischen und diskriminierenden Begehung unmenschlicher Handlungen ist dieses Versäumnis ein weiterer Beweis für die Absicht, die israelische Vorherrschaft über die Palästinenser aufrechtzuerhalten.

Die wirtschaftliche Strangulierung lässt sich nicht allein durch sinkende Einkommen, Arbeitslosigkeit oder Armut angemessen beschreiben. Ihre Auswirkungen erstrecken sich auf die Lebensbedingungen, die Palästinenser benötigen, um zu leben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, Familien und Institutionen zu versorgen, Dienstleistungen zu erbringen, Land zu bewirtschaften, zu studieren, medizinische Versorgung zu erhalten und für die Zukunft zu planen. Wenn einer bestimmten Gruppe im Rahmen eines Regimes der Herrschaft und Unterdrückung systematisch Schaden dieser Art zugefügt wird, wird dies zu einer der unmenschlichen Handlungen, durch die das Apartheidregime aufrechterhalten wird.

Die wirtschaftliche Strangulierung im Westjordanland beruht auf Abhängigkeiten, die über Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurden. Seit 1967 kontrolliert Israel die wichtigsten Faktoren, die die palästinensische Wirtschaft prägen: Land, Wasser und natürliche Ressourcen; Raumplanung; Bewegungsfreiheit; Grenzübergänge; Importe und Exporte; Beschäftigung in Israel und den Siedlungen; das Genehmigungssystem; Infrastruktur; sowie den Zugang zu höherer Bildung und beruflicher Ausbildung. Die Kontrolle erstreckt sich auch auf das Finanzsystem und die Steuereinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde durch Vereinbarungen, die Israel die Macht über diese Mittel einräumen. Die daraus resultierende Abhängigkeit ist kein isoliertes wirtschaftliches Versagen; es handelt sich um eine bewusst geschaffene strukturelle Abhängigkeit, die als Kontrollmechanismus dient. Seit Oktober 2023 setzt Israel diese wirtschaftlichen Hebel mit außergewöhnlicher Intensität ein und verwandelt die strukturelle Abhängigkeit in eine umfassende wirtschaftliche Strangulierung, was unter anderem die Fähigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde untergräbt, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist kein unabhängiger Souverän, sondern ein in seinen Befugnissen eingeschränkter Organ, das unter weitreichender israelischer Kontrolle agiert. Wenn Israel seine Macht über die Einnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde, das Bankensystem, den Personenverkehr und die Grenzübergänge einsetzt, um der palästinensischen Wirtschaft zu schaden und die Fähigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beeinträchtigen, Gehälter zu zahlen, öffentliche Dienste zu betreiben, Schulen, Universitäten, Berufsbildungsprogramme und andere Einrichtungen aufrechtzuerhalten sowie Grundbedürfnisse zu decken, sind die Auswirkungen nicht nur haushaltspolitischer oder institutioneller Natur. Sie greifen direkt in das tägliche Leben der Palästinenser und in die Fähigkeit ihrer Gesellschaft ein, öffentliche Systeme aufrechtzuerhalten.

Im Rahmen des Apartheidverbots stellt die wirtschaftliche Strangulierung im Westjordanland daher eine der unmenschlichen Handlungen dar, durch die Herrschaft und Unterdrückung aufrechterhalten werden. Sie schränkt die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben ein und beeinträchtigt die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft als Gruppe.

Soziale und politische Zerstörung: Verweigerung des kollektiven Lebens, der Teilhabe und des Widerstands

Artikel II(c) der Apartheid-Konvention zählt zu den unmenschlichen Handlungen „gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassische Gruppen an der Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu hindern“, sowie die „vorsätzliche Schaffung von Bedingungen, die die volle Entfaltung“ der Gruppe verhindern. Die Bestimmung bezieht sich unter anderem ausdrücklich auf das Recht auf Bildung, Meinungs- und Ausdrucksfreiheit sowie auf die Freiheit der friedlichen Versammlung und Vereinigung. Artikel II(f) behandelt gesondert die „Verfolgung von Organisationen und Personen durch den Entzug grundlegender Rechte und Freiheiten, weil sie sich der Apartheid widersetzen“.

Die soziale und politische Zerstörung im Westjordanland fällt direkt in diesen Rahmen. Israel schränkt die Mittel ein, kriminalisiert sie und zerstört sie, durch die Palästinenser als Gesellschaft funktionieren können: sich organisieren, protestieren, dokumentieren, lernen und lehren, veröffentlichen, Erinnerung bewahren, Institutionen aufrechterhalten, eine kollektive Identität zum Ausdruck bringen und politische Forderungen artikulieren. Der Schaden geht über Einschränkungen von Parteien, politischen Bewegungen oder Demonstrationen hinaus. Er betrifft die Infrastruktur, die es der palästinensischen Gesellschaft ermöglicht, als Kollektiv mit Institutionen, Wissen, Kultur, einer historischen Erzählung, Vertretung und einem politischen Horizont zu existieren.

Seit 1967 unterhält Israel im Westjordanland einen umfangreichen Rechts- und Sicherheitsapparat, der es ihm ermöglicht, viele Formen palästinensischer politischer Organisation und Aktion

unter Strafe zu stellen. Notstandsverordnungen, Militärverordnungen, die Militärverordnung 101, die die palästinensische Meinungs- und Demonstrationsfreiheit im Westjordanland stark einschränkt, die Erklärung von Vereinigungen als rechtswidrig, Festnahmen und Inhaftierungen schränken allesamt die Möglichkeiten ein, über die Palästinenser sich organisieren, protestieren, sich vertreten, ihre Rechte verteidigen oder kollektive politische Forderungen artikulieren können. Dieselben Mechanismen richten sich gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger, Gewerkschaften, kommunale Initiativen, Journalisten, Bildungseinrichtungen und kulturelle Räume sowie gegen Aktivitäten im Zusammenhang mit Erinnerung, Kulturerbe, Religion und Flüchtlingsstatus. Dies sind einige der Mittel, mit denen sich die Palästinenser als Gesellschaft und Volk organisieren und definieren, Wissen zwischen den Generationen weitergeben, Missstände dokumentieren und gemeinsames politisches Handeln koordinieren. Angriffe auf diese Mittel schwächen ihre Fähigkeit, sich gegen die israelische Kontrolle zu wehren, deren Übergriffe aufzudecken, soziale und politische Aktivitäten zu schaffen und aufrecht-zu-erhalten sowie auf eine gemeinsame Zukunft hinzuarbeiten.

Die rechtliche Bedeutung dieser Praktiken erschöpft sich nicht darin, jede einzelne als separaten Verstoß gegen die Meinungs-, Vereinigungs-, Privatsphäre-, Bildungs- oder Kulturfreiheit zu behandeln. Zusammen schaffen sie ein Regime, in dem Palästinenser von der politischen Macht, die ihr Leben prägt, ausgeschlossen sind, während ihre Fähigkeit, sich zu organisieren, sich gegen Unterdrückung zu wehren und Rechte einzufordern, selbst eingeschränkt wird.

Im Rahmen des Apartheidverbots laufen diese Praktiken darauf hinaus, die Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben zu verhindern und Bedingungen zu schaffen, die die volle Entfaltung der Gruppe behindern. Wenn sie sich gegen palästinensische Organisationen, Aktivisten, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger oder Institutionen richten, weil diese Akteure sich dem Kontrollregime widersetzen, dessen Missbräuche dokumentieren oder sich für die Verwirklichung kollektiver Rechte einsetzen, können sie auch unter Artikel II(f) der Apartheid-Konvention fallen, der sich mit der Verfolgung von Gegnern der Apartheid befasst. Im Gegensatz zu den anderen Kategorien in Artikel II setzt Artikel II(f) nicht voraus, dass die verfolgte Person der Gruppe angehört, die der Herrschaft und Unterdrückung ausgesetzt ist; er kann auf jede Person oder Organisation Anwendung finden, die wegen ihres Widerstands gegen das Apartheidregime verfolgt wird.

Ethnische Säuberung und territoriale Übernahme: Land, Siedlungen, Annexion und Zwangsumsiedlung

Artikel II(d) der Apartheid-Konvention befasst sich mit Maßnahmen, die darauf abzielen, „die Bevölkerung nach rassischen Gesichtspunkten zu spalten“, und zwar durch die Schaffung „getrennter Reservate und Ghettos“ sowie durch die „Enteignung von Grundbesitz, der einer oder mehreren rassischen Gruppen oder deren Mitgliedern gehört“. Im Westjordanland folgen die Übernahme von Land, die Verweigerung des Zugangs für Palästinenser und die Verhinderung seiner Nutzung für Entwicklungszwecke derselben Logik: ein zusammenhängender, sich entwickelnder, geschützter Raum für jüdische Israelis und ein fragmentierter, eingeschränkter, verwundbarer und abhängiger Raum für Palästinenser.

Die Kontrolle über Land und Raum betrifft weit mehr als nur private oder öffentliche Eigentumsrechte. Sie untergräbt die Voraussetzungen, die Palästinenser benötigen, um als Gemeinschaften und als Kollektiv mit territorialer Kontinuität, einer lokalen Wirtschaft, Institutionen, Familienleben, Bindungen an das Land und der Aussicht auf eine politische Zukunft zu leben. Die rechtliche Bedeutung der räumlichen Kontrolle muss daher nicht nur Parzelle für Parzelle bewertet werden, sondern auch anhand der kumulativen Wirkung von Mechanismen, die eine Art von Raum für jüdische Israelis und eine andere für Palästinenser schaffen. Seit Jahrzehnten nutzt Israel

rechtliche, militärische, planerische und bürokratische Instrumente, um Land zu übernehmen und Palästinenser daran zu hindern, es zu nutzen oder zu erschließen. Dasselbe System fördert Bauvorhaben, Infrastruktur, Entwicklung und räumliche Kontinuität für jüdische Israelis, während es Palästinenser daran hindert, zu bauen, sich an die Infrastruktur anzuschließen, ihre Gemeinden zu erweitern, Land zu bewirtschaften und die Kontinuität zwischen den Ortschaften aufrechtzuerhalten.

Siedlungen, Außenposten und landwirtschaftliche Betriebe gehören zu den wichtigsten Mechanismen zur Neuordnung des Territoriums. Der Staat weist ihnen Land, Wasser und Finanzmittel zu, baut Infrastruktur und Straßen für ihre Bewohner, legt Zuständigkeitsbereiche fest, unterhält eine militärische Präsenz und stellt Instrumente zur Kontrolle und Durchsetzung bereit. In den letzten Jahren wurden Außenposten und landwirtschaftliche Außenposten zunehmend dazu genutzt, die Kontrolle über große Gebiete zu erlangen und palästinensische Gemeinschaften zu verdrängen, wobei staatliche Behörden Finanzmittel, Schutz, Waffen, Infrastrukturanschlüsse und rechtliche Rückendeckung bereitstellten. Die Annexion verfestigt diese Prozesse, indem sie das Gebiet, die Siedlungen und die Siedler immer tiefer in den Staat Israel integriert, während die Palästinenser im Westjordanland weiterhin einem separaten und repressiven Militärregime unterworfen bleiben.

Ein zentrales Merkmal der Landübernahme ist die Schaffung von Bedingungen, die bestimmte Gebiete von Palästinensern entvölkern oder deren Präsenz drastisch verringern. Zwangsmaßnahmen, die von staatlichen Behörden oder von unter staatlichem Schutz agierenden Siedlermilizen verhängt werden, vertreiben Gemeinschaften aus ihren Häusern oder hindern Palästinenser daran, Zugang zu Ackerland, Weideflächen und Lebensgrundlagen zu erhalten. Eine gewaltsame Umsiedlung erfordert keine direkte Vertreibung unter Anwendung physischer Gewalt. Sie kann auch dann erfolgen, wenn der Staat oder unter seinem Schutz agierende Akteure ein Zwangsumfeld schaffen, in dem ein Verbleiben unmöglich oder unzumutbar wird. Wenn ein solches Muster darauf abzielt, eine bestimmte ethnische oder nationale Gruppe aus einem Gebiet zu entfernen, wird dies gemeinhin als ethnische Säuberung bezeichnet. Das internationale Strafrecht definiert ethnische Säuberung nicht als eigenständigen Straftatbestand, doch können die zugrunde liegenden Handlungen je nach den Umständen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen darstellen, darunter Deportation, Zwangsumsiedlung, Verfolgung, Angriffe auf Zivilisten, Zerstörung von Eigentum und andere Verbrechen. Im Westjordanland ist dieses Muster sowohl Teil des Apartheid-Regimes als auch des „Eliminierungsprojekts“: die Verringerung der palästinensischen Präsenz, die Ausweitung der jüdisch-israelischen Präsenz, die Zerschlagung der Kontinuität des palästinensischen Lebens durch die Verdrängung der Palästinenser in Enklaven sowie die Schaffung von Lebensbedingungen in dem Gebiet, die von Abhängigkeit, Unsicherheit und Zukunftslosigkeit geprägt sind.

Im Rahmen des Apartheidverbots steht die Aneignung von Raum in direktem Zusammenhang mit dem Verbot der Schaffung getrennter Gebiete und Enklaven, der Einführung territorialer Segregation sowie der Enteignung von Land, das einer Gruppe oder ihren Mitgliedern gehört.

Weitere rechtliche Auswirkungen

Jeder der fünf oben beschriebenen Handlungsbereiche umfasst Verhaltensweisen, die unter die in der Apartheid-Konvention aufgeführten Kategorien unmenschlicher Handlungen fallen, und deren rechtliche Bedeutung muss als Teil eines institutionalisierten Regimes systematischer Herrschaft und Unterdrückung bewertet werden. Dasselbe Verhalten kann auch eigenständige rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Je nach Sachverhalt und geltender rechtlicher Schwelle kann es gegen das Besatzungsrecht oder die internationalen Menschenrechtsnormen verstoßen und zudem Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Zu den relevanten

Straftaten können rechtswidrige Tötung, Folter, rechtswidrige Inhaftierung, Kollektivstrafen, Verfolgung, Deportation, Zwangsumsiedlung und die Zerstörung von Eigentum gehören. Eine schwerwiegende und vorsätzliche Entziehung von Rechten, wenn sie systematisch gegen Palästinenser aufgrund ihrer Gruppenidentität gerichtet ist, kann ebenfalls Teil der Verfolgung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein. Die kumulative Bedeutung dieser Handlungen macht deutlich, dass sie nicht nur als einzelne Verstöße verstanden werden können, sondern vielmehr als integrierte Handlungssysteme, durch die das Apartheid-Regime aufrechterhalten und das „Eliminierungsprojekt“ vorangetrieben wird.

Kapitel 05 Rechtliche Auswirkungen des „Eliminierungsprojekts“ im Westjordanland Abschnitt 5 von 5

Straflosigkeit und fehlende Rechenschaftspflicht als Mechanismus zur Aufrechterhaltung des Regimes

Straflosigkeit als Mechanismus des Regimes

Die Apartheid-Konvention verbietet nicht nur die unmenschlichen Handlungen, die das Verbrechen der Apartheid ausmachen. Indem sie Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert, verpflichtet sie die Vertragsstaaten zudem, Maßnahmen zu ergreifen, um sie zu unterbinden und zu verhindern sowie die Verantwortlichen zu bestrafen. Die Pflichten eines Staates gehen daher über den bloßen Verzicht auf unmenschliche Handlungen hinaus: Er muss versuchen, diese zu verhindern und zu untersuchen, die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen und Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung zu verhindern.

„Straflosigkeit“ wird hier verwendet, um ein anhaltendes, systematisches Fehlen von Rechenschaftspflicht in Verbindung mit institutionellem Schutz für Täter zu beschreiben, darunter Soldaten, Polizeibeamte, Gefängniswärter, Mitarbeiter des Shin Bet und Zivilisten. Eine formelle rechtliche Immunität ist dabei nicht erforderlich. Im Westjordanland ist der Schutz, den Israel Soldaten, Polizeibeamten und Siedlern vor Ermittlungen, Strafverfolgung, Suspendierung oder Entlassung gewährt, nachdem sie Palästinensern Schaden zugefügt haben, selbst Teil des systematischen Charakters des Kontrollmechanismus. Er ermöglicht die Fortsetzung von Gewalt, Enteignung, Zwangsumsiedlung, Bewegungsbeschränkungen und politischer Unterdrückung und vermittelt den Palästinensern gleichzeitig, dass die Aussicht auf eine wirksame Untersuchung, Bestrafung oder Wiedergutmachung in der Praxis vernachlässigbar bis nicht existent ist.

Straflosigkeit beschränkt sich nicht auf die Bestrafung im Nachhinein. Sie schafft Bedingungen, unter denen Täter davon ausgehen können, dass das System hinter ihnen steht, indem es ihre Handlungen legitimiert, sie als rechtmäßige Sicherheitsmaßnahme darstellt, Ermittlungen verzögert oder den Fall zu den Akten legt. In diesem Sinne ist Straflosigkeit eine der Voraussetzungen, die die Begehung unmenschlicher Handlungen innerhalb des Apartheidregimes ermöglichen und aufrechterhalten.

Ein Anschein von Rechtmäßigkeit, Nichtdurchsetzung und Vertuschung

Ein Teil dieser Straflosigkeit ist in den üblichen Vorgehensweisen des Staates verankert. Maßnahmen des Militärs, der Polizei, des Shin Bet, der Zivilverwaltung und anderer Behörden werden von vornherein als sicherheitsrelevante, administrative oder rechtmäßige Maßnahmen dargestellt. Militärbefehle, Rechtsgutachten, interne Verfahren, die Verwendung von Begriffen wie „Verhältnismäßigkeit“ und eine begrenzte gerichtliche Überprüfung verleihen dem den Palästinensern zugefügten Leid einen Anschein von Rechtmäßigkeit. Gewalt, Verhaftungen,

Zerstörung, Bewegungsbeschränkungen, Landenteignung und Eingriffe in die politische Organisation können daher als legitime Reaktionen auf Sicherheitserfordernisse dargestellt werden, obwohl sie als zentrale Instrumente eines Regimes der Herrschaft, Trennung und Unterdrückung fungieren.

Dieser rechtliche Deckmantel ermöglicht es, dass die meisten Übergriffe als Selbstverständlichkeit begangen werden, ohne dass der Staat zur Rechenschaft gezogen wird. Wenn ein bestimmter Vorfall die Aufmerksamkeit der Medien oder öffentliche bzw. internationale Kritik auf sich zieht, kann der Staat ihn als rechtmäßig und gerechtfertigt darstellen. Ist dies nicht möglich, lässt sich der Vorfall als Fehler oder als vereinzelte Abweichung umdeuten, wobei die Reaktion auf eine Untersuchung, einen Verweis oder eine „Klärung der Verfahren“ beschränkt bleibt. Dadurch entsteht strukturelle Straflosigkeit: Handlungen, die vom System initiiert, genehmigt oder ermöglicht werden, werden nicht als Politik hinterfragt, und das Eingestehen von Verantwortung, sofern überhaupt, ist begrenzt und wird in der Regel einem untergeordneten Sündenbock zugeschrieben.

Die Straflosigkeit setzt sich im Nachhinein durch ein nahezu vollständiges Versagen der Strafverfolgung fort, auch in Fällen von Gewalt, die sogar die üblichen Rechtfertigungen des Regimes übersteigt. Zwischen 2016 und 2024 wurden 2.427 Beschwerden über Schäden, die Soldaten an Palästinensern oder deren Eigentum verursacht hatten, vor die militärische Strafverfolgungsbehörde gebracht. Nur in 552 Fällen, also 22,7 % aller Beschwerden, wurden Ermittlungen eingeleitet; Anklagen wurden nur in 23 Fällen, also 0,9 %, erhoben. Wenn Soldaten Palästinenser töten, ist die Wahrscheinlichkeit einer Anklage noch geringer.

Das gleiche Muster zeigt sich in Fällen von Gewalt durch Israelis gegen Palästinenser. Laut Daten von Yesh Din für den Zeitraum 2005–2025 wurden 93,6 % der polizeilichen Ermittlungsakten zu ideologisch motivierten Straftaten von Israelis gegen Palästinenser ohne Anklage eingestellt, und nur 3 % endeten mit einer vollständigen oder teilweisen Verurteilung. Aufrufe von Palästinensern oder Aktivisten nach polizeilicher oder militärischer Hilfe führen häufig nicht zum Schutz der Opfer. In einigen Fällen schützen die Einsatzkräfte die Angreifer, gehen gegen die geschädigten Palästinenser vor oder beteiligen sich selbst an der Gewalt.

Hindernisse bei der Einreichung von Beschwerden sind selbst Teil des Systems. Palästinenser wissen, dass die Chancen auf eine wirksame Untersuchung und Rechenschaftspflicht verschwindend gering sind, und vergangene Erfahrungen geben ihnen möglicherweise Grund zu der Befürchtung, dass eine Beschwerde weitere Schikanen, Schaden für Angehörige oder den Verlust von Genehmigungen nach sich ziehen wird. Wenn die Institution, bei der die Beschwerde eingereicht wird, Teil desselben Regimes ist, das das tägliche Leben des Beschwerdeführers kontrolliert, kann es sowohl gefährlich als auch sinnlos sein, ihren Schutz in Anspruch zu nehmen.

Jahrzehntelang forderte B’Tselem das militärische Strafverfolgungssystem auf, gegen Soldaten zu ermitteln, die Palästinensern Schaden zugefügt hatten. Im Mai 2016 stellte die Organisation die Einreichung von Beschwerden ein, nachdem sie zu dem Schluss gekommen war, dass das System nicht als wirksamer Mechanismus zum Schutz der Palästinenser oder zur Rechenschaftspflicht der Täter fungierte. Stattdessen fungierte es als Vertuschungsmechanismus, der den Anschein eines unabhängigen und wirksamen Ermittlungssystems erweckte.

Seit Oktober 2023: Offene Straflosigkeit und die Normalisierung von Gewalt

Seit Oktober 2023 ist die Straflosigkeit zunehmend offen und unverhohlen. Gewalt, die früher geleugnet oder verschleiert wurde, wird nun oft vor Kameras ausgeübt, von den Tätern selbst dokumentiert, in sozialen Medien verbreitet und als Erfolg präsentiert. Selbst eindeutige Belege und

bekannte Identitäten führen selten zu einer wirksamen Untersuchung oder Rechenschaftspflicht. Dieser Wandel zeigt, dass Gewalt nicht mehr als etwas behandelt wird, das verschleiert werden muss, sondern zu einem sichtbaren und normalisierten Merkmal des Regimes geworden ist.

Dieser Wandel zeigt sich in den Angriffen und Berichten über Angriffe, die mittlerweile routinemäßig auf Social-Media-Kanälen veröffentlicht werden, die mit Siedlern und rechten Aktivisten in Verbindung stehen. Ein Ende Oktober 2025 auf dem Telegram-Kanal „Hilltop Youth“ unter der Überschrift „Zusammenfassung des Kampfes gegen den arabischen Feind im Heiligen Land im Monat Tischri“ veröffentlichter Beitrag behauptete, dass in diesem Monat 55 palästinensische Dörfer in mehr als 90 Vorfällen angegriffen worden seien. Dem Beitrag zufolge wurden 33 Fahrzeuge und 12 Häuser in Brand gesetzt, 25 Palästinenser verletzt und Tausende von Olivenbäumen gefällt, zusätzlich zu weiteren Schäden. Die Taten wurden als Erfolge dargestellt, nicht als Straftaten, deren Aufdeckung Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Die öffentliche Dokumentation, Aufzählung und Feier der Angriffe verdeutlichen sowohl die Normalisierung von Gewalt als auch das Fehlen der Angst, dass deren Aufdeckung zu einer Bestrafung führen könnte. Auch der institutionelle Schutz für Siedler, die Palästinensern Schaden zufügen, ist deutlicher geworden. Im November 2023 wurde berichtet, dass ein Dokument des Leiters des Zentralkommandos, dem eine Einschätzung hochrangiger Shin-Bet-Beamter beigefügt war, davor warnte, dass die israelische Polizei aufgrund einer Anweisung des Ministers für nationale Sicherheit davon absehe, das Gesetz gegen rechtsextreme Aktivisten durchzusetzen. Die Polizei bestritt, eine solche Anweisung erhalten zu haben. Im November 2024 kündigte Verteidigungsminister Israel Katz an, dass Verwaltungshaftanordnungen nicht mehr gegen Siedler verhängt würden. Im Juli 2025 erklärte der Polizeichef des Bezirks Judäa und Samaria, Moshe Pinchi, dass „der Schutz der israelischen Siedlungen wichtiger ist als Recht und Ordnung“ und sagte, die Polizeipräsenz im Westjordanland sei „wegen der Siedlungen notwendig“. Der gleiche Trend zeigt sich auch bei anderen Sicherheitsbehörden. Im April 2026 berichteten Quellen aus Sicherheitskreisen, dass seit David Zinis Amtsantritt als Chef des Shin Bet die Ressourcen für die Abteilung, die sich mit jüdischer Gewalt und Terrorismus befasst, gekürzt worden seien und dass Zini die Bedeutung von Angriffen von Siedlern auf Palästinenser herunterspiele. Zusammengenommen zeigen diese Maßnahmen, Äußerungen und Muster, dass die schwache Durchsetzung nicht einfach als institutionelles Versagen erklärt werden kann. Der Staat bewaffnet Siedler und bindet sie in Sicherheitsstrukturen ein, unterlässt es, das Gesetz wirksam gegen sie durchzusetzen, baut Instrumente ab, die der Gewaltprävention und der Bestrafung von Tätern dienen sollen, und schwächt Kontrollmechanismen. Das Ergebnis ist ein Umfeld, in dem Gewalt gegen Palästinenser als tolerierbar und geschützt behandelt wird und sich mitunter in eine Politik einfügt, die darauf abzielt, die israelische Kontrolle auszuweiten und Palästinenser aus dem Gebiet zu verdrängen.

Straflosigkeit und mangelnde Rechenschaftspflicht sind daher integraler Bestandteil der von Israel geschaffenen Kontrollstruktur und ermöglichen und fördern faktisch die Begehung unmenschlicher Handlungen, wie sie in Artikel II der Apartheid-Konvention definiert sind. Wiederholte Übergriffe, die nicht untersucht und nicht bestraft werden, gepaart mit institutioneller, rechtlicher und politischer Unterstützung für die Täter, untermauern die Schlussfolgerung, dass dieses Verhalten Teil eines institutionalisierten Regimes systematischer Herrschaft und Unterdrückung ist und nicht nur eine Reihe von Ausnahmefällen oder isolierten Vorfällen darstellt.

Über das Verbot der Apartheid an sich hinaus verpflichtet das Völkerrecht die Staaten, schwerwiegende Verstöße gegen dieses Verbot zu verhindern, sie zu untersuchen, die Verant--wortlichen strafrechtlich zu verfolgen, den Opfern Rechtsbehelfe zu gewähren und sicherzustellen, dass sich die Verstöße nicht wiederholen. Das Versäumnis Israels, diesen Verpflichtungen angesichts der systematischen Schädigung der Palästinenser nachzukommen, ist kein isolierter Verstoß gegen die Rechtsdurchsetzung. Es bildet ein systematisches Muster, das die Übergriffe schützt und deren Fortsetzung als Teil des Apartheidregimes ermöglicht. Die Beständigkeit dieser

Politik hält die Opfer zudem davon ab, Beschwerden einzureichen, und entzieht der unterdrückten Gruppe weiteren wirksamen Rechtsschutz.

Im Westjordanland verbindet die Straflosigkeit die verschiedenen Bereiche der Auslöschung miteinander. Sie ermöglicht und fördert Gewalt, stützt Bewegungsbeschränkungen, erleichtert die wirtschaftliche Erdrückung, schwächt politische und soziale Organisation und legitimiert die Aneignung von Raum. Indem sie zulässt, dass diese Mechanismen über einen längeren Zeitraum ohne wirksame Rechenschaftspflicht wirken, trägt die Straflosigkeit dazu bei, sie zu routinemäßigen Merkmalen des israelischen Apartheidregimes zu machen.

Fazit: Die kumulative rechtliche Bedeutung des Auslöschungsprojekts im Westjordanland

Im gesamten Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan strukturiert ein israelisches Apartheidregime die Beziehungen zwischen israelischen Juden und Palästinensern durch ungleiche Zuteilung von Status, Rechten, Ressourcen und politischer Macht. Dieser Bericht konzentriert sich auf das Westjordanland und untersucht, wie dieses Regime dort funktioniert. Palästinenser im Westjordanland unterliegen der Militärherrschaft, während jüdische Israelis, die im selben Gebiet leben, dem regulären israelischen innerstaatlichen Recht unterliegen und volle bürgerliche und politische Rechte genießen. Das Regime wird zudem durch unmenschliche Handlungen aufrechterhalten, die zur Erhaltung systematischer Herrschaft und Unterdrückung begangen werden. Gewalt und Einschüchterung, Bewegungsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulierung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme sind die Hauptwirkungsbereiche, durch die die israelische Apartheid im Westjordanland operiert. Die weitgehende Straffreiheit für die Täter dieser Übergriffe ermöglicht es, dass diese Wirkungsbereiche fortbestehen und sich als prägende Merkmale des palästinensischen Lebens unter israelischer Herrschaft verfestigen.

Das Besatzungsrecht gilt weiterhin im Westjordanland, stellt jedoch weder eine Alternative zum Apartheid-Rahmen dar noch reicht es für sich allein aus, um das gesamte rechtliche Bild zu erfassen. Militärische Kontrolle ist das wichtigste Instrument, mit dem das Apartheid-Regime im Westjordanland operiert; Annexion und Siedlungen festigen die israelische Kontrolle und gestalten das Gebiet sowie dessen demografische Zusammensetzung neu; und Israels anhaltende Kontrolle verletzt das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Zusammen bilden diese Mechanismen Teil eines kolonialen Siedlungsprojekts, das darauf abzielt, eine dauerhafte israelische Präsenz in dem Gebiet auszuweiten und zu institutionalisieren, während die palästinensische Existenz aus demselben Raum verdrängt und beseitigt wird.

Der Begriff „Beseitigungsprojekt“ beschreibt die kumulative Bedeutung des Apartheidregimes in Verbindung mit Maßnahmen und Handlungen, die das Völkerrecht anerkennt und verbietet, darunter Annexion, Siedlungsbau, Zwangsumsiedlung, Verfolgung, systematische Gewalt und die Verweigerung grundlegender Rechte. Im Westjordanland erweitern diese Mechanismen die israelische Kontrolle und etablieren jüdische Vorherrschaft, während sie gleichzeitig die Voraussetzungen zunichtemachen, die Palästinenser benötigen, um als Kollektiv mit territorialer Kontinuität, Institutionen, sozialem Leben, einer wirtschaftlichen Basis und der Fähigkeit, auf eine politische Zukunft hinzuarbeiten, zu existieren. Dies ist die kumulative rechtliche Bedeutung des „Eliminierungsprojekts“ im Westjordanland.

Schlussfolgerung

Dieser Bericht wird zu einem Zeitpunkt fertiggestellt, zu dem Israel die für das Überleben der Palästinenser im Westjordanland notwendigen Lebensbedingungen rasch zunichtemacht. In den vergangenen fast drei Jahren haben sich die den Palästinensern im Westjordanland zugefügten Schäden verschärft und ausgeweitet; sie sind tiefgreifender, weitreichender und zunehmend offener geworden. Palästinenser werden getötet, ihre Häuser in Brand gesteckt, die Straßen, auf die sie angewiesen sind, blockiert, Familien gewaltsam angegriffen, Gemeinden ihres Landes enteignet, und Angst und Terror breiten sich weiter aus. Das Westjordanland ist einem umfassenden israelischen Angriff ausgesetzt, und es ist keine politische Kraft in Sicht, die sich für ein Ende der Eskalation einsetzt.

Der Bericht greift eine Frage auf, die sich aus der aktuellen Lage ergibt: Wie sollen wir die menschliche Katastrophe interpretieren und analysieren, die sich derzeit im Westjordanland abspielt? Dazu entschlüsselt er den Mechanismus der Unterdrückung, den Israel gegen die Palästinenser einsetzt, untersucht, wie dieser funktioniert, und analysiert die Logik der Auslöschung, die ihn leitet, sowie die politischen Ziele, denen er dient. Unsere Prämisse lautet, dass Menschenrechtsverletzungen nicht in einem Vakuum stattfinden. Um Menschen vor der Gewalt des Regimes zu schützen, das sie beherrscht, muss man nicht nur verstehen, wie die Mechanismen, die ihnen schaden, im Alltag funktionieren, sondern auch das System und die politische Logik, die sie hervorbringen.

Zu diesem Zweck vereint der Bericht zwei Perspektiven. Die erste untersucht fünf miteinander verknüpfte Bereiche, über die Israel gegen die Palästinenser im Westjordanland vorgeht: Gewalt und Einschüchterung, Bewegungsbeschränkungen, wirtschaftliche Strangulierung, soziale und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und territoriale Übernahme. Jeder dieser Bereiche fügt dem Leben der Menschen tiefgreifenden Schaden zu, doch ihre volle Tragweite wird erst deutlich, wenn sie gemeinsam betrachtet werden. Sie verstärken sich gegenseitig und zerstören die Voraussetzungen, die notwendig sind, damit Palästinenser als Individuen, als Gemeinschaften und als politisches und soziales Kollektiv existieren können.

Die zweite Perspektive verortet diesen Mechanismus innerhalb des umfassenderen Regimeprojekts, in dem er wirkt. Israels Vorgehen muss im Rahmen des Siedlerkolonialismus verstanden werden: eines politischen Projekts, das darauf abzielt, die dauerhafte Souveränität einer Siedlerbevölkerung in einem von einem indigenen Volk bewohnten Gebiet zu etablieren, indem dieses beiseitegeschoben, enteignet und seine kollektive Existenz zerschlagen wird. Im Falle Israels ist die Apartheid die Regimestruktur, die die jüdische Vorherrschaft und die israelische Kontrolle über die Palästinenser organisiert. Innerhalb dieser Struktur wirkt die Logik der Auslöschung, eine Ausrichtung darauf, die Fähigkeit der Palästinenser zu zerschlagen, als Volk mit einer Verbindung zum Land, zu Institutionen, politischer Macht, Erinnerung, Rechten und einem Anspruch auf eine Zukunft zu existieren.

Betrachtet man diese beiden Ebenen gemeinsam, offenbart sich die doppelte Bewegung des Auslöschungsprojekts im Westjordanland: Israel zerschlägt die palästinensische Existenz und reorganisiert gleichzeitig den Raum, um die israelische Kontrolle und Souveränität auszuweiten und zu institutionalisieren. Land und Ressourcen werden unter israelische Kontrolle überführt; Siedlungen, Außenposten und landwirtschaftliche Außenposten breiten sich aus; und die Systeme von Recht, Raumordnung, Infrastruktur und Finanzierung etablieren eine zusammenhängende, dauerhafte israelische Präsenz. Die beiden Prozesse sind miteinander verflochten: Die Zerschlagung der palästinensischen Existenz ermöglicht die Ausweitung der israelischen Präsenz und

Kontrolle, während diese Ausweitung die Vertreibung und Zersplitterung der Palästinenser verfestigt und vertieft. Die Auslöschung der palästinensischen Existenz ist daher untrennbar mit der Festigung einer auf jüdischer Vorherrschaft basierenden Regimestruktur verbunden.

Dieses Vorhaben ist nicht neu. Es stützt sich auf Mechanismen, die Israel seit Jahrzehnten entwickelt und anwendet. Seit dem Amtsantritt der aktuellen israelischen Regierung Ende 2022 und noch stärker seit Oktober 2023 hat es sich jedoch beschleunigt und intensiviert. Maßnahmen, die zuvor als vorübergehend, außergewöhnlich oder durch Sicherheitserfordernisse bedingt dargestellt wurden, werden nun in großem Umfang und auf direktere und explizitere Weise durchgeführt. Befugnisse, staatliche Mittel und politische Autorität werden an Akteure übertragen, die sich dem Ausbau der Siedlungen, der Förderung der Annexion und der Verdrängung der Palästinenser verschrieben haben, während die Abstimmung zwischen staatlichen Institutionen, dem Militär, der Siedlungsbewegung und Siedlermilizen enger und offener geworden ist. Bezalel Smotrichs „Entscheidender Plan“ ist eine klare politische und operative Formulierung der Logik der Auslöschung, und in den letzten Jahren haben zentrale Elemente davon in der offiziellen Politik und in den Maßnahmen vor Ort ihren Ausdruck gefunden.

All dies spielt sich vor dem Hintergrund eines seit Oktober 2023 tiefgreifend veränderten politischen und gesellschaftlichen Klimas ab. Seit fast drei Jahren begeht Israel Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen. Die Massenmorde, die Aushungerung, die Zerstörung, die Vertreibung und die Angriffe auf lebenswichtige Infrastruktur und Institutionen finden nicht am Rande des israelischen Systems statt. Sie werden vom Militär und von staatlichen Institutionen durchgeführt und genießen breite politische und öffentliche Unterstützung unter den jüdischen Israelis. Die Normalisierung der Tötungen und der kolossalen Zerstörung, die Israel dem Gazastreifen zufügt, hat das, was die Öffentlichkeit allgemein als legitime Gewalt gegen Palästinenser ansieht, dramatisch ausgeweitet, und ihre Entmenschlichung ist eine der Voraussetzungen, die die Ausweitung dieser Gewalt und deren offenen Einsatz durch Regierung und Militär ermöglichen.

Dieser Wandel zeigt sich auch im Westjordanland und in den Praktiken, die Israel dort anwendet: Luftangriffe, weitreichende Zerstörung von Wohngebieten und Infrastruktur, die Lockerung der Regeln für den Einsatz von Schusswaffen, Massenvertreibungen und der Einsatz militärischer Gewalt in einem Ausmaß, das einst als außergewöhnlich galt. Die Anwendung militärischer Praktiken aus dem Gazastreifen im Westjordanland verdeutlicht die Verschiebung der Grenzen der Gewalt, die Israel bereit ist, gegen Palästinenser anzuwenden. Im Gazastreifen hat die Logik der Auslöschung eine genozidale Form angenommen; im Westjordanland wird sie durch einen integrierten Mechanismus aus Enteignung, ethnischer Säuberung, Gewalt, Kontrolle der Bewegungsfreiheit und der Wirtschaft sowie der Zerstörung des sozialen und politischen Lebens verwirklicht. Der Völkermord im Gazastreifen und das Auslöschungsprojekt im Westjordanland sind unterschiedliche Ausprägungen desselben Regimeprojekts, das sich gegen die Existenzfähigkeit der Palästinenser als Volk richtet.

Dieses Regime und die Handlungen, durch die das Auslöschungsprojekt vorangetrieben wird, haben zudem klare rechtliche Konsequenzen. Das israelische Regime im Westjordanland ist ein Apartheidregime, das auf der systematischen Herrschaft und Unterdrückung der Palästinenser sowie auf der Verfestigung der jüdischen Vorherrschaft durch die Zuteilung von Rechten, Schutzmaßnahmen, Ressourcen und politischer Macht beruht. Das Völkerrecht verbietet Apartheid. Unmenschliche Handlungen, die innerhalb eines solchen Regimes und zum Zweck seiner Aufrechterhaltung begangen werden, können das Verbrechen der Apartheid und andere internationale Verbrechen darstellen. Unterdessen gilt im Westjordanland weiterhin das Besatzungsrecht, das Teil des humanitären Völkerrechts ist, während militärische Kontrolle effektiv dazu genutzt wird, die dauerhafte israelische Herrschaft zu festigen, Siedlungen auszuweiten, die Annexion voranzutreiben und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu verletzen. In seinem Gutachten

vom Juli 2024 stellte der Internationale Gerichtshof fest, dass die fortdauernde Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig ist und dass Israel diese so bald wie möglich beenden muss. Diese rechtlichen Rahmenwerke ergänzen sich gegenseitig und befassen sich mit verschiedenen Ebenen derselben Regime-Realität. Das Auslöschungsprojekt ist keine eigenständige Rechtskategorie, doch das Völkerrecht identifiziert und verbietet dessen zentrale Komponenten, darunter Apartheid, Annexion, Siedlungen, Zwangsumsiedlung, Verfolgung und die systematische Verweigerung von Grundrechten. Einige der Praktiken, durch die das Projekt umgesetzt wird, können zudem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Die hier beschriebene Realität führt zu einer klaren moralischen und politischen Schlussfolgerung: Die systematische und gewaltsame Unterdrückung, die Israel den Palästinensern im Westjordanland auferlegt, kann nicht durch eine wirksamere Strafverfolgung besonders gewalttätiger Siedler, die Aufhebung bestimmter Kontrollpunkte, einen teilweisen Baustopp oder vereinzelte politische Kursänderungen beendet werden. Auch wenn solche Schritte für die Verhinderung konkreter Verbrechen von Bedeutung sind, lassen sie doch die Struktur unberührt, die Gewalt, Enteignung und Unterdrückung hervorbringt.

Die in diesem Bericht beschriebenen Praktiken sind keine Ausnahmen, sondern integraler Bestandteil der Funktionsweise des Regimes. Sie ergeben sich aus der Art und Weise, wie das Regime die Verteilung von Land, Rechten, Schutz und politischer Macht zwischen Israelis und Palästinensern organisiert. Um sie zu beenden, muss die Struktur verändert werden, die sie hervorbringt.

Der Schutz der Menschenrechte erfordert die Beendigung des israelischen Apartheidregimes, nicht dessen Reparatur. Vereinzelte Korrekturen können ein auf Enteignung basierendes Siedlerkolonialprojekt nicht in ein System verwandeln, das die Menschenrechte achtet. Die Rechte der Palästinenser können niemals innerhalb eines Systems garantiert werden, das darauf abzielt, ihnen politische Macht zu verweigern, ihr Land zu kontrollieren und ihre Fähigkeit, als Gemeinschaft zu existieren, zu zerstören. Ein Regime, das auf jüdischer Vorherrschaft, Apartheid und Enteignung beruht, ist illegitim. Es kann weder akzeptiert noch normalisiert werden, und es reicht auch nicht aus, lediglich einen Teil der von ihm verursachten Gewalt und Enteignung zu verringern.

Seit Jahren beobachtet die internationale Gemeinschaft die Ereignisse im Westjordanland und behandelt sie dabei weiterhin als eine Reihe einzelner Handlungen und Vorfälle: Siedlungsausweitung, Gewalt durch Siedler, Hauszerstörungen, Straßensperren, Landenteignung oder die Tötung von Palästinensern. Vereinzelte Verurteilungen und wiederholte Aufrufe zur Zurückhaltung, zur Vermeidung einseitiger Schritte oder zur Rückkehr zum politischen Prozess ermöglichen es der internationalen Gemeinschaft, sich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zum Schutz der Menschen zu entziehen, die unter einem Regime leben, das sie und ihre Rechte systematisch angreift, während sie Israel Zeit und Spielraum gibt, sein Auslöschungsprojekt ungestraft weiter voranzutreiben. Israels Immunität gegenüber internationaler Rechenschafts-pflicht, gepaart mit der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Unter-stützung, die es erhält, verschafft ihm die Ressourcen, die Legitimität und die Freiheit, weiterhin Verbrechen gegen Palästinenser zu begehen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Staaten und internationale Institutionen haben die moralische und rechtliche Verpflichtung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun und alle ihnen nach dem Völkerrecht zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um Israel daran zu hindern, seine Verbrechen fortzusetzen, und die Palästinenser davor zu schützen.

Jede gerechte zukünftige politische Ordnung muss auf der Anerkennung der Palästinenser als Volk mit kollektiven Rechten und dem Recht, ihre eigene Zukunft zu gestalten, beruhen – und nicht als eine von Israel oder internationalen Akteuren zu verwaltende Bevölkerung. Der politische Status der Palästinenser und ihre Lebensbedingungen dürfen nicht weiterhin durch Zwang, militärische Kontrolle oder Vereinbarungen bestimmt werden, die bestehende Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten. Das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und auf ein gemeinsames Leben als Volk bildet die Grundlage für jede gerechte Zukunft.

B'Tselem setzt sich für eine Zukunft in Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie für alle Menschen ein, die zwischen dem Fluss und dem Meer leben. Eine solche Zukunft erfordert die Beendigung des Apartheid-Regimes und der Militärherrschaft über die Palästinenser sowie die Gewährleistung individueller und kollektiver Rechte, gleichberechtigter politischer Teilhabe und einer sinnvollen Möglichkeit für jeden, seine Zukunft mitzugestalten. Die Beendigung der Verbrechen und Verstöße ist eine notwendige Voraussetzung, doch ebenso notwendig ist es, Ungerechtigkeiten anzuerkennen, die Rechenschaftspflicht dafür sicherzustellen und sich mit den anhaltenden Folgen vergangener und gegenwärtiger Enteignung und Vertreibung, Gewalt sowie sozialer und politischer Zerstörung auseinanderzusetzen. All dies erfordert einen grundlegenden Wandel der bestehenden Regimestruktur und den Aufbau eines Systems, das auf der Gleichwertigkeit jedes Menschen beruht und das Recht auf ein Leben in Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Würde garantiert.

Das israelische Apartheid- und Besatzungsregime ist untrennbar mit Menschenrechtsverletzungen verbunden.
B'Tselem setzt sich für die Beendigung dieses Regimes ein, da dies der einzige Weg in eine Zukunft ist, in der Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Gleichheit für alle Menschen – sowohl Palästinenser als auch Israelis –, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben, gewährleistet sind.

https://www.btselem.org/